



52. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 7. Februar 2007

Mitteilungen der Präsidentin	5825	Norbert Römer (SPD)	5848
			5871
Änderung der Tagesordnung	5825	Christian Weisbrich (CDU)	5851
		Reiner Priggen (GRÜNE)	5854
			5866
Zur Tagesordnung	5825	Dr. Gerhard Papke (FDP)	5858
			5867
Carina Gödecke (SPD)	5825	Hannelore Kraft (SPD)	5863
	5827	Helmut Stahl (CDU)	5864
Peter Biesenbach (CDU)	5826	Minister Dr. Helmut Linssen	5869
Johannes Remmel (GRÜNE)	5826	Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ..	5872
Ralf Witzel (FDP)	5827		
Ergebnis	5828	3 Exzellenz gibt es nicht zum Nulltarif	
1 Aktuelle Stunde		Antrag	
Konsequenzen aus dem IPCC-Bericht für NRW		der Fraktion der SPD	
Antrag		Drucksache 14/2866	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Beschlussempfehlung und Bericht	
Drucksache 14/3687	5828	des Ausschusses für Innovation,	
		Wissenschaft, Forschung und	
Reiner Priggen (GRÜNE)	5828	Technologie	
	5839	Drucksache 14/3514	5873
Marie-Luise Fasse (CDU)	5830	Karl Schultheis (SPD)	5873
Svenja Schulze (SPD)	5832	Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	5875
Holger Ellerbrock (FDP)	5833	Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	5877
Ministerin Christa Thoben	5834		5883
André Stinka (SPD)	5836	Christian Lindner (FDP)	5878
Christian Weisbrich (CDU)	5837	Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ..	5881
Dietmar Brockes (FDP)	5840		5884
Norbert Römer (SPD)	5841	Heike Gebhard (SPD)	5882
Minister Eckhard Uhlenberg	5842	Ergebnis	5884
2 Neue Chancen für Nordrhein-Westfalen – Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland		4 Regelsatzhöhe wegen der Mehrwertsteuererhöhung anpassen	
Unterrichtung		Antrag	
durch die Landesregierung	5844	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ministerin Christa Thoben	5844	Drucksache 14/3644	5884

Barbara Steffens (GRÜNE).....	5885
	5892
Josef Wilp (CDU).....	5886
Norbert Killewald (SPD)	5887
Dr. Stefan Romberg (FDP).....	5888
Minister Karl-Josef Laumann.....	5890
Rudolf Henke (CDU)	5893

Ergebnis.....5894

5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3641

erste Lesung.....5894

Minister Dr. Ingo Wolf.....	5894
	5899
Thomas Stotko (SPD)	5895
Winfried Schittges (CDU)	5896
Monika Düker (GRÜNE).....	5897
Horst Engel (FDP)	5898

Ergebnis.....5900

6 Fragestunde

Drucksache 14/3649.....5900

Waldschäden nach Kyrill – Wie hilft die Landesregierung?

Mündliche Anfrage 101
der Abgeordneten
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 5900 |

Minister Eckhard Uhlenberg 5901 |

Wie viele neue Lehrerstellen werden in 2007 tatsächlich eingerichtet?

Mündliche Anfrage 102
der Abgeordneten
Carina Gödecke (SPD)..... 5907 |

Ministerin Barbara Sommer..... 5907 |

Chaos und unsinnige Verfahren bei der Einführung der Sprachstandserhebungen für die Vierjährigen?

Mündliche Anfrage 103
der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)..... 5915 |

Die Mündliche Anfrage wird in der
nächsten Fragestunde beantwortet.

15:50 Uhr im Innenministerium: „Privat vor Staat: ich geh' nach Hause!“

Mündliche Anfrage 104
der Abgeordneten
Monika Düker (GRÜNE) 5915 |

Die Mündliche Anfrage wird in der
nächsten Fragestunde beantwortet.

Rollenverständnis von Staatskanzlei und NRW-CDU in den Verhandlungen zur Fortsetzung des Steinkohlenbergbaus

Mündliche Anfrage 105
des Abgeordneten
Rainer Schmeltzer (SPD)

Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage 5925 |

7 Personalentwicklung an den Hochschulen in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3642 5915 |

Heike Gebhard (SPD).....	5915
Manfred Kuhmichel (CDU)	5916
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	5916
Christian Lindner (FDP).....	5917
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ..	5917

Ergebnis..... 5918 |

8 Baden-Württemberg will Erneuerbare Energien beim Hausbau vorschreiben – was tut NRW?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3645 5918 |

Ergebnis..... 5918 |

9 Keine Symbolpolitik zu Lasten schulischer Qualität: Drittelerlass erhalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/885

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung
Drucksache 14/3425.....5918

Sigrid Beer (GRÜNE)5918
Jürgen Hollstein (CDU)5920
Ute Schäfer (SPD).....5920
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)5921
Ministerin Barbara Sommer.....5922

Ergebnis.....5922

**10 Gründung der NRW.International GmbH:
Parlamentarische Steuerungsfähigkeit durch
ein Höchstmaß an Transparenz sichern und
so das Parlament nicht außen vorlassen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3646.....5923

Ergebnis.....5923

**11 Gesetz zur Bereinigung des Eisenbahn-
rechts**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3016

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/3620

zweite Lesung.....5923

Ergebnis.....5923

**12 Wasser gefährdende Stoffe aus Öls Spuren um-
weltgerecht und gesetzeskonform beseitigen!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3643.....5923

Ergebnis.....5923

**13 Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds so-
wie eines stellvertretenden Mitglieds des**

**Kontrollgremiums gemäß § 24 des Verfas-
sungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen**

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3669..... 5923

Ergebnis..... 5923

**14 Nachwahl von Mitgliedern in den Rundfunk-
rat des Westdeutschen Rundfunks Köln**

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/3688..... 5923

Ergebnis..... 5923

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 20

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/468 - AIWFT
14/2497 - AF
14/2577 - ASchW
14/2589 (Neudruck) - ASchW

Drucksache 14/3650..... 5924

Ergebnis..... 5924

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/23..... 5924

Ergebnis..... 5924

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
Minister Michael Breuer
(ab 16:30 Uhr)

Ilka von Boeselager (CDU)
Lothar Hegemann (CDU)
(bis 12:00 Uhr)

Gerhard Lorth (CDU)
(ab 16:00 Uhr)
Heinz Sahren (CDU)

Bernhard Schemmer (CDU)

Günter Garbrecht (SPD)

Michael Groschek (SPD)

(bis 13:00 Uhr)

Karl-Heinz Haseloh (SPD)

Hans-Theodor Peschkes (SPD)

(ab 15:30 Uhr)

Wolfgang Röken (SPD)

Harald Schartau (SPD)

(bis 13:00 Uhr)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur heutigen, 52. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 13 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Fraktionen auf folgende **Änderung der Tagesordnung** verständigt haben:

1. bei TOP 5 – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen – den Redeblock I statt des vorher vereinbarten Redeblocks II einzusetzen;
2. TOP 8 – Baden-Württemberg will Erneuerbare Energien beim Hausbau vorschreiben: Was tut NRW? – und TOP 10 – Gründung der NRW.International GmbH: Parlamentarische Steuerungsfähigkeit durch ein Höchstmaß an Transparenz sichern und so das Parlament nicht außen vorlassen – ohne Debatte zu überweisen mit der Maßgabe, dass eine Beratung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt;
3. die Tagesordnung zu ergänzen und zwei Wahlvorschläge als neuen TOP 13 und neuen TOP 14 jeweils ohne Debatte vorzusehen: den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD zur Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds sowie eines stellvertretenden Mitglieds des Kontrollgremiums und den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU zur Nachwahl von Mitgliedern in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks in Köln.
4. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden zu Tagesordnungspunkten 15 und 16.

Das sind die Hinweise, die ich Ihnen geben wollte.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Beratungen ein. Als Erste hat Frau Gödecke von der SPD-Fraktion das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Frau Präsidentin außerordentlich dankbar, dass sie gesagt

hat „Wir treten in die Beratungen ein“ und nicht gesagt hat „Wir treten in die Tagesordnung ein“, denn um die Tagesordnung geht es.

Unter Tagesordnungspunkt 2 ist heute eine Unterrichtung durch die Landesregierung ausgewiesen mit dem Thema: „Neue Chancen für Nordrhein-Westfalen – Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland“. Bis vor wenigen Minuten sind wir davon ausgegangen, da wir das mit den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen seit zwei Tagen thematisiert haben, dass diese Unterrichtung stattfinden kann, obwohl fast zeitgleich – in wenigen Minuten – der sogenannte Kohlegipfel in Berlin beginnt und es schon etwas seltsam und schwierig ist, hier eine Unterrichtung auf einem Kenntnisstand entgegenzunehmen, der sich in wenigen Minuten ständig ändern kann.

Seit ungefähr zehn Minuten wissen wir aber, dass die Mitglieder der Landespressekonferenz per SMS und per Telefonanruf für heute Nachmittag in einem vagen Zeitraum zwischen 14 Uhr und 15:30 Uhr zu einer Videopressekonferenz eingeladen werden, auf der der Ministerpräsident die Ergebnisse des Kohlegipfels bekannt gibt. Das, glauben wir, beeinträchtigt die Abwicklung der Tagesordnung für den heutigen Vormittag.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage das völlig ohne Schärfe, nur mit dem Hinweis, dass es schlechterdings nicht sein kann, dass das Parlament heute Vormittag auf einem Kenntnisstand debattiert, von dem wir wissen, dass er zwischen 14 Uhr und 15:30 Uhr unter Umständen revidiert wird. Es kann auch nicht sein, dass über eine Videopressekonferenz die Öffentlichkeit vor dem Parlament, das dieses Thema heute zum Tagesordnungspunkt gemacht hat, unterrichtet wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir bitten deshalb – und das auch völlig ohne Schärfe, sondern im Sinne eines geregelten parlamentarischen Ablaufes, der auch den demokratischen Strukturen in unserem Hause und in unserem Land gut tut – jetzt um eine Sondersitzung des Ältestenrates, um den Ablauf des heutigen Plenartages zu strukturieren. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Es geht nicht darum, diesen Tagesordnungspunkt heute abzusetzen, sondern es geht darum, in dem dafür zuständigen Beratungsgremium, das der Präsidentin hilft, die Tagesordnung aufzustellen, einen geregelten Beratungsablauf an dieser Stelle zu garantieren. Deshalb unsere herzliche Bitte: jetzt Einberufung einer kurzen Sondersitzung des Ältestenrates. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Gödecke. – Peter Biesenbach von der CDU-Fraktion hat sich gemeldet.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben natürlich kein Problem damit, jetzt im Ältestenrat zusammenzutreffen und dort über Ihr Anliegen zu sprechen, Frau Gödecke.

Im Augenblick vermag ich allerdings noch nicht nachzuvollziehen, warum eine so große Aufregung herrscht. Wir haben immer gesagt: Es wird zeitnah unterrichtet. Und: Wir warten ab, welche Ergebnisse in Berlin erzielt werden. – Wir alle, auch diejenigen, die zu der Videokonferenz eingeladen wurden, wissen noch nicht, was sich heute in Berlin ergibt. Wir alle wissen noch nicht, worüber überhaupt berichtet werden kann. Darum sollten auch die jetzt etwas hektischen Kollegen der SPD vielleicht so lange warten, bis es Ergebnisse gibt. Dann reden wir über die Ergebnisse und informieren.

Eine Sondersitzung des Ältestenrates machen wir natürlich mit.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, wenn die SPD-Fraktion beantragt, die Plenarsitzung zugunsten einer kurzen Sitzung des Ältestenrates zu unterbrechen, gebe ich dem statt.

Daher unterbreche ich hiermit unsere Sitzung. Ich hoffe, dass wir in etwa 15 Minuten wieder hier zusammentreten können. – Die Mitglieder des Ältestenrates bitte ich, sofort in unseren üblichen Sitzungssaal zu kommen.

(Unterbrechung von 10:11 Uhr bis 10:47 Uhr)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Ich erteile Herrn Rimmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns über den Ablauf der Tagesordnung im Ältestenrat nicht verständigen können. Wir sind der Auffassung, dass das Parlament darüber befinden soll.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Landesregierung eine Unterrichtung beabsichtigt.

Die Landesregierung kann jederzeit im Parlament das Wort ergreifen. Trotzdem sind wir aufgrund des abzusehenden Tagesablaufes der Meinung, wonach es möglich ist, dass wir heute Morgen über Sachverhalte reden, die sich heute Nachmittag völlig verändert haben können. Der Eindruck, den eine solche Debatte in der Öffentlichkeit hinterlassen würde, wäre für dieses Haus verheerend.

Wir beantragen, darüber abzustimmen, dass der Landtag die Landesregierung bittet, die Unterrichtung auszusetzen, bis ein Ergebnis vorliegt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das kann im Laufe des heutigen Tages noch geschehen. Es liegt in der Hand der Landesregierung, dieser Bitte zu entsprechen oder auch nicht.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Rimmel.

Meine Damen und Herren, Herr Rimmel hat es richtig geschildert: Wir können über den Wunsch des Parlaments abstimmen, aber nicht darüber, dass die Landesregierung eine Unterrichtung vornehmen möchte. Wenn sie darauf besteht, kann sie das Parlament jederzeit unterrichten.

Herr Biesenbach spricht für die CDU-Fraktion. Bitte.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Lieber Kollege Rimmel, wir haben gerade im Ältestenrat ausdrücklich das Für und Wider besprochen.

Frau Kollegin Löhrmann, an dem Recht der Landesregierung, eine Unterrichtung vorzunehmen, ist nicht zu rütteln. Das ist das originäre Recht ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bitten darf man noch! – Weitere Zurufe von der SPD.)

– Ich halte die Menschen in Nordrhein-Westfalen für intelligent genug, selbst zu entscheiden, ob sie es verstehen oder nicht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Ich möchte Sie ja nicht ärgern, Herr Kollege, aber es wäre auch günstig, wenn die Kölner Vertreter darüber nachdächten, die Menschen deutlich mehr ...

(Zurufe von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, bitte zur Sache!

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): ...wenn sie darüber nachdenken, die Menschen deutlich mehr ...

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege, eine kurze Gegenrede bitte!

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Das Schöne ist: Wenn Sie mich gefragt hätten, warum ich von Kölner Menschen spreche, dann hätte ich Ihnen sagen können, warum. Gehen Sie davon aus, dass ich weiß, wo die Kollegen herkommen. Ich habe einen Grund, dies zu sagen.

(Zurufe von der SPD)

Das Geschrei ist genau wie hier: Schnell, laut, heftig! Lassen Sie uns bei der Sache bleiben, ganz simpel bei der Sache!

(Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Es hilft trotzdem nichts. Wenn Sie mich ausreden lassen würden, bin ich bald fertig. Wenn Sie weiter lärmern, dauert es halt länger.

(Zuruf von der SPD: Souverän ist anders!)

Fazit: Hier wird jetzt eine Scheindiskussion geführt. Fest steht: Es gibt das Recht der Landesregierung, über Zwischenstände zu berichten. Also lassen Sie uns anfangen! Hinterher können Sie ja sagen, ob wir inhaltlich richtig lagen oder nicht. Alles andere ist sinnlos, nutzlos und auch fruchtlos. Von daher sollten wir mit der Abhandlung der Tagesordnung beginnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Biesenbach. – Frau Gödecke hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Johannes Remmel hat als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt. Es ist die „weicheste“ Form eines Antrags zur Geschäftsordnung, den man hier stellen kann. Das entspricht einer Bitte, die wir vorhin vorgetragen haben und die wir versucht haben, im Ältestenrat einvernehmlich zu klären.

Ich unterstütze im Namen meiner Fraktion diesen „weichen“ Änderungsantrag ausdrücklich. Ich möchte das kurz begründen, damit alle verstehen, worum es geht.

Es geht nicht darum, die heutige Tagesordnung zu ändern. Es geht nicht darum, einen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Es geht nicht darum, der Landesregierung das Recht abzusprechen, das Parlament jederzeit zu unterrichten. Nein, ganz im Gegenteil, es geht heute darum, der Landesregierung zu sagen: Bitte, unterrichte uns, aber unterrichte uns zu einem Zeitpunkt, an dem das Aktuellste vorliegt, was es zu unterrichten gibt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind hier nicht auf Konfrontation aus. Sonst könnten wir nach der Geschäftsordnung versuchen, die Tagesordnung mit einer Mehrheit zu ändern oder, wenn die Mehrheit nicht vorhanden ist, nicht zu ändern.

(Lachen von CDU und FDP)

Einen Punkt abzusetzen ist eine andere Form eines Änderungsantrags. Deswegen will ich das einfach noch einmal unterstützen und begründen und an die Landesregierung appellieren: Nehmen Sie Ihre Unterrichtsmöglichkeit wahr – dazu fordern wir Sie auf –, aber bitte zu einem Zeitpunkt, an dem es etwas zu berichten gibt.

(Zuruf von der FDP: Dann, wenn es Ihnen passt!)

– Ganz bestimmt nicht dann, wenn es Ihnen passt. – Deshalb die herzliche Bitte, auch um Klarheit in der Sache herzustellen: Unterrichtung heute ja, aber heute Nachmittag zu einem späteren Zeitpunkt. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Witzel, bitte.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion wird dem Antrag der Oppositionsfraktionen nicht zustimmen. Wir halten das, was hier inszeniert wird, für offenkundig. Wir verbringen bereits eine Stunde Debattenzeit, die wir für das Thema hätten nutzen können, mit reinen Geschäftsordnungsfragen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zum Nachteil des Landes!)

Es handelt sich um ein Kernthema der Landespolitik mit historischer Dimension.

(Beifall von der FDP)

Deshalb muss das Parlament über die Frage diskutieren: Wie sieht die Ausgangslage aus, mit der wir in die Gespräche eintreten?

Gestatten Sie mir an der Stelle den Hinweis an die SPD-Fraktion: Frau Kraft, so, wie Sie in den letzten Tagen von Kundgebung zu Kundgebung gezogen sind und Unwahrheiten verbreitet haben mit dem Hinweis, die Landesregierung wolle betriebsbedingte Kündigungen und anderes, ist jede Minute, die Sie früher unterrichtet werden, hilfreich für die Wahrheitsfindung in diesem Land.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind in einer Geschäftsordnungsdebatte! Sie schießen über das Ziel hinaus! Unverschämtheit!)

Präsidentin Regina van Dinter: Ich lasse über den von Herrn Remmel und Frau Gödecke gestellten **Antrag** abstimmen, die Landesregierung möge auf Wunsch des Parlaments die **Unterrichtung heute verschieben**, wohl wissend – das ist gerade deutlich geworden –, dass die Landesregierung in ihren Wünschen souverän ist und das Parlament unterrichten kann, wann immer sie will. Wer stimmt dem Wunsch der Opposition zu, diese Unterrichtung zu verschieben? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Zählen!)

– Ich habe vorher die Lücken gezählt. Die rechte Seite hat 15 Sitze mehr als die linke Seite. Die Lücken sind da zwar etwas größer als dort, aber es handelt sich nur um fünf Leute, sodass die Koalitionsfraktionen immer noch zehn mehr sein müssten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da sind immer Lücken, Frau Präsidentin! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das Präsidium ist einstimmig dieser Auffassung, sodass wir sagen können: Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen damit zu unserer **Tagesordnung**. Wir treten in die Beratung ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde Konsequenzen aus dem IPCC-Bericht für NRW

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3687

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 5. Februar 2007 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine Aussprache zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem ersten Redner, Herrn Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Bitte schön, Herr Priggen.

(Unruhe – Glocke)

Ich bitte Sie, dem Redner Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und die Gespräche draußen zu führen.

(Beifall von der CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben erlebt, dass sich am Wochenende die IPCC-Konferenz in Paris mit dem Klimawandel befasst hat. Lassen Sie mich meine Rede damit einleiten: Es sind drei Faktoren, die unser Leben und das der nächsten Generationen in diesem Bereich maßgeblich bestimmen werden.

Mitte des Jahrhunderts werden 9 Milliarden Menschen auf der Welt leben, die Energie brauchen und haben wollen. Wir wissen, dass die Reichweite wichtiger Primärenergieträger wie Öl und Gas begrenzt ist und egal, ob wir den Peak Oil jetzt oder, wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften voraussagt, in zwölf oder in 20 Jahren haben: Wir wissen, dass die Förderung von Öl und Gas irgendwann ihren Höhepunkt erreicht und dann in absehbarer Zeit weniger wird.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen aus Nordrhein-Westfalen ist der Punkt, über den wir heute reden wollen. Es ist nicht mehr zu bestreiten, dass der Klimawandel stattfindet. Die IPCC-Konferenz in Paris hat uns noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass wir, selbst wenn wir uns anstrengen, das, was im Kyoto-Protokoll steht, umzusetzen – und das wird schwer genug –, eine Erwärmung von 2 Grad im globalen Mittel nicht mehr verhindern können.

Wenn wir uns nicht anstrengen, wird sich die Temperatur bis zu 6 Grad erhöhen. Das wäre in weiten Bereichen katastrophal. Wir wissen, dass hauptsächlich CO₂ die Ursache dieser globalen, durch Menschen verursachten Erwärmung ist. Wir wissen, dass der Verbrauch von CO₂ in der Welt sehr unterschiedlich verteilt ist. Ein US-Amerikaner verbraucht rund 20 t pro Jahr, ein deutscher Bürger 10 t pro Jahr und ein Mensch in China oder in Indien 1 bis 2 t pro Jahr. Diese ungleichwichtige Verteilung macht deutlich, dass die

Hauptlast der Reduktion in den hochindustrialisierten westlichen Ländern liegt.

Ich möchte ein Zitat von Herrn Prof. Dr. Töpfer aus der „WZ“ vom 02.02. anführen:

„Eigentlich müssten wir das Recht, Treibhausgase zu emittieren, auf der ganzen Welt pro Kopf gleichmäßig verteilen. Warum soll ein US-Amerikaner oder ein Deutscher mehr Recht haben, die Atmosphäre zu belasten, als ein Indianer oder Chinese?“

(Beifall von den GRÜNEN)

Man kann dieser Äußerung von Herrn Dr. Töpfer vollständig zustimmen. Die Konsequenz aus dem ist, dass wir wesentlich mehr als bisher Energie sparen und die erneuerbare Energien entwickeln müssen. Wir haben diese Zielsetzung noch unter SPD und Grünen in Berlin vorangebracht. Wir haben das hier im Land unterstützt. Auch die Große Koalition in Berlin hat jetzt eine Zielmarke von 20 % erneuerbaren Energien im Jahr 2020.

Ich habe mit Interesse Presseberichte gelesen, dass im Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms vorgeschlagen wird, im Jahr 2020 zu 25 % und im Jahr 2050 zu 50 % erneuerbare Energien einzusetzen.

Das ist ein spannender Vorschlag. Jetzt mag möglicherweise etwas anderes beschlossen werden, aber es ist natürlich interessant, dass auch in der CDU die Diskussion läuft: 25 % im Jahr 2020 und 50 % im Jahr 2050.

Das sind Prozesse, die international ähnlich laufen. Diese Prozesse bedeuten weltweite Märkte für effiziente Energietechniken, für Erneuerbare, für Energiesparen.

Was macht Nordrhein-Westfalen? – Wir sind ein Industrieland mit 18 Millionen Menschen. Wir sind ein Land, das im Maschinenbau, im Export von Technologie sehr stark ist. Die Frage ist: Wie positionieren wir uns, um von diesen Märkten zu profitieren?

Wenn wir 20 % erneuerbare Energien haben werden – das ist ja immer die politische Zielmarke –, muss, da wir auch etwa 20 % der Bevölkerung der Bundesrepublik stellen, eigentlich von dem, was passiert, auch etwa mindestens 20 % hier in NRW gestaltet werden. Und wenn wir das Energieland Nummer eins sind, müssen wir den Anspruch haben, dass mehr als 20 % davon hier passiert. Das heißt auch, dass sich diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, um das zu erreichen, Zielmarken setzen und Konkretes realisieren müssen. Wenn es also 20 oder sogar 25 %

Erneuerbare in der Bundesrepublik gibt, dann muss doch davon auch ein erheblicher Anteil hier passieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das bedeutet gleichzeitig: Bau von Anlagen und Arbeitsplätze.

Die Diskussion darüber weist, wenn ich mir das nach anderthalb Jahren angucke, merkwürdige Züge auf. Die CDU verhält sich für mich nicht nachvollziehbar eigenartig passiv. Diskussion wie die um Biogasanlagen haben wir in der letzten Legislatur geführt. Ich hatte immer gedacht, gerade im Bereich Biomasse müsste es zwischen CDU, Grünen und SPD sogar Gemeinsamkeiten geben, die es erlauben würden, insoweit ambitioniert etwas zu tun. Aber es kommt nichts.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Es ist noch nie so viel gemacht worden wie im Moment! Noch nie so viel!)

– Das, was jetzt gemacht wird, Herr Uhlenberg, wird gemacht, weil Rot-Grün in Berlin das EEG gemacht hat. Das ist die entscheidende Grundlage dafür gewesen. Und es ist so viel gemacht worden, weil wir es angeschoben haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, Herr Minister Uhlenberg, die Bremsspuren Ihres Handelns sind überall sichtbar. In den Reihen der CDU wird in keinerlei Weise über positive fortschrittliche Entwicklungen im Bereich Biogasanlagen diskutiert. Ich kenne keinen diesbezüglichen Antrag von Ihnen. Ich kenne keine Symposien. Da passiert nichts Neues mehr, sondern da wird auf die Bremse getreten. Da gibt es keine positive Entwicklung.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Eckhard Uhlenberg: Das stimmt doch nicht! Herr Priggen muss wieder einmal durch das Land fahren!)

Herr Kollege Uhlenberg, schlimmer und skurriler ist es allerdings noch bei Ihrem Koalitionspartner. Bei der FDP trägt die Diskussion über Klimawandel und erneuerbare Energien aus meiner Sicht Züge von sektiererähnlichem Verhalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sekten neigen ja, weil sie die Realität verkennen, oft zu einem ganz eigenen Vokabular, um die Welt zu beschreiben. So erleben wir jetzt, dass selbst US-Präsident Bush von erneuerbaren Energien redet. Man nennt sie überall auf der Welt so: Renewables oder Erneuerbare. Nur die Fraktion der FDP braucht ein eigenes Vokabular und

nennt das dann additive Energien. Weltweit redet so kein Mensch.

Auch wenn wir über Klimawandel reden, kommen Sie mit Ihren ganz eigenen Begrifflichkeiten, von wegen: Es hat immer Warm- und Kaltzeiten gegeben. Es gab Weinbau in Mecklenburg-Vorpommern im Mittelalter. Und es gibt kein Grundrecht auf ein konstantes Klima. – Das ist Ihre Art, sich dieser Realität zu nähern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In der Kombination von Passivität mit im Prinzip Verleugnung der Realität werden genau die Märkte, um die es geht, auf denen sich NRW positionieren müsste, wo man auch Anreize entwickeln muss, wo man fordern muss, wo man eine Leitlinie vorgeben muss, was hier passieren soll, von Ihnen sträflich vernachlässigt.

Wenn sich die CDU dann mit ihrem Programm „2050 50 %“ durchsetzt, dann ist die Horrorvision: 50 % Erneuerbare in 15 Bundesländern, und wir sind hier der Standort mit den alten Braunkohlekraftwerken. Die konkrete Umsetzung fehlt doch. Deswegen ist das die Horrorvision. Sie müssen sich im Prinzip bewegen

(Beifall von den GRÜNEN)

und wirklich positiv aufzeigen, dass das für dieses Land als Industriestandort eine Chance ist, um den Zutritt auf die weltweit entstehenden Zukunftsmärkte nicht zu verpassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Das genau ist Ihre Aufgabe. Das geht durch alle Bereiche. Ich sage Ihnen: Es wird weltweit viele Märkte geben. Speichertechniken für Erneuerbare werden überall nachgefragt werden. Die Frage ist: Forschen wir? Entwickeln wir? Oder setzen wir auf einen Ladenhüter wie die Nukleartechnologie? Letzteres ist offensichtlich die Politik Ihrer Regierung. Aber in dem Bereich, in dem Ihre eigene Partei Linien entwickelt – 50 %, 25 % –, sind Sie untätig und passiv. Das ist jenseits der Erwärmungsdebatte schädlich und schlecht für dieses Industrieland und für die Arbeitsplätze der kommenden Generationen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die CDU-Fraktion erhält die Frau Abgeordnete Fasse das Wort.

Marie-Luise Fasse (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der am letzten Freitag in Paris vorgestellte Bericht zum Klimawandel

kann von uns allen nur als unübersehbares Warnsignal angesehen werden. Nach diesem Sachstandsbericht besteht kein Zweifel mehr an der Klimaänderung. Die globale Erwärmung und der Anstieg der Meeresspiegel haben sich beschleunigt, ebenso das Abschmelzen der Gletscher und Eiskappen. Die Erde hat sich also in den letzten 100 Jahren im Mittel um 0,74 Grad Celsius erwärmt. Elf der letzten zwölf Jahre waren unter den 20 wärmsten seit Beginn der Beobachtungen.

Dabei gilt es als gesichertes Erkenntnis, dass menschliches Handeln seit 1750 für die Klimaerwärmung verantwortlich ist. Diese Erwärmung beruht vorrangig auf dem Verbrauch fossiler Brennstoffe – das hat Kollege Priggen schon ausgeführt – und ist auch eine Folge der Landwirtschaft und der geänderten Landnutzung.

Heute haben die Treibhausgase das höchste Niveau der letzten 650.000 Jahre. Verändert haben sich die Temperaturen, das Eis in der Arktis, die Niederschläge, der Salzgehalt im Ozean und die Windintensität. Die Zahl extremer Wetterereignisse, wie Hitzewellen, Dürren, heftige Niederschläge und Stürme, hat sich erhöht.

Nach dem Bericht ist eine Zunahme der Temperatur von 0,2 Grad in zehn Jahren für die nächsten 30 Jahre sehr wahrscheinlich, wenn die Treibhausgasemissionen nicht verringert werden. Die Erderwärmung wird steigen, wenn Treibhausgase weiter wie zurzeit oder in noch höheren Mengen freigesetzt werden.

Eine Klimaänderung über das 21. Jahrhundert hinaus ist sogar zu erwarten, wenn die Treibhausgaskonzentration bis 2100 stabilisiert werden sollte. Insbesondere wird auch der Meeresspiegel weiter steigen.

Im günstigsten Falle ist im Laufe dieses Jahrhunderts mit einer Erwärmung von 1,8 Grad bei einer Schwankungsbreite von 1,2 bis 2,9 Grad Celsius, im schlimmsten Falle mit einem Ansteigen um 4 Grad Celsius bei einer Schwankungsbreite von 2,4 bis 6,4 Grad Celsius zu rechnen.

Die Meeresspiegelanstiege werden im günstigsten Fall mit zwischen 18 und 38 cm und im schlimmsten Fall zwischen 26 und 59 cm im Laufe des Jahrhunderts prognostiziert.

Es wird nun allgemein anerkannt, dass wir Menschen es sind, die die Klimaschraube überdrehen. Wir haben es somit auch in der Hand, die Fehlentwicklungen durch Verminderung der Treibhausgasemissionen zu korrigieren. So hat es der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimaforschung,

Hans Joachim Schnellhuber, in seinen Ausführungen festgestellt.

Diese Tatsachen fordern selbstverständlich auch politisches Handeln, aber keinesfalls kann in dieser ersten Lage die von den Grünen initiierte Aktuelle Stunde ernstzunehmende und erfolgreiche Lösungsansätze bringen, um den bedrohlichen Klimawandel zu stoppen oder umzukehren. Denn hierbei handelt es sich um ein globales Problem und nicht nur um ein Problem des Landes Nordrhein-Westfalen. Politische Aktionen können nur auf der Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgreich sein.

Die Grünen hätten besser das Ergebnis des zweiten und des dritten Teilbandes des IPCC-Sachstandsberichts abwarten sollen. Im zweiten Teilband werden die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels wissenschaftlich begründet dargestellt und im dritten Teilband Handlungsoptionen zur Vermeidung weiterer Treibhausgasemissionen aufgeführt. Die Veröffentlichung der beiden Berichte, Herr Kollege Priggen, ist für Anfang April und Anfang Mai 2007 geplant.

Zurzeit kann eine als seriös zu bezeichnende politische Entscheidung von Kennern der Materie wohl kaum erwartet werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mag dies zwar anders sehen, hat aber in ihrem Antrag außer ungerechtfertigten und allgemein gehaltenen Vorwürfen gegenüber der Landesregierung noch nicht einmal eine Spur eines Lösungsansatzes vorgetragen.

Klimaschutz ist, wie gesagt, nur auf internationaler Ebene effektiv und bedarf internationaler Regelungen. Er ist eine der zentralen Aufgaben der europäischen Politik. So hat die EU-Kommission ein Energie- und Klimapaket als Grundlage zur Vorbereitung eines Aktionsplanes für Energie- und Klimaschutz in Europa vorgelegt. Die Annahme dieses Paketes ist für den Frühjahrsgipfel 2007 vorgesehen.

Eine tragende Säule der neuen, integrierten Energie- und Klimapolitik Europas ist der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien. Darüber sind wir uns mit allen Fraktionen einig. Ihr Anteil soll, um künftige Klimaschutzziele zu erreichen, bis zum Jahre 2020 auf 20 % ausgebaut und im selben Zeitraum die Energieeffizienz um 20 % gesteigert werden.

Die Bundesrepublik setzt sich dafür ein, dass der Europäische Rat am 8. und 9. März ein verbindliches Gesamtziel für die EU von 20 % erneuerbarer Energien beschließt. Da Deutschland in der ersten Hälfte dieses Jahres die EU-Ratspräsidentschaft innehat, können Weichen für

eine moderne und nachhaltige europäische Energieversorgung gestellt werden.

Der Vorschlag der Kommission nennt als verbindliches Mindestziel einen 10-prozentigen Anteil für Biokraftstoffe. Darüber hinaus schlägt die EU die Umsetzung eines Gesamtzieles in verbindliche nationale Ziele unter Berücksichtigung unterschiedlicher nationaler Rahmenbedingungen vor. Auch ein neuer, gemeinsamer, übergreifender Rechtsrahmen für die Förderung und den Einsatz erneuerbarer Energien in allen Sektoren, also bei Strom, Wärme, Kälte und Verkehr, ist vorgesehen.

Vor einer Entscheidung des Europäischen Rates über das von der Kommission vorgelegte Energiepaket lassen sich politische Entscheidungen in unserem Land Nordrhein-Westfalen auf keine sichere Rechtsgrundlage stellen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch nicht zu fassen!)

In jedem Fall sind europäische Regelungen bei politischen Entscheidungen in Nordrhein-Westfalen zu beachten. Aktivitäten der Landesregierung wären ebenso wie Tätigkeiten des Parlaments als Gesetzgeber zurzeit verfrüht.

Ich bin gerne bereit, nach der Entscheidung des Europäischen Rates und nach Vorliegen des zweiten und dritten Bandes der Studie und des Berichtes in eine erneute Diskussion über die im Land Nordrhein-Westfalen zu beschreitenden Wege einzutreten.

Dabei ist schon jetzt zu sagen: Klimaschutz ist nicht allein Sache des Staates. Einen Beitrag dazu haben Wirtschaft, Verkehr und private Haushalte zu leisten. Herr Priggen, die CDU-Landtagsfraktion hat dazu schon eine Fachtagung in Düsseldorf mit 350 Experten durchgeführt.

(Svenja Schulze [SPD]: Das hat ja wohl nichts genutzt!)

Es lassen sich erhebliche Ressourcen durch verbesserte Wärmedämmung, energiesparende Geräte und die Nutzung von erneuerbaren Energien sparen. Klimaschutz bringt Vorteile für die gesamte Wirtschaft; zukünftige Folgeschäden des Klimawandels werden verringert.

In Deutschland sichert der Klima- und Umweltschutz mittlerweile 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Über diese Fragen ist im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen auf Landesebene eingehend zu diskutieren. Eine Aktuelle Stunde ist in keinem Fall ausreichend. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Fasse. – Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Schulze das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Fasse! Ich wundere mich schon ein wenig darüber, wie Sie heute in die Debatte eingestiegen sind. Denn vor nicht ganz 14 Tagen haben wir hier eine Diskussion über Kyrill und einen damit verbundenen Eilantrag der SPD-Fraktion mit der Aufforderung an die Landesregierung, das Klimaschutzkonzept fortzuschreiben, durchgeführt. Damals hat uns Herr Kemper in Allianz mit Herrn Ellerbrock noch lang und breit erklärt, dass die Rolle des Menschen im Klimawandel überhaupt nicht eindeutig sei, dass es etwas mit Vulkanismus und Methan zu tun hätte, dass das Wetterphänomene seien und dass es so etwas wie einen vom Menschen gemachten Klimawandel gar nicht gäbe.

Heute behaupten Sie: Das ist doch ein allgemein bekanntes Phänomen. Da sind wir uns in der Regierungskoalition einig.

Mir scheint, Sie sollten untereinander klären, wie Sie das mit dem Klimawandel überhaupt sehen, und sich dann erst wieder hier hinstellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man kann aber doch nicht ernsthaft erklären, ja, es gebe einen vom Menschen verursachten Klimawandel, man wisse auch ganz genau, woran das liege, es existierten ganz viele Studien zu diesem Thema, aber: Auf Landesebene handeln wir nicht, das ist kein Thema für diese Landesregierung! – So kann man in Regierungsverantwortung nicht handeln, liebe Frau Fasse. – So nicht!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der IPCC-Bericht hat ganz eindeutig belegt, dass uns nur ein ganz schmales Zeitfenster bleibt, um die Erderwärmung noch unterhalb von 2 Grad zu halten – ein ganz schmales Zeitfenster und auch nur dann, wenn wir uns ganz massiv anstrengen. Wir haben vielleicht noch 10 bis 15 Jahre Zeit, um in der Politik – auch hier in Nordrhein-Westfalen – umzusteuern. Ihre Handlung, Ihr Verschlafen und Ihr Nichtstun, können sich die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nicht leisten. Wir können es uns nicht leisten, dass hier drei Jahre lang nichts passiert, bis man Sie endlich abwählen kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich hatte gehofft, durch den Bericht würde Ihnen klarer, dass man auf Landesebene etwas für den Klimaschutz tun muss und diese Ideologie, die Sie uns den ganzen Tag vorhalten, wie „Privat vor Staat“, „Der Markt regelt das schon irgendwie“ oder „Irgendwie kommt das schon alles in Gang“, in diesem Punkt nicht funktioniert. Der Markt hat keine Antworten auf Klimaschutz und Klimawandel. Hier ist der Staat gefordert. Hier ist der Staat auch gerade auf Landesebene gefordert.

Der Kollege Priggen hat es eben schon ausgeführt: Wir in Nordrhein-Westfalen sind Energieland Nummer eins. Hier wird innovative Technik entwickelt. Wir sind diejenigen, die innovative Antriebstechniken im Automobilbereich und Kraftwerkstechniken entwickelt haben. Das alles ist in diesem Land entwickelt worden. Sie als Regierung haben die Verantwortung, diese Innovationen weiter voranzutreiben.

Das Einzige, was Ihnen aber einfällt, ist zu kürzen. Sie kürzen das REN-Programm und vernachlässigen die Biomasseforschung. Das Einzige, was Sie für den Klimaschutz entsprechend Ihrer Ideologie tun, ist, Professoren für den Bereich Atomkraft zu berufen. So kommt man auf dem Feld Klimaschutz aber nicht weiter.

(Beifall von der SPD)

Wir haben Ihnen bereits vor 14 Tagen dargelegt, dass es über viele Jahre ein Klimaschutzprogramm der alten Landesregierung gab. Mittels dieses Klimaschutzprogramms wurde zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung vorangetrieben. Es wurde konkret beschrieben, was man für den Klimaschutz tun kann. Schreiben Sie doch dieses Klimaschutzkonzept fort!

Wir stellen fest, dass in Ihrer Regierung nichts koordiniert wird. Im Umsetzungsbericht 2005 zum Klimaschutzbericht steht: Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe einer Landesregierung. Man ist auf der Landesebene dafür zuständig. – Wir sehen nun, dass bei Ihnen niemand die Maßnahmen koordiniert. Wer führt denn Energie, Verkehr, Wirtschaft, Wohnungsbau, Umwelt und Verbraucherschutz bei Ihnen zusammen? Wer achtet denn darauf, dass es eine nachhaltige Politik im Interesse von Nordrhein-Westfalen gibt? Wenn man sich das Ergebnis ansieht, dann kann man nur feststellen: Offensichtlich niemand. Ihre Regierungszeit ist eine verlorene Zeit für den Klimaschutz.

Frau Fasse, wenn Sie es ernst meinen, was Sie eben gesagt haben, dass Sie den IPCC-Bericht gelesen haben, den Ergebnissen zustimmen und es keine Diskussionen mit Herrn Kemper und

Herrn Ellerbrock darüber gibt, ob das wirklich alles stimmt, dann müssen Sie doch Ihre Bedenkenträger in der FDP und der CDU an die Seite schieben und endlich handeln. Sie sind jetzt nicht mehr Opposition – das tut mir persönlich leid –, sondern Sie sind Regierung und müssen jetzt endlich handeln. Und Sie müssten es doch wissen, dass Ihre Behauptung, Klimaschutz sei Aufgabe internationaler Abkommen und nur international effektiv, nicht zutrifft.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sagen Sie doch etwas zu Polen!)

Klimaschutz muss auf der Landesebene anfangen. Hier müssen Sie Konzepte vorlegen und den Klimaschutzbericht fortschreiben. Dazu fordern wir Sie hier und heute noch einmal auf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze. – Für die FDP-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Ellerbrock das Wort.

(Bodo Wißen [SPD]: Der Oberlehrer!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Priggen, wenn wir über Sektierertum sprechen, dann müssen wir natürlich auch fragen, wie sich Ihre Fraktion vor dem Hintergrund darstellt, dass Sie aus der Kernkraftentwicklung, aus der Braunkohleförderung, aus der Steinkohleförderung aussteigen wollen und es hinsichtlich der Biodiversifizierung Probleme mit nachwachsenden Rohstoffen gibt. Das gilt nicht für Sie persönlich, sondern dies wird in Ihrer Fraktion diskutiert.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Herr Kollege Becker, bei Ihnen gilt wirklich die Formel: $L \times F = 1:q$. Die Lautstärke und die Anzahl Ihrer Zwischenrufe sind umgekehrt proportional zur Sinnfälligkeit Ihrer Aussagen. Lassen Sie das sein.

(Beifall von der FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es stellt sich nun die Frage, was wir wollen. Dies möchte ich gleich deutlich machen.

Frau Schulze, entweder haben Sie mir und dem Kollegen Kemper beim letzten Mal, als wir hier über Kyrill diskutiert haben, nicht zugehört, konnten nicht zuhören oder wollten nicht zuhören. Wahrscheinlich haben Sie es nicht verstanden. Deswegen kommt so ein Mixtum heraus.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Meine Damen und Herren, der IPCC-Bericht – über seine Bewertungen kann man streiten – wird in jedem Fall Wirkung entfalten. Dieser Situation müssen wir uns stellen.

Überlegen wir uns doch einmal, wie es mit der Leitwährung CO₂ letztendlich aussieht. Wir haben festgestellt: Der CO₂-Gehalt ist um 35 % gestiegen. Davon gehen nach Schätzungen drei Viertel auf die Nutzung fossiler Brennstoffe und ein Viertel auf Landnutzungsänderungen zurück. Ferner besagt der Bericht, dass in den letzten 50 Jahren 50 % auf den menschlichen Einfluss zurückgehen.

Im Fokus der Klimadiskussion steht die Reduzierung der weltweiten CO₂-Emission; die Kyoto-Konferenz hat ja nicht umsonst stattgefunden.

Wer sind die größten Verursacher? – Die größten Verursacher – das hat Herr Kollege Priggen zu Recht angesprochen – sind die USA mit rund 6 Millionen t CO₂-Ausstoß pro Jahr, China mit 5 Millionen t CO₂-Ausstoß pro Jahr, Russland mit 1,5 Millionen t CO₂-Ausstoß pro Jahr, Japan mit 1,3 Millionen t CO₂-Ausstoß pro Jahr und Indien und Deutschland mit knapp 1 Millionen t CO₂-Ausstoß pro Jahr.

Gleichermaßen müssen wir fragen, wo es in den letzten Jahren die größten Steigerungsraten gab. Wir stellen fest, dass der CO₂-Ausstoß in China und in Indien praktisch verdoppelt wurde, in Kanada um 30 %, in den USA um 20 % gestiegen und in Deutschland und Großbritannien um 16 beziehungsweise 4 % gesunken ist. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

Innerhalb der Europäischen Union ist es ja Konsens, dass die Industrieländer eine herausgehobene Funktion und Verantwortung haben. Auch hierauf hat der Kollege Priggen zu Recht hingewiesen. Hierbei dürfen wir aber nicht vergessen – deswegen brauchen wir hier überhaupt nicht in Schutt und Asche zu gehen –: Von den CO₂-Reduktionen in Europa hat allein die Bundesrepublik rund 75 % erbracht. Diese Leistungsfähigkeit müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Selbst Germanwatch akzeptiert dies und sieht Deutschland beim Klimaschutz an vorderer Stelle.

Ausweislich des IPCC-Berichtes kommen Herausforderungen auf uns zu. Es ist sowohl für FDP als auch für CDU völlig unstrittig, eingegangene Verpflichtungen und Verträge zu halten. Daran müssen wir uns orientieren, ob es uns passt oder nicht.

Nach Berechnungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ist aufgrund des beabsichtig-

ten rot-grünen Atomausstiegs für 2020 damit zu rechnen, dass es wesentlich mehr CO₂-Emissionen geben wird, denn wir müssen neben einem stark forcierten Ausbau erneuerbarer Energien – das können wir eventuell CO₂-neutral machen – eine Erneuerung fossiler Kraftwerke vornehmen. Auch bei der Einführung von alternativen Treibstoffen werden wir nicht umhinkommen. Bei den beabsichtigten Stilllegungen von Kernkraftwerken, wie Sie es vorhaben, werden zusätzlich rund 60 Millionen t CO₂ ausgestoßen werden.

Meine Damen und Herren, ich stehe doch für eine rationale Klimapolitik, rationale Umweltpolitik

(Lachen von Svenja Schulze [SPD])

und für eine belastbare Problemlösungsstrategie. Unser Ziel ist es – deswegen war es doch richtig, was Minister Pinkwart gemacht hat –, in Nordrhein-Westfalen die Technologieführerschaft sowohl bei der Kernkraft als auch – da kommen wir vielleicht zusammen – hinsichtlich der Effizienzsteigerung bei Kraftwerken, der Speicherkapazitäten – der Einführung von Speichern – und auch hinsichtlich CO₂-freier Kraftwerke haben. Bei den CO₂-freien Kraftwerken stehen wir aber im Widerspruch zu Effizienzsteigerungen, denn ein CO₂-freies Kraftwerk wird automatisch zu einem wahrscheinlich 15 % geringeren Wirkungsgrad führen. Das muss man auch deutlich ansprechen.

Wir sind dafür und haben kein Problem zu sagen: Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die Technologieführerschaft für wirtschaftlich einsetzbare – ich betone: wirtschaftlich einsetzbare – regenerative Energien.

Die Bemerkung, Herr Priggen, wir würden uns dem Begriff „regenerativ“ verweigern, kann ich nicht nachvollziehen. Es wundert mich, dass Sie das im Gegensatz zu additiven Energien sehen. Bei den additiven Energien spielen die regenerativen Energien auch eine Rolle. Sie haben ein ganz anderes Abstraktionsverhältnis angesprochen. Das kann ich nicht verstehen.

Wir sagen: Eine verantwortliche Klima- und Energiepolitik kann man durch mehr Technik erreichen. Technik ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine Technologieführerschaft in den dargestellten Bereichen.

(Svenja Schulze [SPD]: Dann muss man auch etwas dafür tun!)

Wir sagen eindeutig Ja zu einer Verlängerung der Kernkraftwerke – aber nur dann, wenn der Sicherheitsstandard vorhanden ist. Wir fordern Sie von Rot-Grün auf, endlich auf Bundesebene die

Verhinderungspolitik bezüglich der Endlagerung, die sicherlich eine wichtige Voraussetzung ist, aufzugeben. Darüber müssen wir uns klar sein, sonst kommen wir nicht weiter.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, um den wir nicht herumkommen, der ganz elementar ist, für den wir auf Landes- wie auf Bundes- und europäischer Ebene eintreten, ist, die Techniken dort einzusetzen, wo sie am wirksamsten sind – sprich: effizienter Mitteleinsatz. Deswegen noch einmal: Joint Implementation oder Clean Development Mechanism sind in den Bereich Emissionshandel, in den Bereich Kyoto-Protokoll einzubeziehen. Die Kollegin Fasse hat völlig Recht, wenn sie sagt: Das müssen wir auf europäischer oder weltweiter Ebene sehen. Das ist doch klar.

Sie sollten Ihr Feindbild hinterfragen. Zum sachlichen Argumentationsaustausch bin ich gerne bereit. Das setzt allerdings bei Ihnen, Frau Schulze, voraus, dass Sie entweder zuhören

(Svenja Schulze [SPD]: Gott sei Dank steht es im Protokoll!)

oder es zumindest verstehen. Da habe ich große Bedenken. Mit dem Kollegen Priggen bin ich gerne bereit, in eine Fachdiskussion einzutreten. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ellerbrock. – Für die Landesregierung erhält Frau Wirtschaftsministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Schlussfolgerung des Berichts: Wir sollten uns nicht gegenseitig unterstellen, dass wir die Dringlichkeit für eine internationale Einigung über weltweite Maßnahmen zum Schutz des Klimas nicht alle sehen würden. Ihr Antrag erweckt allerdings den Eindruck – das ist auch in den Wortbeiträgen zum Ausdruck gekommen –, als ob die Landesregierung dieses Thema in der tatsächlichen Politik nicht ernst nähme. Deshalb nur ein paar Punkte:

Es stimmt ja, Frau Schulze: Es gab im März 2005 einen Umsetzungsbericht der Landesregierung. Wollen Sie den jetzt alle sechs Wochen haben? Man muss das doch miteinander bereden können. Der Umsetzungsbericht damals besagte, dass die Nutzung des Grubengases im Steinkohlenbergbau zu einer Reduzierung von 4 Millionen t, Wind-

und Wasserkraft zu einem Minus von 3,6 Millionen t, das REN-Programm in seiner ganzen Breite zu einer Reduzierung von 1,9 Millionen t geführt haben.

Wir haben eine Evaluierung der Fördermaßnahmen vorgenommen. Muss ich denn, wenn etwas wirtschaftlich erfolgreich ist, tatsächlich noch subventionieren? Der Gedanke, dies dann nicht mehr zu tun, ist Ihnen so fremd, dass Sie selbst eine Evaluierung schon für überflüssig halten. Das sehen wir anders.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit der Einführung des europaweiten Emissionshandels – das ist damals anders gewesen – hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Wir müssen uns jetzt in die Debatte einschalten, indem wir fragen: Halten wir diese marktwirtschaftlichen Instrumente für sinnvoll? Wir sagen eindeutig: Ja. Weiterhin müssen wir fragen: Wie soll die Ausgestaltung aussehen, damit wir beim Tempo und bei den Zielen, von denen ich hoffe, dass wir sie gemeinsam haben, Augenmaß bewahren? Darüber muss man reden.

Wo ist Ihre Bereitschaft, Herr Priggen, die Sachverhalte zur Kenntnis zu nehmen, beispielsweise, dass, würden die Chinesen bei all dem Ausbau ihrer Kraftwerkskapazitäten auf Steinkohlebasis unsere Technologie anwenden, die CO₂-Emissionen um null steigen würden? Da liegt eine Herausforderung. Wie bekommen wir die Anwendung von Joint Implementation und Clean Development Mechanism so hin, dass dort, wo die Klimaschutzeffekte am größten sind, der größte Teil der Investitionen stattfindet, weil man dann wirtschaftlich vernünftig vorgeht? Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb nehmen wir jetzt die Debatte auf europäischer Ebene zum Anlass zu sagen: In Bezug auf diese Instrumente suchen wir Wege und reden mit den Unternehmen bei uns im Land, die auf diesem Felde möglicherweise enorme Exportchancen haben, aber gleichzeitig mehr zum Klimaschutz beitragen als viele andere Schritte.

Wenn wir über die aktuelle Ausgestaltung diskutieren, wollen wir von Ihnen hören: Sind Sie auch dafür, dass wir die Rechte nach Primärenergien staffeln, oder wollen Sie alles über einen Kamm scheren? – Wir glauben, es ist sinnvoll, die verschiedenen Pfade rationeller zu organisieren. Also brauchen wir sogenannte Benchmarks für jeden Primärenergiefaktor.

(Beifall von CDU und FDP)

In der letzten Aktuellen Stunde haben wir darüber geredet: Brauchen wir die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Zertifikatehandel? – Wir sind der Auffassung, es würde schneller etwas und mehr bewirken, wenn wir „Single European Sky“ hinbekommen, weil dann all die Warteschleifen, die dafür sorgen, dass sehr viel CO₂ emittiert wird, zu vermeiden wären. Darüber lohnt es sich doch zu reden.

Nehmen Sie den Automobilverkehr. Ich bin ja einverstanden, auch beim Auto stärkere Maßnahmen zu ergreifen, noch einmal zu prüfen und sich zu fragen, ob es nicht ein bisschen enttäuschend ist, dass die freiwilligen Vereinbarungen nicht so gut funktioniert haben, wenigstens bisher nicht? Wenn man das verändern will, muss man aber doch die Wirklichkeit in unserem Land zur Kenntnis nehmen.

Ich könnte mir viel eher vorstellen, auch für diesen Teil marktwirtschaftliche Anreize so zu organisieren, dass kraftstoffsparende Autos Vorteile genießen, während die, die sehr viel in Anspruch nehmen, dann mit Zertifikaten dafür sorgen müssen, dass ein Ausgleich organisiert wird. Es muss schon der Anreiz bestehen – damit bin ich bei den extremsten Forderungen, die man dazu hören kann –, nicht die letzte zusätzliche Effizienzsteigerung, die bei einem dicken Sportwagen möglich ist, auf die Weise umzusetzen, dass dieser statt 400 km/h 450 km/h schnell fahren kann. Da wäre mir ein Umdenken in die Richtung lieber, ob man Effizienzsteigerung auch dazu nutzen kann, geringere Emissionswerte zu organisieren. Diese Debatte werden wir in naher Zukunft führen.

Zu dem Vorwurf, was die Landesregierung alles nicht tue – kann ja sein, dass Sie das ärgert –, darf ich ankündigen, dass wir in Kürze die ersten Bausteine des Energieprogramms vorlegen, das aus vier Teilen bestehen wird: das Energieeffizienzkonzept „NRW spart Energie“, das NRW-Konzept zu den erneuerbaren Energien, das NRW-Biomasse-Konzept und das Konzept zur Energieforschung. Sollten Sie danach noch eine Lücke bemerken, stehen wir gerne zur Diskussion bereit.

Sobald die Vorgaben der EU-Kommission zum Emissionshandel – das ist klimapolitisch wohl das wichtigste Instrument – für die Periode 2008 bis 2012 in nationales Recht umgesetzt sind, wird die Landesregierung ein umfassendes Klimaschutzprogramm daraus ableiten, das dann – so unsere Vorstellung – in Übereinstimmung mit dem Energieprogramm steht.

Letzte Anmerkung: Viele halten ja für andere immer Vorschläge bereit, was Sie alles tun könnten, damit den Klimaschutzziele entsprochen wird. Ich habe heute dafür gesorgt, dass alle Abgeordneten in ihrem Postfach einen kleinen Kompass finden. Da der Ministerpräsident nicht anwesend ist, durfte ich das ausnahmsweise auch auf Englisch erläutern. Dieser kleine Kompass wird uns bei internationalen Konferenzen begleiten. Er gibt jedem einzelnen Abgeordneten und vielen anderen die Möglichkeit, bei der Nutzung der Elektrizität, bei seinem persönlichen Mobilitätsverhalten, bei der Art und Weise, wie er zu Hause lebt und wohnt und wie er in die Ferien kommt, genau zu ermessen, ob er das Kyoto-Protokoll durch sein Verhalten einhält. Ich wünsche Ihnen viel Freude dabei.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Dann kann ja jeder sein Verhalten nun selber überprüfen. Mal schauen, was dabei herauskommt.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Stinka für die SPD-Fraktion.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Herr Ellerbrock, es bleibt Ihnen nicht erspart: Vor zwei Wochen haben Sie uns hier für die FDP-Fraktion eine Aufführung geliefert, in der sie den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel kaltschnäuzig und fast rundweg abgestritten haben. Das fanden wir unglaublich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Heute stellen Sie sich hierhin und zitieren den „Fokus“. Der „Fokus“ ist zwar ein interessantes Blatt, aber beim Klimawandel sollte man sich schon besserer Quellen bedienen, Herr Kollege Ellerbrock.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gleichzeitig sprach Herr Kemper von Betroffenheit und Emotionalisierung und empfand die Reden über Klimaschutz als heiße Luft. Die beiden Kollegen müssten doch am 2. Februar, als der internationale Wissenschaftsrat sein Gutachten vorgestellt hat, vor Scham rot geworden sein –

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Schwarz!)

so war meine Überlegung, als ich mein Redekonzept für heute ausformulierte. Ich dachte mir, dass

nach diesem Gutachten doch allmählich ein bisschen mehr Erkenntnis wachsen müsse.

Frau Fasse spricht davon, dass wir gesicherte Erkenntnisse brauchen. Ich lese in der Zeitschrift der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, in der sie den Stern-Bericht zitiert und schon im Jahr 2006 zu deutlichem Handeln anmahnt. Fakten haben wir zu dem Thema wirklich reichlich gesammelt.

Wissen Sie, was für unsere Fraktion wichtig ist? Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen streitet nicht mehr darüber, ob Kyrill nun ein brachialer Bote des Klimawandels ist oder nicht. Der Klimawandel ist für uns Fakt. Und objektive Gremien belegen das deutlich. Wer hiervor Augen und Ohren verschließt, dem ist kaum mehr zu helfen.

(Beifall von der SPD)

Gestern konnten wir auf der E-World in Essen vom Klimainstitut hören, dass die Klimamodelle aller Kontinente deutliche Temperaturanstiege aufzeigen. Wer gegen so viele Modelle noch etwas vorbringen möchte, bitte, der muss es ja wissen.

Wir erleben seit knapp 400.000 Jahren eine gleichbleibende CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Erst in den letzten hundert Jahren, Kolleginnen und Kollegen, hat es einen enormen menschengemachten Anstieg gegeben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Man hat das auch ganz genau gemessen!)

– Das hat man genau gemessen durch Eiskernbohrungen, Herr Weisbrich. Sie wären gut beraten gewesen, auf der E-World dabei gewesen zu sein. Das ist kein Hokusfokus, sondern das sind wirtschaftlich belegte Fakten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich würde es gerne dabei belassen, aber, Kolleginnen und Kollegen, wir alle, die hier sind, tragen Verantwortung, und die Zeit drängt. Aus diesem Grunde zitiere ich den Beschluss der Evangelischen Kirche von Westfalen:

„Angesichts des immer schneller verlaufenden Klimawandels und der andauernden klimapolitischen Blockaden hat das ‚Kirchenparlament‘ am 17. November 2006 seine Selbstverpflichtung zum biblischen Auftrag bekräftigt, die Schöpfung zu bewahren.“

Von der Deutschen Bischofskonferenz – für die Katholischen unter uns – lesen wir im Dezember 2006:

„Der globale Klimawandel ist bereits Realität. Dieser Herausforderung müssen wir aktiv begegnen.“

Die beiden großen Kirchen machen also auch deutlich, welche Aufgaben wir haben.

Wir werden uns, Kolleginnen und Kollegen, gegenüber der nächsten und übernächsten Generation im Rückblick auf den Jahrtausendwechsel nicht mehr damit herausreden können, wir hätten davon nichts gewusst und wir hätten nicht handeln können. Wir müssen jetzt handeln und nicht in dem Schneckentempo wie in den letzten Jahren. Ich komme mir häufig vor, als säßen wir auf der Titanic, blickten auf den Eisberg, drosselten aber nur die Fahrt, ohne das Ruder umzuwerfen. Das zeigt gerade auch die aktuelle Debatte über die Kfz-Emissionen.

Deshalb müssen wir jetzt handeln; die Instrumente dafür haben wir. Wir brauchen mehr Energieeffizienz, und mehr erneuerbare Energien sind einzusetzen.

Kolleginnen und Kollegen von der CDU- und von der FDP-Fraktion, wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie doch der Wirtschaftsministerin, die ich gestern auf der E-World hören konnte und die von einem enormen Potenzial sowohl im Bereich Umweltschutz als auch im Bereich Arbeitsplätze gesprochen hat. Sie hat das in der „Westfälischen Rundschau“ getan und auch gestern vor einem sehr ausgewählten Publikum auf der E-World: 16.500 Arbeitsplätze und 4,2 Milliarden € Umsatz sind Fakten, an denen auch Sie nicht vorbeikommen.

Mit erneuerbaren Energien – und nur damit! – kommen wir hier weiter. Vor diesem Hintergrund verweise ich noch einmal – Frau Fasse hat ja das Handeln im politischen Raum angesprochen – auf unseren Antrag aus der letzten Plenarwoche zur Biomassestrategie, die lange von Herrn Uhlenberg angekündigt wurde und die wir in dem Antrag für das Land Nordrhein-Westfalen, für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und für den Schutz des Klimas und für unseren Beitrag dazu endlich einfordern. Wir können nicht immer woanders hinblicken. NRW hat in der Klimadebatte einen Beitrag zu leisten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Forsmark und andere atomare Schwachpunkte, die wir auf der Welt haben, sind in dieser ernsten Debatte um die Zukunftsvision keine Alternative.

(Beifall von der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, kehren Sie um! Die Zeit für Halbwahrheiten ist vorbei. Der Tag rückt näher, an dem der Klimawandel jeder Kontrolle entgleitet. Es ist Zeit für eine Revolution des politischen Handelns. Das sage nicht ich – ich will mich da nicht mit fremden Federn schmücken –, sondern das sagte der französische Staatspräsident Jaques Chirac bei der Berichterstattung des Wirtschaftsrates. Ich appelliere an Sie, ihm nachzufolgen. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Presse-landschaft im Umfeld der Pariser IPCC-Konferenz verfolgt hat, hat erstaunliche Kommentierungen festgestellt, beispielsweise: In der medialen Wahrnehmung zum Klimaschutz finden die Grünen bundesweit nicht mehr statt. – Ich kann das nachvollziehen, ich kann auch den Ärger darüber nachvollziehen. Das scheint mit die Ursache dafür zu sein, dass wir von den Grünen in immer schnellerer Taktfrequenz Anträge – auch zu Aktuellen Stunden – zum Klimaschutz vorgelegt bekommen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir müssen versuchen, den Lernprozess zu beschleunigen!)

Wenn irgendwo das Wetter durcheinandergerät oder wenn eine neue Interpretation des Universums auf den Markt kommt – flugs sind die Grünen dabei. Leitthema: „Apocalypse now, wir sind die Gutmenschen, Nordrhein-Westfalen muss endlich die Welt retten!“

Meine Damen und Herren, ich will das Thema „Verantwortung des Menschen für den Kohlenstoffkreislauf und damit möglicherweise auch für die Erwärmung der Erdatmosphäre“ keinesfalls kleinreden.

(Frank Sichau [SPD]: „Möglicherweise“?)

Wir kämen aber weiter, wenn wir uns in der Debatte weniger von Emotionen und mehr von harten Fakten leiten ließen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Für dogmatische Aussagen und Unterstellungen ist Klimaforschung viel zu komplex.

Frau Schulze, es ist nicht so, dass man sagen kann: Es gibt ein ganz schmales Zeitfenster, und

alles ist machbar, wir müssen es nur wollen. – Das ist für den, der sich mit dem Klima ernsthaft, wissenschaftlich befasst, wirklich notorischer Unfug.

(Svenja Schulze [SPD]: Wir müssen doch wohl was tun, oder?)

Es ist richtig, dass die „Glaubenskongregation der Klimaforschung“ namens IPCC jetzt in ihrem vierten Arbeitsbericht festgestellt hat, der Mensch sei sehr wahrscheinlich der Verursacher der Erderwärmung. Es ist auch im Großen und Ganzen unumstritten, dass der Mensch einen Anteil dazu leistet.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Der Internationale Wissenschaftsrat zum Klimawandel kommt zu dieser Einschätzung, weil ein weltweiter Industrialisierungsprozess, Energieerzeugung, Brandrodungen in unvorstellbarem Ausmaß, großflächige Abholzung der klassischen Klimasenke Wald, aber auch intensive Land- und Viehwirtschaft für immer mehr Menschen dazu beitragen, das Gleichgewicht der biologischen Pumpe zwischen Pflanzenwelt, Boden, Ozeanen und Atmosphäre zu stören.

Im natürlichen Gleichgewichtszustand – Frau Schulze, das sollten Sie sich einmal merken – enthält die Erdatmosphäre etwa 2,7 Billionen t CO₂. Die vom Menschen verursachte bilanzielle Jahreszunahme des CO₂-Gehaltes beträgt nach IPCC-Angaben ca. 8 Milliarden t. Das ist schon eine gewaltige Differenz. Wenn man dann noch sieht, was Russland, China, die USA, Indonesien und andere tun, dann muss man sagen, dass das Gewicht von Nordrhein-Westfalen in diesem Kontext sehr, sehr gering ist. Das heißt nicht, dass man es vernachlässigen darf; das heißt nicht, dass wir keine Vorbildfunktion haben sollten. Aber das Gewicht ist sehr, sehr gering. Und alles, was man tut und fordert, muss man sich vor dem Hintergrund von Kosten und Nutzen sehr genau überlegen.

(Beifall von der FDP)

Um den globalen Temperaturanstieg auf etwa 2 Grad Celsius zu begrenzen, was wir im Prinzip ja alle wollen, wäre es bei monokausaler Betrachtung – also wenn wir nur die Verbrennungsvorgänge sehen – notwendig, den CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre bei etwa 500 ppm, „parts per million“, zu stabilisieren.

Ich weise aber darauf hin: Es gibt noch ganz andere Ursachen, beispielsweise Sonneneruptionen, die jetzt auch erforscht werden, die viel stärker

durchschlagen können als alles, was wir als Menschlein hier so treiben. Aber sei's drum!

Stellen wir uns einmal die Frage: Wie kann es gelingen, den CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre, wie ich es eben geschildert habe, tatsächlich stabil zu halten? Das UN-Klimasekretariat in Bonn sieht in seinem Bericht „Treibhausgase 2006“ als wesentliche Ursachen der seit 2000 wieder ansteigenden CO₂-Emissionen die Entwicklung der Boomstaaten wie China und Indien, den Wirtschaftsaufschwung in den Ex-Ostblockstaaten sowie den zunehmenden Luftverkehr – nicht die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Die EU-Kommission schlägt in ihrem Anfang Januar vorgelegten Bericht zur Energiezukunft ein sehr ambitioniertes Kohlendioxid-Reduktionsszenario bis zum Jahr 2050 vor. Herr Kollege Priggen, ausgesprochen interessant! Aber wenn Sie den Bericht lesen, werden Sie wahrscheinlich rückwärts umschlagen. Denn nach EU-Kommissionsmeinung soll der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050 auf 22 % ansteigen, während 30 % des Energiebedarfs aus Kernkraft abgedeckt werden sollen; damit soll der Anteil an benötigten fossilen Brennstoffen unter 50 % gedrückt werden. Die EU-Kommission ist der festen Überzeugung, dass das nur auf diesem Weg gelingen kann: erneuerbare plus Kernenergie.

Nur nebenbei bemerkt: Die EU-Kommission ist auch der Auffassung, dass, falls die Kyoto-Ziele in Europa erreicht werden sollten, ein Ausbau der Kernkraft unverzichtbar sei. – Ich weiß, dass das für Sie fast der GAU ist. Aber auch Ihnen sollte diese Einschätzung zu denken geben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie haben ja bereits bei der Kohledebatte erlebt, dass es ab einem bestimmten Informationsstand geboten ist, selbsterrichtete Barrikaden zu räumen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb rate ich Ihnen: Werfen Sie ideologischen Ballast ab, und begleiten Sie konstruktiv das konkrete Klimaschutzprogramm der Landesregierung! Dies ist ein gutes Programm. Es wird in etwa so aussehen:

Zunächst einmal hat die Landesregierung im Dezember 2006 ein Gutachten zum CO₂-Mengenrüst in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben, weil die abgewählte rot-grüne Landesregierung das bisher versäumt hatte. Ich glaube, wir stimmen überein: Anspruchsvolle Klimaschutzziele lassen sich ohne Kontrollbasis nicht umsetzen.

In einem zweiten Schritt startet die Landesregierung ihre Energieeffizienzoffensive „NRW spart Energie“, die an Unternehmen, Kommunen und Privathaushalte adressiert ist.

In einem dritten Schritt legt die Landesregierung das NRW-Konzept für erneuerbare Energien vor. Dieses Konzept wird durch eine Biomassenstrategie für Nordrhein-Westfalen ergänzt.

Die strategische Klammer für alle energiepolitischen Aktivitäten zum Klimaschutz bildet schließlich das Konzept zur Energieforschung in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, das ist ein rundes, sehr vernünftiges Programm.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Christian Weisbrich (CDU): Ich komme sofort zum Schluss. – In den nächsten Wochen wird die Landesregierung eine gut geplante Handlungsoffensive starten, die dem Klima hilft, ohne unseren Schlüsselbranchen, beispielsweise der Automobilindustrie, zu schaden, und die gleichzeitig Chancen für Umwelttechnologie vom Feinsten aus Nordrhein-Westfalen eröffnet. Ich glaube, die Landesregierung ist auf einem guten Weg. Ich möchte sie ausdrücklich ermuntern, so fortzufahren. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal Herr Priggen das Wort. Bitte sehr.

Reiner Priggen (GRÜNE): Lieber Kollege Weisbrich, ich weiß, dass Sie von der Glaubenskongregation für den Glauben an die Landesregierung sind. Das ist auch völlig in Ordnung. Allerdings sind die inhaltlichen Differenzen bei den Positionierungen der CDU doch sehr deutlich geworden.

Frau Fasse, dem ganzen ersten Teil dessen, was Sie geschildert haben, stimme ich komplett zu.

(Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Sie haben das sehr richtig beschrieben. Genau so ist es in der Tat. Sie haben die ganzen Fakten richtig dargestellt.

Herr Weisbrich hat aber eben das IPCC als Glaubenskongregation diffamiert und an dieser Stelle – wie schon Herr Ellerbrock – wieder auf die Boomstaaten China und Indien hingewiesen. Dann müssen Sie doch Folgendes zur Kenntnis neh-

men: Indien und China sind prosperierende Wirtschaftsstaaten, die auch hohe technologische Ansprüche haben, in denen im Moment aber noch 1 bis 2 t CO₂ pro Person erzeugt werden.

Das ist der entscheidende Punkt. Wir wissen, dass die Wirtschaft in China sehr stark wächst und weiter wachsen wird. Auf längere Sicht werden die Chinesen doch sagen: Wir haben den gleichen Anspruch an Ressourcen wie ihr in Westeuropa und in Amerika.

Auf längere Sicht – das mag zehn, 20 oder 30 Jahre dauern – werden wir nicht klarkommen, wenn wir uns nicht auf ein einheitliches Niveau verständigen. Das hat natürlich Konsequenzen; denn es bedeutet, dass wir in den industrialisierten europäischen und amerikanischen Staaten zu einer CO₂-Reduktion um 80 % kommen müssen, während die anderen, beispielsweise die Chinesen, ein Level von maximal 3 bis 4 t erreichen dürfen.

Das heißt, dass sie anfangen müssen, sparsamere Technologien einzusetzen. Wir sind doch überhaupt nicht auseinander bei der Einschätzung, dass es vernünftig ist, wenn alle Welt – ich nenne nur Indien und China – hocheffiziente Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen kauft. Wenn dadurch CO₂ eingespart wird, hat doch kein Mensch etwas dagegen. Das ist auch der Kernpunkt.

Wir haben heute kein apokalyptisches Szenario angesprochen. Die Kernfrage ist nun einmal: Verschlafen wir als Industrie- und Technologieland die Märkte, die als Konsequenz aus all diesen Prozessen in den nächsten zehn, 20, 30 oder 40 Jahren Beschäftigung und modernste Technologie für uns und unsere Kinder und Enkel hier in Nordrhein-Westfalen schaffen?

Auf diese Frage sind heute wieder Antworten gegeben worden – zum Beispiel von Herrn Ellerbrock –, die nur skurril sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ellerbrock hat an dieser Stelle gesagt, dass wir die Technologieführerschaft bei CO₂-freien Kraftwerken haben wollen. Herr Weisbrich, wie wir alle wissen – wir führen ja auch eine Anhörung dazu durch –, ist die Separierung von CO₂ – Abscheidung und Verpressung in die Erde – noch nirgendwo gelungen. Wir sind offen für die Forschung und für die Diskussion. Das Ganze ist hochriskant. Der Wirkungsgrad, den wir gerade auf 43 % gesteigert haben, geht, wie Sie gesagt haben, 15 % in die Knie. Es stellt sich also die Frage, ob das überhaupt ökonomisch darstellbar ist.

Ich kann ganz gelassen damit umgehen; denn in dem Moment, in dem eine solche Separierung von CO₂ für Rheinbraun Vorschrift würde, wären wir mit den erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig. Dann bräuchten wir nur noch die Frage zu diskutieren, ob Rheinbraun die Energie inklusive CO₂-Speicherung erzeugt oder ob wir zu den gleichen Kosten erneuerbare Energien einsetzen.

Neben dem mit der CO₂-Speicherung verbundenen hohen Risiko müssen Sie zur Kenntnis nehmen – das wissen Sie auch –, dass selbst eine weltweite Separierung und Speicherung uns wieder nur für eine bestimmte Zeit hilft. Dann sind die unterirdischen Lagerstätten auch voll.

Herr Ellerbrock, nun komme ich zu Ihrer Aussage, wir wollten uns für wirtschaftlich nutzbare regenerative Energien einsetzen. Sie wissen ganz genau, dass es jetzt darum geht, dass die weltweit entstehenden Märkte mit Hightech aus Deutschland, vor allen Dingen aus NRW, besetzt werden können. Aus diesem Grund müssen wir bestimmte Dinge initiieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die von Ihnen immer wieder verteilte Windindustrie-Monstertechnik – das ist ja Ihre Sprachwahl, die sonst kein Mensch pflegt – von der CDU-geführten Regierung unter Bundeskanzler Kohl initiiert worden ist. Das Ganze wurde dann unter Rot-Grün in Berlin gut fortgesetzt – auch mit Unterstützung zum Beispiel des Deutschen Bauernverbandes. Das hat dazu geführt, dass wir die Nation mit dem höchsten technologischen Standard weltweit sind und dass unsere Firmen Exportanteile zwischen 70 und 80 % erzielen – mittlerweile mit zunehmender Tendenz.

(Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Das ist die positive Folge. Das Ganze wäre nicht in dieser Weise entwickelt worden und nicht so in Gang gekommen, wenn es nicht gefördert worden wäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir befinden uns hier auch im Konsens. Es ist völlig klar, dass wir aufgrund des knappen öffentlichen Geldes nichts Unwirtschaftliches fördern wollen. Das Ziel ist, es so zu entwickeln, dass es die Wirtschaftlichkeit erreicht.

Frau Ministerin Thoben, ich stimme völlig mit Ihnen überein, wenn Sie einen Zertifikatehandel für Autos vorschlagen. Das ist eine überaus spannende Option. Wenn wir meinen, wir könnten noch in zehn, 20 oder 30 Jahren die Weltmärkte

mit unseren Porsche Cayennes, Daimlers und anderen großvolumigen Autos bedienen, dann müssen wir aufpassen, dass nicht aus Indien oder China hocheffiziente Kleinwagen für die Hälfte des bei uns üblichen Preises hierher zurückkommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn sie dort gute Wagen bauen können, dann sind sie auch in der Lage, irgendwann den 7er-BMW für die Hälfte des Preises zu liefern.

In Bezug auf die Technologieführerschaft bei effizienten Motoren hat die Bundesrepublik Deutschland etwas verpasst. Die Hybridantriebe kommen aus Japan. Die in NRW entwickelte Abgastechnik kommt in französischen Autos zurück.

Hier ist ein Impuls notwendig. An dieser Stelle müssen wir uns positiv aufstellen. Wir müssen die Entwicklung fördern – nicht einmal unbedingt mit Geld, sondern durch klare politische Vorgaben.

Wir sind bei Ihnen, wenn Sie ernsthaft eine nordrhein-westfälische Initiative anstreben, den CO₂-Zertifikatehandel für Autos einzuführen. Derjenige, der meint, einen solchen Porsche oder einen riesengroßen VW oder Daimler mit 1.000 PS zu brauchen, soll das dann auch über den Emissionshandel bezahlen. Gleichzeitig haben die Vernünftigeren, die mit einem Kleinwagen bescheidener zurechtkommen, den entsprechenden Bonus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bringen Sie so etwas ein. Ich nehme das als Aufschlag auf. Wir werden uns darum bemühen und einen Vorschlag machen. Lassen Sie uns in einen Wettbewerb der Ideen eintreten.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Dann schauen wir, wie man das weitertragen kann. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Priggen, ich finde es schon bemerkenswert: Zum einen sagen Sie, die Ausführungen des Kollegen Ellerbrock seien skurril. Im nächsten Satz führen Sie aber

genau das Problem an, das Herr Kollege Eilerbrock auch genannt hat, nämlich dass die CO₂-freien Kraftwerke mit Wirkungsgradverlusten verbunden sind. Insofern weiß ich nicht, was Sie dem Kollegen vorwerfen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wenn man es nicht versteht, kann man es auch nicht nachvollziehen!)

Meine Damen und Herren, wir sollten die gesamte Debatte versachlichen. Wir sind hier in diesem Hohen Haus wohl alle der Meinung, dass wir die Klimaschutzanstrengungen weltweit verstärken müssen. Dazu muss Nordrhein-Westfalen selbstverständlich ebenfalls seinen Beitrag leisten. Die Ministerin hat ja auch ausgeführt, welchen Maßnahmenkatalog die Landesregierung bereits ergriffen hat: von der Energieeffizienz über die Energieeinsparung bis hin zur Biomassestrategie und zur Geothermie.

Zur Geothermie haben wir einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen dieses Hauses beschlossen, der sich auch mit Fragen der Wärmedämmung, Gebäudesanierung etc. befasst. Werfen Sie uns also nicht vor, wir würden an dieser Stelle nicht handeln! Nordrhein-Westfalen wird seinen Beitrag leisten.

Aber welchen Beitrag müssen wir noch auf Bundesebene bringen? Ich würde Ihnen empfehlen, einmal in das Gutachten zu schauen, das Sie heute schon den ganzen Tag anpreisen. Denn die Experten, Frau Schulze, sagen, dass wir den Kampf gegen die Erderwärmung ohne den effektiven Einsatz der Kernenergie nicht gewinnen können. Zu diesem wichtigen Punkt haben Sie heute keinen einzigen Satz gesagt.

Wir können nicht zum einen aus der Kernenergie aussteigen und zum anderen auf die Verstromung verzichten. Ich nehme als Beispiel die Fraktion der Grünen, die zwar die Technik optimieren, aber den Ausstieg aus der Kernenergie, aus der Steinkohleverstromung und aus der Braunkohleverstromung möchte, um auf erneuerbare Energien zu setzen. Dabei sagen die Experten selbst – nehmen Sie Herrn Vahrenhold als Beispiel –: Das können die erneuerbaren Energien in dieser kurzen Zeit nicht erreichen. Wir brauchen die Kernenergie noch weitere Jahre.

In ihrer Übersicht bleibt also nur noch Gas übrig. Gas müssen wir importieren. Dort haben wir bereits die Abhängigkeit von Russland. Wenn wir Ihrer Strategie folgen würden, Herr Kollege Priggen, würden wir die Gasimporte weiter erhöhen – Russland und Herr Putin werden sich freuen – und bei uns neue Gaskraftwerke bauen. Das wür-

de dazu führen: Russland liefert mehr Gas und baut selbst neue Steinkohlekraftwerke, aber nicht auf unserem modernen hohen Level, sondern solche, die wir als Dreckschleudern bezeichnen müssen. Ihre Strategie führt also unter dem Strich zu einer Erhöhung der CO₂-Emissionen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Grafik zeigen.

(Der Abgeordnete hält einen Artikel aus der „Bild-Zeitung“ hoch.)

Gestern war es in der „Bild-Zeitung“ bildlich schön dargestellt, Frau Kollegin Schulze, wer die Emittenten sind: hauptsächlich Amerika, China, Indonesien.

(Svenja Schulze [SPD]: Wer liefert die Filtertechnik?)

Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade dort, wo die Emissionen am höchsten sind, ansetzen und für Effizienzsteigerungen sorgen, indem dort moderne neue Technik aus Nordrhein-Westfalen zur Geltung kommt. Dann haben wir dem Klimaschutz gedient. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Römer das Wort.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Jetzt kommt „Privat vor Staat“!)

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich will aus dieser Debatte das aufnehmen, was dazu dienen kann, zu diesem Thema gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Ich bin dankbar, Frau Kollegin Fasse, dass Sie vor diesem Hohen Hause klargemacht haben – wenn auch offensichtlich nicht für die gesamte CDU-Fraktion –: Für Sie ist ein Klimawandel da, entstanden und befördert durch menschliches Handeln, durch die Menschen insgesamt, und der Klimawandel erfordert auch aktiven Klimaschutz. So weit stimmen wir überein.

Dass Kollege Weisbrich anschließend angefangen hat, Sie wieder ein bisschen in eine andere Ecke zu stellen und das Ganze kleinzureden, lasse ich für einen Moment beiseite. Aber wenn wir zu der gemeinsamen Überzeugung kommen, Frau Kollegin Fasse, dass aktiver Klimaschutz auch politisches Handeln erfordert, dann aber bitte auf allen Ebenen:

(Beifall von der SPD)

selbstverständlich international, selbstverständlich national, aber auch hier in diesem Land und in allen 396 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens. Ich bitte Sie: Springen Sie über Ihren eigenen Schatten, und warten Sie nicht nur darauf, dass auf europäischer Ebene noch Berichte über das eine oder andere erfolgen. Nein, lassen Sie uns das tun, was in Nordrhein-Westfalen notwendig ist. Das können wir gemeinsam verabreden.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, vieles von dem, was Sie vorgelesen haben, ist nicht nur diskussionswürdig und muss von uns gemeinsam aufgenommen werden, sondern ist auch mit unserer nordrhein-westfälischen Tradition, mit unserer industrie- und technologiepolitischen Erfahrung nach vorne zu bewegen. Selbstverständlich müssen Sie auch im Rahmen Ihrer Verantwortung immer wieder Instrumente überprüfen. Ja, es muss evaluiert werden. Aber nach fast zwei Jahren Regierungsverantwortung immer noch darauf zu verweisen, dass Sie noch Zeit brauchen, um einen Klimaschutzbericht, der hier schon vorgelegen hat, weiterzuentwickeln, reicht nicht aus.

(Beifall von der SPD)

Beeilen Sie sich ein bisschen, Frau Thoben! Viel Zeit haben Sie nicht mehr. Die Legislaturperiode ist bald zu Ende und damit auch Ihre Regierungsverantwortung.

(Beifall von der SPD)

Es ist doch deutlich geworden: Sie haben ein Klimaproblem in Ihrer Koalition. Ich habe Ihre Rede so verstanden, wie sie offensichtlich auch gemeint war, nämlich ein ständiges Plädoyer an den Koalitionspartner FDP, davon abzulassen, in diesem wichtigen Bereich alles nur den Marktkräften zu überlassen. Sie haben sich zu staatlichem Handeln bekannt. Ja, das ist vernünftig.

Dann haben Sie diesem Hohen Hause ein weiteres Mal angekündigt, dass in Kürze – das haben wir schon ein paar Mal gehört – das eine oder andere endlich vorgelegt wird, auch das, was zur Biomasse schon lange überfällig ist. Wir warten darauf. Lassen Sie sich nicht allzu viel Zeit, damit in diesem Hause endlich klar wird, was Sie dafür an Konzepten vorlegen wollen.

Ich glaube, Frau Thoben, das Wichtigste, um bei diesem Thema weiterzukommen, haben Sie als Aufgabe in Ihrer eigenen Koalition vor sich. Sie müssen vor allem die FDP endlich davon überzeugen: Auch wir in Nordrhein-Westfalen müssen davon ausgehen, dass das, was wir mit Klima-

wandel umschreiben – das ist wissenschaftlich unstrittig, auch in Teilen der CDU-Fraktion, aber, Herr Weisbrich, leider noch nicht überall angekommen –, verursacht durch menschliches Handeln, politisches Handeln erfordert mit einer aktiven Umweltpolitik, einer aktiven Klimaschutzpolitik.

Letzter Punkt in dem Zusammenhang: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch in diesem Haus dann zu großen Gemeinsamkeiten kommen könnten, wenn es konkret werden würde. Aber dazu, Frau Thoben, brauchen wir von Ihnen nicht nur Ankündigungen, sondern auch konkrete Vorschläge. Die sind Sie auch heute wieder schuldig geblieben. Ich hoffe, irgendwann kommen doch noch Ihre Konzepte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Jetzt erhält der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herr Uhlenberg, das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war nicht die erste Klimadebatte, die im Landtag von Nordrhein-Westfalen geführt worden ist. Diese Debatten haben fast immer die gleiche Ausrichtung: Der eine zeigt auf den anderen. Es ist immer ein Stück Unterstellung dabei, nach dem Motto: Eigentlich nehmen die Regierungsparteien den Klimawandel gar nicht wahr. – Meine Damen und Herren, das ist natürlich dummes Zeug. Das ist insbesondere durch die Rede der Abgeordneten Fasse deutlich geworden.

(Norbert Römer [SPD]: Sie sehen Herrn Elterbrock an!)

Natürlich gab es zwischen Frau Fasse und Herrn Weisbrich keine Meinungsverschiedenheiten.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich lehne es aus Zeitgründen ab, Ihnen aus lauter Betroffenheit, die vorhanden ist, noch einmal drei Minuten lang zu erzählen, dass Klimaschutz für uns alle ein hohes Ziel ist und dass wir die Klimaveränderung natürlich wahrnehmen. Das ist der eine Teil. Ich meine, da sind wir uns eigentlich auch einig.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Spannend wird es immer, wenn die Frage gestellt wird: Wie gehen wir denn mit diesem Thema um?

Frau Kollegin Thoben hat völlig Recht, wenn sie zunächst einmal sagt, dass auch dort eingespart werden muss, wo am meisten Emissionen erzeugt werden. Das ist ganz entscheiden.

Aber es kann doch nicht angehen, meine Damen und Herren, dass sich beide Vertreter der SPD hier hinstellen und dieses Thema relativ hohl abhandeln,

(Widerspruch von der SPD)

dann aber zum Beispiel mit keinem Wort das Thema Steinkohle erwähnen,

(Svenja Schulze [SPD]: Das machen wir ja gleich noch!)

und das in einem Land wie Nordrhein-Westfalen!

(Norbert Römer [SPD]: Seien Sie nicht so ungeduldig!)

Wenn sich die Sozialdemokraten zum Thema Klimawandel äußern, müssen sie auch das Thema Steinkohle zumindest erwähnen und ebenso die Probleme, die wir in diesem Zusammenhang mit dem Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen haben.

Das ist bei den Grünen genauso. Herr Kollege Priggen, wenn die Grünen einfordern, dass wir bei der Technologieförderung noch mehr machen müssen, insbesondere was internationale Verflechtungen angeht, müssen die Grünen, aber auch irgendwann einmal die SPD, die Frage beantworten, wie sie das Problem des Klimaschutzes in den Griff bekommen wollen, wenn sie bei ihrer Atomausstiegstrategie bleiben.

In dieser konkreten Situation geht es doch nicht um den Neubau von Atomkraftwerken sondern darum, dass die rot-grüne Bundesregierung die Entscheidung getroffen hat, auch aus technologisch bestens aufgestellten Atomkraftwerken auszustiegen. Meine Damen und Herren, das ist unter klimapolitischen Gesichtspunkten eine falsche Entscheidung.

(Beifall von der CDU)

Sie können sich nicht hier hinstellen und mit dem Finger auf andere Fraktionen – insbesondere auf die Regierungsfaktionen – zeigen, wenn Sie diese Lücke und diese Macke, wenn ich das einmal so sagen darf, die Sie in Ihrer Klimaschutzpolitik haben, nicht aufarbeiten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wer da eine Macke hat, wird sich noch zeigen!)

Das gilt für den Ausstieg aus der Steinkohle und für den Ausstieg aus der Atomenergie.

Meine Damen und Herren, dann wird immer wieder so getan, als wenn sich nichts in Nordrhein-Westfalen täte, was das Thema erneuerbare Energien angeht. Herr Kollege Priggen, fahren Sie bitte einmal durch Nordrhein-Westfalen und schauen Sie, was sich bei den erneuerbaren Energien gerade in den ländlichen Räumen getan hat. Ich weiß, dass Sie seit vielen Jahren sehr ehrgeizig und ambitioniert zu diesem Thema arbeiten. Aber ich habe nun wirklich den Eindruck, dass Sie dieses Thema nicht mehr richtig wahrnehmen, nur weil eine andere Regierung an der Macht ist, weil wir jetzt eine CDU-FDP-Koalition haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

Fahren Sie heute einmal durch die ländlichen Räume Nordrhein-Westfalens. Es gibt keinen Kreis, in dem zurzeit nicht an irgendeiner Stelle eine neue Biogasanlage gebaut wird. Das gilt insbesondere in den Kreisen, die landwirtschaftlich stark aufgestellt sind und in denen wir inzwischen schon Nutzungskonflikte zwischen den Flächen für nachwachsende Rohstoffe und den Flächen, die wir für die Ernährungswirtschaft brauchen, haben. Wir haben in den ländlichen Räumen intensive Diskussionen, weil die Pachtpreise steigen. Die Landwirte, die sich auf die Ernährungswirtschaft ausgerichtet haben, sagen: Der andere Teil wird durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz subventioniert; da kommen wir nicht mehr mit, und die Märkte fallen auseinander. – Das heißt, dass es dort auch Konflikte gibt.

Aber was ich Ihnen vor allen Dingen näher bringen möchte, Herr Abgeordneter Priggen, ist, dass die erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen auch nach dem Mai 2005 – oder vielleicht sogar insbesondere nach dem Mai 2005 – ein großer Schwerpunkt sind, weil die Landwirtschaft jetzt wieder investiert und eine Zukunftsperspektive hat.

Das bezieht sich auch auf das Holz, auf die Waldwirtschaft und auf die Pellets. Meine Damen und Herren, die Pellets waren doch schon knapp geworden. Die Preise sind doch deswegen enorm gestiegen, weil Tausende von Öfen gebaut worden sind, weil die Frage nach Holzvergasung und Holzverbrennung im Bereich der Biomassestrategie ein enormes Thema geworden ist.

Vorgestern und gestern hat die Energiemesse in Essen stattgefunden. Nordrhein-Westfalen war dort gut aufgestellt. Es werden auch viele kleine Beiträge geleistet, etwa beim Bioethanol, E 85. 110 Brennereien haben sich in Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen und einen Kraftstoff

entwickelt, der vom Umweltministerium seit einem Jahr gefördert wird.

Nein, meine Damen und Herren, insbesondere im Zusammenhang mit der Energieeffizienzstrategie, die wir auf den Weg gebracht haben, tut sich eine ganze Menge in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung ist sich dieser Aufgabe insgesamt bewusst. Ich freue mich, dass wir die Biomassestrategie mit den vier Schwerpunkten, die der Kollege Weisbrich eben angesprochen hat, bald auch in schriftlicher Form vorlegen können. Es wird eine spannende Diskussion geben.

Die Landesregierung ist sich dieser Aufgabe bewusst. Das gilt für die Wirtschaftsministerin; das ist durch diesen Beitrag deutlich geworden. Das gilt aber auch für den Umweltminister, der für den Bereich der erneuerbaren Energien zuständig ist, wenn es um die Frage von Biomasse geht. Wir arbeiten in dieser Frage eng zusammen. Deswegen tut sich etwas in Nordrhein-Westfalen. Das ist auch die richtige Antwort auf die Debatte, die in der Öffentlichkeit geführt wird, was den Klimawandel angeht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf:

2 Neue Chancen für Nordrhein-Westfalen – Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Mit Schreiben vom 30. Januar 2007 hat der Chef der Staatskanzlei mitgeteilt, dass die Landesregierung zu diesem Thema eine Unterrichtung beabsichtigt. Die Unterrichtung erfolgt durch die Ministerin Frau Thoben. Ich erteile ihr damit das Wort. Bitte schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die anstehenden politischen Entscheidungen zur Beendigung der Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau und zur unternehmerischen Entwicklung des prosperierenden Beteiligungsbereichs der

RAG AG zählen zu den wichtigsten Eckpunkten der Wirtschafts- und Industriepolitik in diesem Jahrzehnt und darüber hinaus.

Es geht dabei um annähernd 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der DSK, der Degussa, der Steag sowie dem Immobilienbereich der RAG. Wir wollen die Weichen stellen, hin zu günstigen Perspektiven für drei profitable Unternehmen. Deren Entwicklungschancen sind bis heute durch ihre Mitverantwortung für die Lasten des heimischen Steinkohlenbergbaus eingeeengt.

Dazu wollen wir den Haftungsverbund zwischen diesen Unternehmen und dem Bergbaubereich der RAG AG auflösen. Wir wollen den Unternehmen den Weg an den Kapitalmarkt eröffnen. Wir wollen, dass diese Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zukunftssichere, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen die Zukunft gestalten und nicht alleine in die Vergangenheit investieren. Wir wollen den Standort Nordrhein-Westfalen langfristig stärken.

Gleichzeitig wollen wir einen schon heute nahezu 60 Jahre andauernden Zustand beenden, indem wir die staatliche Unterstützung für einen Industriezweig auslaufen lassen, der seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts auf Subventionen angewiesen ist und nur damit sein Produkt am Markt absetzen kann. Seit 1949 erhält der deutsche Steinkohlenbergbau staatliche Unterstützung in unterschiedlichster Ausprägung und Größenordnung.

Das mag sicherlich in der Zeit des Wiederaufbaus sinnvoll gewesen sein, um den Hunger nach Energie zu stillen. Aber bis Ende vergangenen Monats, also einschließlich der Auszahlung des Plafonds für das Jahr 2006, haben sich diese Hilfen auf 126,8 Milliarden € summiert. Trotz aller direkten und mittelbaren Finanzhilfen, trotz aller Anstrengungen zur Rationalisierung und Modernisierung der Abbaumethoden ist es nicht gelungen, den Steinkohlenbergbau in Deutschland wettbewerbsfähig zu gestalten.

Um eines klarzustellen: Das ist kein Vorwurf an die Unternehmen und die vielen Menschen, die im Bergbau, in dessen Umfeld, in Forschung und Industrie arbeiten. Im Gegenteil: Ich habe größten Respekt vor der Arbeit der Bergleute, die auch heute trotz allen Fortschritts unter schwierigen, anstrengenden und teilweise gefahrenträchtigen Bedingungen sehr engagiert ihren Beruf ausüben.

Die Gründe liegen woanders: Unsere Bergleute arbeiten in Teufen von bis zu 1.500 m, um die Kohle aus Flözen mit einer Mächtigkeit von 1,5 m zu gewinnen. In Kanada wird mit Löffelbaggern

gearbeitet, deren Löffelinhalt den Ausmaßen eines durchschnittlichen deutschen Wohnzimmers entspricht. Steinkohleflöze sind dort 50 m mächtig und mit 5 m lockerem Abraum überlagert. Dies soll nur eines von vielen Beispielen sein. Die Oberfläche ist dort unbesiedelt. Damit können wir einfach nicht mithalten.

Es heißt zu Recht: Der Bergbau ist an die Lagerstätte gebunden. Dabei bleibt es. Wir können nichts an dieser Lagerstätte ändern. Deutschland ist eines der schwierigsten Kohlereviere weltweit. Wir betreiben Bergbau unter einem der am dichtesten besiedelten Ballungsräume Europas. Das müssen wir akzeptieren und die Konsequenzen ziehen. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat der deutsche Steinkohlenbergbau keine Perspektive. Ehrlich gesagt: Er hat sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr.

Steinkohle wird weltweit zu Preisen von einem Drittel der Förderkosten hier bei uns gehandelt. Da ist es ökonomisch nur sinnvoll, die Kohle am Markt zu kaufen und den eigenen Bergbau auslaufen zu lassen.

Deutsche Steinkohle trägt mit rund 21 Millionen t mittlerweile noch im einstelligen Prozentbereich zur Deckung unseres Primärenergieverbrauchs bei. Ich sehe keine Probleme, diesen Anteil langfristig durch Importkohle oder andere Energieträger zu ersetzen. Ja, man könnte sie sogar einfach durch Effizienzsteigerungen schlicht einsparen.

Es geht dabei auch um viele Fragen zur anstehenden Bewältigung der gravierenden Alt- und Ewigkeitslasten eines Industriezweigs mit 150-jähriger Geschichte in Nordrhein-Westfalen. Es geht um bedeutende fiskalische Folgen für die öffentlichen Haushalte und insbesondere für unser Land Nordrhein-Westfalen. Diese Facetten bedürfen zunächst alle einer detaillierten Betrachtung. Doch es reicht alleine nicht, auf jede einzelne Frage eine singuläre Antwort zu finden. Alle Verantwortlichen müssen sich vielmehr auf ein umfassendes Gesamtkonzept verständigen, das alle Aspekte und Konsequenzen für die einzelnen Beteiligten angemessen berücksichtigt.

Dazu haben wir durchgesetzt, dass zunächst die Fakten und Randbedingungen geklärt wurden. Kurz nach Regierungsübernahme haben wir uns darum bemüht, dass es wenigstens zu einer Bestandsaufnahme der Alt- und Ewigkeitslasten des Bergbaus kam. Der Bund hat dies aufgenommen und in Abstimmung mit uns die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG mit einem entsprechenden Gutachten beauftragt. Schon von dieser Gutachtenvergabe waren nicht alle begeistert. Das

Gutachten ist bekannt. Der Wirtschaftsausschuss hat darüber diskutiert. Wir klären noch unklare Sachverhalte derzeit auf und werden die offenen Fragen zügig beantworten.

Wir haben darüber hinaus eine solide Ermittlung des Wertes des Beteiligungsbereichs der RAG gefordert. Denn dies ist einer der Kernpunkte der anstehenden Entscheidungen. Durch den Erlös aus der Verwertung des weißen Bereichs der RAG soll die Bewältigung der Hinterlassenschaften des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen und im Saarland finanziert werden. Auch hier ist der Bund unserem Vorschlag gefolgt und hat – nicht zum Vergnügen anderer Beteiligter, die hier im Saal sind – ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Zu beiden Punkten möchte ich festhalten: Die notwendige Kooperationsbereitschaft des Unternehmens, ohne die es nicht geht, war anfangs nicht besonders ausgeprägt. Entsprechende Überzeugungsarbeit war notwendig. Doch nun sehen wir klarer. Darauf werde ich noch eingehen.

Unabhängig davon, dass noch nicht alle Details abschließend geklärt sind, wurden einige grundsätzliche und bedeutende Entscheidungen unstrittig getroffen:

Erstens. Die staatlichen Hilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau werden im nächsten Jahrzehnt eingestellt werden.

Zweitens. Damit wird der deutsche Steinkohlenbergbau zu Ende kommen.

Drittens. Die damit verbundene Personalanpassung im Bergbau wird sozialverträglich gestaltet werden.

Viertens. Eine zu gründende Stiftung wird die Anteile an der RAG von den derzeitigen Gesellschaftern zum symbolischen Preis von je einem Euro übernehmen.

Fünftens. Die Stiftung stellt das vorhandene Vermögen für die öffentliche Hand zur Abdeckung der Folgen des Steinkohlenbergbaus sicher. Die Stiftung wird den Beteiligungsbereich verwerten, um liquide Mittel zu beschaffen.

Dies sind bedeutende Weichenstellungen, die insgesamt den richtigen Weg zu einer umfassenden Gesamtlösung vorgeben. So weit waren wir übrigens gemeinsam mit dem Bund, dem Unternehmen und der IG BCE schon im September letzten Jahres. Doch während die Fachleute bemüht waren, letzte Details der Eckpunkte zu erarbeiten, kam aus parteipolitischen Klienteldenken der Sockelbergbau auf die Tagesordnung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vielleicht auch aus ehrlichem?)

Das war in der angebrachten Größenordnung – am Ende ging es noch um 1,5 % des Primärenergieverbrauchs – weder energiepolitisch noch sozialpolitisch zu begründen. Die anschließende Diskussion des letzten Vierteljahres hat die Arbeit an den wirklich wichtigen Sachfragen massiv behindert. Ohne die Sockeldiskussion wären wir heute weiter.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber in welcher Richtung? Nämlich in der falschen Richtung!)

Das sollten diejenigen wissen, die für die dreimonatige Verzögerung verantwortlich sind und der Landesregierung nun Hinhaltetaktik oder Blockade vorwerfen, weil wir derzeit noch bei wichtigen Sachfragen Gesprächsbedarf sehen, der wenige Tage in Anspruch nehmen wird.

Die nun wieder erreichte Grundsatzverständigung zum Auslaufen des subventionierten Bergbaus darf nicht Anlass sein, sich zurückzulehnen und die weiteren noch offenen Fragen auszublenden.

Zur Sozialverträglichkeit: Teile der Berliner Koalition sehen die Sozialverträglichkeit des Stellenabbaus erst bei einem Ende des Bergbaus im Jahr 2018 als gesichert an. Wir sind sicher, dass auch ein schnellerer Personalabbau sozialverträglich zu gestalten ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ja noch nicht einmal in Ihren eigenen Reihen sicher!)

Daher sehen wir ein deutlich früheres Auslaufjahr als realistisch an. Aus heutiger Sicht bedeutet ein Vorziehen des Auslaufzeitpunkts um zwei Jahre auf Landesseite eine Ersparnis an Kohlehilfen in Höhe von rund 500 Millionen €. Auch das sei hier vorgetragen. Wenn wir Geld, das wir uns leihen müssten, nicht ausgeben, kann das nur von Vorteil sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Daran halten wir fest und haben das Jahr 2018 daher nicht als Auslaufjahr akzeptiert. Wir sehen dieses Datum lediglich als den spätesten Auslaufzeitpunkt an. Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Bergbau, der länger läuft, als es sozialverträglich nötig ist, darf nicht zulasten von Nordrhein-Westfalen gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch einen kurzen Hinweis geben. Die DSK gibt für Löhne, Gehälter, Sozialabgaben, Pensionen und Hausbrand rund 1,9 Milli-

arden € aus. Das ist ja wohl Kern der Sozialverträglichkeit.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ob wir die Pensionen einsparen wollen?)

– Nein, ich sage nur, das ist doch wohl der Kern der Sozialverträglichkeit. Frau Kraft, der Zuruf war nicht so ganz pfiffig, muss ich Ihnen sagen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Antwort auch nicht!)

Dem wollte ich die Subventionszahlungen von rund 2,5 Milliarden € gegenüberstellen. Das bedeutet, 600 Millionen € sind jedes Jahr futsch, ohne dass sie mit der Sozialverträglichkeit etwas zu tun haben.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie einmal etwas zum Thema Wertschöpfung, Frau Thoben! – Weiterer Zuruf von der SPD: Haben Sie schon einmal etwas von Wertschöpfung gehört? – Weitere Zurufe von der SPD)

Was heißt übrigens sozialverträglich? Im Steinkohlenbergbau heißt das, dass ein Kumpel mit 55 Jahren, wenn er – wie man im Ruhrgebiet so schön sagt – „in die Anpassung geht“, auf Dauer 80 % des letzten Nettoehaltes erhält. Zusätzlich gibt es bis zum Lebensende die Deputate – übrigens bevorzugt in Geldleistungen und nicht mehr in Steinkohle.

Zur Revisionsklausel: Die Eckpunkte zur Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus enthielten seit Beginn der Gespräche eine Revisionsklausel. Sie soll die Möglichkeit offenhalten, den Auslaufbeschluss im Lichte gegebenenfalls massiv veränderter energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Kostensituation des deutschen Steinkohlenbergbaus zu modifizieren. Dass der nun anstehende Beschluss zur Beendigung der Subventionen und zum Auslaufzeitpunkt einer erneuten Bestätigung im Jahr 2012 bedürfte, wie es nun heißt, war von uns niemals angedacht.

Zu den Alt- und Ewigkeitslasten! – Halt, die Seite ist weg.

(Zuruf)

– Sie ist nicht unter Tage, Sie können ganz beruhigt sein.

Zu den Alt- und Ewigkeitslasten: In der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses habe ich die Grundannahmen und die Ergebnisse des Gutachtens der KPMG zu den Alt- und Ewigkeitslasten des Bergbaus erläutert. Wir haben ausführlich darüber diskutiert. Weiterhin steht das ebenfalls vom Bund beauftragte Gutachten von Susat &

Equinet zur Bewertung und den Möglichkeiten der Verwertung des Beteiligungsbereichs der RAG kurz vor dem Abschluss.

Hier muss eine Verknüpfung der Ergebnisse stattfinden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein möglicher Verwertungserlös nicht ausreichend ist als Kapitalstock zur langfristigen Bewältigung des Teils der Alt- und Ewigkeitslasten des Bergbaus, für die die RAG bislang unbestritten keine Rückstellungen bilden konnte. Für eine denkbare Deckungslücke muss Vorsorge getroffen werden. Es ist nicht mit der bestehenden Subventionspraxis bei den Kohlehilfen vereinbar, dass das Land am Ende allein die Zeche zahlt.

Wenn die SPD belastbare Erkenntnisse hat, dass es keine Deckungslücke gibt, bin ich für jeden sachlichen Hinweis dankbar. Das gilt aber nicht in dem Sinne, die Ewigkeitslasten schönzurechnen und einen Großteil der Probleme in die Zeit des aktiven Bergbaus vorzuziehen. Denn das Ergebnis dieser Milchmädchenrechnung wären deutlich höhere Kohlehilfen in den Jahren bis zum Auslaufen des Bergbaus.

Eines ist klar: Schon heute werden aus Kohlehilfen des Bundes und des Landes die Altlasten der RAG einschließlich der Rückstellungsverpflichtungen gezahlt. Dies geschieht nur nicht in dem Umfang, wie es rechtlich erforderlich wäre, hätte das Unternehmen von sich aus beschlossen, den Bergbau zu beenden. Das bedeutet: Die sich aufgrund der Stilllegung des Bergbaus ergebenden Finanzierungsnotwendigkeiten für Rückstellungsverpflichtungen für Alt- und Ewigkeitslasten sind nichts anderes als eine Kohlehilfe nach dem Ende des aktiven Bergbaus. Daher hat der Bund auch hier eine Finanzierungsverantwortung.

(Beifall von der CDU)

Dabei muss der gleiche Verteilungsschlüssel gelten, wie er heute den Kohlehilfen für den laufenden Bergbau zugrunde liegt.

Bei der eingeforderten Beteiligung des Bundes an der Ausfallbürgschaft für die Stiftung waren wir auf einem guten Weg. Der Bund hatte bislang eine Beteiligung von bis zu einem Drittel angeboten. Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Es erschien uns zwar nicht ausreichend, es war aber immerhin ein Ansatz, den wir weiter verfolgen.

Zur Verwendung des Verwertungserlöses des weißen Bereichs: Derzeit besteht ein Haftungsverbund zwischen der Bergbauparte und dem Beteiligungsbereich innerhalb der RAG. Das bedeutet, dass im theoretischen Fall einer Insolvenz der gesamten RAG das Beteiligungsvermögen,

also der weiße Bereich, zu liquidieren wäre, um die Verbindlichkeiten des Bergbaus abzudecken, und zwar sowohl im Hinblick auf die Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern als auch hinsichtlich der Alt- und Ewigkeitslasten des Bergbaus. Dieser Punkt ist unstrittig.

In der Konsequenz muss das auch für die nun angestrebte Verwertung des Beteiligungsbereichs gelten. Das heißt, der Verwertungserlös darf ausschließlich zur Bewältigung der Bergbaufolgen eingesetzt werden.

(Beifall von der CDU)

Jede Verwendung von Mitteln aus dem Verwertungserlös schmälert das Kapital zur Bewältigung der Alt- und Ewigkeitslasten. Der Kohlegipfel am vergangenen Mittwoch ist ohne Ergebnis geblieben. Aus Sicht unseres Landes war das bei den dargestellten Positionen unumgänglich. Sie stehen nicht im Einklang mit den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. Daher haben wir sie nicht akzeptiert.

(Beifall von der CDU)

Wir haben ein neues Enddatum für den subventionierten Bergbau benannt. Das Land würde bei Beendigung des Bergbaus im Jahre 2014 eine Milliarde € in Relation zu einer Beendigung im Jahre 2018 sparen. Dies eröffnet finanzielle Spielräume für unser Land.

(Beifall von der CDU)

Unsere Nachverhandlungsforderung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Damit meine ich nicht die Demonstration der Bergleute am letzten Donnerstag hier in Düsseldorf vor dem Landtag und die Anwürfe aus Reihen der SPD. Das war zu durchsichtig.

Aufgrund der Ergebnisse der Fachgespräche der letzten beiden Tage habe ich Hinweise auf ein gewisses Zugehen des Bundes auf NRW-Positionen. Dies betrifft sowohl die Dauer und die Höhe der künftigen Kohlehilfen aus Nordrhein-Westfalen als auch die Ausfallhaftung für eine mögliche Deckungslücke bei den Alt- und Ewigkeitslasten. Es wurden Modellrechnungen entwickelt, die für Nordrhein-Westfalen finanzielle Spielräume eröffnen. In dieser Stunde tagt in Berlin wieder der Kohlegipfel, um das Gespräch der letzten Woche fortzusetzen.

Der Ministerpräsident wird auch heute und in Zukunft keine Entscheidungen akzeptieren, die den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zuwiderlaufen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe insgesamt den Eindruck, dass die Politik, das Unternehmen und die Gewerkschaft einig sind in dem Bestreben, alsbald eine Gesamtlösung zu finden. Dabei gilt es neben den verständlichen Belangen der Beschäftigten auch, die Interessen des Landes, in dem der Bergbau seine unübersehbaren Spuren für die Ewigkeit hinterlassen hat, sachlich und angemessen zu berücksichtigen. Wenn dies gewährleistet ist, wird sich auch Nordrhein-Westfalen einer zügigen Verständigung über die Eckpunkte nicht verschließen.

Eine Entscheidung gegen die Interessen unseres Landes und seiner Steuerzahler werden wir nicht akzeptieren. Ich hoffe, dass sich dazu auch die Oppositionsführerin bereiterklärt, vielleicht sogar hier und heute.

Eine allerletzte Anmerkung: Die Videokonferenz in Berlin ist eigentlich nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, eine Stellungnahme am Ende der Sitzung – ich kann mir ungefähr vorstellen, wie viele Journalisten mit Fernsehkameras da stehen werden – so zu gestalten, dass parallel auch die Medienvertreter aus unserem Land die Möglichkeit haben, mitzuerleben, was der Ministerpräsident vorträgt. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich danke der Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, Sie haben den Bericht entgegengenommen.

Gemäß der Vereinbarung eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Römer von der SPD-Fraktion das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, mit Verlaub: Ihre Rede war ein einziger Beleg dafür, dass es richtig und vernünftig gewesen wäre, im Übrigen auch in Ihrem eigenen Interesse gelegen hätte, wenn Sie unserem Vorschlag gefolgt wären, Ihren Bericht erst dann abzugeben, wenn Sie tatsächlich etwas Neues hätten berichten können.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Ich habe den Eindruck, dass Sie diese Debatte vor allem deshalb zu diesem Zeitpunkt führen möchten, weil Sie die Wunden lecken wollen, die sie sich selber zugefügt haben, und weil Sie Ihr ramponiertes Ansehen, das Sie selbst verschuldet haben, wieder reparieren wollen. Das wird Ihnen

nicht gelingen. Das ist gerade schon deutlich geworden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, mit Brief vom 30. Januar teilt die Staatskanzlei der Präsidentin des Landtages mit, dass der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, den Landtag zum Thema Steinkohle zu unterrichten.

Wir haben oft unsere unterschiedlichen Auffassungen über Details ausgetauscht. Ich will das nicht im Einzelnen wiederholen. Worum geht es in der Sache? Das ist meiner Meinung nach wichtig. Welche Fragen sind in diesem Prozess für Nordrhein-Westfalen entscheidend? Es geht darum, dass bei dem schwierigen und vielschichtigen Prozess die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gewahrt werden, gewahrt werden müssen.

Wie ist die Interessenlage unseres Landes Nordrhein-Westfalen? – Ich möchte das in vier Punkten kurz zusammenfassen:

Erstens. Nordrhein-Westfalen hat als Industrieland ein vitales Interesse an einer starken, einer börsennotierten RAG. Nur dies sichert Standorte und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Nordrhein-Westfalen, unser Land, muss ein Interesse an größtmöglicher energiepolitischer Sicherheit und an einer Wahrung des Zugangs zu den heimischen Lagerstätten haben.

(Beifall von der SPD)

Der Sockelbergbau, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch wenn Sie das nicht gerne hören –, sichert Arbeitsplätze im Bergbau, und er ist unverzichtbare Grundlage für die mittelständischen Bergbauzulieferer und für die Hersteller von Bergbautechnik.

(Beifall von der SPD)

Drittens. Nordrhein-Westfalen muss den weiteren Anpassungsprozess sozialverträglich gestalten. Das heißt in unserem Sinne: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie, und die Kohlerückzugsgebiete, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, brauchen besondere Hilfe bei der Gestaltung des Strukturwandels.

(Beifall von der SPD)

Viertens. Nordrhein-Westfalen haftet nach heutiger Rechtslage für diejenigen Alt- und Ewigkeits-

lasten, die nicht durch den Haftungsverbund in der RAG Aktiengesellschaft gedeckt sind. Landesinteresse ist es, dieses Risiko zu begrenzen.

Der Herr Ministerpräsident – das ist deutlich geworden – ist heute nicht anwesend. Er sitzt in Berlin und führt weitere Verhandlungen. Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen ihm einen klaren Blick auf die Gesamtinteressen Nordrhein-Westfalens und in Berlin endlich das nötige Geschick dabei, diese Gesamtinteressen unseres Landes einzubringen und erfolgreich zu vertreten.

(Beifall von der SPD)

Seine aktuelle Verhandlungsposition ist leider nicht mehr so, wie sie Anfang letzter Woche noch war.

(Helmut Stahl [CDU]: Leider? – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Leider!)

Herr Stahl, für diese Entwicklung ist die Chronologie der letzten Tage besonders wichtig. Deshalb möchte ich diese Chronologie beleuchten.

Nach vielen Vorgesprächen unter Beteiligung der Bundesregierung, des Landes Nordrhein-Westfalen, des Saarlands, der RAG-Aktiengesellschaft und der IG BCE haben sich am Montag, dem 29. Januar, unter Führung der Bundeskanzlerin die Spitzen der Großen Koalition auf eine Lösung verständigt. Nach allem, was zu hören und zu lesen ist, hat die Bundeskanzlerin dies auch mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen eng abgestimmt. Etwas anderes wäre gegenüber dem wichtigsten Bundesland auch kaum denkbar.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stützen dieses Ergebnis der Großen Koalition, denn drei der von mir vorhin genannten zentralen Ziele für Nordrhein-Westfalen wurden bei diesen Verhandlungen bereits erreicht.

Ziel Nummer eins: Wir wollten, im Gegensatz zur Landesregierung, von Beginn an den Börsengang des Beteiligungsbereichs der RAG Aktiengesellschaft als Ganzes durch eine Stiftungsgründung ermöglichen. Schwarz-Gelb hat sich diesem Ziel später angeschlossen. Jetzt ist es durchgesetzt. Börsengang und Stiftung können jetzt auf den Weg gebracht werden. Das ist das Ergebnis des Kompromisses in Berlin.

(Beifall von der SPD)

Zum zweiten Ziel. Es besteht nach wie vor, auch über 2018 hinaus, die Möglichkeit, dass in Deutschland Bergbau betrieben wird. Die Ent-

scheidung für einen Sockelbergbau nach 2018 – das gebe ich zu – war heute nicht zu erreichen. Frau Ministerin, stattdessen haben wir eine gesetzlich verankerte Option durchgesetzt, wonach im Jahr 2012 entschieden wird, ob und in welcher Höhe nach 2018 ein Sockelbergbau betrieben wird. Damit, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wird der Zugang zu den Kohlelagerstätten – das ist gerade für die nachfolgenden Generationen ganz besonders wichtig – offen gehalten. Das dient Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das sieht im Übrigen – auch daran will ich Sie erinnern – die weit überwiegende Mehrzahl der Menschen so. Alle Umfragen bestätigen das. Mehr als zwei Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen einen Sockelbergbau, und sie haben recht mit ihrer Meinung. Wir werden Ihnen dabei helfen, dass das durchgesetzt wird.

(Beifall von der SPD)

Bei diesem Punkt ist also, wie völlig klar geworden ist, Schwarz-Gelb gescheitert. Ministerpräsident Rüttgers wollte die Tür zu den Lagerstätten ein für alle Mal verschließen. Er wollte den Schlüssel wegwerfen, und deshalb wollte er diese gerade von mir geschilderte Optionsklausel mit aller Macht verhindern. Damit konnte er sich aber nicht durchsetzen.

(Beifall von der SPD)

Die Tür zu unseren heimischen Lagerstätten ist nicht verschlossen. Sie ist nur angelehnt. Sie kann und wird im Jahr 2012 wieder aufgestoßen werden. Dessen bin ich ganz sicher.

(Beifall von der SPD)

Zum Ziel Nummer drei. Der weitere Anpassungsprozess muss sozialverträglich gestaltet werden. Frau Ministerin, es muss bei dem Ziel bleiben: Keiner fällt ins Bergfreie. Das heißt, es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Dies haben wir erreicht. Der Bergbau wird mindestens bis zum Jahr 2018 fortgeführt. Nur dies gewährleistet langfristig Sicherheit für die Bergleute und ihre Familien. Die gesamte Finanzierung bis zum Jahr 2018 wird erstmals durch ein Gesetz abgesichert. Auch dies dient Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, das dient auch der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen: durch Aufträge, durch Kaufkraft, durch gezahlte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, durch Ausbildungsplätze und im Übrigen auch dadurch, dass die Kosten einer wei-

teren Massenarbeitslosigkeit vermieden werden. Auch in diesem Punkt ist Schwarz-Gelb gescheitert. Ministerpräsident Rüttgers wollte den Bergbau bis zum Jahr 2015 endgültig beenden – Sie, Herr Papke, sogar schon bis zum Jahr 2010.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wo haben Sie das her? Sagen Sie das!)

Sie wollten diese Entscheidung sogar unumkehrbar machen. Damit sind sie doppelt gescheitert.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dies sind die Kernpunkte des von Frau Ministerin Thoben zu Recht als historisch bezeichneten Kompromisses vom 29. Januar. Auf diesem guten Fundament hätten wir, in Abstimmung mit der Großen Koalition in Berlin, eine Lösung der vierten, zugegebenermaßen schwierigen Frage, finden können: der finanziellen Absicherung der Alt- und Ewigkeitslasten und der Haftungsfragen.

Die beste Versicherung gegen dieses Risiko ist ein schneller und erfolgreicher Börsengang. Herr Papke, wer den zügigen Börsengang gefährdet, handelt gegen vitale Landesinteressen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Abgeordneter Römer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Papke?

Norbert Römer (SPD): Ich möchte im Zusammenhang fortfahren. Ich bitte dafür um Verständnis.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Norbert Römer (SPD): Ein guter Börsenerlös und die Rückstellungen der RAG AG bilden den Kapitalstock der Stiftung, aus dem die Alt- und Ewigkeitslasten ab dem Jahr 2018 bedient werden können. Bis dahin wird dieses Kapital – wenn alles vernünftig gestaltet wird – weitere Sicherungsbeiträge erwirtschaften können.

Die Verhandlungen über diesen letzten offenen Punkt hätten auf dieser Basis – davon bin ich überzeugt – schnell zu einem guten Ende gebracht werden können.

Die weitere Chronologie ist aber bekannt. Am Dienstagmorgen, am 30. Januar, hat der Ministerpräsident im „Morgenmagazin“ des Westdeutschen Rundfunks lediglich drei Detailfragen gestellt. Diese waren: „Wie findet der Ausstieg jetzt konkret statt?“ „Wie stellen wir sicher, dass kein

Bergmann ins Bergfreie fällt?“ „Wie findet der Börsengang statt?“

Der Ministerpräsident, meine Damen und Herren – und das ist ja wichtig für die weitere Vorgehensweise –, hat zu diesem Zeitpunkt keine grundsätzlichen Bedenken angemeldet.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Er hat nicht einmal angedeutet, dass er mit dem erreichten Kompromiss nicht leben könnte. Im Gegenteil, er wollte dem Landtag diesen Kompromiss vorstellen. Deshalb hat er die Staatskanzlei angewiesen, der Präsidentin die heutige Unterrichtung des Landtags zu avisieren, die er persönlich vornehmen wollte. Er wollte den Kompromiss hier vorstellen.

(Beifall von der SPD)

Man könnte ja sagen, meine Damen und Herren: Dienstagmorgen war die Welt für Ministerpräsident Rüttgers noch in Ordnung. An diesem Dienstag hatten wir gemeinsam ein gutes und vertretbares Ergebnis für Nordrhein-Westfalen erreicht, Börsengang der RAG AG,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das haben Sie doch infrage gestellt!)

die Option für einen Sockelbergbau, ein zwar schmerzhafter, Herr Papke, aber tragbarer Kompromiss für die Bergleute und für ihre Familien.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben gesagt, Sie wollen das nicht!)

Am Dienstagabend, immer noch 30. Januar, und am Mittwochmorgen, 31. Januar – wir können ja nur vermuten, Herr Papke, auf Ihren Druck, auf Druck der FDP –, vollzieht der Ministerpräsident dann eine radikale Kehrtwende.

(Helmut Stahl [CDU]: Um Himmels willen! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Fakten, Herr Stahl! Fakten!)

Völlig losgelöst von der für Nordrhein-Westfalen günstigen Ausgangsbasis für weitere Gespräche fordert er das Ende des Bergbaus bereits für das Jahr 2014.

(Beifall von der SPD – Hannelore Kraft [SPD]: Genau so war es!)

Dass der Ministerpräsident hiermit nicht durchkommen würde, das war klar. Dies haben ihm die Vertreter der Bundesregierung, der RAG AG und der IG BCE beim Kohlegipfel zum Teil wohl auch lautstark – wie durchgesickert ist – zu verstehen gegeben. Dies haben ihm dann auch 13.000 Bergleute und ihre Kollegen aus dem gesamten Kon-

zern in einer eindrucksvollen Demonstration am Donnerstag, am 1. Februar, hier vor dem Landtag klargemacht.

(Beifall von der SPD)

Mit seiner radikalen Kehrtwende hat der Ministerpräsident nicht nur die 100.000 Beschäftigten der gesamten RAG Aktiengesellschaft gegen sich aufgebracht, sondern er hat auch alle Verhandlungspartner des Kohlegipfels vor den Kopf gestoßen. Das hat die Verhandlungsposition von Nordrhein-Westfalen entscheidend geschwächt. Jetzt ist es noch schwieriger, die widerstrebenden Kräfte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Stahl, vor allem aus dem Süden der Republik kommend,

(Helmut Stahl [CDU]: Das gibt es bei der SPD auch!)

für die Interessen von Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

(Zuruf von Minister Michael Breuer)

Wir sind uns doch alle einig: Es kann nicht sein, dass diejenigen, die nach dem Krieg ihren wirtschaftlichen Erfolg auf unserer Kohle aufgebaut haben, uns jetzt mit unseren Lasten allein lassen. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Beifall von der SPD)

Aber, Herr Stahl, genau diese Kräfte hat der Ministerpräsident mit seinem Amoklauf gestärkt. Das ist doch das Problem, das wir jetzt in Berlin haben und

(Beifall von der SPD)

gemeinsam zu lösen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Rüttgers stoibert!)

Das öffentliche Echo, Herr Stahl, war ja auch entsprechend. Ich nenne nur ein paar Beispiele. „ddp“: „Rüttgers torpediert Koalitionsbeschluss“. „WAZ“: „Rüttgers sorgt für Eklat“. „Rheinische Post“: „Rüttgers einst Arbeiterführer“.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Einst!)

WDR: „Zwischen den Fronten“. Und „Bild“: „Amok Rütte“. Also: Mit diesem Medienecho für den Ministerpräsidenten

(Zuruf von der SPD: Schön!)

könnte ich als Vertreter der Opposition ja noch gut leben. Unerträglich ist aber, dass er die Verhandlungsposition für Nordrhein-Westfalen, für unser Land, ohne Not nahezu völlig ruiniert hat.

(Beifall von der SPD)

Das ist das Schlimme in diesem Prozess.

Wir fordern die Landesregierung darum nochmals auf:

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie schmeißen weiter Geld raus!)

Erstens. Am 29. Januar hat die Große Koalition einen wegweisenden Kompromiss unter Führung der Bundeskanzlerin erzielt. Geben Sie endlich den untauglichen Versuch auf, diesen politischen Kompromiss nachverhandeln zu wollen! Er gilt ohne Abstriche.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Entlassen Sie die Bergleute und die gesamte RAG AG endlich aus der Geiselhaft für Ihre politisch motivierten Ausstiegspläne!

(Beifall von der SPD)

Drittens. Lassen Sie uns gemeinsam in Berlin für die Lösung der Altlasten, Ewigkeits- und Haftungsfragen im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen eintreten!

(Beifall von der SPD)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren – vor allen Dingen von den Regierungsfractionen –: Glück auf! Denn ein Glückauf hat unser Land wahrlich verdient.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die Fraktion der CDU steht bereits der Abgeordnete Weisbrich am Rednerpult bereit. Bitte schön.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege Römer, die schlimmste Form der Unwahrheit ist die Wahrheit mäßig entstellt. Sie sind ein Meister in der Kunst der Entstellung der Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP – Heike Gebhard [SPD]: Das können Sie nicht nachweisen!)

Sie wollten die Berichterstattung der Landesregierung heute verschieben. Das Motiv liegt doch auf der Hand. Sie haben gesagt, dass der Termin beantragt worden sei, damit die Landesregierung und Herr Rüttgers ihre Wunden lecken können. Tatsache ist: Der Termin ist beantragt worden, um offenzulegen, was zum Schaden der Mitarbeiter und des Landes in den letzten Wochen und Monaten in diesem Poker um die RAG abgelaufen ist.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Unglaublich! Das ist Legendenbildung!)

Der subventionierte Steinkohlebergbau, Kollege Römer, ist energiepolitisch unsinnig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nie!)

Das bestätigt Ihnen jeder neutrale Wirtschaftswissenschaftler. Er ist auf Dauer nicht finanzierbar; auch das ist mittlerweile völlig klar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was ist mit der Wertschöpfung, Herr Kollege?)

Das ist keine Wertschöpfung, das ist objektiv so.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was ist damit? – Zurufe von der SPD: Blödsinn ist das!)

Was wollen wir mit einem Sockelbergbau, der gerade einmal 1,5 % zusätzliche Energiesicherheit bedeutet? – Das sind auf den Jahresverlauf gerechnet vielleicht vier bis fünf Tage von 365 Tagen. Das ist doch wirklich energiepolitisch unsinnig.

Die Koalition in Nordrhein-Westfalen – CDU und FDP – ist sich darüber von Anfang an einig gewesen. Bereits im September haben diese Einschätzungen dann auch die IG BCE, die RAG und Herr Steinbrück für die SPD übernommen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist ja völliger Quatsch, Herr Weisbrich! Lügen haben kurze Beine! – Zuruf von der SPD: Das ist gelogen!)

Denn Ende September haben wir uns in Berlin bereits auf Eckpunkte für ein Ende des Sockelbergbaus verständigt. Ende September war bereits einvernehmlich, dass der Ausstieg sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen sollte. Einvernehmlich war auch, dass der weiße Bereich der RAG eine vernünftige Entwicklungschance haben muss, die er unabhängig vom Börsengang nur dann hat, wenn die Mitfinanzierung der Verluste im Bergbau aufhört. Der weiße Bereich wird aufgefressen und innerlich ausgezerrt durch die Zahllast für den Bergbau. Das muss ein Ende haben, wenn dieser Teil des Unternehmens auch für die Mitarbeiter Zukunft haben soll. Darüber bestand Einvernehmen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein!)

– Aber natürlich, Frau Kraft.

(Hannelore Kraft [SPD]: Dann lesen Sie die Presseberichte der IG BCE! – Ralf Jäger [SPD]: Mit wem haben Sie gesprochen? Sagen Sie es doch einmal!)

Offen war zu diesem Zeitpunkt das Enddatum. Es war nicht klar, ob 2012, 2014, 2016 oder 2018.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch alles Unsinn! Der Ausstieg war klar! – Ralf Jäger [SPD]: Ohne jede Sachkenntnis sind Sie!)

Offen waren das Volumen der Altlasten und die Finanzierung der Altlasten. Da ist Schritt für Schritt eine Klärung in sogenannten Sherpa-Runden auf der Fachebene erfolgt. Wenn man diese Papiere durchliest, dann kann man das ganz genau verfolgen. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

Wir waren bis Anfang Dezember auf einem guten Weg, um alle diese Fragen einvernehmlich zu lösen. Dann passierte Folgendes: Herr Dieckmann trat zurück, und plötzlich war Frau Kraft Aspirantin auf den Landesvorsitz, und es begann eine Profilierungskampagne ohne Ende.

(Beifall von CDU und FDP)

Das war praktisch ein Rückschritt in die ideologische Steinzeit, ein Zurück zum Energiesicherheitssockel, der schon längst überholt war, und zum Erhalt von 12.000 Arbeitsplätzen für den Bergbau.

(Britta Altenkamp [SPD]: So stellt sich der kleine Christian die Politik vor! – Ralf Jäger [SPD]: Für wie viele? Das ist Zwergenintelligenz!)

Frau Kraft, ich frage jetzt einmal allen Ernstes – ich habe Verständnis dafür, dass man sich für Mitarbeiter einsetzt –: Mit welcher moralischen Berechtigung fordern Sie Milliarden an Subventionen für 12.000 Bergbaumitarbeiter, während wir in der Zeit der Wiedervereinigung in kürzester Frist in den neuen Bundesländern in dem Braunkohlebereich auch mit Mitwirkung der IG BCE 100.000 ostdeutsche Bergleute ohne Netz und doppelten Boden abgewickelt haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wissen Sie, dass wir noch 34.000 haben und nicht 12.000? Nicht mal bei den Zahlen haben Sie Recht!)

Mit welcher Berechtigung fordern Sie diese Subventionen für eine so kleine Zahl von Menschen,

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Weisbrich, von welchem Thema haben Sie eigentlich Ahnung?)

wenn 500.000 Bauarbeiter einfach so entlassen worden sind und die gleiche Zahl in der Textilindustrie? – Die moralische Rechtfertigung dafür kann ich nicht nachvollziehen; eine sachliche Rechtfertigung gibt es in keiner Weise.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie können moralische Rechtfertigung grundsätzlich nicht nachvollziehen!)

Wissen Sie, worum es ging? – Es ging Ihnen darum, sich persönlich zu profilieren und das Biotop, das bisher im Ruhrgebiet so schön funktioniert hat, unbeeinträchtigt zu erhalten.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Unverschämtheit! – Ralf Jäger [SPD]: Eine absolute Unverschämtheit!)

Diese Aktion, meine Damen und Herren, hat uns ungefähr zwei Monate Zeitverlust eingebracht. Zwei Tage nach der Wahl von Frau Kraft zur Landesvorsitzenden, war die Bundes-SPD wieder bereit, vom roten Sockel herunterzusteigen. Dann wurde nach einer Ausgleichsmöglichkeit gesucht. Diese Ausgleichsmöglichkeit wäre in der Endphase, wenn sich der Ministerpräsident nicht gewehrt und aufgepasst hätte, eindeutig zulasten des Landes Nordrhein-Westfalen gegangen.

(Lachen von der SPD – Zurufe von der SPD: Nicht zu fassen!)

Das lässt sich doch alles leicht nachvollziehen und dokumentarisch belegen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt wird Herr Weisbrich Märchenerzähler! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Lautstärke ersetzt nicht die Argumente.

(Beifall von CDU und FDP)

Am 28. Januar hat eine Spitzenrunde in Berlin stattgefunden. Am Abend dieses Tages war klar, dass Herr Rüttgers keinem Datum 2018 zugestimmt hatte, denn es war das gleiche Papier, das immer wieder erarbeitet wurde. Da standen in Klammern die Zahlen 2014, 2016 und 2018.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

„In Klammern“ bedeutet bei diesen Papieren: Noch keine Einigung erzielt. Daran konnte niemand einen Zweifel haben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was Sie alles wissen!)

Wenn man die Sherpa-Papiere von Dezember an bis Anfang Januar verfolgt, dann kann man genauso keinen Zweifel daran haben, dass Nordrhein-Westfalen zu keinem Zeitpunkt einem Enddatum 2018 zugestimmt hat. Im Übrigen hat der Ministerpräsident immer erklärt: Alles gehört mit allem zusammen. Es muss ein Paket entschieden werden, keine Einzeldinge.

Am 29. Januar hat es ohne Beteiligung des Ministerpräsidenten eine Runde gegeben, an der – zu gegebenermaßen – auch Frau Merkel teilgenommen hat, in der es aber darum ging, das Gesicht von Herrn Müntefering und von Frau Kraft zu retten.

(Ralf Jäger [SPD]: Genau!)

Dieser Rettungsversuch hat so ausgesehen, dass Ende 2018 als Laufzeit in diesem Papier festgehalten wurde, dass keine Mitfinanzierung bei den Altlasten vorgesehen war und dass auch eine Revisionsklausel eindeutig zulasten der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen gegangen wäre. Nachdem dies ohne Beteiligung von Herr Rüttgers beschlossen wurde, hat er dagegen Widerspruch angemeldet.

Am nächsten Tag war die Kommunikationslage, da Ihre Partei das Papier weit gestreut hat, etwas diffus. Wir haben festgestellt, der Sockel ist vom Tisch. Das ist gut für Nordrhein-Westfalen und für die Steuerzahler unseres Landes.

Ferner haben wir gesagt, dass wir weiter darüber sprechen wollen, zu welchem Zeitpunkt ein sozialverträglicher Ausstieg möglich ist; ein solcher kann auch früher sein. Das war die Gefechtslage, und darüber verhandeln wir noch heute.

Aus Sicht des Landes war es nicht akzeptabel, diesen Einigungsvorschlag zu unterschreiben. Sie dürfen auch nicht vergessen, dass dieser Landtag mit der Mehrheit von CDU und FDP ein Haushaltsgesetz beschlossen hat, in dem steht, dass nur die Finanzierung eines Auslaufbergbaus von der Landesregierung abgeschlossen werden darf.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat jeder gewusst und war auch in Berlin bekannt. Dies ist offensichtlich, um zwei Handelnden in der SPD Rückendeckung zu geben, unterschlagen worden.

Nachdem klar war, dass es keinen dauerhaften Bergbau geben wird, Frau Kraft, hätte ich eigentlich erwartet, dass Sie Größe zeigen und sagen: Von diesem Zeitpunkt an habe ich verloren, aber nun kenne ich keine Parteien mehr, sondern nur noch Nordrhein-Westfalen. Jetzt müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Konditionen für Nordrhein-Westfalen so günstig wie möglich ausfallen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Situation ist, dass dann der Bergbau nach 150 Jahren zu Ende ist. Das ist so, als wenn ein lieber Verwandter verblieben ist. Dann geht es um

das Erbe. Bei uns am Niederrhein sagt man, wenn es um die Befindlichkeit der Parteien in einer solchen Situation geht: Hebben se schon gedeelt – haben sie schon geteilt -? Genau das ist die Situation. Jetzt muss geteilt werden zwischen Bund und Land. Das darf nicht zulasten des Landes geschehen. Hier muss Nordrhein-Westfalen angemessen berücksichtigt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, wenn die Koalition in Berlin meint, der Bergbau solle bis zum Jahr 2018 laufen, aber ein sozialverträglicher Ausstieg schon früher möglich wäre,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Frau Merkel!)

dann soll die Koalition in Berlin auch dafür sorgen, dass die Kosten für den Differenzzeitraum vom Bund alleine getragen werden. Darauf werden Jürgen Rüttgers und wir bestehen.

Das bedeutet weiter, wenn es um die Altlasten geht, dann kann es doch wirklich nicht so sein, wie es in dem ominösen Papier stand, dass der Erlös des Börsenganges nicht nur dafür reserviert wird, sondern dass der Erlös des Börsenganges mit eingesetzt wird, um den Bergbau bis zum Jahr 2018 zu finanzieren. Wo sind wir denn? Dann verlieren wir doch die ganze Substanz. Vor diesem Hintergrund kann man doch keinen Haftungsverbund auflösen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann ist das, was Frau Merkel unterschreibt, ominös!)

Klar ist: Wenn Sie eine Revisionsklausel haben wollen, die in der Sache nicht sonderlich begründet ist, aber wir haben im Grunde genommen nichts gegen eine Revisionsklausel,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da Sie keine Revision zulassen!)

dann kann es nicht sein, wenn der Bund im Jahr 2012 entscheidet, dass es einen Sockelbergbau gibt, dass sich Nordrhein-Westfalen an der Finanzierung dieses Sockelbergbaus beteiligt. Auch das muss klar sein. Dann muss das derjenige zahlen, der meint, dass das notwendig ist.

Herr Kollege Römer, Sie haben gesagt, Ihnen kam es darauf an, dass die Tür nicht verschlossen, sondern nur angelehnt ist, dass sie also offen bleibt. Das ist ein wunderschönes Bild. Nach vielen Gesprächen mit Bergleuten – Sie werden es nicht glauben, aber auch ich spreche mit Bergleuten; ich fahre gelegentlich in eine Grube ein, um zu schauen, was dort los ist – weiß ich:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo waren Sie denn am Dienstag? Da waren doch alle da!)

Die Bergleute hassen am meisten, dass ihnen permanent Versprechungen gemacht werden, die hinterher nicht eingehalten werden.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Genau, das Versprechen des Ministerpräsidenten, dass es sozialverträglich wird, ist nichts wert! Das ist der Punkt!)

Hören Sie auf, die Bergleute dauerhaft zu belügen.

Herr Römer, wenn Sie meinen, man könne die Kaufkraft im Lande steigern, indem man subventionierte Unternehmen laufen lässt, dann frage ich mich, warum wir nicht auch die Handyproduktion, die Textilproduktion und die Bauwirtschaft subventionieren. Warum subventionieren wir ausschließlich den Bergbau?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nur den Bergbau? Was ist mit der Landwirtschaft? Sie gehen mit Scheuklappen durch diese Welt!)

Wenn Subventionen so ertragreich für das Land und den Steuerzahler sind, dann lassen Sie uns doch alle subventionieren. Hier merken Sie, dass das ziemlich Unsinn ist.

Wir wollen eine rasche Lösung. Wir wollen, dass der weiße Bereich der RAG eine gute Zukunft hat. Wir wollen aber nicht, dass der Steuerzahler weiterhin Geld in ein Loch ohne Boden schüttet und dass die Bergleute länger belogen werden. Wir wollen eine gute Zukunft für die RAG und für dieses Land. Ich glaube, Jürgen Rüttgers ist Manns genug, das in Berlin zu erreichen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir erleben heute den ersten Teil einer in gewisser Weise historischen Debatte, denn wenn es heute eine entsprechende Einigung in Berlin und morgen eine Regierungserklärung dazu gibt, dann ist die Debatte in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, im Landtag hierzu natürlich ein Stück weit historisch, wenn nach 800 Jahren Bergbau im Aachener Revier und rund 200 Jahren Bergbaugeschichte im Ruhrgebiet dieses Kapitel beendet wird.

Ich finde es nicht verwunderlich, dass wir mit gewissen Turbulenzen diskutieren und dass es draußen eine Demonstration gegeben hat, denn die Vorstellung, dass man diese Endphase ohne eine gewisse politisch profilierte Auseinandersetzung hinbekommen hätte, für die die verschiedenen Teilnehmer ihre Interessenlage haben, wäre zum Teil außerhalb der Realität gewesen. Insofern kann ich sagen, dass Frau Kraft die Steilvorlage nutzt, die ihr das Kommunikationsdesaster auf der CDU-Seite bietet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist für mich nachvollziehbar. Insofern kann man das alles niedriger hängen. Ich bin aber der sachlichen Überzeugung, dass die Notbremse, die der Ministerpräsident im Interesse Nordrhein-Westfalens gezogen hat, notwendig war.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Diesbezüglich stimme ich mit Herrn Römer überhaupt nicht überein. Es geht doch nicht um plus oder minus zwei Jahre. Wenn es eine 200-jährige Bergbaugeschichte gibt und wenn man sich die Genese ansieht, dann kann sich zwar jeder auf eine Position begeben, aber es kommt nicht auf plus oder minus zwei Jahre an. Es geht um insgesamt 40 Milliarden €, die der Restbergbau in der aktiven Zeit kostet und die notwendig sind, um dann die Schäden zu beheben. Diese 40 Milliarden € müssen zwischen Bund und im Wesentlichen dem Land Nordrhein-Westfalen verteilt werden, weil sich das Saarland zwar des Öfteren äußert, aber nie das Portemonnaie aufmacht, um relevante Beiträge zu zahlen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Verteilung von 40 Milliarden € kann natürlich zu erheblichen Einbußen und erheblichen Verlusten des Landes führen. Dass sich die Berliner an der Stelle einen schlanken Fuß machen, ihre koalitionsinterne Einigung auf ein Datum verkünden und damit das Problem los sind, ist aus deren Sicht nachzuvollziehen. Ihr Kommunikationsdesaster liegt in gewisser Weise darin, dass Sie nicht sofort gerufen haben: Das kann nicht sein! – Denn nicht die Jahreszahl ist entscheidend, sondern das Gesamtpaket und hier vor allen Dingen die Aufteilung der Finanzierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Finanzierung ist für Nordrhein-Westfalen außerordentlich riskant. Das Risiko liegt in Details. Ich bin sehr skeptisch. Ich schaue mir nachher gerne die Videoberichterstattung an, lese heute alle Tickermeldungen, aber bevor wir die Detailregelung nicht schwarz auf weiß haben, rate ich al-

len dazu, vorsichtig zu sein; denn so etwas wie Sonntag vor einer Woche – abends wird die Einigung verkündet, man war erleichtert, dass der Sockel vom Tisch war und es einen Endpunkt gibt, weiß aber nicht, wie die Details sind – kann uns heute Nachmittag wieder genauso passieren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Herr Finanzminister Dr. Linssen, wir beide waren am 23. November 2003 zusammen auf dem Deutschen Steinkohletag in Essen. Auch Herr Steinbrück, Herr Horstmann und andere waren dort. Ich habe es noch vor Augen – damit hat die Geschichte hier auch ein Stück weit angefangen –: Ministerpräsident Steinbrück redet. Auf einmal geht die Saaltür auf, die Bergmannskapelle spielt das Steigerlied, es gibt Applaus, und der Kanzler marschiert ein. Der Ministerpräsident hat das souverän gemeistert, er hat gesagt: Der Beifall gilt erkennbar nicht dem Redner. – Das, fand ich, war eine gute Reaktion.

Der Kanzler geht nach oben auf die Bühne, legt ihm die Hand auf die Schulter und sagt: Gegen einen echten Steiger hast du keine Chance. Dann hat der Ministerpräsident das Pult geräumt, und der Kanzler hat das Ergebnis seiner Überlegungen in Berlin verkündet. Er hat gesagt: 16 Milliarden € öffentliche Beihilfen für 2006 bis 2012 für 16 Millionen t 2012. Damit können 20.000 Mann gehalten werden. Der Prozess bis dahin ist sozialverträglich. Niemand fällt in die Arbeitslosigkeit. Wir können die anstehenden Schließungen vernünftig regeln. – Das war die Botschaft.

Jetzt haben wir innerhalb kürzester Zeit lernen müssen, dass diese Botschaft im Grunde ihrer Substanz eine unehrliche Botschaft war.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Einige wussten damals schon, dass das nie für das reichen würde, was angesagt worden war. Es hat einen langen Prozess gegeben, aber erst in den letzten Tagen haben wir die Zahlen auf den Tisch bekommen: Allein für das abgelaufene Jahr 2006 – das war das erste Jahr, in dem diese Zusagen galten – reichen die 2,5 Milliarden €, die NRW und der Bund zur Verfügung stellen, bei Weitem nicht aus; die Kohle meldet einen Mehrbedarf von 433 Millionen € an. Das ist kein Pappenstiel, NRW ist sofort mit rund 90 Millionen € dabei.

Insofern ist gerade durch die Verhandlungen, die in Berlin gelaufen sind, klar, dass es nicht mehr um 16 Millionen t geht und das vom damaligen Bundeskanzler zugesagte Geld dafür nicht reicht. Man reduziert die Förderung um ein Viertel auf 12 Milli-

onen t, und selbst dann werden 1,5 Milliarden € zusätzlich gebraucht.

Das heißt, jegliche Vereinbarung zur Kohle, gerade zu den finanziellen Details, ist mit großer Vorsicht zu betrachten und muss offen gelegt werden, damit man sie nachvollziehen kann; denn die Erfahrung lehrt: Es ist nicht ausreichend transparent.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Weil diejenigen, die dabei in der Spitze handelten – die Parlamente sind getäuscht worden –, wussten, dass das nicht stimmte, haben sie nicht wie 1997 ein Steinkohlebeihilfegesetz gemacht – 1997 bis 2005 gesetzlich geregelt –, sondern nur Bewilligungsbescheide für drei Jahre ausgestellt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Hört, hört!)

Deswegen reden wir jetzt darüber. Diese Lüge über drei Jahre hatte so kurze Beine, dass der Offenbarungseid schon 2006 kam. Jetzt müssen wir mit dem Ergebnis leben. Weil die Handelnden damals wussten, dass das nicht reichen würde, haben sie in den konkreten Bewilligungsbescheid Bestimmungen hineingebracht, die nie durch ein Parlament gegangen sind, die uns jetzt aber viel Geld kosten.

Ich will nur zwei ansprechen. Erstens: die nachschüssige Auszahlung, die wir hier verkündet haben, von Rot-Grün vereinbart. Der Ministerpräsident hat erklärt: Wir sparen 11 Millionen € ein, weil wir das Geld immer erst im Januar des Folgejahres zahlen. Das ist im Bewilligungsbescheid von Clement und Eichel abgeräumt und stattdessen festgelegt worden: Das könnt ihr mit dem Eigenanteil der RAG verrechnen. – Ein 50-Millionen-€-Geschenk an die RAG!

Der zweite Punkt – das hat Bedeutung für heute –: Es ist eine Sprechklausel eingefügt worden – dieses Instrument kannte ich noch nicht –, die im Prinzip besagt: Wenn ihr mit dem Geld nicht auskommt, erhaltet ihr mehr.

Deswegen bin ich bei der Revisions- oder Optionsklausel so vorsichtig. Die politische Verabredung, 2012 noch einmal zu überlegen, ob die Entwicklung auf dem Weltmarkt Gründe liefert, anders zu handeln, als wir es jetzt nach Einbeziehung aller Fakten vereinbaren, kann man treffen. Alle Parlamente und auch die Unternehmen wären frei, wenn der Weltmarktpreis bei 600 €/t läge, Zechen aufzumachen. Insofern könnten wir das jederzeit machen. Aber um zu beurteilen, ob die Klausel wieder die Legitimation liefert, einen Sockelbergbau vorzubereiten, dazu möchte ich erst sehen, wie sie juristisch formuliert ist und wie sie

in andere Vereinbarungen eingebunden werden soll. Bei Klauseln im Steinkohlenbergbau kann ich nur warnen: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Ganz vorsichtig herangehen!

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Seit Mitte 2006 wird verhandelt. Wir wissen, dass es deutlich mehr kostet, aber wir in den Parlamenten – das muss man kritisieren – kennen die Details dieser Verhandlungen nicht. Wir alle warten, was parallel in Berlin passiert. Es ist wie immer bei der Kohle: eine organisierte Intransparenz, bei der die Parlamente außen vor gehalten werden.

Man muss sich auch ansehen, was an Kosten ermittelt worden ist; wir haben es im Wirtschaftsausschuss beraten. Das KPMG-Gutachten ist nur in die öffentliche Debatte gekommen, weil wir als grüne Fraktion es vorgestellt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sonst läge es nicht auf dem Tisch. Wir haben im Ausschuss erleben müssen, dass wichtige Elemente nicht vertreten sind. Diese spielen aber gerade für die Menschen, die im Hochwasserbereich leben, wo der Bergbau massive Einflüsse hinterlassen hat – ob am Rhein, an der Lippe oder an der Emscher –, eine wichtige Rolle. Ursprünglich hat es Deiche von 3 m Höhe gegeben, jetzt gibt es – bergbaubedingt – teilweise 15 m hohe Deiche. Das werden Ewigkeitslasten sein. Diese wie andere Sachen sind im KPMG-Gutachten nicht berücksichtigt.

Deswegen wird es wichtig sein, ganz genau hinzuschauen, denn es ist klar: Wenn nicht geregelt ist, dass es zu den Ewigkeitslasten kommt, bleibt es nachher an den Menschen hängen, die hinter den Deichen wohnen, die die Kosten ohne den Bergbau nicht hätten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der entscheidende Punkt ist aus meiner Sicht die zukünftige Lastenaufteilung und Haftung. Ich bin von der Sache her der Auffassung: Wir könnten 2015 sozialverträglich ohne Entlassungen aus dem Bergbau herauskommen. Wir könnten den Kollegen garantieren, dass sie eine Beschäftigung haben und von da aus mit den üblichen Mitteln – Frühverrentung und anderem – ihr Arbeitsleben beenden. Aber die zwei Jahre mehr oder weniger, über die geredet wird, sind kein Dogma; das ist nicht der Punkt. Der entscheidende Punkt ist die Lastenverteilung.

Man muss ehrlicherweise sagen: Bis 1997 hat es den Kohlepfennig gegeben. Dieser ist 1994 durch das Bundesverfassungsgericht gekippt worden.

Bis 1997 sind über eine bundesweite Umlage 100 % der Kohlefinanzierung mit einem definierten nationalen Interesse geregelt worden. Seit 1997 hat es in dem Beihilfegesetz eine degressive Vereinbarung gegeben, wonach am Anfang der Bund 90 % und NRW 10 % trugen. Jetzt sind wir bei etwa 22 % für NRW und 78 % für den Bund.

Dann kann man sich aber nicht, wenn es über die ganze Zeit eine Verteilung gegeben hat, bei der über 90 % vom Bund getragen worden sind, in Berlin auf ein Datum einigen und das Risiko, wenn es nicht reicht, NRW überlassen mit dem Argument, es hätte die Zechen irgendwann genehmigt.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn Berlin zu diesem Ergebnis kommt, wäre das eine zutiefst unanständige Haltung. Dann war die Intervention des Ministerpräsidenten sozusagen last exit, um deutlich zu machen, dass NRW nicht allein auf diesen Kosten hängenbleiben dürfe.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich will einen weiteren Punkt anführen, der für mich noch nicht klar ist, wie nämlich die genaue Konstruktion der Stiftung aussieht. Das ist schon ein ganz merkwürdiges Instrument. Nach der Grundkonditionierung soll der weiße Bereich der RAG, also Steag, Degussa, der Immobilienbereich, an die Börse gehen und der andere Bereich den Bergbau sozialverträglich vernünftig abwickeln. Die Überlegung ist ja richtig, aber die Konstruktion der Stiftung, was sie machen kann, wer genau dafür haftet und wer in dieser Stiftung entscheidet, ist für uns alle doch völlig undurchsichtig.

Es kann doch nicht sein, dass die Eigentümer der RAG – Eon, RWE und Thyssen; dass sind ja alles keine armen Verwandten – aus der Haftung entlassen werden, die nun das Land übernimmt, aber das Land in der Stiftung nicht darüber entscheidet, wo sie wirtschaftlich aktiv wird. Das kann doch kein Konstrukt sein, das man vernünftigerweise akzeptiert.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Insofern muss völlig unzweifelhaft sein: In dieser Stiftung müssen diejenigen entscheiden, die die Haftung übernehmen müssen, und das Gefüge muss auch ganz klar die Mehrheitsrelationen widerspiegeln. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Wenn das so geregelt ist, dann soll die Stiftung wirken.

Schließlich müssen wir uns den Stiftungszweck noch einmal genau anschauen. Die von der RAG formulierte Stiftungssatzung ist uns zur Verfügung gestellt worden. In dieser Stiftungssatzung taucht zum Beispiel die Sicherung der Rechte der Bergbaugeschädigten überhaupt nicht auf, also auch nicht derjenigen, die noch Jahrzehnte nach Beendigung des Bergbaus betroffen sein werden. Wir müssen neben den Bergleuten auch über die Menschen reden, die am Niederrhein, im Revier wie in Bottrop und sonstwo wohnen,

(Beifall von den GRÜNEN)

wo immer noch massive Schäden an Häusern, an Deichen usw. auftreten. Solche Schäden, die man geologisch nicht unbedingt verhindern kann, sind immer Ergebnis des Bergbaus. Es sollte aber sichergestellt werden, dass die berechtigten Ansprüche derer, die gar nichts vom Bergbau haben, aber seine Lasten mit ihrem Eigentum tragen, auch in Zukunft garantiert werden. Auch das gehört in die Zweckbestimmung der Stiftung. Es steht aber nicht drin – nach unserem Kenntnisstand jedenfalls bis jetzt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus unserer Sicht ist auch äußerst fraglich, ob die angedachte Operation sinnvoll ist. Es gibt einen Börsengang, und es gibt die Rückstellungen. Das zusammen soll nach dem Auslaufen des Bergbaus ausreichen, die Ewigkeitslasten zu finanzieren. Bei den Ewigkeitslasten reden wir nach KPMG über einen Sockel von jährlich 400 Millionen € – auf ewig! Anzunehmen, dass der Erlös aus dem Börsengang und die Rückstellungen dafür ausreichen, ist aus meiner Sicht hochriskant.

Ich habe die Deichunterhaltungskosten angesprochen. Das ist ein Punkt, der fehlt.

In dem Gutachten steht, dass die RAG allein 2.200 Schächte in ihrer Verantwortung hat, deren genaue Lage und Beschaffenheit sie nicht kennt. Diese Schächte sollen nach Gutachten für 440 Millionen € saniert werden. Dafür sind eindeutig keine Rückstellungen gebildet worden. Die Kosten für diese Sanierung gehören in die laufenden Betriebskosten entsprechend der Aufteilung.

Im Übrigen muss doch mit dieser Sanierung sofort begonnen werden. Ich kann doch nicht, wie es im Gutachten steht, vorschlagen: 20 Jahre nach Beendigung des Bergbaus wird die Sanierung abgeschlossen und begonnen wird erst mit Stilllegung des letzten Bergwerks. Es gibt doch Beschäftigungspotenzial für mindestens 440 Millionen €. Das heißt, ich kann doch auch Leute aus dem aktiven Betrieb nehmen und etwas machen lassen,

was sowieso gemacht werden muss und was wir sowieso bezahlen müssen,

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

anstatt an einer anderen Stelle weiter zusätzliche Schäden zu organisieren. Das ist doch eine vernünftige Forderung, und das ist eines der Details, auf die man sich aus meiner Sicht durchaus verständigen kann.

Des Weiteren möchte ich die FDP noch einmal ansprechen. Wir Grüne haben zweimal im Landtag beantragt, einen nichtöffentlichen kleinen, zeitlich befristeten Sonderausschuss einzusetzen, der die Frage der Anschlussfinanzierung bei der Kohle bearbeitet. Wir hatten nach unseren Erfahrungen aus den letzten Verhandlungen guten Grund, dies zu tun, denn die jetzigen Verhandlungen laufen nach dem gleichen dynamischen Muster ab wie damals: alles intransparent, gewisse Instrumentalisierungen, und zum Schluss wird Druck auf den Kessel gegeben, sprich: diejenigen, die handeln müssen, werden unter Druck gesetzt.

Es wäre richtig gewesen, diesen kleinen, von mir aus mit vier oder fünf Personen besetzten Arbeitsausschuss ohne Beschlusskompetenz einzurichten, um die Anschlussfinanzierung bei der Kohle transparent zu begleiten. Das ist vor allen Dingen von der FDP abgelehnt worden und hat dazu geführt, dass das Parlament von all den Details und offenen Fragen im Prinzip überhaupt nichts weiß.

Und wenn wir Grüne das Thema Deiche nicht auf die Tagesordnung gebracht hätten, dann wüssten es nicht einmal die Kollegen, die in den betroffenen Gebieten wohnen, bis heute nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das zeigt mir, dass ein solcher Sonderausschuss richtig gewesen wäre. Er ist zweimal an der FDP gescheitert.

Ich habe in „Westpol“ gesehen, wie Herr Dr. Papke die Treppe im Stadttor hochfuhr und sich oben über das Kommunikationsproblem der CDU äußerte. Das hat mich an Möllemann erinnert, wie er damals die Treppen rauf- und runterturnte. Man kann das in der Koalition so machen. Viel Freude dabei! Aber das, was Sie als eigene Arbeitsleistung bringen müssten, um die Sachverhalte aufzuklären, ist nicht erbracht worden.

Sie sind vor der Landtagswahl immer wieder herausgegangen und haben gesagt: Das Bergwerk West ist genauso schädlich wie das Bergwerk Walsum. – Ich teile das in der Sache; damit da kein Zweifel bleibt. Dann sollte man sich aber

auch um das Bergwerk und um die Beschäftigten dort besonders kümmern.

Die Frage ist aber – das ist die Latte, an der ich Sie messe –, ob Sie an irgendeiner Stelle in den Verhandlungen in Berlin – Sie werden bei dem, was in Berlin läuft, ja gar nicht gefragt werden – Ihre eigenen Positionen durchsetzen und dafür sorgen können, dass die unzähligen Versprechungen, die Sie vorher gemacht haben, auch umgesetzt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Dr. Papke, dass Sie 2012 nicht erreichen können, ist mir klar. Daraus mache ich Ihnen auch keinen Vorwurf. Das ist wie bei Tarifverhandlungen. Da sagt der eine 2015, der andere 2018, und dann muss irgendeiner 2012 vertreten, damit man sich irgendwo trifft. Das ist so in diesem Geschäft. Sie haben aber bei den Menschen Hoffnungen geschürt und versprochen, der vorhandenen Bedrohung, dass Rheinberg unter Deichniveau gelegt wird, dass Hochwasserschäden in dicht besiedelten Gebieten verursacht werden, zu begegnen. Im Übrigen würde dieses Bergwerk auch aus Sicht der SPD gar keinen Sinn machen; denn für einen Sockelbergbau, selbst wenn man an ihn glaubt, wäre dieses Bergwerk aufgrund der geografischen Lage völlig ungeeignet.

Also ist meine persönliche Messlatte: Erreichen Sie es, dass dieses Bergwerk, das in Nordrhein-Westfalen die größten Schäden mit den schlimmsten Folgen für die Bürger verursacht, kurzfristig aus dem Betrieb genommen wird, oder erreichen Sie das nicht? – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Glück auf!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Hochverehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Priggen, zunächst einmal ehrt Sie der Mut, den Sie hier an den Tag gelegt haben, rot-grüne Vergangenheitsbewältigung in der Steinkohlepolitik in einer solchen Debatte hier im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Ich finde es sehr in Ordnung,

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

dass Sie klipp und klar sagen, Sie als Grüne seien über den Tisch gezogen worden,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Alle sind über den Tisch gezogen worden! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie sitzen gar nicht am Tisch! – Horst Becker [GRÜNE]: Noch nicht einmal unter dem Tisch!)

gerade als es um die Frage der Finanzierungskulisse bis 2012 ging, und dass Sie des Weiteren sagen: Wir haben eine Regelung in Kauf genommen, die uns von der SPD aufgedrückt worden ist und die nicht sauber durchfinanziert war. – Das ist richtig. Noch einmal: Ich finde es gut, dass Sie den Mut haben, das hier im Landtag Nordrhein-Westfalen zu sagen.

Damit wird auch klar, dass wir die damaligen Fehlkalkulationen von Rot-Grün in Düsseldorf und in Berlin jetzt ein Stück weit ausbaden müssen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Das ist ja ein Problem, das wir mit übernommen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wenn Sie ehrlich sind, sind eigentlich Sie das Problem!)

Das erleichtert – das wissen Sie, weil Sie sich in dem Thema auskennen – die Regelung natürlich nicht. Ganz im Gegenteil: Wir haben von Rot-Grün auch ein Problem hinsichtlich der Finanzierungsgrundlagen übernommen. Wir müssen sehen, wie wir das in diesen schwierigen Verhandlungen lösen und bewältigen.

Sie sollten, Herr Kollege Priggen, aber nicht den Frust, den Sie als Energiepolitiker in zehn Jahren rot-grüner Regierungsbeteiligung aufgestaut haben, an uns ablassen. Das wäre wirklich falsch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein! Das ist vom Grundsatz her erst mal richtig!)

Sie haben ja persönlich – das weiß ich auch aus früheren Jahren; manchmal konnte man Ihnen das ansehen – ganz unmittelbar darunter gelitten, dass Sie die Informationen, die Sie von der Landesregierung jetzt einfordern, von Ihrer eigenen Landesregierung seinerzeit nicht bekommen haben. Darunter haben Sie viele Jahre gelitten. Damals haben Sie leider nicht den Mut bewiesen, das so deutlich einzufordern. Sie hätten allen Grund gehabt, Herr Kollege Priggen, mit Ihrer Fraktion die eigene Landesregierung auf Herausgabe der Informationen zu verklagen und nicht zu warten, bis eine Regierung im Amt ist, die nicht mehr Ihre Unterstützung findet. Das wäre konsequent gewesen.

(Beifall von FDP und Christian Möbius [CDU])

Zerbrechen Sie sich mal nicht den Kopf darüber, ob die Freien Demokraten ihre Position in der Steinkohlepolitik bei der Frage der Subventionen auch wirklich zur Geltung bringen können. Ich will nur zwei Punkte kurz erwähnen; wir sind ja noch nicht so weit, hier eine abschließende Bewertung vornehmen zu können.

Wir haben eine frühere Schließung von Walsum als eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung durchgesetzt, Herr Kollege Priggen.

(Beifall von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Auch so eine Ruhmestat! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Kollege Sagel, wir stellen Ihnen am besten einen Laufstall zur Verfügung, damit Sie sich beim Toben nicht verletzen.

(Lebhafter Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit welcher Arroganz Sie das vortragen, ist schon schlimm!)

Aber jetzt hören Sie einfach einmal zu!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall! Mit welcher Arroganz gehen Sie hier eigentlich mit Abgeordneten um?)

Wir als Koalition aus CDU und FDP haben verhindert, dass in Walsum weitere Abbauvorhaben unter dem Rhein in Angriff genommen wurden.

(Beifall von FDP und Christian Möbius [CDU])

Ich lasse Ihnen gerne einmal das einschlägige Kartenmaterial zukommen. Das haben wir in den ersten Wochen der Amtszeit der neuen Regierung erreicht.

Wir werden, Herr Kollege Priggen – das sage ich hier mit gespannter, freudiger Erwartung –, wie immer die Gespräche jetzt ausgehen, eines mit Sicherheit bekommen: Wir werden ein Gesamtergebnis bekommen, dass das Ende des Subventionsbergbaus in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland festschreibt.

(Beifall von FDP und Helmut Stahl [CDU])

Das wird der Erfolg am Ende des Tages sein. Ein historisches Ergebnis!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Historisch ist die Peinlichkeit, in die sich der Ministerpräsident begibt!)

Alles andere – der Kollege Weisbrich hat sehr zu Recht darauf hingewiesen – würden wir auch nicht akzeptieren. Die Messlatte ist: Erreichen wir endlich das Ende des Subventionsbergbaus, da-

mit die Ressourcen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten unter rot-grüner Regie unter Nordrhein-Westfalen vergraben worden sind, endlich in die Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen investiert werden können? Darum geht es!

(Beifall von FDP und Christian Möbius [CDU])

Ich sage Ihnen: Wir werden Ihnen vielleicht schon morgen, vielleicht aber auch später dieses Ergebnis hier vorstellen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie doch nicht! Sie sitzen in Berlin doch gar nicht am Tisch!)

– Herr Kollege Römer hat doch gerade das Gegenteil behauptet. Er hat doch gesagt, die Landesregierung ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie doch nicht, Herr Kollege Papke! Sie sind weder in der Landesregierung noch in Berlin!)

– Was denn nun? Herr Römer hat doch gerade gesagt, der Ministerpräsident habe unter dem Druck der FDP reagiert. Sie sagen jetzt, wir säßen da gar nicht. Was denn nun? Sie sitzen doch nebeneinander: Stimmen Sie sich doch untereinander einmal ab! Vielleicht schaffen Sie es, eine gemeinsame Position einzunehmen.

(Beifall von FDP und CDU)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, wir haben als Koalition immer gesagt: Wir wollen eine zügige Verständigung, eine zügige Regelung – aber Qualität geht vor Tempo.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Rainer Schmeltzer [SPD]: War „Tempo“ nicht mal ein Wahlkampflogo von Ihnen?)

Deshalb haben wir in der Spitze der Koalition am letzten Dienstagnachmittag, als wir die Gespräche von Sonntagabend und die Informationen, die uns von Montagabend aus der Koalitionsrunde in Berlin vorlagen, gemeinsam analysieren konnten, sehr schnell erklärt: Das werden wir so nicht akzeptieren! – Denn das, was in der Koalitionsrunde im Kanzleramt beredet worden war, hätte die Interessen Nordrhein-Westfalens nicht berücksichtigt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Morgens hui, abends pfui!)

Deshalb hat der Ministerpräsident mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen die Reißleine gezogen. Wie dort gearbeitet worden ist – Herr Kollege Römer hat dieses Ergebnis heute ja auch noch einmal abgefeiert –, will ich hier mit zwei Zitaten

darlegen, damit wir uns nicht immer auf der Metaebene unterhalten, Herr Kollege Römer.

Ich habe hier ein Skript mit der Überschrift „Politisches Ergebnis des Koalitionsgesprächs vom 29.01.2007“. Das haben Sozialdemokraten im Kanzleramt mit verabredet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Im Kanzleramt!)

Ich will Ihnen nur zwei Sätze daraus vorlesen. Zum einen heißt es:

„Bis 2018 stellen der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und das Saarland gemeinsam die für die Finanzierung notwendigen Mittel zur Verfügung.“

Hier wird so getan, als hätte Nordrhein-Westfalen mit am Tisch gesessen. Nordrhein-Westfalen war bei dieser Verständigung gar nicht dabei! Das war ein klassischer Vertrag zulasten Dritter! Deshalb hat der Ministerpräsident mit Unterstützung der Koalition gesagt: Wir lassen uns nicht über den Tisch ziehen. Das ist eine Verständigung ohne uns.

(Beifall von FDP und CDU)

Der nächste Satz ist materiell noch viel, viel bedeutsamer. Da hat nämlich Ihre Verhandlungsdelegation mit Münte, Steinbrück und anderen festgelegt:

„Dies setzt voraus“

– das, was ich gerade vorgelesen habe –,

„dass das Beteiligungsvermögen der RAG AG vollständig in die Finanzierung einbezogen wird.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Richtig!)

Ich habe das gar nicht glauben wollen, als ich das gelesen habe! Denn das hätte ja bedeutet, dass nicht etwa aus dem Erlös des Börsengangs ein Kapitalstock aufgebaut wird, aus dem dann die Ewigkeitskosten finanziert werden können, sondern das hätte bedeutet, meine Damen und Herren, dass der weiße Bereich für die laufende Finanzierung des Steinkohlebetriebs hätte verfrüht werden können.

Herr Kollege Römer, das hätte noch nicht einmal Ihr oberster Kriegsherr Hubertus Schmoldt unterschreiben können. Das, was Sie eben noch einmal in dieser Debatte abgefeiert haben, kann doch gar nicht im Interesse der IG BCE sein – wobei mir gerade wieder nicht klar geworden ist, wen Sie hier vertreten. Vertreten Sie die Landesinteressen? Oder vertreten Sie die Gewerkschaft, für die Sie tätig sind?

(Beifall von FDP und CDU)

Es wäre nicht schlecht gewesen, wenn Sie das in einer solchen Debatte auch einmal deutlich gemacht hätten.

Sie wollen das Ganze der Öffentlichkeit immer noch als großen Erfolg für Nordrhein-Westfalen verkaufen!?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Wenn der Ministerpräsident hier nicht die Reißleine gezogen hätte,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So schnell, wie er die Reißleine zieht, knallt er aber auf die Erde!)

wäre die gesamte Konstruktion mit dem Börsengang und der Bewältigung der Ewigkeitslasten zusammengebrochen wie ein Kartenhaus. Wir mussten die Reißleine ziehen. Wir mussten klar machen, dass das nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens liegt.

(Frank Sichau [SPD]: Geschichtsklitterung!)

Ich bin sehr froh, dass wir die Debatte letzte Woche gemeinsam wieder öffnen konnten.

(Beifall von der FDP)

Wir verhandeln in Berlin – der Ministerpräsident tut das mit unserer uneingeschränkten Rückendeckung –, um bessere Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen zu erzielen, als die Große Koalition uns zuzubilligen bereit gewesen wäre.

Wir wollen eine faire Lastenverteilung zur Bewältigung der Ewigkeitskosten. Der Bund hat über Jahrzehnte die Subventionierung der Steinkohle als nationale Aufgabe betrachtet; ansonsten hätte er das ja nicht finanziell gestemmt. Dann darf der Bund uns in den Bergbaurevieren in Nordrhein-Westfalen auch nicht alleine lassen, wenn es um die Bewältigung der Folgekosten geht.

Meine Damen und Herren, „bessere Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen“ heißt auch: Wir brauchen eine Entlastung bei den laufenden Auslaufsubventionen; denn wir als Land Nordrhein-Westfalen müssen diesen Strukturwandel natürlich begleiten. Wir müssen in Zukunftstechnologien, in Bildung und in Forschung und Entwicklung investieren; denn zu den Hinterlassenschaften, die wir von der Vorgängerregierung übernommen haben, gehört bekanntlich auch eine der niedrigsten FuE-Quoten in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

Frau Kollegin Kraft, damit sollten Sie sich auch noch einmal auseinandersetzen; denn Sie waren

ja die letzte zuständige Ministerin der abgewählten alten rot-grünen Regierung.

(Dietmar Brockes [FDP]: Schon vergessen!)

Das haben Sie auch verdrängt, weil Sie sich mit anderen Themen befassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben in diesem Land eine FuE-Quote von 1,8 % des Bruttoinlandsprodukts. Im Bund liegt sie bei 2,5 %, in Baden-Württemberg bei 3,9 %.

Wir als Freie Demokraten – mit dem dafür verantwortlichen Innovationsminister an der Spitze – sagen natürlich: Wir müssen schneller umsteuern. Wir müssen raus aus den Erhaltungssubventionen, um in die Zukunft zu investieren und die FuE-Quote zu verbessern.

(Beifall von der FDP)

Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Dabei sollten Sie uns unterstützen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das tun Sie nicht; ganz im Gegenteil. Und auch dafür tragen Sie die Verantwortung.

Meine Damen und Herren, je früher wir aussteigen, desto mehr bleibt für Zukunftsinvestitionen übrig. Das ist unsere entscheidende Botschaft.

(Beifall von FDP und CDU)

Würden wir 2012 aussteigen, würden wir 12 Milliarden € einsparen. Was könnten wir mit 12 Milliarden € innerhalb von sechs Jahren in Nordrhein-Westfalen Positives gestalten! Wie viele Bildungseinrichtungen könnten wir unterstützen, wie viele Universitäten könnten wir gründen, wie viele Forschungseinrichtungen könnten wir finanzieren! Es wäre eine traumhafte Konstellation. Trotzdem werden wir von Ihnen nicht unterstützt. Stattdessen blockieren Sie. Sie bremsen und verhindern eine solche zukunftsorientierte Politik in Nordrhein-Westfalen.

Jetzt komme ich einmal zu dem, was Sie hier in den letzten Tagen und Wochen veranstaltet haben, Frau Kollegin Kraft. Wir haben als Koalition immer gesagt: Wir wollen so früh wie möglich aussteigen, werden das aber sozialverträglich organisieren. – Kein einziger Vertreter dieser Koalition oder der Landesregierung hat jemals etwas anderes gesagt.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben immer gesagt: Kein Bergmann wird ins Bergfreie fallen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen und Handeln sind aber Zweierlei, Herr Kollege!)

Das haben wir so gesagt. Dazu stehen wir auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Kraft erzählt öffentlich das Gegenteil.

(Hannelore Kraft [SPD] verlässt ihren Sitzplatz.)

– Es ist zum Weglaufen, Frau Kollegin Kraft; das kann ich verstehen. Ich möchte Sie dennoch bitten, sich dieser Debatte jetzt doch noch zu stellen – wenn Sie offenbar schon nicht vorhaben, hier zu sprechen, was ich bemerkenswert finde.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Von der Landesregierung ist ja nichts berichtet worden! Die Tagesordnung ist ja ad absurdum geführt worden! – Hannelore Kraft [SPD] bleibt stehen und wendet sich dem Redner zu.)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie das, was Sie vor dem Landtag erzählen, auch einmal im Landtag selber darlegen und rechtfertigen, Frau Kollegin.

(Beifall von der FDP)

Mit Genehmigung der hochverehrten Frau Präsidentin möchte ich gerne Frau Kraft zitieren. Sie hat letzte Woche vor den Bergarbeitern gesagt

(Zurufe von der SPD: Wo waren Sie denn da?)

– hören Sie bitte gut zu, meine Kolleginnen und Kollegen; das ist interessant –:

„Die wollen euch in Auffanggesellschaften packen. Sie wollen betriebsbedingte Kündigungen zulassen.“

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

So Frau Kollegin Kraft draußen vor den Bergleuten!

(Zuruf von der FDP: Lüge!)

Frau Kollegin Kraft, das Wort Lüge geht mir in der politischen Debatte nicht so leicht über die Lippen. Ich habe heute Morgen aber in der Tat einige Zeit darüber nachgedacht, als was man es bezeichnen soll,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Als die Wahrheit!)

wenn Sie draußen wider besseres Wissen solche Unwahrheiten verbreiten. Ich muss es wie folgt zusammenfassen: Sie haben in unverantwortlicher Art und Weise die Menschen und die Bergleute draußen belogen,

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was Sie hier veranstalten, ist eine Unverschämtheit!)

indem Sie die Bergleute, die in Sorge um ihre Zukunft sind, in unverantwortlicher Art und Weise belügen und aufhetzen. Das haben Sie getan. Das ist unverantwortlich.

(Beifall von FDP und CDU)

Und das tun Sie bei einer Zielgruppe – das darf man ja einmal erwähnen –, die privilegiert ist wie kaum eine andere.

(Frank Sichau [SPD]: Hört, hört!)

Wir haben 8,5 Millionen Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen. Die meisten davon sind abhängig beschäftigt, Herr Kollege Groschek. Wie viele von denen haben eine vergleichbare Garantie der öffentlichen Hand, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind? Nur die Beamten! Die anderen haben so etwas nicht.

(Frank Sichau [SPD]: Die Landesbediensteten! Das wissen Sie doch!)

In einer solchen Situation sind die Bergleute. Dazu stehen wir ja auch. Und dann tun Sie so, als müssten Sie sich zur Heiligen Johanna der Bergleute aufschwingen, um diese Menschen vor dem Absturz ins Elend zu bewahren! Das ist eine bizarre Verdrehung der Tatsachen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Als Gipfel dieser unrühmlichen Vorstellung, die Sie dort geboten haben, haben sich SPD-Abgeordnete auch noch in Bergmannskluft geworfen.

(Edgar Moron [SPD]: Was verstehen Sie unter Bergmannskluft?)

Der Kollege Sören Link – er ist jetzt aber auch nicht hier – ist mit Kluft und Helm durch die Gegend gelaufen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ein Zeichen dafür, dass Sie noch nie einen Arbeitsanzug aus der Nähe gesehen haben!)

Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. Wir haben nur noch darauf gewartet, dass Sie sich als Solidaritätserklärung auch noch Kohlenstaub ins Gesicht reiben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schwarz steht uns nicht! Das ist Ihre Farbe!)

Finden Sie, dass das Ihrer Verantwortung für das Land Nordrhein-Westfalen, die Sie auch als Op-

positionspolitikerin haben, gerecht wird? Ich fand es einfach nur schlimm.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schlimm ist Ihr Auftritt hier!)

Frau Kollegin Kraft, genauso schlimm wie das, was Sie dort getan haben, ist der Effekt, den Sie in den Bergbaurevieren auslösen. Das Signal an die Bergbaureviere muss jetzt doch sein: Der Steinkohlebergbau gehört zur großen Vergangenheit Nordrhein-Westfalens. Er ist jetzt aber auch Vergangenheit. Wir müssen uns ab sofort verlässlich auf die Zukunft ohne Steinkohle einstellen können. Das wäre doch ein Signal der gemeinsamen politischen Verantwortung:

(Beifall von FDP und CDU)

Lasst uns alle die Ärmel hochkrempeln, jetzt beginnt der Tag x nach dem Bergbau! Und Sie erzählen noch: Es kann noch eine Zukunft des Bergbaus geben. Das haben Sie heute wieder getan. Nach 2012 geht es vielleicht weiter. Meinen Sie, dass Fidel Castro die Seewege vermint, damit Steinkohle, die in Nordrhein-Westfalen mehr als dreimal so teuer ist wie Importkohle, wettbewerbsfähig wird? Haben Sie denn überhaupt keine Scheu, die Menschen so zu beschwindeln, nur um Ihr saures parteipolitisches Süppchen zu kochen, Frau Kollegin Kraft? Ich finde das schlimm.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gehen Sie doch einmal zu den Bergleuten!)

Zu all dem, was Sie hier geboten haben, kommt noch eins hinzu: Während die Landesregierung mit ihrem Ministerpräsidenten jetzt in harten Auseinandersetzungen in Berlin steht, um für Nordrhein-Westfalen möglichst viel zu erreichen, fallen Sie dieser Landesregierung in den Rücken, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist leider – wir haben uns das über mehrere Wochen sehr aufmerksam angeschaut – die klare Erkenntnis aus Ihrer Strategie. Sie haben erkennbar gar kein Interesse an einem Erfolg für Nordrhein-Westfalen, weil Sie in der Opposition sind und meinen, ein Erfolg für die Interessen Nordrhein-Westfalens würde Ihnen nicht weiterhelfen. Deshalb betreiben Sie in diesen Tagen und Wochen, Frau Kollegin Kraft – das sage ich Ihnen in aller Ernsthaftigkeit –, eine Politik der verbrannten Erde zulasten Nordrhein-Westfalens, wie ich das in der jüngeren Landesgeschichte noch nicht erlebt habe.

(Beifall von FDP und CDU)

Dieser Verantwortung werden Sie sich stellen müssen. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie das in der heutigen Debatte getan hätten. Vielleicht haben Sie noch etwas Redezeit von Herrn Römer übrig, um dazu Stellung zu beziehen. Ansonsten wird es morgen oder später kommen. Sie werden sich Ihrer Verantwortung für diese verheerende Strategie gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens, die Sie hier eingeschlagen haben, nicht entziehen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war eine Zumutung, Herr Kollege, eine absolute Zumutung!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Fraktionsvorsitzende, Frau Kraft, das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir müssen die Rede von Herrn Papke erst einmal bei den Bergleuten verbreiten!)

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Tat darüber unterschiedlicher Meinung, was ein Erfolg für das Land NRW wäre. Das hat diese Debatte nochmals gezeigt. Herr Kollege Papke, dass Sie eine selektive Wahrnehmung haben, was die Interessen des Landes angeht, ist nicht neu.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Aber dass Sie sagen, wir würden 12 Milliarden € einsparen, ohne dabei im Blick zu haben, dass wir die Lasten einer nicht sozialverträglichen Lösung tragen und gegenrechnen müssten, ist typisch für die FDP, Herr Kollege Papke.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Rechnen hat es der Papke noch nie gehabt!)

Dass auch die Zulieferbetriebe mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Bergbautechnologiefirmen betroffen sind, blenden Sie aus und wählen nur die Zahlen, die für Sie die richtigen sind, um den Menschen draußen zu erzählen, warum Sie eine Position einnehmen, die Sie keinem mehr erklären können. Das ist typisch für die FDP, Herr Kollege Papke.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zu dem, was Sozialverträglichkeit heißt. Ich habe hier den Entwurf für das Spitzengespräch zur Kohlepolitik, Stand: 8. Dezember

2006. Darin gibt es eine interessante Klausel „sozialverträglich“. RAG, IG BCE und Saarland wollen die Formulierung: Bei den Arbeitern des Steinkohlebergbaus darf es bis zur Beendigung des Steinkohlebergbaus nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen.

(Beifall von der SPD)

Diese Formulierung ist gut. Aber sie ist streitig gestellt worden – von NRW: Alle Beteiligten wirken daran mit, dass es bis zur Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. – Das ist eine andere Position.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Heuchlerisch ist das!)

Sozialverträglichkeit nach Ihrer Definition ist in der Tat etwas anderes. Das mit den Auffanggesellschaften können Sie in dem entsprechenden Artikel der „WAZ“ nachlesen. Das habe ich mir nicht ausgedacht. Das steht in diesem Artikel. So werden Sie und der Ministerpräsident interpretiert. Die Menschen haben gemerkt, dass Sozialverträglichkeit bei Ihnen, Herr Kollege Papke, etwas anderes ist.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie war das mit der Wahrheit?)

Herr Weisbrich, und wenn Sie es noch fünfmal probieren: Sie sagen – Stand September letzten Jahres –, es war schon alles klar: Ausstieg ohne Revisionsklausel. Nur das Jahr wäre noch unklar gewesen.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wo ist der Sockel? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind kein Sockel, Herr Wüst!)

Am 22. September, direkt am nächsten Vormittag – im Gegensatz zu dem, was der Ministerpräsident vor einigen Tagen über die Bühne gezogen hat –, eine klare Pressemeldung der IG BCE: Entgegen anderslautenden Meldungen hat es beim Berliner Kohlegespräch keine Einigung über den Auslaufbergbau gegeben. – Deutlicher kann man es nicht herüberbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie, Herr Weisbrich, von einem ominösen Papier sprechen ... Wo ist Kollege Weisbrich überhaupt? Ich kann ihn gar nicht sehen.

(Christian Weisbrich [CDU] sitzt auf seinem Platz und meldet sich. – Zurufe von der CDU: Da ist er!)

– Da ist er. Entschuldigung, Herr Kollege Weisbrich; Sie rücken so nah an die FDP heran.

Wenn Sie von einem ominösen Papier reden, finde ich das schon spannend. Sie stellen Ihren Ministerpräsidenten und die Frau Bundeskanzlerin in den Regen. Das ist ein Papier, das dort beschlossen wurde – mit Telefonaten mit Nordrhein-Westfalen, unter Beteiligung des Ministerpräsidenten.

(Beifall von der SPD)

Erzählen Sie doch hier keine Märchen. Das nimmt Ihnen doch kein Mensch mehr ab. Im Nachhinein wollen Sie hier Geschichtsklitterung betreiben, um dafür zu sorgen, das Ganze irgendwie noch strategisch aussehen zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Ackermann!)

Sie haben die Interessen des Landes nicht wahrgenommen. Sie haben die Verhandlungsposition NRW geschwächt,

(Zuruf von der FDP: Unverschäm!)

und zwar auf Druck der FDP. Kollege Papke hat gerade noch einmal eindeutig dargestellt, wie es zu einer Veränderung der Position kam: zu 2014 zurück.

(Beifall von der SPD)

Hier ist dem Letzten klargeworden, dass der Schwanz in diesem Land mit dem Hund wackelt. Und das ist schlecht für unser Land.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende, Herr Stahl, das Wort.

(Zuruf von der SPD: Der spricht immer dann, wenn von der CDU keiner da ist! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Masse der CDU hat sich verdrückt! – Helmut Stahl [CDU]: Kommt schon noch!)

Helmut Stahl (CDU): Frau Kraft, der Versuch, vor dem nahenden Ende dieser Unterrichtung noch ein Stück Boden gutzumachen, ist gründlich danebengegangen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat denn unterrichtet? Hier hat keiner unterrichtet!)

Sie haben ein Problem struktureller Art, das Sie noch werden lösen müssen. Sie haben sich noch nicht zu einer zukunftsorientierten Lösung durchgerungen.

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Nicht lachen. Sie lachen ja ständig, Herr Schmeltzer. Das ist ja in Ordnung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Ihnen bleibt einem nichts anderes übrig!)

Herr Schmeltzer, ich mache Ihnen ein Angebot. Sie sind jetzt mal ein bisschen ruhig. Mich stört das nicht, aber es stört die anderen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das liegt an Ihren Worten!)

Ich mache Werbung dafür, dass Sie mal einen Bachelor für Lower Rethorics der Free University of Beckmesser-City erhalten. Einverstanden?

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wunderbar! Wenn Sie ordentlich reden, wird das möglich sein!)

Ich sage den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie es nicht vermocht haben, sich in der Frage, was unserem Land im Hinblick auf den subventionierten Steinkohlebergbau nutzt, zu einer zukunftsorientierten Lösung durchzuringen. Wir als Fraktion haben das getan,

(Ralf Jäger [SPD]: Wann denn? Am Dienstagabend?)

beginnend im Jahr 2002. Wir haben im Jahr 2002 – sowohl in unserer Fraktion als auch in der CDU in Nordrhein-Westfalen – begonnen, uns eine Position zu erarbeiten, die am Ende des Diskussionsprozesses darauf hinauslief, dass wir gesagt haben:

(Ralf Jäger [SPD]: Sie sind umgefallen, Herr Stahl!)

Jawohl, wir wollen ein Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus, weil wir nach harter Arbeit, in die auch Kollegen aus der Region und auch aus der IG BCE einbezogen waren, am Ende gemeinsam zu der Auffassung gelangt sind, dass es dem Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen nutzt, wenn wir uns so verhalten, wie wir uns verhalten.

(Ralf Jäger [SPD]: Arbeitslose Bergleute?)

– Ach hören Sie auf, Herr Jäger. Sie interessieren mich nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie interessieren sich nicht für arbeitslose Bergleute! Da ist es doch wieder! – Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Dabei ist für meine Fraktion und für die CDU Nordrhein-Westfalens eines herausgekommen, Frau Kraft: Es gibt für uns ein ehernes Gesetz. Es

lautet: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. Es bleibt bei der Sozialverträglichkeit bei jedem Anpassungsprozess.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD] – Ralf Jäger [SPD]: Sie müssten jetzt rot werden!)

Insoweit ist es völlig müßig, hier den Eindruck zu erwecken, als habe die FDP uns gegenüber irgendetwas getan. Wir sind immer klar positioniert gewesen. Jürgen Rüttgers hat von Anfang an wirklich unsere volle Rückendeckung gehabt,

(Beifall von der CDU)

im Interesse unseres Landes so zu arbeiten, wie er arbeitet. Das ist unsere Position, unverrückbar.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: So wie jetzt, wie Sie diese Rückendeckung geben!)

Ein letztes und ganz knappes Wort, weil Frau Kraft eine Schärfe in die Diskussion hineingebracht hat: Wenn Sie, Frau Kraft, behaupten, dass wir als CDU, wir als Koalition, wir als Landesregierung Massenentlassungen im Bergbau in Kauf nehmen,

(Ralf Jäger [SPD]: Ja!)

sage ich: Sie lügen!

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie sagen, der Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hätte von vornherein einem Auslaufbergbau erst im Jahr 2018 zugestimmt, dann sagen Sie bewusst die Unwahrheit. Dann lügen Sie.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Wenn Sie jetzt – nachdem Sie merken, dass die Sache für Sie verloren ist – sagen, wir hätten gemeinsam mehr erreichen können, dann lügen Sie, weil Sie von Anfang an für den Sockelbergbau waren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist eine Sonntagsrede!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Helmut Stahl (CDU): Wenn Sie die Menschen draußen glauben machen wollen,

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

man könnte alles haben, man könnte 2018 haben, man könnte einen Sockelbergbau haben, man könnte mehr Hilfen für die Region bekommen, dann belügen Sie die Leute. Das wissen Sie ge-

nau! Das geht nicht auf. Wenn Sie die Menschen nicht belügen wollten, sind Sie zumindest naiv, in jedem Fall aber ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Helmut Stahl (CDU): ... in Ihrem Handeln verantwortungslos.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Das ist nicht zum Lachen! Da kommen einem die Tränen! – Ralf Jäger [SPD]: Ihr Niveau zu unterbieten ist wirklich schwer!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Stahl, zum einen hätte es noch eine Zwischenfrage des Kollegen Jäger gegeben. Zum anderen darf ich alle Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass Formulierungen, die den Kollegen hier im Haus unterstellen, dass sie lügen, bitte zu unterlassen sind.

(Lebhafte Zurufe – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist wahr!)

Als nächster Redner hat der Kollege Priggen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Papke, ich muss mit einigen Worten noch einmal auf Sie eingehen. Ich habe zugegeben – das finde ich auch nicht schlimm –, dass es, wenn man verhandelt hat und hinterher erkennen muss, dass Parlämente getäuscht worden sind, besser ist, das transparent zu machen, weil es dann darum geht, aus dem, was passiert ist, Lehren zu ziehen. Insofern ist das nicht schlimm. Das können Sie ruhig erwähnen.

Es ist aber nicht richtig, dass ich aus dem Frust von zehn Jahren rot-grüner Energiepolitik heraus handele. Da muss man sagen: Wir sind bei der Kohle auseinander, was die grundsätzliche Einschätzung angeht. Aber die letzten zehn Jahre rot-grüner Energiepolitik im Bund und im Land waren aus meiner Sicht beispielhaft und an vielen Stellen bahnbrechend, gerade wenn ich mir das Erneuerbare-Energien-Gesetz und anderes angucke und auf den heutigen ersten Tagesordnungspunkt rekurriere.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Ausstiegsbeschlüsse! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da sind wir stolz drauf!)

– Auch der Atomausstiegsbeschluss war im Konsens mit der Industrie vernünftig.

Insofern gibt es bei der Kohle klare Differenzen. Ich glaube, um es einmal freundlich zu formulieren, dass es ein Lebensirrtum der SPD ist zu glauben, wir bekämen einen auf Dauer tragfähigen Sockel für den Bergbau unter vernünftigen Bedingungen hin.

(Beifall von der CDU)

Die Bedingungen sehen ganz anders aus. Die Frau Ministerin hat es eben gesagt – das ist auch mein Kenntnisstand –: Wenn es in Kanada und in den USA möglich ist, Steinkohle im Tagebau für 5 € pro Tonne zu fördern, wir aber in Hamm, im Bergwerk Ost, für 349 € pro Tonne fördern und als Land Geld dafür aufnehmen, um 600 Millionen € im Jahr dafür zur Verfügung stellen zu können, können wir das auf Dauer nicht durchhalten. Es ist nicht deshalb nicht durchzuhalten, weil wir keine Chance haben, dass es besser wird, sondern weil die Geologie gegen uns ist. Wir haben gute Bergleute, wir haben gute Technik, aber die Flöze laufen immer tiefer, die Förderung wird immer schwieriger. Das ist doch genau das, was wir jetzt erleben.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Deswegen geht es eigentlich darum, eine vernünftige anständige Regelung für alle zu finden. Da bin ich skeptisch; das will ich hier ganz klar sagen. Ich glaube nicht, dass es heute in Berlin zu einer Einigung kommt. Ich bin sehr skeptisch, dass diese Einigung für Nordrhein-Westfalen gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Risikobeteiligung, der Haftung des Landes vernünftig ist. Deswegen muss man ganz vorsichtig sein.

Sie haben gehört, dass Herr Minister Pinkwart signalisiert hat, dass das Jahr 2014 für die FDP nicht in Stein gemeißelt ist. Die CDU hat signalisiert, dass es nicht an der Jahreszahl hängt. Aber Frau Kraft, wenn Sie im Jahr 2010 oder 2015 an die Regierung kommen, was ja Ihr Ziel und was auch legitim ist, werden auch Sie als Sozialdemokraten die Hypothek, die das Land zu tragen hat, wenn wir alleine auf 400 Millionen € Sockelkosten sitzen bleiben, tragen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Insofern kann es jenseits der Frage nach dem Sockelbergbau nur die Position geben, dass sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung stehlen darf. Das ist der Appell. Bei der anderen Frage nach der Jahreszahl ist das deutlich.

Letzter Punkt! Herr Dr. Papke, Sie haben eben über Geld für Innovationen, über die FuE-Quote geredet. Das fand ich bei der Fragestellung etwas abseitig.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Aber ich will Ihnen Ihre Pressemitteilung vom 30. Juli 2004 entgegenhalten. Ich zitiere:

„Die FDP-Landtagsfraktion hat sich am Freitag für die Schließung des Bergwerks West in Kamp-Lintfort ausgesprochen. „Die Gefährdungspotenziale für die Menschen am linken Niederrhein sind so hoch, dass ein weiterer Kohleabbau unter den Deichen nicht zu verantworten wäre“, erklärte FDP-Wirtschaftsexperte Gerhard Papke.“

(Beifall von der FDP)

„Er wies darauf hin, dass die Überflutungsrisiken dort ähnlich groß seien wie am Zechenstandort Walsum, für den es bereits einen Stilllegungsbeschluss gebe.“

Herr Dr. Papke, das ist Ihre persönliche Verantwortung, aus der Sie nicht herauskommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Walsum hatte einen Rahmenbetriebsplan bis 2019. Der ist zehn Jahre vorgezogen worden. Das haben wir durchgesetzt. Dann haben Sie sechs Monate zusätzlich geschafft, dafür aber 130 Millionen € Anpassungsgeld gegeben.

Zum Bergwerk West! Wenn man mit solchen Worten herausgeht und den Menschen Hoffnung macht, Sie aber in Ihrem Redebeitrag eben kein einziges Wort in Richtung der Betroffenen verloren haben, sondern man hier über FuE-Quoten schwafelt, ist das ein Sich-Drücken vor der Verantwortung für Versprechen, die man Menschen persönlich gegeben hat. Ich erwarte, dass Sie sich für diese Betroffenen einsetzen, statt sich herauszutun und zu sagen, dass es nicht mehr um die Menschen geht, und sie an der Stelle nicht hängenlassen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP noch einmal der Fraktionsvorsitzende Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Kollege Priggen, wir können gerne einmal zusammen an den Niederrhein fahren und schauen, wie dort unsere Akzeptanz aussieht und die Glaubwürdigkeit unserer politischen Arbeit in den letzten Jahren bewertet wird.

(Sören Link [SPD]: Kommen Sie einmal nach Walsum! Wir laden Sie gerne ein! Ich habe Sie noch nie in Walsum gesehen!)

– Ich war häufig vor Ort und glaube, dass die Menschen wahrgenommen haben, was wir dort versucht und erreicht haben. Wir haben – was auch unseriös gewesen wäre – nie versprochen, dass wir drei Tage nach unserer Regierungsübernahme die Zechen Walsum und West schließen. Wir haben sehr schnell entscheidende Fortschritte in Walsum erreicht. Die von Ihnen sehr zu Recht zitierte und beschriebene Problematik beim Bergwerk West verlieren wir auch nicht aus dem Blick.

Ganz im Gegenteil! Mein Kollege Dietmar Brockes ist dort permanent mit den Betroffenen im Gespräch. Die wissen das sehr wohl zu würdigen. Wir werden dort tun, was wir tun können, um ein möglichst frühes Enddatum für das Bergwerk West zu erreichen. Wunder können wir angesichts der Rechtslage nicht versprechen; das wissen Sie alle genauso gut wie ich. Das haben wir dort auch nicht getan.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Dr. Papke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Aber gerne doch.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Danke schön, Herr Dr. Papke. – Herr Dr. Papke, die Rechtslage ist die gleiche, wie wir sie bei Walsum verhandelt haben. Meine ganz präzise Frage für die Menschen am Niederrhein lautet: Werden Sie sich als Regierungsfraktion und als Fraktionsvorsitzender persönlich in den weiteren Verhandlungen dafür einsetzen, dass das Bergwerk West entsprechend seinem Gefährdungspotenzial geschlossen wird?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ja. Ich bitte darum, das jetzt aber auch am Niederrhein zu kommunizieren, Herr Kollege Priggen. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Menschen am Niederrhein freuen sich schon!)

Jetzt noch einige andere Bemerkungen in Ergänzung dessen, was Frau Kollegin Kraft gesagt hat beziehungsweise zunächst noch einmal zu Ihnen, Herr Kollege Priggen: Sie haben Recht, dass wir genau aufpassen müssen, was formuliert wird, weil der Teufel im Detail steckt. Das ist für uns mit

ein Grund gewesen, dass wir uns die Revisionsklausel besonders gut anschauen wollen. Wir werden den Bund in letzter Konsequenz – wir regieren und gestalten dort nicht mit – nicht daran hindern können, sich auf etwas zu verabreden, was wir nicht teilen können.

Sicherstellen können wir aber: Wenn dort eine solche Revisionsklausel – wie immer sie auch ausgestaltet wird – aufgenommen wird, wird das eine Veranstaltung ohne Nordrhein-Westfalen. Darin sind wir uns in der Koalition einig. Der Ministerpräsident hat die klare Botschaft eingespeist: Wenn der Bund irgendwann meint, über eine wie auch immer ausgestaltete Revisionsklausel noch einmal in die Subventionierung einsteigen zu müssen, muss er das selber verantworten. Das ist das Mindeste, was wir erreichen müssen. Das wird dann eine Veranstaltung ohne Nordrhein-Westfalen sein, bei der wir die Verantwortung tragen. Das haben wir sehr genau im Blick.

Frau Kollegin Kraft, ihre Argumente werden durch permanente Wiederholung nicht besser, weil sie einfach sachlich nicht unterfüttert sind. Ich will das an zwei Punkten klarmachen: Sie haben erneut die Zulieferindustrie erwähnt. Wissen Sie, dass die nordrhein-westfälische Bergbauzulieferindustrie inzwischen 83 % ihrer Umsätze im Ausland tätigt? Das sind die neuesten Zahlen, die wir haben.

(Unruhe bei der SPD – Sören Link [SPD]:
Warum denn, Herr Papke?)

– Wenn Sie mit den Verantwortlichen sprechen, sagen die Ihnen alle: Natürlich sind wir längst nicht mehr auf irgendwelche Steinkohlebergwerke in Nordrhein-Westfalen angewiesen. Wir sind in ganz anderen Bereichen unterwegs und dabei, mit unserer Technologie ganz andere Bodenschätze zu fördern. Wir brauchen keine Museumsbergwerke in Nordrhein-Westfalen. Das sagen die nicht vor laufenden Kameras, weil sie in ihren Gremien keinen Ärger haben wollen. Das ist aber ökonomische Realität.

(Beifall von der FDP – Unruhe bei der SPD)

Meine Kolleginnen und Kollegen, der Gipfel ist wirklich das Argument der Energieversorgungssicherheit, das sie gerade noch einmal bemüht haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Schluss, sehr verehrte Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich wollte Sie darauf hinweisen, dass der Kollege Jäger den Wunsch nach einer Zwischenfrage hat. Wollen Sie die zulassen?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Jetzt möchte ich ganz gerne meinen Satz zu Ende bringen. Dann komme ich gerne noch zu Herrn Jäger.

Wir waren beim Thema „Energieversorgungssicherheit“, das Sie permanent bemühen.

Die deutsche Steinkohle hat am Primärenergiebedarf der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil von 5 %. Dieser Anteil soll nach Ihren alten rot-grünen Planungen bis 2012 auf unter 4 % sinken. Sie haben noch nie die Frage beantwortet, wie man mit weniger als 5 % so etwas wie eine Energieversorgungssicherheit herstellen kann. Diese Frage kann man auch nicht beantworten.

(Beifall von der FDP)

Dennoch tun Sie immer so, als gebe es eine ernsthafte Perspektive, Energieversorgungssicherheit über die deutsche Steinkohle herzustellen. Wenn Sie das wollen, müssen Sie mit uns eine Debatte über die Verlängerung der Restlaufzeiten der deutschen Kernkraftwerke führen. Dazu lade ich Sie hiermit sehr herzlich ein.

(Beifall von der FDP)

Der Kollege Horstmann ist heute leider nicht da. Der könnte Ihnen aus seinem neuen Tätigkeitsfeld heraus sicherlich auch noch ein paar interessante Beiträge zu diesem Thema liefern. Dann müssen wir diese Debatte führen, aber nicht das, was Sie vorgetragen haben.

Meine Damen und Herren, zum Schluss will ich noch einmal auf das Thema Sozialverträglichkeit zu sprechen kommen: Wir haben in der Debatte in der Tat einen ganz anderen Akzent gesetzt. Wir haben gesagt, dass wir nicht bereit sind, die RAG als Konzern insgesamt aus ihrer unternehmerischen Verantwortung zu entlassen. Es kann nicht sein, dass die Frage der Sozialverträglichkeit alleine durch die öffentliche Hand, das Anpassungsgeld und weitere flankierende Maßnahmen beantwortet werden muss. Wenn wir ernsthaft über unternehmerische Verantwortung reden wollen – das haben Sie doch über Monate hinweg in der Theorie immer gerne getan –, muss Herr Müller die Frage beantworten, wie viele Bergleute er in seinen schicken neuen DAX-Konzern übernehmen möchte. Er könnte es, wenn die Politik das von ihm forderte, meine Damen und Herren.

Das ist doch die Realität.

(Vizepräsidentin Angela Freimuth deutet das Ende der Redezeit an.)

Die RAG hat 70.000 Mitarbeiter im weißen Bereich, den Großteil davon in Nordrhein-Westfalen. Schon durch die natürliche Fluktuation bei den Mitarbeitern wäre die RAG locker in der Lage, die 4.300 Mitarbeiter zu übernehmen, die 2014 noch im schwarzen Bereich tätig sein werden.

(Zurufe von der SPD)

Das wäre ohne Problem machbar. Solange die Politik diese Forderung mit Unterstützung der SPD aber nicht erhebt und nicht formuliert, fragt Herr Müller natürlich, warum er das tun soll, wenn dies zusätzliche Belastungen bedeutet. Das ist doch völlig klar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Dr. Gerhard Papke (FDP): Das wäre der Weg einer sozialverträglichen Lösung gewesen, den wir gemeinsam hätten beschreiten müssen. Wir hätten ihn auch von Herrn Müller und der RAG einfordern müssen. Sie haben das verhindert. Sie haben das blockiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Ende, sehr verehrte Frau Präsidentin.

Stellen Sie sich also bitte nicht hierher und tun so, als wären Sie die Gralhüterin einer sozialverträglichen Lösung bei der Beendigung des Subventionsbergbaus.

(Zurufe von der SPD)

Das Gegenteil ist richtig. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Linssen das Wort. Bitte.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte erinnert mich sehr an das Jahr 1997. Damals haben wir den damaligen Kohlekompromiss mit Wort und Widerwort behandelt. Ich erinnere mich sehr deutlich daran, was die Regierung

der Opposition damals ins Stammbuch geschrieben hat und was wir darauf geantwortet haben.

Ich glaube, es ist sehr gut, dass die Landesregierung die Gelegenheit wahrgenommen hat, hier zu unterrichten. Ich verstehe auch, warum die SPD vehement gegen diese Debatte gekämpft hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir wollten die Debatte gar nicht verhindern! Wir wollten sie verschieben!)

Heute wird klar, dass wir uns an einer Geschichtsklitterung, wie sie Herr Römer vorgetragen hat, nicht beteiligen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Rolle der Opposition in ihrem Verhältnis zu den vitalen Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen ist in vielen Beiträgen beleuchtet worden. Das ist gut so. Ich werde versuchen, mich diesem Thema auch noch etwas zu widmen.

Herr Römer, Sie haben die Interessen des Landes so definiert, dass wir ein vitales Interesse an einem starken börsenorientierten RAG-Konzern haben. Ja, das haben wir alle. Es kommt darauf an, wie die Bedingungen sind, bis wir diesen Konzern aus der Haftung entlassen. Darum kämpft der Ministerpräsident heute zu Recht wieder einmal in Berlin.

Das zweite vitale Interesse haben Sie als „größtmögliche Energiesicherheit“ definiert. Das hat theoretisch jeder. Das haben wir an der Kohle auch als Bestandteil eines Energiemixes, aber nicht – wie Sie – an deutscher Kohle, weil wir genau wissen: Damit können wir die Energiesicherheit für Nordrhein-Westfalen nicht gewährleisten, geschweige denn die für die Bundesrepublik.

Sie haben drittens definiert, der Sockelbergbau liege im vitalen Interesse Nordrhein-Westfalens. Das ist er gerade nicht. Wir würden insgesamt 1,4 Milliarden € ausgeben, wenn wir einen Sockelbergbau von 8 Millionen fördern wollten. Diesen Beitrag kann Nordrhein-Westfalen nicht leisten und wird Nordrhein-Westfalen nicht leisten. Dieser Sockelbergbau ist Quatsch, um es ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Als Viertes haben Sie definiert, die Anpassung solle sozialverträglich sein. Ja, in dieser Hinsicht sind wir uns einig. Darauf wird auch der Finanzminister großen Wert legen. Das werden Sie an den APG-Zahlungen erkennen. Die APG-Zahlungen betragen pro Jahr allein 53 Millionen €. Diese müssen anderen Ressorts im Rahmen unseres

Sparkurses auch erst einmal weggenommen werden. Und zu Recht weisen Sie sonst auf Interessen anderer Gruppen bei uns hin.

Ich bitte Sie, dies einmal im Kontext zu sehen, statt aus einer ideologischen Verklemmung heraus und lediglich, weil Sie es jahrzehntelang so gemacht haben, immer nur die Kumpelinteressen zu sehen.

(Beifall von der CDU)

Bei der sozialverträglichen Anpassung haben Sie auch die besondere Hilfe erwähnt, die wir für den Strukturwandel leisten sollten. Ja, meine Damen und Herren, die Gebiete, die sich in dieser Anpassung befinden, benötigten eigentlich besondere Hilfe.

Woher will dieses Land die Hilfe aber holen, wenn wir sie nicht auch aus Berlin bekommen? Sie selbst haben dieses Land finanziell so ruiniert, dass wir dafür praktisch keine Möglichkeiten mehr haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich erinnere noch einmal an die Debatte aus dem Jahre 1997. Lesen Sie nach, wie ich in meiner Oppositionsrolle Strukturhilfen für Nordrhein-Westfalen eingefordert und gesagt habe: Liebe Landesregierung, bitte mach das.

Herr Rau und Herr Clement haben sich hierher gestellt und gesagt, das verlange man von der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat aber gesagt, sie übernehme die Anpassungsgelder und das Land den Strukturwandel.

Was ist damals passiert? Herr Rau hat eine Kohlekonferenz für Gelsenkirchen einberufen. Schauen Sie sich einmal an, wie er damals alle Pfeile gegen Bonn gerichtet und gesagt hat, der Bund sei für die Strukturmittel in Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Vielleicht schauen Sie einmal nach und erinnern sich in den nächsten Wochen an diese Art der Argumentation.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es geht um Milliarden. Herr Kollege Priggen hat zu Recht auf den Betrag von 40 Milliarden € aufmerksam gemacht, die es bis zum Jahr 2018 kostet. Das Land Nordrhein-Westfalen trägt anteilig 21 %. Sie kennen unseren Anteil. Er lag früher einmal niedriger. 1997 wurde er erhöht. Die Frage, ob man von so etwas herunterkommt, ist offen.

Bis zum Jahr 2016 kostet das Ganze 37 Milliarden €. Das sind 3 Milliarden € weniger als bis 2018. Es lohnt sich, darüber zu sprechen, wenn

man rund 1.000 Leute bei den Berechnungen der Ruhrkohle als kündigungsbetroffen dargestellt hat.

Ich will gerne etwas dazu sagen, warum es richtig ist, darüber zu sprechen. Es wird sozialverträglich zugehen. Das sage ich Ihnen noch einmal. Erinnern Sie sich einmal an die Situation, als das Datum der Schließung der Zeche Sofia Jacoba feststand. Tausende haben sich verabschiedet.

Herr Römer, Sie müssten es als jemand, der dieses ganze System besonders gut kennt, wissen. Ich nehme an, Sie kennen die vorläufige Anpassung und die Anpassungsregelungen. Sie wissen, was damals passierte. Die Deutsche Steinkohle hat nachher dafür sorgen müssen, dass Leute von überallher geholt und eingestellt wurden, damit der Bergbau überhaupt noch aufrechterhalten werden konnte. Nun stellen Sie sich hierher und sagen bei jedem, der über das Jahr 2016 spricht, das sei nicht sozialverträglich.

Wenn die Koalition in Berlin meint, es müsse bis 2018 dauern, dann soll es so sein. Das muss Nordrhein-Westfalen aber nicht auch noch bezahlen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Heute schreibt ein Journalist: „Kohle frisst Zukunft“. Ja, meine Damen und Herren, das ist mittlerweile so. Wir vergeben uns praktisch aller Möglichkeiten, unser Land zukunftsfrächtig auszurichten. Ich vermute, dass andere Länder wie Bayern und Baden-Württemberg, die 1997 noch vital dafür gekämpft haben, dass der Ausstieg schneller passiert – von denen hören Sie heute gar nichts –, die Haltung einnehmen: Lasst doch, bitte schön, Nordrhein-Westfalen diese Milliarden weiter bezahlen! Wenn die meinen, das wäre gut für sie, dann sollen sie es machen.

Aber das hindert uns daran, im Wettbewerb schneller aufzuholen, als wir es eigentlich wollen. Wir wollen die Nummer 1 in der Bundesrepublik werden, und dafür brauchen wir mehr Mittel!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Priggen und Herr Papke haben die Probleme deutlich benannt, um die es geht. Es geht darum, ob Nordrhein-Westfalen früher entlastet wird. Es geht darum, ob wir die Ewigkeitslasten alleine tragen.

Es geht darum – Herr Priggen hat mit Deutlichkeit darauf hingewiesen –: Was ist denn mit dem angeblichen Fehlbetrag bei der Ruhrkohle aus dem Schröderschen Modell, den Zusagen, jetzt von 2,5 Milliarden auf 1,5 Milliarden reduziert bis 2012? Wer soll die anderthalb Milliarden bezahlen? Das

ist doch eine wichtige Frage. Wenn sich der Konzern nicht richtig darauf eingestellt hat oder wenn er sich bei der Verabredung mit Schröder vertan hat, dann darf das nicht zu Lasten der nordrhein-westfälischen Landesregierung und unserer Interessen als Land Nordrhein-Westfalen gehen, meine Damen und Herren.

Und dass wir über Sprechklauseln und über Kappungsgrenzen reden, ist ja wohl das Selbstverständlichste von der Welt. Wir sind die ersten, die es geschafft haben, die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Kappungsgrenze, nämlich 46 € zu 64 € je Tonne, endlich für Nordrhein-Westfalen und natürlich auch für den Bund hereinzuholen. Meine Damen und Herren, das sind die Interessen Nordrhein-Westfalens.

Frau Kraft, wenn Sie ausweislich Ihrer Pressemitteilung vom 31. Januar 2007, nach der Vereinbarung der Koalitionäre in Berlin, erklären: „Die Kohlevereinbarung steht und ist nicht nachverhandelbar“, dann haben Sie sich mit dieser Position an den Interessen Nordrhein-Westfalens versündigt!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Wir wollen die Solidarität auch der anderen Länder. Nordrhein-Westfalen hat den Buckel hingehalten. Ich zitiere Herrn Römer, der das vorhin hier erklärt hat: Das Ruhrgebiet ist im Durchschnitt vierzehn Meter tiefer gelegt worden.

Meine Damen und Herren, sollen wir auch noch die Ewigkeitslasten alleine tragen? Es kann doch nicht wahr sein, dass Sie seit einer Woche gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens verstoßen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Ihr Ministerpräsident hat doch zugestimmt!)

Frau Kraft, indem Sie einfach erklären, das sei nicht verhandelbar. Wir verhandeln, um ein besseres Ergebnis zu bekommen!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Da! Ihr Koalitionspartner! – Zurufe von SPD und FDP)

Frau Kraft, Sie haben die Woche ja kräftig genutzt, um einzuheizen.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben eingeheizt! Da sitzen die Einheizer!)

Aber die Menschen, die Ihnen zugehört haben und applaudiert haben, werden sich erinnern, wenn die Diskussion zu Ende ist, wer Millionen- und Abermillionen-Beträge für Nordrhein-Westfalen nachverhandelt hat, um damit die Zukunft und

Arbeitsplätze für die Menschen, die dort draußen gestanden haben, zu sichern.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Dann wird auch erkennbar werden, Frau Kraft – in Abwandlung eines schönen Spruches –: Sie tanzte nur eine Woche lang.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. – Bevor ich als nächstem Redner für die SPD-Fraktion dem Kollegen Römer das Wort gebe, erlaube ich mir noch einmal aus aktuellem Anlass den Hinweis, dass Sie nicht nur bei Reden hier vorne am Rednerpult, sondern auch in den Zwischenrufen Ausrufe wie: „Sie lügen!“ unterlassen mögen.

(Zurufe)

Wenn Sie zum Ausdruck bringen wollen, dass Sie glauben, dass jemand nicht die Wahrheit gesagt hat, dann bitte ich, eine andere Formulierung zu benutzen. Aber Formulierungen „Sie lügen“ oder „Da haben Sie gelogen“ bitte ich in diesem Hause nicht zu verwenden. So sollten wir nicht miteinander umgehen. Vielen Dank. – Bitte, Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, damit keine Geschichtsklitterung – so wie Sie es ausgedrückt haben – im Raume bleibt: Kollege Papke hat vorhin mit entwaffnender Offenheit den Prozess dargestellt, dass der Ministerpräsident dieses Landes, nachdem er öffentlich dem Kohlekompromiss in Berlin bereits zustimmt hatte,

(Zurufe von der SPD)

im Koalitionsausschuss von Ihnen auf einen anderen Weg gebracht worden ist und diesem Kohlekompromiss dann nicht mehr zustimmte. Das haben Sie, Herr Papke, gerade verdeutlicht.

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Herr Minister, ein Zweites! Sie haben gerade Sozialverträglichkeit anders definiert als wir. Wenn Sie davon ausgehen sollten, dass ein Börsengang dadurch unterstützt werden kann, dass man dem Beteiligungsbereich der RAG Aktiengesellschaft die arbeitslosen Bergleute, die nach Ihrer Definition arbeitslos würden, oben draufpackt, dann kann ich Ihnen mit den Worten von Herrn Müller im Wirtschaftsausschuss – er hat dies Herrn Papke gesagt – sagen: Das ist Staatswirtschaft pur! Wie soll das überhaupt gehen?

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Tja, Herr Papke!)

Ich komme zu einem anderen Punkt. Hier wird so getan, als wenn der Steinkohlenbergbau alle öffentlichen Finanzmittel in Deutschland auffressen würde. Mehr als 150 Milliarden € werden Jahr für Jahr an Subventionen ausgegeben. Der Steinkohlenbergbau bekommt davon einen Teil. Es ist viel Geld, was er bekommt. Aber es sind gemessen an den Gesamtsubventionen 1,7 %. Auch das müssen Sie den Menschen sagen, damit Relationen klar werden!

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Ich greife einen letzten Punkt auf – ich bin gleich fertig –, weil Herr Papke ihn gerade angesprochen hat. Herr Papke, ich antworte Ihnen, was die Bergbauzulieferer und den Mittelstand angeht, mit einem Zitat:

„Wenn die Möglichkeit entfällt, unsere neuen Maschinen in Deutschland auszutesten, zur Serienreife zu bringen und dann auf dem Weltmarkt zu verkaufen, wird eine Vielzahl von Unternehmen dort hingehen müssen, wo sie diese Möglichkeiten haben – so warnt der VDMA-Vorsitzende Jochums uns davor, den Bergbau aufzugeben.“

Ich sage Ihnen dazu: Dahinter verbergen sich 16.000 Arbeitsplätze, die meisten in Nordrhein-Westfalen in mittelständischen Firmen. Sie setzen sie mutwillig aufs Spiel. Das ist unverantwortlich, vor allem für dieses Land!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Römer. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Römer, ich möchte hier mit einem Punkt aufräumen. Der Herr Ministerpräsident hat – das können Sie nachlesen – am Dienstag, dem 30. Januar im „Morgenmagazin“ auf WDR 2 Frau Schmick, die ihn interviewt hat, auf die Frage: „Ist das ein Papier, das alle bindend unterschreiben?“ geantwortet: „Nein, das ist es nicht.“ Herr Römer, das zeigt ganz deutlich, dass der Herr Ministerpräsident

(Hannelore Kraft [SPD]: Lesen Sie doch weiter, dann wird alles klar!)

– er führt es weiter aus, Frau Kraft, anders, als Sie es getan haben – deutlich gemacht hat, dass der Montagabend im Kern ein Ergebnis hat.

(Hannelore Kraft [SPD]: Lesen Sie zu Ende!)

– Sie wollen das nicht gerne hören. Das kann ich verstehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Lesen Sie weiter! Das ganze Interview! Auch die anderen Textstellen!)

– Sie müssen zuhören, dann kann ich das vortragen. – Er hat mit Hinweis auf den Montagabend deutlich gemacht, dass es dort im Kern um einen politischen Punkt ging, nämlich darum, dass die SPD – so sagt er – den Ausstieg ursprünglich kategorisch abgelehnt hat und einen Sockelbergbau wollte. „Die SPD hier in Berlin hat jetzt den Widerstand gegen den sozialverträglichen Ausstieg aufgegeben“ – das ist der politische Kernpunkt von gestern Nacht. Das ist die Aussage von Jürgen Rüttgers; sie ist auch völlig richtig.

Alles andere, was es zu regeln gilt, ist am Montagabend dort nicht beraten worden,

(Beifall von der FDP)

sondern – das lag doch in der Genese des Fahrplans – war Gegenstand der Beratungen am Sonntagabend, denn dort wurden die ausführlichen Papiere beraten. Es war am Sonntagabend wie auch am Montagabend klar verabredet, dass die Verhandlungen über die Einzelheiten der Verabredung am Mittwoch fortgesetzt würden und dass dann das Ergebnis der Großen Koalition in Berlin einbezogen würde, genauso wie die Beratungsergebnisse in den Ländern, die am Montagabend eben nicht beteiligt waren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Frau Thoben hat von einem historischen Kompromiss gesprochen!

Es entspricht Ihrer Arroganz der Macht, zu glauben, dass Sie, wenn sie in einer Koalitionsregierung dabei sind, gleich auch noch über zwei andere Länder mitentscheiden können. Das ist in einer Demokratie aber Gott sei Dank anders geregelt.

(Beifall von der FDP – Gisela Walsken [SPD]: Dafür entscheiden Sie nicht in Berlin, und das ist gut so!)

Es ist völlig klar: Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat am Dienstagmorgen der vergangenen Woche deutlich gemacht, dass über die Dauer und über die Haftungsfragen zu verhandeln sei. Genau das war Gegenstand der

Verhandlungen in der vergangenen Woche. Das ist heute zu klären.

Nach dem, was Kollege Linssen gesagt hat – das ist mein Appell gerade an die SPD, die in Berlin Verantwortung trägt für Deutschland, aber, was diesen Vertrag angeht, auch für Nordrhein-Westfalen –: Kommen Sie jetzt Ihrer Verantwortung nach, für Nordrhein-Westfalen eine Lösung mit zu erarbeiten, die es erlaubt, dass dieses Land, das viel zu lange – auch unter Beteiligung der Grünen, lieber Herr Priggen – in Vergangenheit investiert hat, endlich eine faire Chance bekommt, wie andere Länder in Deutschland sie auch erhalten haben, die Mittel in Zukunft zu investieren!

Darüber gilt es jetzt in Berlin zu verhandeln. Der Ministerpräsident verhandelt im Interesse der Mehrheit dieses Hauses. Ich fordere die SPD auf, ihn dabei endlich zu unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zu dem Tagesordnungspunkt dieser Unterrichtung durch die Landesregierung nicht vor. Ich schaue noch einmal in die Runde. – Das ist tatsächlich so. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt behandelt.

Wir kommen zu:

3 Exzellenz gibt es nicht zum Nulltarif

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2866

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innovation, Wissen-
schaft, Forschung und Technologie
Drucksache 14/3514

Für die antragstellende Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich zuallererst den Universitäten in unserem Land dazu gratulieren, dass sie sich bei der zweiten Runde der Exzellenzinitiative hervorragend geschlagen haben. Aachen, im Übrigen ein Ausbildungsstandort für Bergbautechnologie und Geowissenschaften – wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt –, Bielefeld, Bochum, Bonn, Köln, Münster und Pader-

born: Diese Namen spiegeln nicht nur die Größe unseres schönen Landes, sondern auch die Vielfalt seiner Forschungs- und Hochschullandschaft wider.

(Beifall von der SPD)

Fast jeder fünfte Antrag der zweiten Runde im Rahmen der Exzellenzinitiative kommt aus Nordrhein-Westfalen. Aachen und Bochum gehören sogar zur Auswahlrunde für die Spitzenuniversitäten.

Meine Damen und Herren, Glückwünsche reichen allerdings nicht aus. Vielmehr sehen wir das Land in der Verpflichtung, einerseits in den kommenden Monaten die Universitäten bei der Antragstellung während der Exzellenzinitiative gezielt zu unterstützen. Andererseits sieht die SPD-Fraktion das Land weiterhin in der Pflicht, allen Hochschulen in den kommenden Jahren dabei zu helfen, ihr Profil zu schärfen und neue Exzellenz zu entwickeln. Ohne gutes Geld für gute Ideen wird das nicht gehen.

Unser Antrag, der hier zur Beratung ansteht, liefert Hinweise, wie man erste Schritte auf diesem Weg hätte gehen können. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, wollen nicht. Sie haben sich bekanntlich von den Hochschulen befreit und sie zu Stiefkindern des Landes gemacht. Doch wie man in letzter Zeit merkt, tauchen auch in Ihren Reihen langsam Zweifel auf, ob man in den letzten anderthalb Jahren im Rausch der Deregulierung alles richtig gemacht hat. Aber es ist ja für CDU und FDP bekanntlich schwer, sich von ihren Lebenslügen öffentlich zu verabschieden.

Dass das schwierig ist, erkennt man auch an der Sprache der Landesregierung.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

So hat Minister Pinkwart am 12. Januar die ersten Ergebnisse der zweiten Runde der Exzellenzinitiative vorsichtig als ermutigendes Signal gewertet. Ich werte es als ermutigendes Signal, dass ein Minister dieser Landesregierung das Land nicht mehr nur schlechtredet.

Im Gegensatz zur Landesregierung haben wir nicht aus politischer Opportunität unsere Hochschulen schlechtgeredet. Die SPD-Landtagsfraktion war immer der Überzeugung, dass unsere Hochschulen das Potenzial haben, diesen Wettbewerb zu bestehen. Wir haben als Regierung zu unseren Hochschulen gestanden, und wir tun das auch als Opposition. Wir müssen uns hier nicht plötzlich anbiedern.

Und: Meinen Sie denn wirklich, dass die Lehrenden, Forschenden, Studierenden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen es Ihnen abnehmen, dass Ihre Politik in knapp anderthalb Jahren die Qualität hervorgebracht hat, die Sie jetzt als Ihren Erfolg zu verkaufen versuchen? – Das glauben Sie doch selber nicht, dass das der Fall ist. Ich nenne so etwas dreist, und ich nenne so etwas politische Trittbrettfahrt.

(Beifall von der SPD)

Aber wir machen uns zudem auch zunehmend ernsthafte Sorgen. Denn wie stellt sich Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb mit anderen Bundesländern strukturell und finanziell auf? – Die traurige Antwort lautet: gar nicht. Bund und Europa werfen uns den Spielball doch förmlich zu und steigern die Forschungsinvestitionen erheblich. Andere Bundesländer greifen diese Bälle auf und machen sich auf den Weg in die Zukunft, während in Nordrhein-Westfalen die landeseigenen Programme zusammengestrichen werden.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich stimmt das, Herr Minister. Schauen Sie sich Ihren eigenen Haushalt an, den Sie mit Ihrer Regierungskoalition hier beschlossen haben!

Mittlerweile sehen wir sogar die Finanzierung der Bund-Länder-Programme gefährdet. Das kann man sogar bei der Exzellenzinitiative sehen.

(Lachen von der CDU)

– Darüber müssen Sie nicht lachen. Lachen Sie nicht darüber! Das ist ernst für Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Michael Brinkmeier [CDU])

Setzen Sie sich in Ihrer Fraktion dafür ein, dass es anders wird!

(Beifall von der SPD)

Hören Sie zu, Herr Minister: Allein die im Oktober 2006 bewilligten drei Graduiertenschulen und drei Exzellenzcluster erfordern in den nächsten fünf Jahren 28,1 Millionen €. Zu dem Zeitpunkt war uns doch allen klar, dass in der zweiten Runde noch einiges hinzukommt. Doch Ihr Haushaltsansatz für 2007 trägt dem nicht Rechnung. Im Entwurf sah das zugegebenermaßen noch anders aus, aber eben im Entwurf, nicht im beschlossenen Haushalt.

Doch was war in der Zwischenzeit geschehen? – Der Hochschulpakt 2020 kam wohl schneller, als

Sie gedacht haben. So wurde der Ansatz für die Exzellenzinitiative an der Realität vorbei gegen gute Argumente, die auch im Ausschuss vorgebracht worden sind, reduziert, um das Geld zur Finanzierung des Hochschulpakts 2020 zu benutzen. Es gab kein zusätzliches Geld vom Finanzminister. So wurde der Wissenschaftshaushalt zum Verschiebebahnhof, was an den Hochschulen auch zu deutlichen Irritationen geführt hat.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt doch gar nicht!)

Zu echten Investitionen in die Zukunft ist die Landesregierung nicht bereit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das entmutigende Signal dieser Landesregierung an unsere Hochschulen.

Meine Damen und Herren, dieser Trend droht sich fortzusetzen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Oh!)

Nehmen wir beispielsweise den gerade bereits angesprochenen Hochschulpakt 2020. Dieser droht in den nächsten Jahren nicht ausfinanziert zu werden. Bis zum Jahr 2010 wird diese Landesregierung 55,9 Millionen € weniger ausgegeben haben, als sie könnte. Rechnet man die Bundesmittel hinzu, sind es sogar 111,8 Millionen €.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wer hat das denn ausgerechnet?)

– Das sind die Zahlen, die der Haushaltsplanung zu entnehmen sind. Herr Kollege Kuhmichel, schauen Sie einmal in diese Unterlagen hinein! Dann werden Sie diese Zahlenergebnisse auch mitbekommen. Aber dafür muss man schon einen Blick in die Unterlagen werfen; man muss den Willen zum Wissen haben.

Einziger Ausweg aus diesem Dilemma wäre – es gäbe einen Ausweg –, dass Sie im Haushaltsentwurf 2010 genau diese Summe ausweisen würden. Allerdings wird genau in diesem Jahr mit dem Bund abgerechnet werden müssen, sodass die Summe gar nicht mehr für den Aufbau neuer Studienplätze zielgenau eingesetzt werden kann.

Ich möchte Sie an dieser Stelle an die Anhörung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie vom 18. Januar zum Aufbau der Studienplatzkapazitäten erinnern. Das ist wohl auch für Sie noch nicht so lange her. Herr Kuhmichel und Herr Brinkmeier werden sich daran erinnern. Bei dieser Anhörung haben alle Expertinnen und Experten – ob es die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen waren oder des

CHE, das Ihnen ja von der Philosophie her sehr nahe steht, oder der HIS GmbH – dem Landtag empfohlen, deutlich anders vorzugehen. Nur wenn am Anfang dieses Hochschulpaktes deutliche Investitionen erfolgten, werde ein Effekt zu spüren sein. Nur so seien deutlich mehr Studienplätze und Exzellenz für Nordrhein-Westfalen möglich.

Es geht also nicht, zu argumentieren, am Ende setzen wir das Geld ein, sondern das Geld muss jetzt eingesetzt werden, wenn wir die zusätzlichen Studierenden hier auch mit Kapazitäten versorgen wollen, damit sie hier studieren können. Denn das ist Teil der Exzellenz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Köpfe der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die jungen Leute – das ist die Exzellenz, die wir in Nordrhein-Westfalen entwickeln müssen.

An diesem Beispiel kann man das eigentliche Grundproblem dieser Landesregierung erkennen. Sie ist gar nicht an langfristigen Zielen oder harter Kärnerarbeit interessiert. Sie ordnet alles der Öffentlichkeitsarbeit unter.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Schauen Sie sich das genau an: Hinter den Kulissen werden Haushaltsmittel hin- und hergeschoben. Die eigenen Zusagen bleiben chronisch unterfinanziert. Ich erinnere nur an die Pressemitteilung aus der RWTH Aachen, als Sie die Zielvereinbarungen dort unterschrieben haben. Es gab große Irritationen an einer Hochschule, die sich in Finanzfragen gut auskennt.

Wir erleben chronische Unterfinanzierung. Konkrete Politik gerät zur Sprechblase, meine Damen und Herren. Das ist das Problem dieser Landesregierung, das Sie vertuschen wollen. Das werden wir nicht zulassen. Das ist mit ein Grund dafür – einmal wegen der Sache, aber auch wegen der Art und Weise, wie Sie mit den Zukunftschancen junger Menschen und mit den Zukunftschancen unseres Landes umgehen –, dass wir die Beschlussempfehlung des Ausschusses ablehnen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich namens der CDU-Fraktion auch herzlich

bei den Universitäten bedanken und ihnen gratulieren für die tolle Leistung, die sie jetzt in dieser Vorrunde erbracht haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich denke, dass wir gemeinsam versuchen, nach unseren Kräften das zu unterstützen, was möglich ist, damit sie im Herbst ebenso erfolgreich abschließen können. Da besteht sicherlich große Gemeinsamkeit.

Herr Schultheis, wir haben keine Gemeinsamkeit, was verschiedene Aussagen Ihrerseits betrifft. Dies will ich auch deutlich machen. Sie haben eingangs gesagt, die Regierungskoalition und der Minister würden die Hochschullandschaft hier aus Opportunitätsgründen schlechtreden. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir machen eine nüchterne Analyse. Diese Analyse ergibt eben auch, dass die Hochschulen während Ihrer Regierungszeit schlecht behandelt worden sind. Das ist das Faktum. Wir behandeln sie anders.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das kann man sich doch nicht anhören!)

Hinsichtlich der Mittel können Sie immer unterstellen, dass wir weniger Geld ausgeben würden – nur die Haushalte zeigen ein anderes Bild. Wir haben uns mit unserer Landtagsmehrheit dazu verpflichtet, den Hochschulen bis zum Ende der Wahlperiode konstant Geld zu geben. Den Vertrag hat die Regierung, CDU und FDP, mit Herrn Pinkwart und dem Ministerpräsidenten an der Spitze unterzeichnet. Das war unsere Leistung.

(Beifall von Christian Lindner [FDP] – Karl Schultheis [SPD]: Unfug!)

Sie hätten das nicht hingekriegt. Dabei bleiben wir auch.

Kommen wir auf Ihren Antrag zu sprechen! Unter haushalterischen Gesichtspunkten ist dieser Antrag als längst erledigt zu betrachten. Er hätte ja auch im November 2006 eingebracht werden sollen, da wir den Haushalt für 2007 bereits verabschiedet haben. Dennoch lohnt es sich natürlich, zum SPD-Antrag noch Stellung zu nehmen, weil er die unterschiedlichen Meinungen auf diesem Feld klar werden lässt.

Die SPD fordert in diesem Antrag, dass die Mittel, die nicht zur Kofinanzierung des Bund-Länder-Programms verwandt werden, den Hochschulen zur Überarbeitung und zur Neubearbeitung von

Anträgen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die zweite Forderung, die Sie in dem Antrag erheben, ist, dass die Neuentwicklung von Anträgen besonders bei den Geisteswissenschaften berücksichtigt werden soll.

Das Abschneiden der NRW-Hochschulen in der ersten Runde der Exzellenzinitiative zeigt Defizite im Vergleich zu anderen Ländern. Die SPD hat in ihrem Antrag dazu geschrieben, dass die Gründe dafür vielschichtig seien und in den nächsten Monaten noch genauer diskutiert werden müssten. Das haben wir bereits in den Ausschussberatungen gemacht, und das machen wir nun auch mit dieser Debatte.

Betrachtet man die Ergebnisse der Vorrunde der zweiten Welle, so schneiden die Hochschulen – Sie haben das eben gesagt, Herr Kollege Schultheis – schon besser ab.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ein Argument für das bessere Abschneiden könnte vielleicht die bessere Vorbereitung der antragstellenden Hochschulen sein. Es hat bestimmt nicht geschadet, dass die Hochschulen spüren, dass die neue Koalition es mit der Aussage ernst meint, dass man nicht der fachliche große Bruder mit dem Gängelband, sondern konstruktiver Unterstützer ihres Weges sein will. Das ist ein Unterschied in der Kultur und in der Atmosphäre, der sich sicherlich bezahlt macht.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Bei diversen Hochschulrankings lag Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün immer im unteren Drittel. Die damalige Hochschulpolitik hat Exzellenz durch Nivellierungspolitik und Bürokratie verhindert. Sie wollten die Nivellierung. Das ändert sich jetzt durch das Studienbeitragsgesetz, durch den Zukunftspakt und durch das Hochschulfreiheitsgesetz. Die Befähigung zur Exzellenz wird sich dadurch in den nächsten Jahren spürbar verbessern. Wir sprechen noch darüber, Herr Schultheis.

(Karl Schultheis [SPD]: Immer gerne!)

Natürlich ist es legitim, voraussichtlich nicht benötigte Mittel für andere Zwecke verwenden zu wollen. Es ist Ihr gutes Recht, das zu beantragen. Die Frage ist nur, ob Ihr Vorschlag auch sinnvoll ist.

Eine Unterstützung der Entwicklung von Anträgen mit Geld wie in diesem Fall – auch das haben wir im Ausschuss diskutiert – ist nicht sinnvoll, da dies dem Prinzip des Wettbewerbs widerspricht. Denn wie wollen Sie verteilen? – Mit einer Mini-Exzellenzinitiative für NRW, wieder mit der Gießkanne, oder wie? – Die Frage haben Sie im Aus-

schuss nicht beantwortet, und auch eben in der Debatte habe ich keine Antwort von Ihnen gehört.

Im Ergänzungshaushalt, den wir für den diesjährigen Haushalt beschlossen haben, werden tatsächlich 10 Millionen € für den Hochschulpakt 2020 umgeschichtet. Wir halten das in diesem Fall für eine sinnvolle Verwendung. Im Übrigen, Herr Schultheis, Sie haben sich eben selbst widersprochen: Einerseits beklagen Sie sich, dass wir zu wenig für 2020 tun, andererseits aber beschwerten Sie sich, dass wir das Geld umschichten. Ja, was denn jetzt? In welche Richtung soll es denn gehen? – Sagen Sie, in welche Richtung es gehen soll!

(Karl Schultheis [SPD]: Beides!)

Zur besonderen Betonung der Geisteswissenschaften: Wir können sicherlich darüber diskutieren, ob in den Bewertungskriterien die Geisteswissenschaft genügend repräsentiert ist. Ich persönlich habe allerdings das Gefühl, dass das in der zweiten Runde kein Problem mehr darstellt – zumindest sind die Diskussionen längst nicht mehr so wie bei der ersten Runde.

Was aber nicht geht, ist die Erzeugung von Exzellenz mittels Proporz – sei es regionaler Proporz, sei es fachlicher Proporz. Das geht nicht. Sie verlangen das aber hier mit Ihrer Forderung nach besonderer Berücksichtigung der Geisteswissenschaften. Unsere Meinung lautet: Es zählt einzig und allein die Qualität, nur die Qualität.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Und weil nur die Qualität der Anträge zählt, halten wir es für ausgesprochen wichtig und richtig, wenn Minister Pinkwart betont, dass sich die Politik aus der Entscheidung über die besten Anträge heraushalten soll. Denn sonst landen wir wieder bei der Proporz-Diskussion. Stattdessen sollten wir als Landtag darauf achten, die Stärken unserer Hochschulen auch in Zukunft weiter zu stärken.

Es ist noch offen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie die NRW-Hochschulen bei der Entscheidung im Herbst am Ende abschneiden werden. Auch wird erst die weitere Entwicklung empirisch deutlich machen, wie sich unsere Hochschulen im Wettbewerb auf Dauer schlagen werden. Wir haben gute Hoffnung und werden unsere Hochschulen weiterhin konstruktiv unterstützen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brinkmeier, ich muss Ihnen widersprechen. Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen haben mehr verdient. Sie haben nicht nur einen höheren Anteil an den Bundesmitteln für die Exzellenzinitiative, sondern auch deutlich mehr Bundesmittel für den Ausbau der Studienplatzkapazitäten verdient, als es sich bisher abzeichnet.

Ich kann nur feststellen: Schlecht verhandelt, Herr Minister Pinkwart. Sie haben aus unserer Sicht für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu wenig herausgeholt, und zwar sowohl beim Bund hinsichtlich des Bundesanteils als auch bei Ihrem Kollegen Herrn Linssen in Bezug auf die nordrhein-westfälischen Landesmittel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind froh, dass Sie auf unsere Studienplatzoffensive hin im Haushalt nachgelegt haben. Aber eines ist klar: Die von Ihnen angesetzte Summe wird bei Weitem nicht ausreichen, um die quantitativen und die qualitativen Herausforderungen, die auf die Hochschulen zukommen, zu bewältigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das haben in der Anhörung zu unserem Antrag alle Expertinnen und Experten noch einmal ausdrücklich bestätigt, und zwar gerade auch die von Ihnen eingeladenen Experten. Ich nenne einmal das Centrum für Hochschulentwicklung, das im Allgemeinen nicht im Verdacht steht, eine Kaderschmiede der Grünen zu sein. Das CHE hat bei der Anhörung den zusätzlichen Bedarf auf 1,6 Milliarden € bis 2020 beziffert. Das war die Zahl. Auch wenn der größere Teil dieser Summe erst nach 2010 benötigt wird, so werden die 250 Millionen €, die der Landeshaushalt bisher vorsieht, bei Weitem nicht ausreichen, wenn man rechnen kann.

Das CHE hat bei dieser Gelegenheit im Übrigen auch noch einmal sehr deutlich gemacht,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

dass das Modell Kinderlandverschickung, das gerade Sie, Herr Lindner, immer gerne propagieren, nicht funktionieren wird.

(Christian Lindner [FDP]: Es geht um Exzellenz!)

– Es geht in der Tat um Exzellenz. Wir können uns einmal näher damit auseinandersetzen, was dieser Begriff bedeutet. Es geht um Exzellenz nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Qualität der Lehre. Das ist das Thema, das ich gerne ansprechen möchte, wenn Sie mich das ausführen lassen würden.

Es ist richtig, dass der Bedarf an Studienplätzen nur im Westen unserer Republik ansteigen wird, während er im Osten bereits heute sinkt. Dies führt aber nach den Daten des CHE lediglich zu freien Kapazitäten in Höhe von 20.000 Studienplätzen, 20.000 in allen ostdeutschen Bundesländern zusammen, während wir alleine in Nordrhein-Westfalen mindestens 30.000 zusätzliche Studienplätze brauchen.

Doch kommen wir zurück, weil Herr Lindner es immer so eilig hat, zu dem Stichwort, um das sich der Antrag der SPD dreht, nämlich zum Thema Exzellenz. Auch wenn sich der konkrete Antrag aufgrund der Erfolge von Aachen und Bochum und der von der Landesregierung zugesagten Unterstützung inzwischen zunächst erledigt hat, bleiben natürlich die Fragen bestehen, was eigentlich mit „Exzellenz“ gemeint ist und wo jenseits aller Schönwetterreden die Schwerpunkte im Hochschulbereich liegen müssen. Hier bin ich einer Meinung mit der SPD. Es ist natürlich sinnvoll und richtig, bei der Entwicklung von Förderanträgen insbesondere die Geisteswissenschaften zu berücksichtigen.

Aus unserer Sicht liegt hier tatsächlich ein wesentliches Manko der bisherigen Exzellenzinitiative, die „Exzellenz“ in erster Linie in den Natur- und Ingenieurwissenschaften vermutet. So wichtig uns die Exzellenz in der Forschung an den Hochschulen ist, so wichtig ist uns nicht nur eine quantitative Entwicklung von Studienplätzen, sondern vor allem auch ein qualitatives Lehrangebot. Kurz: Es geht auch um die Exzellenz in der Lehre.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Spitzenuniversität zeichnet sich nicht nur durch gute Forschung aus, sondern auch durch eine exzellente Lehre, die die Ergebnisse dieser Spitzenforschung auch vermitteln kann. Glücklicherweise wird diese Diskussion inzwischen in Gremien wie dem Wissenschaftsrat und der Kultusministerkonferenz geführt. Dabei wird deutlich, dass die Lösung des Problems nicht allein der von Ihnen, Herr Pinkwart, und von Frau Schavan so euphorisch angekündigte „Lecturer“ sein kann. So sinnvoll es auch im Sinne der Flexibilisierung sein mag, eine solche Personalkategorie einzuführen

beziehungsweise zu stärken, so brauchen wir doch mehr. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Lehrkultur unserer Hochschulen. Es kann nicht sein, dass die Lehre eine unliebsame Pflicht ist, der man sich lieber entzieht, indem man sie auf wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder eben auf Lecturer abwälzt, und dass die Forschung dagegen die Kür ist, in der die Professorinnen und Professoren erst ihre eigentliche Bestimmung und Erfüllung finden. Man kann eben nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass gute Forscherinnen und Forscher ganz automatisch auch eine gute Lehre machen, wie man auch nicht auf die Idee käme, von einer guten Vorlesungsreihe auf eine besondere Forschungskompetenz zu schließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen daher nicht nur den „Lecturer“, gewissermaßen als Lehrknecht für überlastete Forscherinnen und Forscher, sondern wir brauchen Professuren, die ausdrücklich und bewusst ihren Schwerpunkt in der Lehre setzen. Ferner müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese Professuren nicht zu einer Sackgasse, sondern als gleichwertig anerkannt werden.

„Lehre soll sich wieder lohnen“, titelt „Die Zeit“ in dieser Woche. Eine Exzellenzinitiative für die Lehre könnte dazu sicher beitragen. An dieser Stelle, Herr Minister Pinkwart, sind Sie gefordert. Sonntagsreden alleine reichen nicht aus. Geben Sie der Lehre auch in Ihrem konkreten Handeln einen neuen Stellenwert. Treffen Sie Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, öffnen Sie den Wettbewerb und belohnen Sie ausgezeichnete Fachbereiche für besondere Qualitäten in der Lehre. Denn während die Forschung an unseren Hochschulen derzeit wieder in Schwung kommt, leidet die Lehre an zunehmender Auszehrung. „Wer nur auf einem Bein steht, fällt irgendwann um“, heißt es in einem Kommentar der „Zeit“ vom 25. Januar 2007. Die sogenannte Exzellenzinitiative, von der wir heute sprechen, wird diese Tendenz über kurz oder lang verstärken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass auf den Zusammenhang zwischen Lehre und Forschung aufmerksam gemacht worden ist: dass sich nämlich nur dann, wenn die Lehre ex-

zellent ist, am Ende des Tages auch exzellente Forschung zeigen kann.

Es ist wichtig, in Nordrhein-Westfalen daran zu erinnern, weil wir insbesondere im Bereich der Lehre sowohl eine Menge aufzuholen hatten als auch bereits auf Geleistetes verweisen können. Wir haben ein Hochschulwesen vorgefunden, das mit die längste Studiendauer

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Nach vorne, Herr Lindner!)

in Deutschland aufweist, und wir haben ein Hochschulwesen vorgefunden mit einer der höchsten Schwundquoten in Deutschland, nämlich in Höhe von 30 %. Was die Studienqualität anging, haben wir uns maximal im Mittelfeld bewegt. Deshalb war und ist es richtig, die materiellen Voraussetzungen für die Lehre an den Hochschulen durch die Einführung von Studienbeiträgen zu verbessern. Das kann ich hier nicht verschweigen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Durch die Einführung von Studienbeiträgen ist es schon jetzt an vielen Hochschulen zu einer Verbesserung der Betreuungsrelation, zu einer Ausweitung der Öffnungszeiten zum Beispiel der Bibliotheken und zu einer sehr viel umfänglicheren Anschaffung von notwendiger wissenschaftlicher Literatur gekommen. Das trägt dazu bei, dass wir am Ende über junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verfügen, die sich in solchen Wettbewerben durchsetzen können.

(Karl Schultheis [SPD]: Die haben das selbst bezahlt!)

Meine Damen und Herren, wir als Koalition haben drei große Zusagen gemacht. Die erste Zusage war, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2010 keine weiteren Konsolidierungsbeiträge erbringen müssen, sondern dass das, was aufgrund der unbürokratischen Hochschulleitung an Effizienzrendite zu erwarten ist, an den Hochschulen verbleibt. Das war der sogenannte Zukunftspakt, den ja nicht nur die Landesregierung, vertreten durch den Fachminister, den Ministerpräsidenten und den Finanzminister, geschlossen hat, sondern den wir auch im Landtag beschlossen haben und der von den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gegengezeichnet worden ist. Das haben sie mit unterschrieben. – Das war die erste Zusage.

Die zweite Zusage war, dass wir selbstverständlich all das aus dem Landeshaushalt mit finanziert werden, was sich aus der Exzellenzinitiative an finanziellen Verpflichtungen ergibt. Zu dieser Zusage stehen wir.

Es gibt die dritte Zusage: Im Zuge des Hochschulpakts 2020 werden wir als Haushaltsgesetzgeber alle Verpflichtungen erfüllen, die sich aus der Verabredung zwischen Bund und Ländern ergeben werden. Nordrhein-Westfalen war eines der ersten Bundesländer, die durch eine Kabinettsentscheidung die Voraussetzungen dazu geschaffen haben. 125 Millionen € sind dort schon für die nächsten Jahre avisiert worden.

Das sind drei politische Zusagen. Jetzt gehen Sie durch die Landschaft und erwecken den Eindruck, wir hätten die Möglichkeit, mit einem Füllhorn öffentlicher Mittel weitere Schwerpunkte zu setzen, andere Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren. Das Schlimme daran ist, dass ich das in allen Ausschüssen, in denen ich tätig bin, in jedem Politikfeld höre. Das machen Sie hier wie auch im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Wir haben Ihnen neulich einmal vorgerechnet, dass Sie allein dort 1 Milliarde € zusätzlich versprochen haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben versprochen!)

In jedem Politikfeld reiten Sie den Gaul der Mehrausgaben, obwohl Sie noch nicht begriffen haben, dass dieser Gaul angesichts des Schuldenstandes dieses Landes Nordrhein-Westfalen längst tot ist.

(Beifall von der FDP)

Deshalb müssen Sie sich intelligentere Wege einfallen lassen, politisch sichtbar zu werden. Das können Sie nicht immer nur damit versuchen, mehr Geld zu fordern. Da müssen Sie sich anders aufstellen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie machen es durch gutes Zureden!)

– Ja, wir machen es auch durch gutes Zureden.

Präsidentin Regina van Dinther: Lieber Herr Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Seidl?

Christian Lindner (FDP): Das will ich tun.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Lindner, ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie die Zahl 1,6 Milliarden €, die das CHE mit der Perspektive bis zum Jahr 2020 genannt hat, ernst nehmen. Auch von allen anderen Experten wurde bestätigt, dass wir dieses Geld bräuchten, um den Hochschulpakt

tatsächlich qualitativ zu füllen. Diese Zahl kommt nicht von uns, sondern von den Experten.

Christian Lindner (FDP): Liebe Frau Seidl, ich gehe sofort auf den Kern der Frage ein, aber wenn Sie schon fragen, will ich mir vorab eine Bemerkung gestatten: Es ist beachtlich, dass Sie so auf diese Anhörung verweisen. Ihre Fraktion hat an dem Tag der Anhörung, die um 13:30 Uhr begann und um 15:30 Uhr endete, bereits gegen 14:00 Uhr eine Pressemitteilung verfasst und dann veröffentlicht,

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

mit der Sie die Anhörung ausgewertet haben. Wenn Sie nur 30 Minuten zuhören und die restlichen anderthalb Stunden offenbar nicht mehr, da Sie die Anhörung schon nach 30 Minuten gegenüber der Presse auswerten können, frage ich mich, wie ernst Sie solche Sachverständigengespräche nehmen.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Das stimmt gar nicht!)

– Entschuldigen Sie, das kann ich Ihnen belegen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Jetzt zum materiellen Gehalt Ihrer Frage: Selbstverständlich nehmen wir die Zahlen ernst. Aber Sie haben doch auch feststellen müssen, dass etwa das Hochschulinformationssystem von anderen Zahlengrundlagen ausgegangen ist. Sie haben immer noch nicht berücksichtigt, dass wir als Koalition insbesondere auf die Studieneffizienz schauen. Das heißt, bei all dem, was wir uns an Kapazitätsplanung vornehmen, wollen wir mit in den Blick nehmen, dass wir etwa die Studiendauer oder die Studienfachwechsel reduzieren wollen. Das wird einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, dass die vorhandenen Kapazitäten besser ausgeschöpft werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Es kann nur effizient sein, was auch da ist!)

Ich habe im Übrigen mit Interesse beobachtet, Frau Seidl, dass Sie die E-Mail, die versandt worden ist, jetzt suchen. Ich würde mich freuen, wenn Sie noch im Laufe der Debatte in der Lage wären, die Uhrzeit zu nennen, wann Sie Ihre Pressemitteilung zu dieser Anhörung veröffentlicht haben. Sie haben ja gerade versucht, sie zu bekommen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nee, hat sie gar nicht!)

– Entschuldigung, falls sie es nicht getan hat. Den Eindruck habe ich gewonnen. Bitte, Frau Steffens,

versuchen Sie doch ein bisschen die Contenance zu wahren. Sie sind doch eine erfahrene Parlamentarierin – ich bitte Sie – und eine gestandene Frau.

(Heiterkeit von der FDP)

In der Sache will ich noch weiter ausführen, wenn ich das mit Erlaubnis des geschätzten Kollegen Schultheis darf.

Exzellenzinitiative: Hier haben wir positive Ergebnisse zu würdigen. Dankenswerterweise haben wir in der zweiten Runde vielleicht zwei Zukunftskonzepte zu erhoffen, in Aachen und in Bochum. Wer hätte das von Bochum in der breiten Öffentlichkeit gedacht? Diese Hochschule, die sich sehr entwickelt hat, hat bedauerlicherweise in der öffentlichen Wahrnehmung –

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

nicht in der fachöffentlichen – möglicherweise ein anderes Image. Schön, dass das hat korrigiert werden können.

Bei dieser Exzellenzinitiative kommt es doch darauf an, dass sich aus den Hochschulen selbst heraus exzellente Forschungsbereiche, Forschungsvorhaben, Forschungsverbünde im Wettbewerb bewähren. Das bedeutet, dass sich eine Subvention seitens des Landes per se verbietet. Wir wollen ja, dass aus den Hochschulen heraus die Bereiche identifiziert werden, von denen ein Hochschulstandort sagt: Das ist ein Feld, auf dem wir im Wettbewerb reüssieren können. Wenn es hier möglicherweise noch Freistellungen oder zusätzliche Mittel für Gutachten oder anderes gibt, was wir benötigen, dann wird die Hochschule – sie hat Globalhaushalte – in der Lage sein, diese Mittel auch bereitzustellen. Es bedarf dazu keiner zusätzlichen Landesmittel.

Es wäre auch, Herr Schultheis, ein schlechtes Signal den anderen Bundesländern gegenüber, wenn wir in Nordrhein-Westfalen gewissermaßen mit der Gießkanne über unsere Hochschullandschaft noch Geld ausgießen

(Karl Schultheis [SPD]: Doch nicht mit der Gießkanne!)

und dadurch die Wettbewerbsbedingungen verzerren würden. Wettbewerb muss man auch ernst nehmen.

Ich will ein Zweites sagen, weil Sie die Geisteswissenschaften hervorgehoben haben: Dazu hat der Wissenschaftsrat Treffliches gesagt: Der Wissenschaftsrat hat den Begriff des „Behindertenparkplatzes für Geisteswissenschaften“ geprägt –

das ist nicht mein Begriff –, der entstünde, wenn man die Kriterien für die Geisteswissenschaften verändern und an die Naturwissenschaften anpassen würde.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende.

Präsidentin Regina van Dinter: Wir haben nicht eingeschaltet, aber Ihre Redezeit ist langsam zu Ende.

Christian Lindner (FDP): Aber ich habe trotzdem noch eine Minute, wenn ich es richtig überblickt habe.

Die Geisteswissenschaften können sich möglicherweise nicht in der Weise in einer Exzellenzinitiative mit ihren Stärken zeigen, die sich vor allem auf größere Forschungsvorhaben kapriziert. Das heißt, dass wir möglicherweise andere Spielräume finden müssten. Dass sich hier so wenige geisteswissenschaftliche Vorhaben platzieren konnten, sagt ja nichts über die Qualität der Wissenschaftler in diesem Bereich aus. Im Gegenteil: Wir sehen ja – Sonderforschungsbereiche,

(Karl Schultheis [SPD]: Aha!)

DFG-Vorhaben in Nordrhein-Westfalen,

(Karl Schultheis [SPD]: Aha!)

Leibniz-Preisträger –,

(Karl Schultheis [SPD]: Aha!)

dass wir durchaus eine Struktur haben.

Lieber Herr Schultheis, Sie sagen immer: „Aha!“. Niemand hat aber gesagt, dass es in NRW nicht auch Spitzenbereiche gäbe.

(Widerspruch von der SPD)

Nur im Vergleich mit der Dichte unserer Hochschullandschaft haben wir zu wenig Spitzen. Dass wir auch Spitzen haben, ist doch völlig klar.

Hier, meine Damen und Herren, geht es möglicherweise darum, dass wir im Bereich der Geisteswissenschaften auch noch zu einer anderen Form der Förderung kommen.

Lange Rede kurzer Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, drei Zusagen: Zukunftspakt, Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020. Die Koalition finanziert das seriös gegen, und wir geben den Hochschulen daneben vor allen Dingen die Freiheit, sich auch wirklich im Wettbewerb zu bewähren. Und zusammen macht das eine Stärkung unseres Standortes aus.

Haben Sie vielen Dank für die Aufmerksamkeit und für Ihr Entgegenkommen, Frau Präsidentin!

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Darlegungen von Herrn Schultheis noch einmal vor Augen führt, dann entsteht jedenfalls bei mir der Eindruck, lieber Herr Schultheis, dass Sie ein Problem damit haben, dass diese Landesregierung den Hochschulen erstmalig eine wirklich sehr langfristige Finanzierungsperspektive gibt und dass es eine Landesregierung ist, die den Hochschulen die Leitplanken endlich einmal sehr langfristig vorgibt, die es ihnen dann auch erlauben, sich innerhalb dieser Leitplanken so aufstellen zu können, wie es aus der Sicht der Hochschulen im Interesse bester Lehre, aber auch bester Forschung notwendig und durch uns eben auch möglich wird.

Das haben Sie vorher nicht gemacht. Sie haben immer versucht, Ihre Systeme, Ihre Instrumente sehr zeitnah anzupassen, je nach Kassenlage oder nach anderen Opportunitäten. Wir geben den Hochschulen mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen über vier Jahre, mit dem Zukunftspakt über vier Jahre, der hier durch den Landtag verabschiedet wurde, erstmalig die Planungssicherheit, die Finanzierungssicherheit, die sie vorher nie hatten und die sie jetzt endlich bekommen. Die brauchen sie, um ihre Arbeit vernünftig machen zu können.

Frau Seidl meint, wir hätten schlecht verhandelt: Liebe Frau Seidl, Sie haben doch mal mitregiert. Sie haben es doch zu verantworten, dass das Land Nordrhein-Westfalen bezogen auf den Hochschulbau in den letzten Jahren erheblich unter dem Anteil der Hochschulen im Bundesvergleich geblieben ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen das in den nächsten Jahren mühevoll abarbeiten. Ihre Ausfinanzierungsquote lag in den 90er-Jahren bei 12 % bei einem Königsteiner Schlüssel von 21 %. Anfang dieses Jahrzehnts waren es gerade mal 15 %. Wir haben es beim Hochschulpakt geschafft, dass Nordrhein-Westfalen entsprechend seinem Anteil an den Studierenden auch tatsächlich am Hochschulpakt teilnehmen kann. Das ist unser Erfolg. Dass Ihnen das nicht gefällt, kann ich verstehen, aber im Inte-

resse der Menschen und der Studierenden im Lande sollten Sie das ehrlicherwise sagen.

Wir sind neben Baden-Württemberg – ich habe das wiederholt gesagt – nach wie vor das einzige Land, das überhaupt Mittel zur Kofinanzierung des Hochschulpaktes in den Haushalt eingestellt hat. Fragen Sie doch mal in den anderen Ländern nach, wo die Kofinanzierung ist, liebe Frau Seidl. Dann können Sie hier wieder vorstellig werden und etwas Weiteres an Verbesserungen einfordern. Sie werden es schwer haben, dies zu tun.

Im Übrigen haben wir in den Haushalt genau das eingestellt, was der Bund mit den Ländern besprochen hat, nämlich einen Fahrplan bis zum Jahr 2010 und einen klaren Fahrplan für die Zeit danach. Natürlich werden danach zusätzliche Mittel im Bundeshaushalt und auch im nordrhein-westfälischen Haushalt zu etatisieren sein. Wir haben das eins zu eins umgesetzt, was mit dem Bund auf der Grundlage der Zahlen der KMK besprochen worden ist. Besser kann man es eigentlich nicht machen.

Kommen wir zum Eigentlichen des Antrags, nämlich zur Exzellenzinitiative! Hier möchte ich für die Landesregierung Folgendes ganz klar zum Ausdruck bringen:

Es ist sichergestellt – ich finde, darauf haben auch alle ein Recht, dass wir das noch einmal so feststellen –, dass Nordrhein-Westfalen im Jahre 2007 und auch in den Folgejahren für die Laufzeit der Exzellenzinitiative alle erfolgreichen NRW-Anträge im Rahmen der Exzellenzinitiative mit zusätzlichen Landesmitteln kofinanzieren wird. Das ist im Haushalt durch Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können mir bitte eines glauben: Nichts wäre uns lieber, als dass die Universitäten Aachen und Bochum bei den Zukunftskonzepten im Herbst auch tatsächlich erfolgreich abschneiden. Lassen Sie es mich anders sagen: Wenn es richtig teuer wird, freuen wir uns am meisten;

(Beifall von CDU und FDP)

denn dann wissen wir auch, dass es wirklich die Exzellenz gibt, die wir uns ja alle wünschen.

Ein Wort zu den Geisteswissenschaften! Es stimmt: In der ersten Runde der Exzellenzinitiative kamen geisteswissenschaftliche Anträge bundesweit kaum zum Tragen. Aber in der zweiten Runde sieht es viel besser aus. Und die Beteiligung in Nordrhein-Westfalen ist richtig gut. Geisteswissenschaften aus Nordrhein-Westfalen sind näm-

lich bei drei Anträgen in der Endrunde federführend, bei zwei weiteren beteiligt. Wir haben eine tolle Beteiligung der Geisteswissenschaften übrigens auch bei den Zukunftskonzepten.

In Bochum sind sie ein wichtiges Element im Antrag, und auch für die technische Hochschule Aachen gilt ganz selbstverständlich: Strategische Zukunftsplanung gibt es dort nur mit den Geisteswissenschaften, aber eben auf höchstem Niveau. Der Exzellenzanspruch gilt für die gesamte Universität.

Fazit: Zukunft gibt es nur mit starken Geisteswissenschaften. Das gilt für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, das gilt für unsere gesamte Gesellschaft. Deshalb haben die Geisteswissenschaften auch in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die wir derzeit mit den Hochschulen schließen, den hohen Stellenwert, der ihnen auch tatsächlich gebührt.

Umso mehr – das möchte ich nicht verhehlen – stört mich gerade im Jahr der Geisteswissenschaften gelegentlich die Larmoyanz, mit der die Selbstverständnisdebatte der Geisteswissenschaften aus meiner Sicht viel zu defensiv geführt wird, und dies von ihren eigenen Fachvertretern.

Es lohnt sich, Gert Kaiser, den Präsidenten des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, in der „Rheinischen Post“ vom 6. Februar, also von gestern, zu lesen. Seit er sich im Kosmos der Geisteswissenschaften bewege, also seit rund 40 Jahren, stelle er, Kaiser, fest, dass diese Wissenschaften sich immerzu rechtfertigten. Das sei deshalb so erstaunlich, weil sie eigentlich gar nicht angegriffen würden. Ihm scheine vielmehr, die Öffentlichkeit wisse sehr wohl, was sie an den Geisteswissenschaften habe, nämlich Wissenschaften, die, wie er sagt – ich zitiere ihn mit Genehmigung der Präsidentin –, ein „gesellschaftliches Grundnahrungsmittel produzierten, nicht nur die Sahne obendrauf“. – Klarer, meine ich, kann man das nicht sagen.

Wir brauchen keine Rollendebatte. Wir brauchen vielmehr den selbstbewussten Auftritt der Geisteswissenschaften. Dann bleibt der Erfolg auch nicht aus. Die Geisteswissenschaften in Nordrhein-Westfalen brauchen jedenfalls den Vergleich nicht zu scheuen.

Was wir allerdings brauchen, ist mehr Vernetzung der exzellenten Geisteswissenschaftler, die wir haben. Ich begrüße es, wenn führende Geisteswissenschaftler fordern, ihre Zunft müsse sich zu Exzellenz, Kooperation und Wettbewerb bekennen, zumal Kooperation oftmals die Bedingung dafür ist, sich erfolgreich – ob bei der DFG oder

der Volkswagen-Stiftung oder anderen – zu bewerben.

Wir müssen auch diejenigen hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken, insbesondere in den kleinen Fächern, denen oft schlicht und ergreifend die flexiblen Ressourcen fehlen, um sich mit ausgezeichneten Anträgen die Finanzierung wichtiger Vorhaben zu sichern. In den kommenden vier Jahren stellen wir deshalb in einem neuen Programm für die Förderung geisteswissenschaftlicher Spitzenforschung 1,2 Millionen € bereit, um Geisteswissenschaftler bereits bei der Antragstellung und Projektakquise wirksamer unterstützen zu können.

Es geht uns dabei um praktische Unterstützung. Ein hervorragender Wissenschaftler soll zum Beispiel für ein halbes Jahr einen Mitarbeiter gewinnen können, der ihn bei der Antragstellung für ein wichtiges Forschungsvorhaben unterstützt.

Es geht uns aber auch darum, die Anerkennungskultur für exzellente Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Denn die Qualität, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist vorhanden. Sie verdient mehr Respekt und gezielte Unterstützung.

(Karl Schultheis [SPD]: Ja!)

Und die bekommt sie von dieser Landesregierung. Sie bekommt bessere Rahmenbedingungen. Sie erhält bis zum Ende dieses Jahrzehnts, bis 2010, durch Gesetze, die von der Mehrheit dieses Hauses verabschiedet worden sind, sage und schreibe eine halbe Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Und sie bekommt mit dem Hochschulfreiheitsgesetz einen rechtlichen Rahmen, den es in keinem anderen Bundesland gibt, der den Wissenschaftlern die Freiräume verschafft, um mit den Mitteln auch die Exzellenz in Forschung und Lehre auszuspielen zu können, die wir so dringend brauchen, damit Nordrhein-Westfalen in einigen Jahren nicht nur sagen kann: „Wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Europa“, sondern: „Wir haben endlich auch die beste“. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Gebhardt.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Kollege Lindner hat in einem Punkt Recht: Sie haben den Hoch-

schulen drei politische Versprechungen gemacht. Das Problem dabei ist allerdings: Es sind nur politische Versprechungen; sie bilden sich im Landeshaushalt leider nicht ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. Das stimmt doch nicht!)

– Doch, das stimmt so! – Wenn diese beiden nordrhein-westfälischen Hochschulen, die Ruhr-Universität Bochum und die RWTH Aachen, die Anerkennung als Spitzenuniversitäten erfahren und sich in der Förderlinie Zukunftskonzept durchsetzen würden – wie Sie gerade gesagt haben, Herr Pinkwart, würden Sie sich darüber freuen; ich denke, wir alle würden uns darüber freuen –, wären zusätzlich 11 Millionen € Landesmittel erforderlich. Die sind im Haushalt aber nicht vorhanden.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die Mittel, die jetzt in der Exzellenzinitiative ausgewiesen sind, reichen gerade einmal für die bereits in der ersten Runde bewilligten Graduiertenschulen und Exzellenzcluster aus.

Wenn Sie die 7,7 Millionen € nicht zum Hochschulpakt hinüberschoben hätten, wäre die Situation ein bisschen besser. Aber selbst dann würde noch etwas an den erforderlichen 11 Millionen € fehlen. Also können Sie nicht ausführen, dass die Hochschulen sicher sein können, dass die Exzellenzinitiative wirklich so wie angekündigt eingehalten wird.

Der Kollege Lindner hat im Wissenschaftsausschuss am 1. Februar dieses Jahres ausgeführt: Okay, wir sehen, da gibt es ein Problem. Aber das wird über außerplanmäßige Mittel geregelt. – Dass man 11 Millionen € über außerplanmäßige Mittel regeln kann, ist mir haushaltsrechtlich neu. Ich denke, da müssen Sie sich dann aufmachen und einen Nachtragshaushalt vorlegen. Es sei denn, Sie gehen her und sagen: Wir schieben die 7,7 Millionen € vom Hochschulpakt zurück. – Dann sind aber leider immer noch nicht die erforderlichen 11 Millionen € erreicht.

Die Zahlen sind vorhin von dem Kollegen Kuhmichel bezweifelt worden. Er hat den Kollegen Schultheis gefragt: Woher sind die Zahlen denn? – Da hilft lesen! Schauen Sie doch bitte einmal in die Drucksache 14/3572, die Antwort von Minister Pinkwart auf eine kleine Anfrage. Dort sind die Zahlen genau aufgeführt. Sie macht deutlich, dass auch die Zusage bezüglich des Hochschulpaktes nur eine politische ist und keine, die sich haushaltsmäßig abbildet.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie dafür nämlich bis zum Jahre 2009 – das heißt, es sind die drei Jahre 2007, 2008, 2009 – ganze 69,1 Millionen € vorsehen, bis 2010 aber 125 Millionen € erreichen wollen, dann fehlen noch gute 55 Millionen €, die Sie in den Haushalt 2010 packen müssten. Erst dann könnten Sie Ihr Wort einhalten.

Ich habe den Eindruck, dahinter steckt die Philosophie: O je, wie sollen wir das haushaltsmäßig hinbekommen? Lasst doch bei den Wahlen 2010 wieder die Sozialdemokraten an die Regierung kommen und die zusehen, woher sie die 55 Millionen € kriegen! Dann wird das klappen! – Anders kann ich Sie nicht verstehen. – Recht schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Gebhard. – Meine Damen und Herren, Frau Dr. Seidl von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindner, ich möchte ein kleines Missverständnis aus dem Weg räumen. Ich glaube, Sie verwechseln mich mit Herrn Brockes. Der hat nämlich die Anhörung des Wirtschaftsausschusses zum Ladenöffnungsgesetz als Ausschussvorsitzender geleitet, ist irgendwann hinausgegangen, hat vorzeitig eine Pressemitteilung veröffentlicht, und die Experten und Expertinnen haben sich darüber aufgeregt, dass er nicht das wiedergegeben hat, was in der Anhörung Thema gewesen ist. Ich glaube, Sie verwechseln mich mit ihm.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Entgegen Ihrem Vorwurf habe ich mir im Ausschuss die Meinungen der Expertinnen und Experten bis zum Schluss angehört. Erst dann ist unsere Pressemitteilung herausgegangen.

Das können Sie auch leicht nachvollziehen, Herr Lindner. Sie brauchen die Pressemitteilung nur einmal sorgfältig mit dem zu vergleichen, was in der Anhörung gesagt worden ist. Bei dieser Gelegenheit können Sie auch nachprüfen, ob die von mir eben genannten Zahlen stimmen und im Raum stehen.

(Christian Lindner [FDP]: Um was wetten wir, dass Sie Ihre Pressemitteilung vorher veröffentlicht haben?)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das tun würden. Dann unterhalten wir uns später noch einmal darüber.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Eine Flasche Champagner?)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Dr. Seidl. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal der Herr Minister. Bitte schön, Herr Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur zwei Punkte noch einmal kurz darlegen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Erstens. Wenn Sie in den Haushalt schauen, werden Sie sehen, dass für die Exzellenzinitiative in diesem Jahr 10 Millionen € Barmittel und in den kommenden Jahren 75 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen sind. Diese Mittel reichen aus, um auch die Anträge erfolgreich abzuwickeln, die jetzt in der zweiten Runde eingereicht werden können. Der Haushalt ist darauf eingerichtet. Wir warten förmlich darauf, dass das Geld abgerufen wird.

Das Gleiche gilt für den Hochschulpakt. In den Haushalten bis 2010 sind 250 Millionen € als Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen eingestellt worden. Sie werden zur einen Hälfte vom Bund und zur anderen Hälfte vom Land getragen.

Das Land Nordrhein-Westfalen steht also ganz klar zu seinen politischen Aussagen. Dies ist durch den Haushalt dokumentiert. Sie brauchen einfach nur hineinzuschauen.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Liebe Frau Gebhard, ich möchte schon noch einmal daran erinnern, dass die neue Landesregierung eine von Ihnen übernommene Erblast im Interesse der Hochschulen ganz schnell beseitigt hat. Frau Kraft, Ihre damalige Wissenschaftsministerin, hat im Jahr 2004 das im Rahmen der Langzeitstudienkonten

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– ja, Sie wollen das nicht gerne hören, Herr Schultheis –

(Karl Schultheis [SPD]: Ich höre mir das ja jedes Mal an!)

von den Studierenden eingenommene Geld von über 35 Millionen € komplett beim Finanzminister abgeliefert. Das war rot-grüne Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

2005 haben Sie dann gesagt: Die eine Hälfte geht an den Finanzminister, die andere Hälfte wird ausgekehrt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Was im Jahr 2005 zu viel ausgekehrt wird, muss den Hochschulen 2006 wieder abgezogen werden.

Dann standen Sie kurz vor dem Wahlkampf. Sie wussten, dass im Jahr 2005 nicht mehr als 35 Millionen € hereinkommen. Diese Summe haben Sie komplett an die Hochschulen ausgeschüttet – wohl wissend, dass Sie ihnen im Jahr 2006 mindestens die Hälfte davon wieder abziehen müssen.

Nach dem von Ihnen verabschiedeten Haushaltsgesetz hätten wir das im Jahr 2006 so durchführen müssen. Wir hätten den Hochschulen das Geld ihrer Studenten wieder abnehmen müssen, wenn die neue Mehrheit dieses Hauses das nicht verhindert hätte. – So viel zur Beseitigung von Erblasten, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daher schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3514**, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2866 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Regelsatzhöhe wegen der Mehrwertsteuererhöhung anpassen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3644

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Steffens das Wort. Bitte schön.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der Einführung des SGB II und des SGB XII zum 1. Januar 2005 stand die Höhe des Eckregelsatzes von 345 € für Erwachsene immer wieder in der Kritik. Diese Höhe wurde in Anlehnung an die Verbrauchsgewohnheiten der unteren Einkommensgruppen nach dem sogenannten Statistikmodell festgelegt.

Die Datenquelle für diese Erhebung ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, kurz EVS. Diese Stichprobe wird nur alle fünf Jahre erhoben. Darin, dass diese Stichprobe nur alle fünf Jahre erhoben wird, liegt auch schon eines der wesentlichen Probleme dieses Eckregelsatzes begründet.

Die Festlegung, wie viel Prozent von diesen Verbrauchsgewohnheiten einem Bezieher von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II zustehen, wurde in einer closed-shop-orientierten Runde getroffen. Es gab von Anfang an Kritik daran, dass die prozentuale Festlegung, welcher Anteil bestimmter Güter jemandem denn nun zusteht – sind es 100 % des durchschnittlichen Verbrauchs an Lebensmitteln oder doch nur 95 %; sind es 80 % des Bedarfs an Schuhen oder 100 %? –, auch ein Stück weit der Willkür ausgesetzt war.

Manche Stimmen sagen sogar: Am Anfang stand die Summe von 345 € – diese Summe entspricht nämlich auch dem zum 1. Juli 2003 gültigen Regelsatz der Sozialhilfe –; man hat nach der zur Verfügung stehenden Summe den Bedarf der Betroffenen ausgerechnet.

Diesen Punkt haben wir, als wir sowohl im Land als auch im Bund mit in der Regierung waren, immer kritisiert. Über diese Summe haben wir mit dem Bundesministerium auch viel und trefflich gestritten. Letztendlich war es aber ein Beschluss des Großkoalitionärs, der gemeinsam mit dem Bundesrat und allen anderen festgelegt worden ist.

Wir haben uns dann auch hier in Nordrhein-Westfalen darauf verständigt – dieser Punkt wurde auch im Mai 2005 im Kabinett und immer wieder mit dem Bundesministerium diskutiert – und gesagt: Okay, jetzt haben wir diese Summe; sie liegt erst einmal fest. Im Zusammenhang mit der neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die für 2003 erfolgen soll und irgendwann im Laufe des Jahres 2005 vorliegt, müssen wir aber ein in manchen Punkten neues Verfahren finden.

Zum einen müssen wir nämlich über Folgendes reden: Wie kann man eine armutsfeste Festsetzung des Eckregelsatz so transparent gestalten, dass sie auch nachvollziehbar und nicht dem Willküraspekt ausgesetzt ist? Wie kann man die Herleitung der Prozentabschläge transparent machen?

Welche wesentlichen Verbrauchskosten sind durch das GKV-Modernisierungsgesetz hinzugekommen? Denn das ist erst auf den Weg gebracht worden, nachdem die 345 € schon feststanden.

Vor allen Dingen muss man die Frage stellen: Was ist mit dem Bereich „Kinder und Jugendliche“? Man kann nicht einfach sagen, ein Kind braucht 80 % des Bedarfs eines Erwachsenen. Spätestens seit PISA, aber auch aus anderen Zusammenhängen wissen wir, dass Kinder andere Bedarfe haben. Man kann auch nicht sagen, das Kind braucht kein Rasierwasser, und dafür bekommt es etwas anderes. So einfach geht das nicht. Wir haben uns schließlich darauf geeinigt, dass wir eigentlich eine eigene Bewertung für Kinder und Jugendliche benötigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Verständigung war damals, so früh wie möglich, spätestens zum 30. Juni 2006, eine Anpassung zustande zu bringen und damit eine Neuregelung zu bekommen.

Seitdem haben einige Regierungswechsel stattgefunden. Dadurch ist die Kontinuität nicht gewährleistet. Klar aber ist: Seit 2005 ist nicht nur eine Steigerung der Lebenshaltungskosten, sondern auch ein massiver Anstieg der Strom- und Heizkosten zu verzeichnen. Daraus resultieren mittlerweile eine Menge Insolvenzen. Darüber hinaus haben wir das aktuelle Problem der Mehrwertsteuererhöhung. 345 € sind damals als Existenzminimum festgelegt worden. Wegen der Kostensteigerungen seit 2005 besitzen jedoch 345 € heute nicht mehr die Kaufkraft von 2005.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielmehr entsprechen diese 345 € – darüber kann man streiten – vielleicht 333 € oder 320 €. Da gibt es die unterschiedlichsten Berechnungen; auf jeden Fall ist es weniger geworden.

Wenn für Schulmaterialien für ein Kind im Monat 1,60 € zur Verfügung stehen – das ist die Summe, die im Eckregelsatz dafür in Ansatz gebracht worden ist –, sind 3 % Mehrwertsteuer manchmal entscheidend, ob man noch ein Heft kaufen kann oder nicht. Auch für andere Bedarfe für Kinder sind 3 % eine ganze Menge. Für Kinderschuhe beispielsweise liegt der Betrag im Jahr bei knapp

50 €, obwohl bekannt ist, dass die Füße schneller wachsen, sodass ein paar Schuhe pro Jahr nicht reicht.

Der Antrag, den wir heute vorstellen, ist ein erster Antrag. Wir werden der Reihe nach mehrere Anträge zum Thema Regelsatz einbringen, zum Beispiel zum Eckregelsatz bei Kindern, für Kinderbedarfe und auch in Bezug auf die Energiekosten.

Mit dem aktuellen Antrag fordern wir lediglich, die erhöhte Mehrwertsteuer zu berücksichtigen. Jedem Bürger und jeder Bürgerin im Land leuchtet ein: Mit 345 € können die Menschen nicht mehr das Lebensnotwendige kaufen. Die 3 % müssen draufgelegt werden. Wir möchten gerne, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzt, den Regelsatz anzuheben.

Ich weiß, dass unsere zweite Forderung sehr umstritten ist: Wenn das Land es nicht schafft, die Regelsatzanhebung auf Bundesebene durchzusetzen, möchten wir, dass das Land einen eigenen Weg geht. Rechtlich ist das möglich. Ich weiß, dass noch nie ein Landesminister einen Weg alleine gehen wollte.

Wir schieben dem Minister ein Angebot über den Tisch: Herr Laumann, wenn Sie bereit sind, mit uns gemeinsam dafür zu streiten, die Mehrwertsteuererhöhung dem Regelsatz zuzuschlagen, streichen wir im Verfahren direkt die zweite Forderung. Sie müssen dann keinen NRW-spezifischen Weg gehen. Denn uns ist es lieber, gemeinsam mit allen Fraktionen im Bund dafür zu streiten, dass die Menschen wirklich das Existenzminimum bekommen und nicht unterhalb des Existenzminimums liegen und die Bedarfe für sich und ihre Kinder nicht abdecken können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Steffens. – Für die CDU-Fraktion erhält Kollege Wilp das Wort.

Josef Wilp (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nimmt die Mehrwertsteuererhöhung zum Anlass, eine Erhöhung der Regelsätze zur Grundsicherung im SGB XII und analog im SGB II zu fordern.

Ich will das Ergebnis der Beratung der CDU-Fraktion zu diesem Antrag gleich zu Beginn vorwegnehmen und erklären, dass wir dem Antrag nicht zustimmen werden.

Denn die Entscheidungen sind bereits getroffen. Die Gesetze und Verordnungen zum 1. Januar

2007 sind erlassen. So hat der Bundesgesetzgeber bereits am 2. Dezember 2006 mit dem „Gesetz zur Änderung des SGB XII und anderer Gesetze“ auftragsgemäß gehandelt. Mit Datum vom 19. Dezember 2006 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung die entsprechende Verordnung über die Regelsätze zur Sozialhilfe ab dem 1. Januar 2007 erlassen. Mit Datum vom 26. Januar 2007 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales schriftlich informiert. In dem Schreiben heißt es:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,
der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Änderung des SGB XII und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006 beschlossen, zukünftig – wie im SGB II – von einem bundeseinheitlichen Sozialhilferegelsatz auszugehen und damit die Differenzierung zwischen Ost und West aufzugeben.“

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Wilp, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Josef Wilp (CDU): Ich möchte zunächst das Zitat vortragen.

„Der Regelsatzbemessung auf Grundlage der neuen Bundesregelsatzverordnung liegen nunmehr die gesamtdeutschen Verbrauchsausgaben nach der sogenannten Einkommens – und Verbrauchsprobe (EVS) zugrunde.“

Aufgrund der geänderten Rechtslage musste die Landesregierung durch Verordnung die Regelsätze für Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 2007 neu festsetzen. Ausgehend von der bundesgesetzlichen Vorgabe wurde ein Regelsatz von 345 € festgelegt. Die Neufestsetzung hat damit in Nordrhein-Westfalen keine Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe zur Folge.

Ich bitte Sie, die beigelegten Abdrucke der Regelsatzverordnung den Mitgliedern des o. a. Ausschusses zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Josef Laumann“

Wie Sie dem Schreiben des Ministeriums entnehmen können, hat es durchaus eine Weiterentwicklung der Bemessung der Regelsätze zum 1. Januar 2007 gegeben. Wie wollen Sie sonst erklären, dass es 2007 zum ersten Mal einen gesamtdeutschen Regelsatz gibt, der in Ost und West die gleiche Höhe aufweist?

Der Bundestag hat sich durchaus auch mit dieser Thematik befasst, unter anderem mit einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. September 2006. Das können Sie in der Drucksache 16/2750 nachlesen.

Zu dem Änderungsvorschlag der Bundesregierung und dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat es am 16. Oktober eine öffentliche Anhörung gegeben. Dabei haben die Auswirkungen der Mehrwertsteuer durchaus zur Debatte gestanden. Es ist nicht so, als ob man das damals nicht bedacht und nicht bearbeitet hätte.

Ich weiß, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer jeden trifft, und das sicherlich in unterschiedlichem Maße. Da sind wir uns einig.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Zur Fairness gehört es aber auch, hinzuzufügen, dass der Mehrwertsteuersatz von 7 %, der für viele Konsumgüter gilt, nicht geändert worden ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Wir stellen zudem fest, dass sich die Mehrwertsteuererhöhung auch nicht überall hat durchsetzen lassen. Damit will ich die Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung nicht kleinreden, ich plädiere allerdings für eine adäquate Einordnung.

Ich weiß, dass man für eine bedarfsgerechte existenzsichernde Sozialhilfe unterschiedliche Parameter zugrunde legen und so zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann. Für die eine wie für die andere Bewertung lassen sich stichhaltige Gründe anführen. Mir scheint es in diesem Zusammenhang aber notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Ausgestaltung der Kriterien zur Ermittlung der Regelsätze von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden ist.

Als Datengrundlage für die Bestimmung des Mindestbedarfs ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, EVS, gewählt worden. Die Grundlage dieses Verfahrens wurde in der Regelsatzverordnung vom 3. Juni 2004 festgelegt. Darauf wird im Antrag Bezug genommen. Die EVS ist die größte Erhebung dieser Art innerhalb der Europäischen Union.

Dieses Verfahren, das muss man in diesem Zusammenhang auch sagen, ist mittlerweile durch höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts für zulässig erklärt worden. Dabei haben die Gerichte dem Bundesgesetzgeber eine weite Entscheidungsfreiheit auch insoweit eingeräumt, als die Sozialhilfe unter Berücksichtigung vorhan-

dener Mittel und anderer gleichrangiger Staatsaufgaben gewährt werden kann.

Wenn man den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam liest,

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

fragt man sich schon verwundert, warum Kritikpunkte der Wohlfahrtsverbände von 2004 aufgeführt werden. Das ist schon aufschlussreich.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das habe ich Ihnen doch gerade erklärt!)

Damals regierte im Bund und im Land Rot-Grün. Damals war diese Kritik nicht entscheidend. Jetzt diese Kritikpunkte für sich zu nutzen, trägt nicht zur Glaubwürdigkeit bei, es sei denn, man macht vorher deutlich, dass das frühere politische Handeln falsch war. Davon ist in dem Antrag aber nichts zu lesen.

Die als Alternative geforderte abweichende Änderung der Regelsatzhöhe als eigenen Sonderweg durch das Land NRW kann nur bei einer regionalen Besonderheit greifen. Da die Mehrwertsteuererhöhung bundesweit gilt und keine regionale Besonderheit darstellt – ich glaube, darüber sind wir uns alle einig –, ist dieser Weg nicht gestattet und nicht gerechtfertigt.

Auch aus diesem Grund ist eine Zustimmung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht möglich. Einer Überweisung des Antrags an die entsprechenden Ausschüsse stimmen wir zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Wilp. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Killewald das Wort.

Norbert Killewald (SPD): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wilp, ich möchte nur kurz auf eine Ihre Bemerkungen eingehen: Was die Bundesebene anbelangt, werden Sie in weiten Teilen Recht haben; aber klar ist, dass das Land laut Bundesgesetz auch eigene Vorstellungen durchsetzen kann.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Man muss sich natürlich darüber im Klaren sein, ob man das will. Aber Fakt ist: Das Land kann es. Die letzte Landesregierung – damit bin ich bei dem Punkt – hat die damalige ...

(Rudolf Henke [CDU]: Rechtlich! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat er

doch gesagt! – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

– Nein, ich habe gesagt: Die Landesregierung hat das Recht. Ich habe nicht gesagt, dass sie es tun muss.

(Zuruf von Josef Wilp [CDU])

Die letzte Landesregierung hat die damalige Bundesregierung in der politischen Diskussion um den Regelsatz – Frau Steffens hat es schon erläutert – kritisch begleitet; so kann man das, glaube ich, zusammenfassen. Die damaligen Vorstellungen des Landes konnten auf Bundesebene teilweise in nur geringem Maße umgesetzt werden. Ohne Frage: Das war eine rot-grüne Bundesregierung. Und ohne Frage wissen wir auch, welcher Teil der Bundesregierung im Sinne der Grünen eher hinderlich war.

In den Veränderungen, die zum neuen Jahr in Kraft getreten sind, wurde die Forderung nach mehr Transparenz bei der Weiterentwicklung der Regelsatzbemessung zu einem Teil berücksichtigt, aber nicht vollständig. Ob das im damaligen Sinne reicht, möchte ich hier und heute nicht beurteilen.

Wir werden die Diskussionen in den Ausschüssen dazu nutzen, die Nöte von Betroffenen in NRW in die politische Diskussion einzubringen.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Damit sind wir bei dem guten Recht des Landes und des Parlaments. Klar ist: Wir stehen weiter hinter dem Ursprungsgedanken der bedarfsgerechten pauschalierten Grundsicherung, die das Existenzminimum abdecken soll.

Klar ist auch, dass wir derzeit allein für analoge Größen zwischen SGB II und SGB XII zu haben sind.

Klar ist, dass wir bei unseren Entscheidungen hier im Land die Auswirkungen von möglichen Alternativen auf den Arbeitsmarkt und insbesondere auf den Niedriglohnsektor nicht außer Acht lassen werden. Das SGB XII isoliert zu betrachten, ist für uns nicht möglich.

Klar ist, dass wir uns den Anforderungen des § 28 SGB XII stellen, der den Ländern die Entscheidungen zubilligt. Dies bedeutet, dass wir um eine politische Behandlung hier im Landtag auf Dauer nicht herumkommen. Es reicht nicht aus, das in § 28 SGB XII beschriebene Recht der Landesregierung – das steht da so – ihr alleine zu überlassen. Als Parlament müssen wir irgendwann Farbe bekennen, auch wenn es unbequem

ist, die Diskussion zu führen, und auch wenn es unbequem ist, die abzusehenden Beschlüsse zu vertreten.

Deshalb stimmen wir der Überweisung in die Ausschüsse zu und werben dafür, in eine breite Diskussion einzutreten.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Dies sind wir unserer politischen Verantwortung für Nordrhein-Westfalen schuldig.

Meine Damen und Herren, wir können uns vorstellen, dass den Betroffenen und ihren Familien in unserem Land auch vonseiten des Landes geholfen werden kann. Deshalb sähen wir einem Vorgehen im breiten Konsens gerne entgegen. Nur so wären wirkliche Fortschritte im bundeseinheitlichen Verfahren – zum Beispiel bei der Berechnung – durchsetzbar.

Ein Ziel unseres Handelns könnte dabei sein, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeitnäher verordnet werden muss, will sagen, dass das Zeitfenster zwischen dem Grundlagenjahr der Berechnung auf der einen Seite und dem Umsetzungsjahr auf der anderen Seite mehr geschlossen werden sollte. Wenn wir das zusammen erreichen könnten, hätten wir viel geschafft.

Wir werden uns aber auch der Frage stellen, ob und inwieweit wir einen eigenen Weg bei den Regelsätzen in NRW gehen wollen. Dabei werden wir auch die Festsetzung in § 28 über die Anpassung nach dem Rentenwert berücksichtigen müssen. Und wir werden uns der Frage des Mehrbedarfs für Behinderte stellen. Wir sind aber auch zu weiteren Verbesserungen im Sinne der Betroffenen bereit.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer soll das bezahlen?)

Deshalb sind wir gespannt auf die Behandlung in den Ausschüssen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Killewald. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wilp hat für die Koalition schon die wichtigsten Punkte erwähnt. Ich möchte nur ganz Weniges hinzufügen:

Der Weg, dass NRW eigene Regelsätze beschließt, ist weder machbar noch sinnstiftend,

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

besonders wenn man berücksichtigt, dass NRW im Ländervergleich nicht das Bundesland mit den höchsten Kosten der Lebensführung ist.

Wir haben es eher mit einem Problem zu tun, das unsere Bundestagsfraktion auch schon damals bei der Neufestsetzung des Regelsatzes auf das bundeseinheitliche Niveau von 345 € festgestellt hat, nämlich dem Lohnabstandsgebot, das auf diese Weise bedroht ist. Denn Empfänger staatlichen Transfers stehen sich besser als Lohnempfänger im unteren Einkommensspektrum. Die Relationen müssen wir schon sehen.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Es gibt viele Bereiche, in denen in den letzten Jahren die realen Löhne gesunken statt gestiegen sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deshalb reden wir ja auch über Mindestlöhne!)

In einer solchen Zeit wäre es fatal, wenn wir einseitig die Regelsätze erhöhten.

Ich möchte ergänzend auch noch einmal auf die Gesamtleistung nach dem SGB II schauen. Pauschal werden in der Öffentlichkeit die 345 € Regelsatz als eine Summe dargestellt. Ausgegeben werden aber nach dem SGB II die Regelleistung, Aufwendungen für Unterkunft und Heizung bis 225 €, ein maximal befristeter Zuschlag von noch einmal 160 €, Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung. Das macht Gesamtleistungen in Höhe von 934 € aus, die so zusammenkommen. In dem Zusammenhang ist es wichtig, immer die Relation zu den Menschen nicht aus dem Auge zu verlieren, die ihr Geld durch Arbeit verdienen.

Das gilt besonders dann, wenn man in eine Familie hineinschaut: Die Summe an Leistungen für ein Ehepaar mit drei Kindern kann nach dem SGB II bis zu 2.439 € gehen. Ein alleinverdienender Altenpfleger mit einer Familie und drei Kindern zum Beispiel muss brutto 2.868 € nach Hause bringen, um überhaupt auf den Satz des SGB II zu kommen. Dabei ist seine Leistung durch die körperliche und psychische Beanspruchung in solch einem schweren Job noch gar nicht berücksichtigt. Es ist wichtig, dass wir das in der Diskussion nachhalten.

Mehrwertsteuerkritik hat grundsätzlich auch das schwarz-gelbe Bündnis aus NRW gehabt. Richtigerweise hat Herr Wilp aber auch darauf hingewiesen, dass trotz Mehrwertsteuererhöhung viele Dinge des alltäglichen Lebens nicht teurer gewor-

den sind. Völlig klar ist aber dennoch: Es trifft hauptsächlich die, die einkommensschwach sind.

Ferner ist es nicht sachgemäß, als wichtigen Faktor die Energiekosten ins Feld zu führen, denn die werden zu einem Großteil über die Zahlung der Heizkosten separat abgedeckt.

Außerdem sollte bedacht werden, dass sich die Mehrwertsteuererhöhung nicht erhöhend auf die Gehälter ausgewirkt hat, die Menschen in Lohn und Brot nach Hause bringen. Auch dort ist keine Anpassung vorgenommen worden. Ganz im Gegenteil wird in manchen Branchen über Arbeitszeitverlängerung bei gleichem Lohn diskutiert. Nicht alle haben so stolze Forderungen wie im Moment die Metaller. Das ist für den Ausgleich sicher auch wichtig.

Die Regelsatzerhöhung in NRW hätte auch große fiskalische Auswirkungen und wäre für die Konsolidierung ein schwerer Rückschlag. Deshalb hätte ich einen solchen Antrag gerne auch im Rahmen der Haushaltsberatungen gehabt, denn er ist haushaltswirksam. Einen solchen Antrag kurz nach Verabschiedung des Haushalts einzubringen, ist bestimmt auch nicht der ganz richtige Weg.

(Widerspruch von Barbara Steffens [GRÜNE])

– Ich weiß, Frau Steffens, das war nur Punkt 2. Sie können sich gerne wieder aufregen. Ich denke aber, so etwas gehört schon in die Haushaltsberatungen hinein.

Der Antrag ist im Übrigen nicht neu. Den hat Ihre Bundestagsfraktion schon in ähnlicher Weise gestellt. Eben haben Sie angekündigt, Sie wollten uns davon in nächster Zeit eine ganze Serie antun. Das hätte man sicherlich auch vorplanen können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Romberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Dr. Stefan Romberg (FDP): Nein, ich möchte gerne zu Ende ausführen, Herr Präsident. – Die FDP bevorzugt andere Instrumente, um die Situation der Betroffenen zu verbessern. Wir setzen uns zum Beispiel beim ALG II für eine Aufstockung des Zuverdienstes ein, weil wir die Anreize zur Aufnahme eines regulären Arbeitsverhältnisses verstärken wollen. Es ist wichtig, dass sich Leistung lohnt und eine Motivation besteht, wirklich wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

Die Grünen verlieren sich wieder einmal gerne in den Ausgaben des modernen Sozialstaats und haben eben nicht im Kopf, dass es nicht bloß um finanzielle Zuwendungen geht, sondern um die aktive Unterstützung von Menschen, um echte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Deshalb wäre es in diesem Zusammenhang natürlich wichtig, über solche Dinge zu reden, die dafür sorgen, dass in diesem Land mehr Arbeit vorhanden wäre: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, um neue Jobs entstehen zu lassen, Reduktion der staatlichen Ausgaben, um die Steuerlast nicht immer weiter zu erhöhen, sondern tendenziell zu senken.

Wichtig wäre es auch, die Vermittlungschancen von Langzeitarbeitslosen zu verbessern. In diesem konkreten Fall wäre es wichtig, sie zu ermutigen, sich neue Aufgaben zuzutrauen. Es wäre überdies wichtig, zu diskutieren, wie man dafür sorgt, dass Menschen erst gar nicht in die Lage kommen, von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben zu müssen.

Wir brauchen keine Strategien, damit Menschen in der Arbeitslosigkeit verharren. Die Folgen sind bekannt. Es geht eben nicht nur um eine finanzielle Absicherung. Es geht auch darum, sinnvolle Aufgaben für diese Menschen zu finden, und zwar nach Möglichkeit solche, die ohne staatliche Zuschüsse auskommen können. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Laumann, das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gar nicht vortragen, wie das Gesetz zustande gekommen ist und welche Bemessungsgrundlagen es gibt. Lassen Sie mich stattdessen ein paar Feststellungen treffen.

Die erste Feststellung ist: Ich kann mir einen Sonderweg Nordrhein-Westfalens in der Festsetzung der Höhe der Sozialhilfe nicht vorstellen, und zwar auch deswegen nicht, weil das SGB XII in dieser Frage ganz eng mit dem SGB II zusammenhängt. 95 % der Menschen, die Grundsicherung erhalten, erhalten diese Grundsicherung nach den Regelungen des SGB II. Ich setze in Klammern hinzu, dass es sich um die Hartz-Gesetze handelt. Wir sollten das Wort aber nicht mehr benutzen.

Nur noch der kleinere Teil erhält Sozialhilfe. Man hat festgelegt, dass jeder Mensch, der medizinisch in der Lage ist, wenigstens drei Stunden am Tag zu arbeiten, arbeitsfähig ist und keine Sozialhilfe mehr erhält, sondern Leistungen nach dem SGB II. Wie alle Länder hat auch Nordrhein-Westfalen in Bezug auf das SGB II nicht die Kompetenz zur Veränderung der Regelsätze.

Die alte Arbeitslosenhilfe war keine Bedürftigkeitsleistung, sondern hat sich noch an den letzten Löhnen orientiert. Als man sich seinerzeit auf Bundesebene entschieden hat, das SGB II zu schaffen und die bisherige Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe für arbeitsfähige Menschen und damit auch für deren Familienangehörige zusammenzulegen, ist in Wahrheit ein ganz neues Kapitel in der Frage der Grundsicherung in unserem Land aufgeschlagen worden. Es handelt sich dabei heute in starkem Maße um eine Bundesleistung. Das SGB II wird über den Bund finanziert. Diese Regelungen gelten für das Gros der Menschen. Dort gibt es den Regelsatz von 345 €. Auch bei der Sozialhilfe gilt der Satz von 345 €. Man muss beides zusammen sehen; denn beides sind Grundsicherungssysteme.

Der zweite Punkt ist: Die jetzige Bundesregierung hat mit der Großen Koalition in Berlin das geschafft, was die Grünen nie geschafft haben, Frau Steffens. Der Regelsatz für Ost- und Westdeutschland wurde nach 16 Jahren Wiedervereinigung endlich angepasst. Das ist mit Ihnen nie gelaufen. Das ist eine Leistung dieser Bundesregierung für die Menschen in den neuen Ländern.

Die Bemessungsgrundlagen für die Erstellung dieses Regelsatzes sind auch von der Großen Koalition verändert worden. Hätten wir einen unveränderten Regelsatz und eine unveränderte Bemessung des Regelsatzes behalten, hätten wir den Satz in Nordrhein-Westfalen um 6 € senken müssen.

Noch einmal: Man muss beides zusammen sehen. Es ist etwas passiert, und ich sehe die Möglichkeit eines Sonderweges nicht.

In der politischen Bewertung, die ich mir an dieser Stelle einmal erlaube, ist dies ein typischer Oppositionsantrag, der sich gut anhört, den man im praktischen Regierungshandeln aufgrund der Situation aber einfach nicht umsetzen kann.

Ich sage auch ganz eindeutig: Ich finde es richtig, dass wir uns im Landtag Sensibilität für die Lebensverhältnisse von Menschen bewahren, die von der Grundsicherung leben müssen, weil sie zurzeit keine Erwerbsarbeit finden.

Es gibt auch immer wieder Stimmen, die sagen, die Regelsätze seien zu hoch. Es ist noch gar nicht lange her, dass sogar einige wesentliche Herren aus Sozialverbänden diese Auffassung vertreten haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen ist nicht der Meinung, dass die Regelsätze zu hoch sind.

(Zuruf von der SPD: Den Mann gibt es auch nicht mehr!)

Wir sollten für einen Rechtsanspruch auf diese Grundsicherung eintreten. Die Menschen müssen sich nicht den ganzen Tag dafür entschuldigen, wenn sie diese Leistungen in Anspruch nehmen. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall von der CDU)

Es gibt einen weiteren Punkt, der mir stark durch den Kopf geht. Ich bin wie immer gerne bereit, darüber mit fachkundigen Kollegen aus Parlament und Ausschuss zu sprechen.

Es geht um die Frage, ob die Entscheidung 2003 richtig war. Der Entscheidung war eine lange Debatte vorausgegangen. Damals wurde der pauschale Satz von 296 € auf 345 € erhöht. Gleichzeitig haben wir den Sozialämtern und anderen behördlichen Stellen grundsätzlich die Möglichkeit genommen, einmalige Leistungen zu bezahlen. Sie wissen, dass dies früher möglich war. Man konnte zum Beispiel für die Kinderkommunion oder für die Einschulung etwas zahlen. Man hat damals quer durch alle Parteien und alle politischen Ebenen gesagt: Wir müssen pauschalisieren, damit die Verwaltung einfacher wird.

Ich war damals als Bundestagsabgeordneter schon sehr skeptisch, was die Pauschalen angeht. Natürlich sind sie einfacher. Die Wahrheit ist aber, dass man mit einer Pauschale nicht mehr die Möglichkeit hat, eine besondere Lebenssituation zu bedienen, die es auch in diesen Familien gibt.

Wir hatten im Sommer einen ganz konkreten Problembereich im Land, über den ich viel nachgedacht habe. Er hat mir wirklich wehgetan. Ich rede von der Tatsache, dass diejenigen, die Regelungen nach dem SGB II erhalten, von den 345 € auch die Schulbücher für ihre Kinder bezahlen müssen. In der Praxis haben wir erlebt, dass es das Bargeld, um die Schulbücher zu bezahlen, in vielen Familien einfach nicht gab.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist immer noch so!)

– Ja, das ist das Problem. Wenn wir einen etwas niedrigeren Regelsatz und zum Beispiel eine

Pauschale für Schulbücher hätten, könnten die öffentlichen Ämter darauf reagieren und die Schulbücher bezahlen, damit das Geld nicht vorher für etwas anderes ausgegeben werden kann.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Bei der Bundeswehr waren die auch umsonst!)

Das muss man einfach so sehen. Ich habe damals im Bundestag nicht gehört, dass die Grünen gegen die Pauschalen waren. Ich habe es nicht gehört. Ich bin gerne bereit, über die Frage, was das für die Verwaltung bedeutet, zu reden. Das kann man aber nur in beiden Regelungskreisen ändern, nicht nur in einem. 95 % der betroffenen Menschen sind im Regelungskreislauf des SGB II. Ich war immer dafür, zu sagen: Das ist eine bedürftigkeitsabhängige Leistung. Dabei muss man die Einzelfälle sehen. Dann könnte man auch passgenauer reagieren.

Mit dem Argument der Verwaltungsvereinfachung mithilfe der Pauschalen hat man dieses Instrument den örtlichen Stellen genommen. Meiner Meinung nach könnte man viele Probleme lösen, wenn wir einmal darüber nachdenken, ob dieser Weg, in Stein gemeißelt, für alle Zeiten bleibt. Ich mache hier bewusst keinen Vorschlag der Landesregierung, weil wir das nicht verordnen können. Das SGB II fällt nämlich unter die Bundesgesetzgebung.

Da die Lebenssituation von Familien sehr unterschiedlich ist, macht es meiner Meinung nach Sinn, in einer bestimmten Situation zu reagieren.

Jetzt könnte man sagen, dass die Menschen in der Grundsicherung wissen sollten, dass sie, wenn sie Schulbücher kaufen müssen, dafür Geld zurückzulegen haben. Das ist aber eine sehr theoretische Diskussion. Es ist nicht immer einfach, mit einem solchen Betrag Monat für Monat auszukommen.

Wenn man in eine Großstadt geht und zum Beispiel mittags eine Suppenküche besucht, dann könnte man sich auch fragen: Warum sind die Menschen da? Sie haben doch alle den Anspruch auf 345 €. Trotzdem kommen Menschen in Suppenküchen, weil sie an dem Tag nicht wissen, wovon sie sich Essen kaufen sollen, da sie einen Teil der 345 € für etwas anderes ausgegeben haben. Das ist die Lebensrealität.

Denken Sie vor diesem Hintergrund einmal über das Thema Schulbücher nach. Ich glaube schon, dass es Sinn machen würde, auf Einzelfälle und besondere Lebenssituationen stärker zu reagieren. Das wäre sicherlich menschlicher. Aber das kann auf einen solchen Regelsatz nicht „top-

drauf“ kommen, sondern muss in einen solchen Regelsatz eingearbeitet werden. Dann wäre das Geld für bestimmte Dinge in den Familien vorhanden, zum Beispiel für den Erwerb der unbedingt notwendigen Schulbücher. Da kann die Antwort nicht einfach lauten: Das müsst ihr erhöhen.

In diesem Land mit seinem föderalen Aufbau gibt es bestimmte Abmachungen, wer für was zuständig ist. Wir haben in den Ländern erhebliche Mittel über Steuern an den Bund abgegeben, damit der Bund die Grundsicherung für Arbeitssuchende finanzieren kann. Es war ja nicht so, dass der Bund dies draufgelegt hat; vielmehr hat das mit dem Bund-Länder-Finanzausgleich zu tun. Da können wir als Land nicht einfach eine neue Aufgabe anfangen.

Wir können im Landtag auch nicht einfach beschließen, die Sozialhilfe zu erhöhen. Das Land muss das ja nicht bezahlen. Das müssen dann unsere Kommunen bezahlen. Auch darüber sollten wir nachdenken. Für eine solche Politik bin ich nicht. Ich bin aber dafür, zu schauen, ob man das treffgenauer machen kann. Vor allem bin ich dafür, dass sich die politische Klasse ein Stück Sensibilität für die Menschen bewahrt, die eine Zeit lang von der Grundsicherung leben müssen.

Mir ist wichtig, dass vor allem Kinder, die in einem solchen Haushalt leben, eine Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, eine Schulbildung erhalten, damit sie die Voraussetzungen haben, später ein eigenständiges Leben führen zu können – das hat mit Bildung und Ausbildung zu tun – und nicht in diesen Problemkreis hineinzukommen.

Ich denke, da sind wir in unserem Menschenbild, das wir im Landtag und in den Parlamenten insgesamt vertreten, nicht weit auseinander. Ich bin gerne bereit, das zu tun, was wir vonseiten der Regierung tun können, und, wenn wir die eine oder andere Stellschraube haben, dies treffgenauer auszugestalten. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt hat noch einmal Frau Steffens um das Wort gebeten.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Wilp, wenn Sie sagen, dass es im Bund eine Erhöhung gibt, dann stimmt das insofern, als es die Veränderung für die Bezieher von SGB II und SGB XII in Ostdeutschland gibt. Für Ostdeutschland gibt es eine Erhöhung, für den Westen gibt es keine Erhö-

hung. Sie glauben, das wäre alles nicht problematisch.

Zur Begründung wird gesagt, die Lebenshaltungskosten seien gestiegen und wir hätten die Mehrwertsteuererhöhung. Gleichzeitig steht im Moment die Diätenerhöhung der Abgeordneten im Raum. Das, was den Abgeordneten an Erhöhung zusteht, sollte als Grundlage auch das sein, was Menschen, die Leistungen aus dem SGB II und SGB XII beziehen, zustehen muss, nämlich der Ausgleich für die erhöhten Lebenshaltungskosten und die erhöhte Mehrwertsteuer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn es das für SGB-II-Bezieher und SGB-XII-Bezieher nicht gibt, dann finde ich es falsch, wenn wir als Abgeordnete fordern, dass es das für uns geben soll. Ich bin also gegen eine Diätenerhöhung, wenn man nicht gleichzeitig sagt, dass das auch für die Menschen gelten muss.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist Quatsch, was Sie da sagen! Populismus!)

– Herr Laumann, das ist kein Populismus. Wenn man sagt, die Mehrwertsteuer schlägt zu Buche, dann schlägt sie nicht nur bei uns zu Buche, sondern sie schlägt bei jemandem, der nur 345 € bekommt, noch viel massiver zu Buche. Deshalb ist es verlogen zu sagen: Die eine Seite trifft es, die andere nicht.

Herr Laumann, Sie haben gesagt: die Schulbücher ja, aber nicht „top-drauf“. – Die Schulbücher haben diejenigen, die vorher Sozialhilfe bekommen haben, aber „top-drauf“ bekommen. Sie waren nicht im Regelsatz enthalten.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, im SGB XII bekommt man sie obendrauf. Das ist dieselbe Summe wie beim SGB II. Erklären Sie mir einmal, warum jemand, der 345 € Sozialhilfe bekommt, das Geld für die Schulbücher zusätzlich bekommt, aber derjenige, der 345 € Arbeitslosengeld erhält, kein Recht hat, das Geld zusätzlich zu bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist falsch, und es ist verlogen, zu fordern, das vom Regelsatz zu bezahlen. Das muss obendrauf. Ihre Schulministerin hat am Anfang verkündet, dass man das sofort regeln wird. Und man hat es nicht geregelt. Da sind Sie nach wie vor in der Bringschuld.

Es gibt etliche andere Beispiele, bei denen wir darüber reden können. Wir müssen dann insbesondere darüber reden, welche Bedarfe Kinder

haben. Es sind ja nicht nur die Schulbücher, es sind die Wachsmalstifte für den Unterricht, es sind die Zeichenblöcke. Es sind die Materialien, die von den Lehrern in der Schule gefordert werden, und zwar in höchster Qualität. Das ist mit 345 € beziehungsweise dem Kinderregelsatz von niemandem zu leisten.

(Minister Karl-Josef Laumann: Sagen Sie das Ihrer Bundestagsfraktion!)

Deswegen müssen wir auch hier darüber reden, weil es um Kinder und Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen geht. So, wie sich Ihr Ministerpräsident im Bund als Robin Hood aufspielt, kann er das in dem Punkt für die Kinder und die Bezieher von SGB II und SGB XII auch tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Herr Henke von der CDU-Fraktion hat sich noch zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Aber Sie müssen Ihre Redezeit nicht ausnutzen.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Ich melde mich nur, weil ich finde, dass die Herstellung des Zusammenhangs mit der Diätenerhöhung wirklich blanker Populismus ist.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

– Über welche Diätenerhöhungen auch immer diskutiert wird, sie basieren auf einer von uns in Gang gebrachten Kalkulation, die die Präsidentin des Landtags für vergangene Zeiten vornimmt. Das sind Ermittlungen, die auf Vergangenheitswerten basieren. Sie basieren auf Zahlen, die zu einem Zeitpunkt berechnet wurden, der weit vor der Wirksamkeit der Mehrwertsteuererhöhung zum 01.01.2007 liegt.

Insofern ist das Argument, dass eine derzeit von wem auch immer diskutierte – natürlich in allen Fraktionen diskutierte – Mehrwertsteuererhöhung in die Festsetzung der Diäten der Abgeordneten für das Jahr 2007 einfließen müsste, ein dieses Parlament schädigendes populistisches Argument. Es hat nichts mit der Realität zu tun,

(Beifall von der CDU)

weil diese Absicht von niemandem verfolgt wird und weil auch der ganze Mechanismus dem nicht entspricht.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

– Nein, Frau Steffens, ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie auf diese Art und Weise eine Verbindung herstellen, die bestimmte Vorurteile in der Bevölkerung bedient, und wenn Sie das so machen, obwohl Sie es besser wissen, hat man das Gefühl, dass sie diese Vorurteile explizit bedienen soll.

Ich teile die Meinung von Minister Laumann, dass es richtig ist, Sensibilität an den Tag zu legen. Ich sage Ihnen, dass ich seit meinen Studentenzeiten und meinem studentischem Engagement für BA-föG-Anpassungen immer der Meinung war, dass es eigentlich richtig wäre, wenn man sich dort in-dexorientiert möglichst nah an der Entwicklung tatsächlicher Kosten bewegte.

Aber selbst wenn man das macht, muss man, was die Mehrwertsteuererhöhung angeht, auch zugehen, dass wir derzeit alle noch ein bisschen im Zweifel darüber sind, welche Auswirkungen die Mehrwertsteuererhöhung tatsächlich auf das Preisniveau haben wird. Von Josef Wilp ist zum Beispiel der Hinweis gekommen, dass auf Lebensmittel 7 % Mehrwertsteuer gezahlt werden, es dort also keine Mehrwertsteuererhöhung gibt.

Vizepräsident Edgar Moron: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Rudolf Henke (CDU): Ja sicher.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Frau Steffens.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Henke, sind Sie sich darüber im Klaren, dass die Expertisen, die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, aber auch von anderen bezüglich der Regelsatzhöhe erstellt worden sind, genau dieselben rückwirkenden Faktoren, bezogen auf die Veränderungen der Preiskostenentwicklung und andere Aspekte in den letzten Jahren, beinhalten wie das, was für den Vorschlag zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten gilt?

Rudolf Henke (CDU): Nur: Sie haben beantragt, die Regelsatzhöhe wegen der Mehrwertsteuererhöhung anzupassen. Im Gegensatz zu dem, was Sie jetzt ins Feld führen, haben Sie in Ihrer Rede – wie ich jetzt zum dritten Mal sage – mit dem populistischen Bezug zu dieser Diätendebatte gerade diesen Zusammenhang noch einmal herzustellen versucht. Das finde ich nicht in Ordnung, und dagegen wehre ich mich, weil uns das in der Tat auch emotional in Misskredit bringt, den wir an dieser Stelle wirklich nicht verdienen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen finde ich es ganz normal, dass man dazu noch einmal Stellung nimmt, Frau Steffens. Diese Wirkung können Sie auch durch Ihre Zwischenfrage, die eine Behauptung sein sollte, nicht abmildern.

Ansonsten haben Josef Wilp, der Herr Minister und die anderen Redner der Koalition alles Entscheidende gesagt. Natürlich stimmen wir der Überweisung zu. Ich hoffe, dass wir dann dort eine kreative Debatte über die Frage führen, wie man den Menschen, die davon betroffen sind, gerecht wird.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Henke. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann schließe ich die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/3644** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie, Frauen und Integration**. Die abschließende Beratung wird im federführenden Ausschuss, also im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Sie sind jetzt ein kleiner Kreis, der das Privileg genießt, von mir zu erfahren, dass das **Plenum morgen um 11 Uhr** zu einer **Sondersitzung** einberufen wird. Ein entsprechender Antrag von zwei Fraktionen liegt vor. Sie bekommen noch eine schriftliche Einladung, auch unter Angabe des Beratungsgegenstandes. Das wissen Sie jetzt. Die anderen Kollegen wissen das noch nicht. Aber vielleicht habe ich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal die Gelegenheit, das zu erwähnen.

(Beifall von der SPD)

Wir kommen zu:

5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3641

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Innenminister Dr. Wolf zur Einbringung des Gesetzentwurfs das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Gesetzentwurf kurz begründen.

Zu Art. 1 – Änderung des § 33 Polizeigesetz –: Der neue § 33 ermächtigt die Polizei NRW, ihre Daten in gemeinsamen Dateien zu speichern. Anlass für diese Regelung ist die Antiterrordatei. Aufgrund der weltweiten Terroranschläge mit ihren fürchterlichen Folgen haben sich Bund und Länder dazu entschlossen, eine Datei zu schaffen, an der bundesweit alle Sicherheitsbehörden beteiligt sind. Die Datei soll einen beschleunigten Austausch von Daten ermöglichen, die für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus erforderlich sind. In Nordrhein-Westfalen sind der Verfassungsschutz und aufseiten der Polizei das Landeskriminalamt beteiligt.

Die rechtliche Grundlage für den bundesweiten Betrieb der Datei bildet das Antiterrordateigesetz des Bundes, das am 31.12.2006 in Kraft getreten ist. Dieses Bundesgesetz ist nach unserer Rechtsauffassung für die Teilnahme der Polizei NRW nicht ausreichend. Die Regelungsbefugnis für die Teilnahme der Polizei an der Antiterrordatei ist dem Landesgesetz vorbehalten.

Die notwendige Rechtsgrundlage wird nun mit der Einfügung eines neuen § 33 Abs. 6 Polizeigesetz geschaffen. Damit wird in Zukunft nicht nur wie bislang ein Datenfluss innerhalb der Polizei gewährleistet, sondern unter Beachtung des Trennungsgebotes wird auch der Weg für den erforderlichen Informationsaustausch aller Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus freigemacht.

Wir haben den Wortlaut der Norm des Verfassungsschutzgesetzes übernommen. Der dort maßgebliche § 13 war bereits Gegenstand der öffentlichen Anhörung zum neuen Verfassungsschutzgesetz. Inhaltlich haben sich also Haupt- und Innenausschuss bereits umfassend mit dieser Regelung befasst. Für die Polizei wollen wir daher eine vergleichbare Gesetzesgrundlage schaffen.

Im zweiten Teil des Gesetzentwurfs geht es darum, dass mit dem Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei die Rechtsgrundlage für die Umwandlung der bisherigen Polizeiführungsakademie in die Deutsche Hochschule der Polizei ge-

schaffen wurde. Der Lehrbetrieb soll mit der Einführung eines Masterstudienganges zum 1. Oktober 2007 aufgenommen werden.

In der Besoldung sind noch durch Bundesrecht Leistungsbezüge für Professorinnen und Professoren eingeführt worden. Es müssen nunmehr die Grundlagen geschaffen werden, diese auch an der Deutschen Hochschule der Polizei zahlen zu können. Die bisher im Landesbesoldungsgesetz normierte Ermächtigungsgrundlage reicht dafür nicht aus. Aufgrund des Artikels 55 unserer Landesverfassung, in dem das Ressortprinzip niedergelegt ist, bedarf es einer weiteren Verordnungsermächtigung, und zwar für das Innenministerium. Diese soll nun mit dem Gesetzgebungsvorhaben geschaffen werden.

Ich hoffe, ich habe ein wenig Redezeit eingespart, Herr Präsident. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Innenminister, Sie werden später einmal lobend erwähnt werden. Wir bedanken uns dafür.

Ich mache die anderen Redner dann auch gleich darauf aufmerksam: Wir haben die Redezeiten verkürzt. Sie entsprechen nicht mehr Block II, sondern jetzt Block I. Das sind fünf Minuten.

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch vor diesem kleinen erlauchten Kreis will ich bei diesem doch durchaus wichtigen Thema für die SPD-Fraktion vorwegnehmen, dass der weltweit operierende Terrorismus es erfordert, ein Höchstmaß an Kooperation der verschiedenen Behörden zu bewerkstelligen. Deshalb unterstützen wir natürlich das Gemeinsame-Dateien-Gesetz und das Antiterrordateigesetz des Bundes und meinen auch, dass NRW daran teilnehmen muss – aber, Herr Innenminister, eben nicht so, wie Sie es tun.

Wir sind ja erst einmal froh darüber, dass Sie uns überhaupt etwas vorgelegt haben. Ich will Sie gerne daran erinnern, dass wir Sie bereits Mitte August im Ausschuss gefragt haben, wie Sie sich das vorstellen. Gekommen ist gar nichts. Dann haben Sie in der Ausschusssitzung von Anfang September den Innenausschussmitgliedern erklärt, Sie würden sich über den Beschluss vom 4. September freuen. Außerdem haben Sie ge-

sagt: „Wichtig ist, dass wir zu einem beschleunigten Nachrichtenaustausch kommen.“ Das fanden wir super. Aber da wir unter „beschleunigt“ etwas anderes verstanden haben als Sie, haben wir uns nach zwei Monaten erlaubt, einmal nachzufragen, wie es denn bitte weitergeht. Im November haben wir unseren Antrag eingebracht, den wir morgen im Innenausschuss beraten, wenn die Plenarsitzung dem nicht entgegensteht, was wir ja noch sehen werden.

Aber um sich die letzte Peinlichkeit offensichtlich jetzt zu ersparen, bringen Sie mit Datum vom 30. Januar einen Gesetzentwurf ein – fast fünf Monate nach dem Beschluss, an dem Sie beteiligt waren. Sie schaffen es, eine gesetzliche Grundlage zu formulieren, die aus einem Satz besteht, aus 35 Worten, aus 281 Buchstaben, aus dem Verfassungsschutzgesetz abgeschrieben. Das verstehe ich nicht so recht. Wir verstehen auch nicht, warum Sie dafür fünf Monate gebraucht haben. Das ist eine beachtenswerte Leistung.

Wir wissen ja nicht, was Sie in den letzten vier Monaten im Rahmen dieser Tätigkeit so gemacht haben, aber herausgekommen ist so gut wie nichts. Denn das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten heben Sie hiermit auf. Durch Ihre Veränderung des Polizeigesetzes in § 33 beziehen Sie sich ausdrücklich auf § 13 des Verfassungsschutzgesetzes. Gerade in Bezug auf § 13 – das haben Sie gerade selber erwähnt – haben wir uns im letzten Jahr hier langatmig unterhalten, plenar und auch im Rahmen einer Anhörung. Viele Experten haben Ihnen gesagt, der Paragraph sei verfassungswidrig. Das nehmen Sie offensichtlich gar nicht ernst. Das interessiert Sie auch nicht.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Professor Gusy von der Uni Bielefeld, ein anerkannter Sachverständiger, hat gesagt: Sie müssen im Bereich der Formulierung „Vorschriften“ aufpassen. Nennen Sie es „gesetzliche Vorschriften“, sonst wird es verfassungsmäßig nicht haltbar sein! – Sie hat das nicht interessiert. Wir sehen da Nachbesserungsbedarf.

Gusy und andere Sachverständige haben Sie auch darauf hingewiesen, dass in sensiblen Bereichen diese dynamische Bezugnahme nicht möglich ist. Sie schreiben nämlich in § 13 wie auch jetzt in § 33: Wenn das in anderen Gesetzen steht, dann ist das schon in Ordnung, dann geben wir unsere Daten gerne preis. – Das wundert uns auch, denn Sie übernehmen das jetzt in § 33, obwohl Gusy Ihnen ausdrücklich gesagt hat, dass die Regelungen explizit benannt werden müssen.

Das scheint Sie auch diesmal wieder nicht zu interessieren.

Da wir das gemerkt haben, haben wir im Herbst zwei Anträge eingereicht, um Sie darauf aufmerksam zu machen. Das hat Sie erst recht nicht interessiert – vermutlich, weil sie von uns waren.

Dann haben Ihnen vor der Verabschiedung im Dezember Ihre eigenen Leute, Piltz, Hafke, Leutheusser-Schnarrenberger, Baum, alle gesagt: Herr Innenminister, tun Sie das doch bitte nicht, was Sie da tun! – Das hat Sie interessanterweise auch nicht interessiert. Sie haben es durchgezogen und im Dezember das Gesetz so verabschiedet.

Wer in § 13 Verfassungsschutzgesetz etwas Verfassungswidriges macht, braucht sich nicht zu wundern, wenn wir jetzt zu dem genau gleich gelagerten Wortlaut in § 33 Polizeigesetz sagen: Tut uns Leid, da werden wir wohl nicht mitmachen können. – Daneben wissen wir bis heute nicht, welche personellen Ressourcen erforderlich sind, welche Daten genau gesammelt werden sollen, welche Kosten entstehen, wie die gemeinsamen Daten verwaltet werden sollen und welche Daten Sie – ich erinnere an das Textfeld – überhaupt erfassen wollen.

Was wir aber heute interessanterweise genau wissen, ist, dass das, worauf Sie scharf gewesen sind, nämlich das Ausspähen von Daten auf Festplatten zu Hause, nicht möglich ist. Der Bundesgerichtshof hat Ihnen vor einer Woche ins Handbuch geschrieben: Das heimliche Schnüffeln ist nicht möglich. Es gibt keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage. – Ich rate Ihnen: Lesen Sie sich den Beschluss des Bundesgerichtshofs einmal durch! Das ist liberale Politik im Gegensatz zu dem, was Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen. Der Betroffene, so sagt der Bundesgerichtshof, muss sich wehren können. Sie geben diese Möglichkeiten nicht.

Ich gebe Ihnen außerdem zu bedenken: Lesen Sie sich die Seiten 84 bis 87 des Landesdatenschutzberichtes von Frau Sokol durch. Das ist sehr interessant. Vor allem sollten Sie sich vorher setzen; Sie würden nämlich ansonsten umfallen. Auch sie sagt: Der Innenminister schützt den Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht. – Da das, wie ich finde, für den einzigen liberalen Innenminister in Deutschland ein Stück aus dem Tollhaus ist – heute in der Nähe des Karnevals –,

(Beifall von der SPD)

sagen wir Ihnen deutlich: In Ihren Händen steht der liberale Rechtsstaat vor dem Ausverkauf.

(Beifall von der SPD)

Sie gefährden damit die Sicherheit dieses Landes. Sie gefährden sie aber nicht in Bezug auf das Terrorproblem, sondern Sicherheit bedeutet auch die Sicherheit der Rechtschaffenen, der Verfassungstreuen, der liberalen Menschen in diesem Land, die sagen: Ich möchte Regelungen haben, nach denen mich der Staat ausspioniert, mit denen ich mich wehren kann. Sie geben den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes diese Möglichkeit nicht. Deshalb werden wir, wenn Sie denn nicht nachbessern wollen, Ihre Regelung in § 33 ablehnen. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schittges das Wort.

Winfried Schittges (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die Anhörung hier nicht zelebrieren oder das Spötteln fortsetzen, das Herr Kollege Stotko hier betrieben hat. Mir geht es in erster Linie darum, deutlich zu machen, dass wir eine Ermächtigungsgrundlage schaffen wollen, die notwendig ist, weil die nordrhein-westfälischen Polizeibehörden sonst nicht in der Lage wären, sich an der Antiterrordatei zu beteiligen, die auf Bundesebene seit dem 31. Dezember 2006 in Kraft ist.

Ich mache darauf aufmerksam, dass § 13 des Verfassungsschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen als Formulierungsgrundlage dient. Das wissen Sie. Die Kritik, dass dadurch das Trennungsgebot des Grundgesetzes, wie Herr Stotko es gerade vortrug, zur Trennung der Befugnisse von Sicherheitsbehörden auf der einen Seite und von Behörden mit Vollzugsbefugnissen auf der anderen Seite verletzt wird, teile ich nicht. Aus der Anhörung wissen Sie auch, dass das die überwiegende Botschaft war, die uns vermittelt worden ist.

Ein solch eindeutiges Trennungsgebot ist so nicht zwingend in der Verfassung enthalten. Tatsächlich wäre ein solcher Verstoß nur dann gegeben, wenn eine organisatorische Zusammenlegung der Zentralstellen beispielsweise von Verfassungsschutz und Vollzugspolizeibehörde vorgenommen würde. Genau das ist hier nicht der Fall. Das wissen Sie.

Wir wollen die gemeinsame Nutzung von Dateien ermöglichen, um dem Staat endlich ein wirklich nützliches Werkzeug für die Bekämpfung des Terrorismus an die Hand zu geben. Eine solche ge-

meinsame Nutzung zugänglicher Dateien ist keine völlig neue Einrichtung. Ich nenne das Beispiel – das darf ich hier anführen – der gemeinsamen Nutzung des länderübergreifenden staatsanwalt-schaftlichen Verfahrensregisters.

Es geht also um informellen Austausch von Daten, die von verschiedenen Sicherheitsbehörden gesammelt werden, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Das ist nach meinem Verständnis der entscheidende Weg. Das ist Ihnen – wie ich glaube – auch aus der Diskussion des Innenausschusses vermittelbar.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Von daher macht es keinen Sinn, diese Daten grundsätzlich nur den Behörden zur Verfügung zu stellen, die sie auch gesammelt haben. So kann man der gewaltigen Herausforderung – auch das wissen Sie –, die der internationale Terrorismus unseren Behörden stellt, nicht wirksam begegnen. Es muss erlaubt sein, solche Informationen zwischen den Behörden auszutauschen, wenn dies geeignet ist, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu gewährleisten.

Die Grundlage hierfür hat der Bundestag mit dem Gemeinsame-Dateien-Gesetz geschaffen. Damit sich Nordrhein-Westfalen an diese gemeinsamen Dateien beteiligen kann, bedarf es der entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Denn nur gemeinsam – ich meine, das sagen zu dürfen – können Bund und Länder auf diese Art und Weise wirklich gegen die Gefahren des Terrorismus vorgehen. Wie wichtig die Sammlung von Informationen für eine solche Gefahrenabwehr ist, zeigen zahlreiche verhinderte Anschläge auf Flughäfen im Ausland oder Züge im Inland.

Wir wollen den Behörden mit dieser Ermächtigungsgrundlage auch nicht die Sammlung neuer Dateien ermöglichen; vielmehr soll die Nutzung bereits vorhandener Dateien effektiver gestaltet werden. Ziel der Datei ist es, weit im Vorfeld zu erkennen, ob das Verhalten einer Person üblicherweise dem eines potentiellen Attentäters ähnelt, um Lücken zu schließen, die traditionell durch die Gewaltenteilung in demokratischen Staaten entstehen können und eventuell bewirken, dass jemand von der einen Behörde verfolgt – das kennen Sie alle –, von der anderen aber geduldet oder sogar gefördert wird.

Meine Damen und Herren, ich habe vernommen, dass wir in der Redezeit trotz aller Fleißarbeit, die man geleistet hat, reduziert worden sind.

Ich gebe zu: Hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben. Aber wenn es stimmt, dass die

Anschläge des 11. Septembers 2001 möglicherweise hätten verhindert werden können, wenn die durchaus vorhandenen Informationen der verschiedenen Nachrichtendienste besser koordiniert worden wären, dann sollte uns das nachdenklich stimmen.

Deshalb ist es bis zum heutigen Tage in Deutschland – das wissen Sie alle – nicht zu Anschlägen von islamistischen Terroristen gekommen. Gott sei Dank! Ich gehe davon aus: Wir sagen das über die Grenzen der Fraktionen hinweg. Dass die Planungen und Vorbereitungshandlungen rechtzeitig aufgedeckt werden konnten, ist vor allem der professionellen und umsichtigen Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden zu danken.

Die Erfolge der Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen den Terrorismus sind auch eine Folge der offensichtlich guten Zusammenarbeit, Herr Kollege Stotko, im gemeinsamen Terrorismuszentrum in Berlin, das ja – das sage ich bewusst, und das wissen Sie auch –, noch unter der rot-grünen Bundesregierung geschaffen wurde. Radikalisierung und Rekrutierung müssen bereits im Vorfeld verhindert werden. Deshalb ist die Schaffung der Antiterrordatei meines Erachtens unerlässlich, wobei die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, wie ich glaube, gewahrt wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schittges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Abgeordnete Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jawohl, Herr Schittges, vom Grundsatz her stimme ich Ihnen sogar zu: Eine Antiterrordatei ist in diesem Land sicher notwendig. Die Frage ist nur, in welcher Form ein solcher Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden stattfindet. Da haben Sie es wieder an der notwendigen Klarheit mangeln lassen, und deswegen werden wir dieses Gesetz in dieser Form ablehnen. Denn die nötige Sensibilität in der Regelung des Umgangs damit, wie Daten zwischen Sicherheitsbehörden ausgetauscht werden, fehlt in diesem Gesetz.

Worum geht es beim Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden? – Auf der einen Seite haben wir den Verfassungsschutz und auf der anderen Seite die Polizeibehörden. Beide Behörden haben völlig unterschiedliche Rechtsgrundlagen, aufgrund derer sie Daten erheben: hier die Opportunität, dort das Legalitätsprinzip. Das heißt, dass

Daten nicht gleich Daten sind. Das Trennungsgebot steht einer einfachen Vermischung dieser Daten eindeutig entgegen.

Das Trennungsgebot hat zum einen die Aufgabe, diese beiden Bereiche verfassungsrechtlich auseinanderzuhalten, aber auch, diesen freien Datenaustausch aus Sicherheitsaspekten zu verhindern. Denn wenn eine Polizeibehörde ungeprüft Informationen vom Verfassungsschutz bekommen würde, könnte dies zu ganz gefährlichen Auswirkungen führen, weil dadurch unter Umständen Quellen aufgedeckt oder Hinweise darauf geliefert werden, woher diese Informationen stammen. Informanten könnten dadurch gefährdet werden. Einen einfachen Austausch kann es in diesem Rechtsstaat also nicht geben. Wenn wir einen Austausch regeln, dann muss klar sein, auf welcher Rechtsgrundlage dies passiert.

Aus diesem Grund haben wir uns immer für eine reine Indexdatei ausgesprochen. Das heißt, wenn eine Behörde bei der anderen Behörde abfragt und in diese Datei einen Begriff eingibt, wird es einen Treffer geben, und dann muss man weitere Daten mit der Behörde im Einzelnen abklären. Diese Auffassung hat auch Innenminister Wolf einmal vertreten. Er hat diese Auffassung dann in der Bund-Länder-Abstimmung leider nicht durchsetzen können. Wir haben keine Indexdatei, sondern eine Datei, die neben dem Index auch erweiterte Daten unter bestimmten Bedingungen enthält.

Wer darf nun einspeisen und unter welchen Bedingungen? Wir hatten – der Minister hat darauf hingewiesen – in der Tat eine ausführliche Debatte dazu beim Thema Verfassungsschutzgesetz; Kollege Stotko hat § 13 des Verfassungsschutzgesetzes erwähnt. Herr Minister, Sie scheinen alle diese Debatten völlig ignoriert und nicht eine Stellungnahme im Protokoll der Anhörung gelesen zu haben geschweige denn, dass Ihnen ein Mitarbeiter Ihres Hauses einmal erzählt hat, was bei dieser Anhörung diskutiert wurde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

§ 13 des Verfassungsschutzgesetzes wurde als verfassungsrechtlich problematisch dargestellt, weil die notwendige Klarheit in dieser Ankündigungsnorm nicht enthalten ist. Es wird auf den Datenaustausch abgehoben, der durch weitere landes- oder bundesrechtliche Vorschriften zu regeln wäre. Alle Sachverständigen haben gesagt, dass dieser Datenaustausch einen Grundrechtseingriff darstellt. Hier werden sehr sensible Daten ausgetauscht. Das kann man doch nicht auf der Grundlage von irgendwelchen Erlassen

und Verordnungen machen, sondern dafür muss es gesetzliche Regelungen geben. Natürlich haben wir mit der Antiterrordatei eine gesetzliche Grundlage. Warum schreiben Sie es dann nicht ins Gesetz? Stattdessen verweisen Sie auf landesrechtliche Erlasse. Aus welchen landesrechtlichen Erlassen heraus wollen Sie denn gemeinsame Dateien machen?

Es fehlt also an Klarheit. § 13 des Verfassungsschutzgesetzes wurde von allen Sachverständigen als hoch problematisch angesehen. Was machen Sie jedoch? – Sie schreiben den einfach ab und übernehmen ihn ins Polizeigesetz. Das muss man sich einmal vorstellen: Sie haben von den verfassungsrechtlichen Bedenken nichts aufgegriffen, sie komplett ignoriert und es versäumt, eine klare Trennung und hinreichende Bestimmungen in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Daran sieht man wieder einmal, wie wenig der Datenschutz und die rechtsstaatlichen Leitplanken, die solche Gesetze brauchen, für Sie von Interesse sind.

Ich bin ziemlich entsetzt darüber, dass solche Debatten bei Ihnen überhaupt nicht ankommen, dass Sie komplette Ignoranz gegenüber verfassungsrechtlichen Bedenken zum Ausdruck bringen und dass eine Fraktion im Landtag, die sich liberal nennt, diese bürgerrechtsfeindliche Politik mitträgt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Engel das Wort.

Horst Engel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die anhaltend hohe Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erfordert einen bestmöglichen Einsatz der Instrumente zur Gewinnung und zum Austausch von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Land. Ich erinnere an die Kofferbomber, die uns gezeigt haben – das ist erst wenige Monate her –, wie real die asymmetrische Bedrohung tatsächlich geworden ist. Ich erinnere aber auch an Gefährder, die tagtäglich viele Kräfte binden.

Bund und Länder haben die richtigen Schritte für eine neue Sicherheitsarchitektur unternommen: In Berlin haben wir das gemeinsame Terrorabwehrzentrum, unser Innenminister hat eine Sicherheitskonferenz in seinem Hause eingerichtet, beides unter Beachtung des Trennungsgebotes von Polizei und Verfassungsschutz.

Jetzt sage ich ganz explizit an Herrn Stotko und Frau Düker: Sie erinnern sich sicherlich an unsere Debatten zur neuen Sicherheitsarchitektur. Alle Fraktionen haben sich für eine bewertende Verknüpfung auf der oberen Netzwerkebene ausgesprochen. Was heißt das? – Wir wollten die alte Steinmeier-Runde im Bundeskanzleramt. Jeden Dienstag hat der damalige Kanzleramtschef Steinmeier seine Chefs der Dienste eingeladen. Dort hat man die „bewertende Verknüpfung“ auf dieser oberen Netzwerkebene mit zutiefst menschelnden Einflüssen vorgenommen. Dass das auf Dauer so nicht bleiben konnte, darüber waren wir uns einig. Deshalb haben wir in Berlin das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum. Jetzt schaffen wir durch die notwendige Ermächtigungsgrundlage die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Polizei Nordrhein-Westfalen mit diesem Instrument arbeiten kann, also auch einspeisen kann. Nicht mehr und nicht weniger!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der Polizeibehörden und der Nachrichtendienste des Bundes – also das Artikel-10-Gesetz – sowie der Länder und des Zollkriminalamtes enthalten eine Vielzahl von Vorschriften, die detailliert die Voraussetzungen regeln, unter denen personenbezogene Daten an andere Behörden übermittelt werden beziehungsweise übermittelt werden dürfen. Was hier kritisiert wurde, dass sich unser Innenminister in der IMK angeblich nicht durchsetzen konnte, Frau Düker, stimmt nicht. Wir haben nichts anderes als eine Indexdatei.

(Zurufe von Thomas Stotko [SPD] und Monika Düker [GRÜNE])

Bei der ersten Abfrage zu einer Person erscheint auf dem Bildschirm nur der entsprechende Treffer zu dieser Person. Weitere Daten können Sie erst bei der ausschreibenden Behörde abfragen, unter bestimmten eiligen Voraussetzungen auch sofort. Das ist ein Erfolg unseres Innenministers in der damaligen IMK. Es ist und bleibt eine Indexdatei. Erst auf weitere Rückfragen sind wir in der Lage, einen ganzen Lebenslauf von einem Gefährder oder einer Person, die im Interesse der Fahndung steht, zu bekommen. Das, was Sie unserem Innenminister in die Schuhe schieben, stimmt also nicht. Dieser Vorwurf ist sachlich nicht gerechtfertigt.

Da die Redezeit knapp ist, möchte ich Sie nun einladen, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie sich wieder abseits stellen wollen. Sie sagen doch: Es soll alles so bleiben, wie es ist; die alte Steinmeier-Runde hat funktioniert. – Aber das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin

haben Sie in Berlin und hier mitgetragen. Man muss dann auch den Leuten, die für den operativen Bereich zuständig sind, die entsprechenden Instrumente an die Hand geben, damit sie damit umgehen können. Die Debatte darüber, was sie dürfen und was nicht, haben wir bereits geführt.

Zum Schluss möchte ich der Vollständigkeit halber noch einen weiteren Aspekt in der Vorlage ansprechen. Es wird ja auch noch das Landesbesoldungsgesetz im Zusammenhang mit der Aufwertung der Polizeiführungsakademie in Münster zur Polizeihochschule geändert. Nach dem Prinzip der Ressortzuständigkeit braucht man eine Verordnung – das machen wir; wir schaffen die Rechtsgrundlage –, damit der Innenminister, der die Fachaufsicht bezüglich Besoldung, Einstufung und Berufung von Professorinnen und Professoren ausübt, die entsprechende Rechtsgrundlage hat.

Ich lade Sie noch einmal ein, diesen Weg mitzugehen. Herr Stotko und Frau Düker, Sie kennen ja die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts. Frau Düker hat ja den Unterschied noch einmal herausgearbeitet: Legalitätsprinzip und Opportunitätsprinzip. Es kann doch nicht anders sein – deshalb war die Entscheidung des BGH für uns überhaupt keine Überraschung –:

Die Polizei darf überhaupt nur auf der Basis einer Ermächtigungsgrundlage arbeiten. Das, was da beabsichtigt war, dass das BKA ohne Rechtsgrundlage tätig werden soll, haben wir in NRW nicht. Wir haben nämlich eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen. Deshalb wäre ich sehr, sehr vorsichtig – wie Sie das machen, auch was Pressemitteilungen angeht –, das 1:1 auf NRW zu übertragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Minister Dr. Wolf das Wort. Bitte.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man hatte kurzzeitig die Hoffnung, dass die Opposition vielleicht auch sachlich mitarbeiten könnte, aber diese Hoffnung hat sich in Luft aufgelöst.

(Thomas Stotko [SPD]: Bei guten Vorschlägen können wir das immer!)

Ich möchte die nette Polemik nur noch ein bisschen gerade rücken: Frau Düker, Ihnen gestehe ich zu, Sie sind nicht in der Bundesregierung und

müssen um Aufmerksamkeit kämpfen. Aber wenn die SPD, die mit der CDU im Bund die Antiterror-datei geschaffen hat, das Ganze jetzt auf Landes-ebene verhindern will, ist das schon klasse.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

– Wir beachten selbstverständlich – Herr Stotko, Lautstärke ersetzt nicht Richtigkeit; Sie brauchen sich nicht aufzuplustern – das Trennungsgebot.

Und, Achtung – das gilt für beide, da haben Sie sich auch so schön aufgestellt –: Die dynamische Verweisung, die Sie gerade großartig angeprangert haben, haben Sie, Rot-Grün, in § 9 des Landesdatenschutzgesetzes geschaffen. Sie ist zulässig, wenn Bundes- oder Landesvorschriften das näher regeln. Das haben Sie alles selbst beschlossen. Dieses Mittel ist zulässig, von daher geht Ihre Idee fehl.

Herr Kollege Engel hat zu Recht gesagt, dass wir insgesamt einen Erfolg erzielt haben, weil es eine Indexdatei gibt. Ich würde Sie gerne, Frau Düker, gelegentlich dazu bringen, sich das anzuschauen. Es ist ganz leicht herauszufinden, dass es eine Indexdatei gibt. Das heißt, dass wir zunächst nur eine kurze Meldung bekommen und dann rückfragen müssen. Das ist genau das, was wir gewollt haben.

Herr Stotko, der Ausflug auf die BGH-Entscheidung ist völlig daneben. Die Entscheidung richtet sich auf polizeiliche Tätigkeiten im Rahmen der Repression und sagt: Da muss es ein Gesetz geben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ein gutes Gesetz, aber kein schludriges Gesetz!)

Wenn wir über das Verfassungsschutzgesetz sprechen, dann haben wir genau dieses Gesetz geschaffen, das die Rechtsgrundlage dafür bildet. Wir haben auch gesagt, dass wir das derzeit für die Polizei nicht zwingend benötigen, sodass es um die Frage des Verfassungsschutzes geht. Und wir haben auch, Herr Stotko – als Erste in der Bundesrepublik –, eine gesetzliche Grundlage. Der BGH hat nämlich gerade nicht gesagt, dass es unzulässig ist, das zu tun. Er hat nur gesagt, es bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Die haben wir geschaffen.

Was die Information an Betroffene angeht: Auch dieser Notwendigkeit haben wir Rechnung getragen. Dieser liberale Innenminister – das betonen Sie immer so gerne – und die Koalition aus CDU und FDP haben natürlich dafür Sorge getragen, dass Betroffene vorbildlich informiert werden, soweit nicht – diese Einschränkung muss man im-

mer machen – im Einzelfall gewisse Gründe dagegenstehen.

Das Ganze wäre ohne große Aufregung zu erledigen. Wir müssen etwas nachvollziehen, was auf der Bundesebene beschlossen worden ist, wo wir am Ende mit der Antiterror-datei etwas haben, was wir alle wollen, was wir brauchen, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/3641** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Hinweis geben, den der Kollege schon gegeben hat, dass das Plenum für morgen, Donnerstag, den 8. Februar 2007, 11 Uhr, zu einer Sondersitzung einberufen wird. Die schriftliche Einladung wird den Damen und Herren Abgeordneten unter Angabe des Beratungsgegenstandes unverzüglich zugehen.

Wir kommen zu:

6 Fragestunde

Drucksache 14/3649

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 101

der Abgeordneten Sylvia Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Waldschäden nach Kyrill – Wie hilft die Landesregierung?

Inzwischen ist an vielen Stellen in Nordrhein-Westfalen das ganze Ausmaß der durch den Orkan Kyrill verursachten Schäden im Wald sichtbar geworden. Entgegen ersten Erwartungen haben viele kommunale und private Waldbesitzer große Probleme, geeignete Abnehmer für das Sturmholz zu finden. Erreichbare Nasslagerplätze sind kaum vorhanden. Sollte das Holz nicht verwertet oder nass gelagert werden können, droht – abgesehen

vom wirtschaftlichen Verlust für Stadt und Privatbesitzer – eine Borkenkäferplage mit nachhaltigen weiteren Schäden für den Waldbestand.

Wie hilft die Landesregierung ganz konkret bei Waldschäden nach Kyrill?

Ich bitte Herrn Minister Uhlenberg um Beantwortung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Orkan Kyrill war der schwerste Sturm, den wir je in nordrhein-westfälischen Wäldern hatten. Er hat großen Schaden angerichtet.

Ich möchte nur einige Fakten nennen: Es geht um 12 Millionen Festmeter Holz, die in den Wäldern liegen, es geht um 50.000 ha Kahlfläche, es geht insgesamt um 25 Millionen Bäume, die in Nordrhein-Westfalen umgefallen sind. Die Hälfte des deutschen Waldschadens haben wir in Nordrhein-Westfalen. Der Landesbetrieb hat aktuelle Satellitenbilder angefordert, um diesen Schaden insgesamt darstellen zu können.

Erschreckend ist der Eindruck insgesamt in dieser Region. Ich kann nur allen, die noch nicht dort gewesen sind – das sind viele –, den Rat geben, in diese Region zu fahren und sich das konkret anzusehen. Es ist im Hinblick auf die Arbeiten, die jetzt anstehen, auch eine gefährliche Situation für Waldbauern und Waldarbeiter, wenn die Aufräumarbeit beginnt. Ich habe viele Gespräche vor Ort geführt. Dort herrscht große Betroffenheit. Nach dem ersten Schock müssen wir aber einen kühlen Kopf und Umsicht bewahren, und deswegen habe ich auch den Erkundungsflug durchgeführt.

Ich kann Ihnen mitteilen: Die Landesregierung und die Landesforstbehörden handeln. Die Wunden in der Landschaft sind tief. Sie zu heilen, ist Arbeit für viele, viele Jahre, und es ist Auftrag für harte Arbeit, die vor uns liegt.

Viele Familien zwischen Warstein und Burbach, Balve und Bestwig haben große Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz, wie wir es sonst bei großen Hochwassern am Rhein oder Krisenmeldungen aus dem Ruhrgebiet kennen. Man kann das durchaus mit anderen Vorkommnissen in anderen Regionen vergleichen.

Die Sturmfolgen verdienen die Aufmerksamkeit und Solidarität des ganzen Landes und konsequentes politisches Handeln. Damit wurde – der

Innenminister hat darüber berichtet – noch in der Sturmnacht begonnen. Das Umweltministerium hat mit dem Krisenmanagement für den Forst unverzüglich am Morgen nach dem Sturm Kyrill begonnen.

Sieben Punkte sind aktuell bedeutsam; ich bitte um Verständnis, dass ich mich auf die Kernaufgaben konzentriere, die wir gemacht haben. Ich habe einen sehr langen Redetext bekommen, den ich Ihnen aber nicht komplett vortragen möchte. Es gibt sicherlich auch im Ausschuss noch Gelegenheit dazu. Ich habe allerdings auch keine Probleme, das in der gesamten Breite darzustellen.

Erstens. Die Führung der strategischen Aufgaben und die regionale Koordinierung aller Maßnahmen sind seit heute direkt beim Leiter der Landesforstverwaltung, Dr. Franz-Lambert Eisele, gebündelt. Wir haben festgestellt, dass wir insbesondere im Hinblick auf die Frage der Holzvermarktung dringend eine Bündelung der Maßnahmen brauchen.

Zweitens. Der Krisen- und Arbeitsstab Forst Südwestfalen bindet unter Leitung von Dr. Eisele den Landesbetrieb, die Forstamtsleiter aus der Region Südwestfalen, Vertreter der Waldbesitzer und wichtige Mitarbeiter des Umwelt- und Forstministeriums für eng abgestimmte Entscheidungen zusammen und setzt sich für eine realistische Sicht und zügige Umsetzung ein. – Ich bin jetzt oft in Südwestfalen. Ich werde jeden Montagmorgen an dieser Krisenbesprechung in Arnsberg teilnehmen und werde mir dann auch immer ein konkretes Bild von der jeweils neuen Situation machen.

Drittens. Die Gespräche mit Großabnehmern für Holz werden in den kommenden Tagen unter direkter Mitwirkung der Führungsebene des Umweltministeriums geführt, und wir wollen zügige Abschlüsse erreichen.

Viertens. Zur Umsetzung von unerlässlichen Eilmaßnahmen in der Region wird ein Forstsonderfonds Südwestfalen eingerichtet, um die Maßnahmen, die dort auf den Weg gebracht werden, unkompliziert umzusetzen und damit auch zu finanzieren. Das nützt der Region. Wir wollen wichtige Orte und Wege für den Tourismus wieder erreichbar machen. Was dort ansteht, hat auch eine wirtschaftliche Dimension insbesondere im Zusammenhang mit Tourismus. Deswegen muss dort schnell geholfen werden.

Fünftens. Mit den südwestfälischen Landräten werde ich in den kommenden Tagen auch darüber beraten, wie Ministerium, Landesforstverwaltung und Kreise die nächsten Schritte effizient ab-

stimmen, die auch besonders im Blick auf Freizeit und Fremdenverkehr geboten erscheinen.

Sechstens. Das Informations- und Kommunikationszentrum in Arnsberg setzt seine erfolgreiche Arbeit als Anlaufpunkt für die ca. 30.000 betroffenen Waldbesitzer für die Logistik und als Eckstein der satellitengestützten Rettungskette bei Nörfällen fort.

Siebtens. Das Kreditsonderprogramm, das wir mit der NRW-Bank vereinbart haben, greift. Hier gibt es Kredite für 2,8 % und für Junglandwirte für 2,65 %. Das Gesamtkreditvolumen liegt bei 40 Millionen €, aber wir bieten auch Landesbürgschaften an, zum Beispiel für die Anlage von Lagerplätzen. Ich möchte mich beim Wirtschaftsministerium für die rasche Abstimmung sehr herzlich bedanken.

Erwähnen möchte ich auch die Initiativen des privaten Waldbesitzes. Vertreter von forstwirtschaftlichen Vereinigungen und der westfälisch-lippische Landwirtschaftsverband haben eine GmbH zur Holzvermarktung gegründet.

Weitere Stichworte zu unseren Sofortmaßnahmen, die ich, auch wenn ich sie neulich schon genannt habe, jetzt noch einmal erwähnen möchte, weil sie mir sonst sagen, ich hätte sie vergessen:

Das Waldbetretungsverbot ist im Hinblick auf die großen Gefahren, die es dort gibt, sehr wichtig. Dies soll aber vor Ort jeweils von den Forstämtern entschieden werden.

Zur Sturmholzaufarbeitung werden Schulungen der Landesforstverwaltung kostenlos angeboten.

Der Landesbetrieb setzt verstärkt Personal in den Hauptschadensgebieten ein. Es geht um eine sinnvolle Transportsteuerung. Eine große Zahl von zusätzlichen Lkws ist zu aktivieren. Natürlich geht es auch um eine intensive Information mit den Waldbesitzerverbänden.

Mein Dank gilt dem Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, der einen sinnvollen Erlass vom 26. Januar, der uns sehr hilft, herausgegeben hat. Zum Beispiel wird das Sonn- und Feiertagsverbot aufgehoben, und Nutzlasten von 44 Tonnen dürfen jetzt gefahren werden. Andere Bundesländer machen weitgehend mit. Es sind noch nicht alle; wir arbeiten daran.

Ein unbürokratischer Zugang von ausländischen Spezialisten ist auf den Weg gebracht worden, gerade im Zusammenhang mit der Sonntagsarbeit.

Es muss in der nächsten Zeit um weitere Hilfen gehen. Der Bund ist noch nicht überzeugt, dass die Kyrill-Schäden eine Einstufung als nationale Katastrophe erlauben. Meine gegenteilige Auffassung habe ich dem zuständigen Bundesministerium mitgeteilt. Hier ist der konkrete Kontakt zum Bundeslandwirtschaftsministerium aufgenommen worden. Es soll geprüft werden, den Förderplafonds innerhalb der GAK durch ein Sonderprogramm Kyrill zu erhöhen. Dabei stellt sich auch die Frage nach Mitteln aus dem EU-Solidaritätsfonds.

Ich möchte mich auch beim nordrhein-westfälischen Finanzminister sehr herzlich bedanken. Er hat klargestellt, dass Finanzämter Einzelentscheidungen für betroffene Betriebe bei der Einkommensteuer treffen können, was für diese Betriebe einen sehr entscheidenden Punkt darstellt. Es geht um Stundungsanträge oder um die Herabsetzung der Vorauszahlungen. Ein Ziel ist unter anderem, die steuerrechtlichen Teile des Forstschädenausgleichsgesetzes ins Einkommensteuerrecht als befristete Sonderregelung für Nordrhein-Westfalen anzuwenden. Dann brauchen wir kein formelles Forstschädenausgleichsgesetz.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die forstliche Förderung haben wir natürlich verstärkt. Die Holzmärkte in Deutschland sind – und das unterscheidet uns bei diesem Vorfall von anderen Vorgängen – grundsätzlich aufnahmefähig, weil in der letzten Zeit schon Holz fehlte. Das ist eine gute Chance, um ökonomische Lasten auch einigermaßen zu verkraften.

Die Förderung von Nasslagerplätzen hängt davon ab, wie sich der Holzabsatz in nächster Zeit gestaltet. Eine festmeterbezogene Förderung für die Einlagerung machen wir nicht, sonst drohen entsprechende Mitnahmeeffekte.

Bei den Sturmfolgen aus ökologischer Sicht muss die gesamte Palette berücksichtigt werden. Es geht hinterher natürlich auch um die zentrale Frage, ob die Mittel im Jahre 2008 für den Wald- und Neuaufbau in Südwestfalen ausreichen. Wir wollen hier mit Verpflichtungsermächtigungen Wiederaufforstungen und Wegebau auf den Weg bringen. Wir wollen auch europäische Mittel nutzen. Ich darf daran erinnern, dass es Ziel-2-Mittel gibt, die wir dann auch gezielt in Nordrhein-Westfalen einsetzen möchten.

Meine Damen und Herren, es geht dann natürlich auch um die Frage, wie der Wald der Zukunft aussieht. Das möchte ich aus Zeitgründen nicht vertiefen, weil wir im Moment sehr konkrete Maß-

nahmen zu diskutieren und sie schon auf den Weg gebracht haben, damit wir das Größte in den Griff bekommen und das Schlimmste verhindern können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für eine Frage hat sich Frau Watermann-Krass gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Watermann-Krass (SPD): Danke, Herr Uhlenberg, für Ihre Ausführungen. Ich hätte angesichts des großen Waldschadens, den wir zurzeit erkennbar haben, von Ihnen aber doch gern noch genauere, konkretere Zahlen.

Der Geldbetrag, der verwandt wird, um das Holz auf Nasslagerplätzen zu lagern, wird in Fachkreisen durchaus pro Festmeter berechnet. Wir können aber nicht im Frühjahr sagen, wir hätten damals – also jetzt – mehr einrichten müssen, dann wäre der volkswirtschaftliche Schaden nicht in dieser Größenordnung aufgetreten. – Deswegen habe ich die Bitte, dass Sie noch einmal konkret darstellen, welche Menge an Holz, das jetzt angefallen ist, nach Ihrer Einschätzung im Lager aufgefangan werden kann. Welche Größenordnung halten Sie da für realistisch?

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte, Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete, ich habe die Zahl am Anfang genannt, was wir insgesamt an Waldschäden haben, dass wir im Moment von einer Größenordnung von 10 Millionen bis 12 Millionen Festmetern ausgehen. Ich hoffe natürlich, dass ein Großteil in der nächsten Zeit zügig abfließt. Von daher ist eine enge Kooperation mit den – auch internationalen – Sägewerkern notwendig, die wir natürlich auf den Weg gebracht haben; da gibt es auch ganz konkrete Zusagen.

Aber ich gehe davon aus, dass ca. ein Viertel dieser Menge in der Region verbleiben sollte, damit die Sägewerker in der Region, die das Holz im Sauerland traditionell gesägt haben, auch in Zukunft, in zwei oder drei Jahren, noch ausreichend Holz haben. Es gibt natürlich die Sorge der regionalen Sägewerker – das sind kleinere und mittelständische Firmen –, dass dann nicht mehr genügend Holz vorhanden ist. Deswegen gehe ich im Moment davon aus, dass ca. ein Viertel oder ein Fünftel – das hängt davon ab, wie das Holz verkauft werden kann – in der Region bleibt, damit es

den Sägewerkern dort auch in den nächsten Jahren noch zur Verfügung steht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Zu einer Frage hat sich Frau Abgeordnete Löhrmann gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Auch von mir erst einmal herzlichen Dank, Herr Minister, für Ihre Antwort. Wenn Sie noch eine ausführlichere Antwort haben, wäre es vielleicht sinnvoll, jeder Fraktion eine Kopie davon zur Verfügung zu stellen.

Hintergrund meiner Frage war eine geordnete Besichtigung am Wuppertaler Ehrenberg; das Bergische Land ist auch relativ stark betroffen. Dort ist mir das Problem geschildert worden, dass die Landesregierung die Absatzmöglichkeit in Kooperation mit anderen Bundesländern, wo die Schäden nicht so groß sind, nicht gut genug steuern würde. Konkret darauf bezogen meine Nachfrage: Wie steuern Sie Staatsforst, kommunalen Forst und Privatforst hinsichtlich der Absetzbarkeit des geschädigten Holzes in Kooperation mit den anderen Bundesländern?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete, wir haben in Nordrhein-Westfalen die Einheitsforstverwaltung, die traditionell die Aufgabe hat, das Holz aus dem Privatwald – zwei Drittel des Waldes in Nordrhein-Westfalen sind Privatwald, der Rest ist Staatswald und Körperschaftswald – zu vermarkten. Von daher ist es für die Landesforstverwaltung keine neue Herausforderung, das Holz an den Markt zu bringen. Die Einheitsforstverwaltung bietet eigentlich die Gewähr dafür, das Holz aus allen drei Besitzarten zu vermarkten. Das geschieht zum Teil durch die Forstämter vor Ort. Es gibt teilweise traditionelle, langjährige, erfolgreiche Verbindungen zwischen den Forstämtern vor Ort und ihren Sägewerkern; manche arbeiten schon immer zusammen.

Aber die Menge Holz, die uns jetzt in Nordrhein-Westfalen sozusagen vor die Füße gefallen ist, übersteigt natürlich weit das, was wir bis jetzt in solchen Zusammenhängen hatten. Deswegen haben wir in Arnsberg die zentrale Stelle für Kommunikation und Koordination eingerichtet, wo gerade die Kontakte in andere Bundesländer und zu internationalen Sägewerkern hergestellt werden, die wir dringend brauchen, damit der Holz-

absatz floriert und damit es nicht zu einem Abfall der Holzpreise kommt. Wir wollen den Holzpreis stabilisieren, weil die Waldbauern und auch die kommunalen Waldbesitzer sonst doppelte Probleme hätten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Zu einer weiteren Frage hat sich Herr Abgeordneter Rimmel gemeldet. Bitte.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in der Presse angekündigt, in einem Programm 8 Millionen € für die Waldbesitzer und Waldbesitzerinnen zur Verfügung zu stellen. Bei einem vergleichbaren Ereignis in Baden-Württemberg hat die dortige Landesregierung damals 50 Millionen € bereitgestellt. Würden Sie da Parallelen und zusätzlichen Bedarf sehen? Woher kommt das Geld, und wofür soll es verwandt werden?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Rimmel, das, was Sie gerade zitiert haben, steht in der Pressemitteilung von Herrn Dierdorf vom BDF. Ich habe das auch gerade gelesen. Im Grunde stellen wir in Nordrhein-Westfalen die gleiche Menge zur Verfügung. Die Holzmenge bei dem damaligen Sturm in Baden-Württemberg war doppelt so hoch wie die bei uns heute.

Wir stellen diese 8 Millionen € jetzt aus dem Landesbetrieb zur Verfügung, um erste Maßnahmen zu finanzieren. Wir haben direkt 2 Millionen € zur Verfügung gestellt, um günstige Kredite finanzieren zu können. Ich habe die günstigen Zinssätze eben genannt. Das umfasst 10 Millionen €. Bedingt durch die 2 Millionen € Zinsverbilligung ist der besondere Kredit von 40 Millionen € möglich geworden, der quasi schon zur Hälfte abgelaufen ist; davon wird richtig Gebrauch gemacht. Rechnet man noch die Bürgschaften dazu, wird schon jetzt ein höherer Betrag zur Verfügung gestellt, als das in Baden-Württemberg seinerzeit der Fall war.

Dass Baden-Württemberg finanzkräftiger ist als Nordrhein-Westfalen, brauche ich, glaube ich, an dieser Stelle nicht weiter zu erwähnen. Dort wird nämlich schon viele Jahre eine Finanzpolitik gemacht, wie sie jetzt auch in Nordrhein-Westfalen erfolgt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt Herr Stüttgen von der SPD-Fraktion. Bitte.

Gerd Stüttgen (SPD): Herr Minister, mir ist bekannt, dass für die Besetzung des Callcenters in Arnsberg ehemalige Schreibkräfte der Landesforstverwaltung, die sich bereits im Ruhestand befunden haben, im Rahmen eines Zeitvertrages reaktiviert worden sind. Ich stelle in diesem Zusammenhang die Frage, ob an die Einstellung weiteren Personals gedacht ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das war eine richtige Entscheidung, die dort getroffen worden ist. Wir konnten dankenswerterweise auf zwei Damen zurückgreifen, die dort gearbeitet hatten, die gerade pensioniert worden waren, die das Umfeld sehr gut kennen, die sehr viele Waldbauern gut kennen. Ich bin da gewesen, habe mit den Damen gesprochen, zahlreiche Anrufe miterlebt, die zeigen, dass die Einrichtung dieses Callcenters richtig war, und auch miterlebt, wie geschickt die Damen aufgrund ihrer besonderen Kompetenz mit den Waldbauern umgegangen sind. Das war eine richtige Entscheidung.

Wir werden – ich habe das eben schon gesagt, Herr Abgeordneter – in der Region verstärkt Personal aus dem Fundus, den wir im Landesbetrieb haben, einsetzen. Wir sind aber zum Beispiel auch bereit, den Vertrag von jemandem, der gerade seine Ausbildung absolviert hat, auf Wunsch bis Ende dieses Jahres zu verlängern. Von daher steht uns natürlich das entsprechende Personal zur Verfügung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kaiser von der CDU-Fraktion hat die nächste Frage.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Bericht. Auch aus Sicht vieler Betroffener möchte ich Ihnen sehr dafür danken, dass so unverzüglich umfangreiche Hilfe angeboten worden ist.

An uns als örtliche Abgeordnete wird von vielen Waldeigentümern die Sorge in Bezug auf die Preisstabilität herangetragen. Können Sie noch einmal kurz etwas dazu sagen, wie in der gegenwärtigen Situation, die natürlich durch Unsicherheit und Nervosität bei den Betroffenen gekenn-

zeichnet ist, eine Preisstabilität aus Ihrer Sicht am günstigsten zu erreichen ist?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Vielen Dank für diese Frage, Herr Abgeordneter Kaiser. – In der Tat belastet die Frage der Preisstabilität die Waldbauern; denn sie haben die verständliche Sorge, dass die großen Mengen des in Südwestfalen angefallenen Holzes zu einem Preisverfall beitragen könnten.

Mit den Maßnahmen, die wir als Landesregierung auf den Weg gebracht haben – insbesondere durch die Konzentration des Absatzes sowie durch die Verbindungen zu anderen Bundesländern und zu internationalen Sägewerkern, die wir aufgenommen haben –, möchten wir dazu beitragen, dass es nicht zu einem Preisverfall kommt. Das ist ganz wichtig.

Wichtig ist auch, dass die Holzverkäufe möglichst mit der jeweiligen Organisation, in der die Waldbauern zusammengeschlossen sind, verabredet werden, damit es nicht zu Panikverkäufen unter Preis kommt. Hier braucht man auch eine gewisse Solidarität der Waldbauern untereinander. Das ist der beste Weg, um einen Preisverfall zu verhindern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für eine zweite Frage hat sich Frau Abgeordnete Löhrmann gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, der Presse war zu entnehmen, dass Sie Personal des Landesbetriebes aus anderen Landesteilen in die besonders betroffenen Regionen abordnen wollen. In diesem Zusammenhang interessiert mich, aus welchen Regionen dieses Personal kommt, in denen es als entbehrlich gilt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete Löhrmann, richtig ist, dass wir überall in Nordrhein-Westfalen Holzschäden haben. In Südwestfalen sind sie allerdings in einer besonderen Konzentration aufgetreten. Es melden sich aber auch Mitarbeiter aus anderen Forstämtern in Nordrhein-Westfalen, die bereit sind, jetzt nach Südwestfalen zu gehen.

Wir brauchen dort in der nächsten Zeit insbesondere Waldarbeiter, die die Arbeit im Wald fachkundig durchführen. Dafür benötigen wir ein kompetentes und besonders geschultes Personal. Nach den mir vorliegenden Informationen melden sich auch genügend Waldarbeiter für die südwestfälische Region.

Wichtig ist, dass sie auch entsprechend ausgestattet werden. Ich habe den Wunsch an die Verantwortlichen gerichtet, dass auch Dienstwagen zur Verfügung gestellt werden und dass die Waldarbeiter für ihren Arbeitseinsatz in Bezug auf ihre Arbeitskleidung und alles, was dazu gehört, optimal ausgestattet werden.

Sie müssen dort nämlich eine äußerst gefährliche Arbeit verrichten. Ich habe große Sorge, dass es im Zusammenhang mit den jetzt beginnenden Aufräumarbeiten auch zu Personenschäden kommen wird. In diesem Zusammenhang gibt es Erfahrungswerte aus Baden-Württemberg. Ich möchte diese Zahlen jetzt nicht nennen. Sie sind sehr bedrohlich.

Deswegen lege ich nicht nur Wert darauf, dass zusätzliches Personal aus dem Landesbetrieb zur Verfügung gestellt wird – das ist auf den Weg gebracht –, sondern insbesondere auch darauf, dass dieses Personal sicherheitstechnisch auch entsprechend ausgestattet ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Abgeordnete Kleff hat sich zu einer Frage gemeldet.

Hubert Kleff (CDU): Herr Minister Uhlenberg, Sie haben eben das Kreditprogramm von 40 Millionen € vorgestellt. Ferner haben Sie gesagt, dass notfalls Bürgschaften übernommen werden. Sie haben erwähnt, dass es sich um 30.000 Privatwaldbesitzer handelt.

Für mich stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob sichergestellt ist, dass diese 30.000 Waldbesitzer oder diejenigen, die diese Programme in Anspruch nehmen müssen oder wollen, möglichst unbürokratisch Zugriff darauf haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Kleff, die Bürgschaftsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich bewährt. Man muss berücksichtigen, dass auch

nicht alle 30.000 Waldbesitzer hier eine Bürgerschaft beantragen werden.

Es gibt also Erfahrungen, wie man mit Bürgschaften umgeht. Die Hausbanken sind darüber informiert. Dort wird das entsprechend umgesetzt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für seine zweite und letzte Frage hat sich Herr Rimmel gemeldet.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident. – Wenn man mit Verantwortlichen und Fachleuten vor Ort spricht, stellt sich sehr schnell heraus, dass der Transport das zentrale Problem ist. Lassen Sie mich das einmal in Zahlen illustrieren. Man hat mir gesagt: Für diese Menge bräuchten wir rund 1.000 LKWs pro Tag. Wir haben aber nur ungefähr 100 LKWs pro Tag.

Es geht also nicht nur darum, dass der Markt diese Holzmenge vielleicht nicht aufnimmt, sondern auch um die Entfernung. Um die Schadengebiete herum werden die Holzpreise nämlich möglicherweise durch entsprechende Tendenzen bei den Sägewerkern untereinander sinken, während in anderen Regionen durchaus ein Markt vorhanden ist. Weil die notwendigen LKWs offensichtlich nirgendwo aufzutreiben sind, kann das Holz aber nicht transportiert werden.

Was unternimmt die Landesregierung, um gegebenenfalls zusätzliche Transportkapazitäten anzuwerben? Ergänzend frage ich Sie: Gibt es Überlegungen, die Bundeswehr zu bitten oder gegebenenfalls auf Container zurückzugreifen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Rimmel, im Rahmen der Holzverkaufsaktion wollen wir ja Holz direkt aus der Region an Unternehmen verkaufen, die selbst LKWs einsetzen.

Das Grundproblem haben Sie völlig richtig geschildert. Es gibt ein LKW-Defizit. Harvester gibt es genügend; dieses Problem ist gelöst. Das Holz kann also in der nächsten Zeit aufgearbeitet werden. Es bestehen aber Defizite in Bezug auf die LKWs. Dagegen unternehmen wir Folgendes:

Erstens diskutieren wir mit den Sägewerkern, die Holz kaufen, jetzt die Frage, ob von ihnen auch LKWs zur Verfügung gestellt werden können.

Zweitens sind wir mit anderen Bundesländern beziehungsweise mit anderen Landesforstverwaltungen im Gespräch, um zu erreichen, dass sie LKWs zur Verfügung stellen.

Drittens haben wir ein satellitengestütztes Programm auf den Weg gebracht. Das Problem besteht ja nicht nur darin, dass zu wenig LKWs vorhanden sind, sondern auch darin, dass die Fahrer die Holzlagerplätze in den südwestfälischen Wäldern möglicherweise gar nicht finden. Wenn die LKWs mit diesem satellitengestützten Programm ausgerüstet sind, können sie schon einmal nicht fehlgeleitet werden.

Im Moment haben wir in der Tat noch nicht genügend LKWs zur Verfügung. Wir arbeiten aber sehr zügig an der Beseitigung dieses Defizits.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für eine dritte und letzte Frage hat sich Frau Löhrmann gemeldet. Bitte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, ich will noch einmal auf die besonders umstrittene, sensible Frage der Forstreform zurückkommen, weil auch mir in den Gesprächen vor Ort sehr deutlich gemacht worden ist: kein Verständnis für das Festhalten an dem Zeitplan. Trifft es zu, dass Sie angesichts der Folgen von Kyrill nun doch die Forstreform oder Teile der Reform, um es brückenbauend zu formulieren, auf den 1. Januar 2008 verschieben wollen? Das wäre eine sehr schöne Nachricht in dieser Fragestunde.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Abgeordnete Löhrmann, die Frage der Forstreform wird eigentlich immer nur im Plenum diskutiert und wenig vor Ort. Ich bin sehr viel in Südwestfalen gewesen und nicht einmal auf die Forstreform angesprochen worden. Das ist ein Instrument der politischen Auseinandersetzung und hat mit den Problemen, die wir zurzeit in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen haben, nichts zu tun.

Frau Abgeordnete, die Forstreform, über die wir pausenlos reden, ist noch nicht beschlossen worden. Sie wissen genau, der Landtag hat neulich eine Anhörung durchgeführt, die zurzeit ausgewertet wird. Dann wird sich das Kabinett damit befassen und die Forstreform auf den Weg bringen. Das wird in den nächsten Wochen geschehen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der Aufarbeitung der Waldschäden in

Nordrhein-Westfalen und einer Verschiebung der Forstreform.

Das heißt, die Landesregierung wird an ihrer Forstreform in Nordrhein-Westfalen festhalten. Die Forstreform trägt in Zukunft dazu bei, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Forstverwaltung haben, die nicht geschwächt wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesforstverwaltung können flexibel eingesetzt werden. Es ist sicherlich richtig, Frau Abgeordnete Löhrmann, dass wir gerade in den Kernbereichen, zum Beispiel im Sauerland, die Revierförster nicht umsetzen. Das ist völlig klar, weil sie sich vor Ort besonders gut auskennen. Aber das ist eine Maßnahme, die mit oder ohne Forstreform geschieht. Die Forstreform ist eine für die Landesforstverwaltung sinnvolle Entscheidung. Deswegen setzen wir sie um.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Fragen. Damit ist die Mündliche Anfrage 101 erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 102

der Abgeordneten Frau Gödecke von der SPD-Fraktion – stellvertretend für sie stellt Frau Kollegin Schäfer die Frage – auf:

Wie viele neue Lehrerstellen werden in 2007 tatsächlich eingerichtet?

Ausweislich des Haushalts (Einzelplan 05, Seite 4 und Seite 132) werden in 2007 insgesamt 916 neue Lehrerstellen geschaffen. Im Erläuterungsband für den Einzelplan 05 findet sich auf Seite 104 hierzu die folgende Aufstellung:

„Neue Stellen	+ 1.000
Abgang kw-Realisierung	
Vorgriffsstellen:	– 500
Bleiben:	+ 500
zuzüglich Offene Ganztagschule	
im Primarbereich:	+ 416
insgesamt	+ 916“

Bei der Vorstellung der Eckpunkte des Arbeitsprogramms für 2007 verwies Ministerpräsident Jürgen Rüttgers am 17. Januar 2007 darauf, dass in 2007 insgesamt 1.300 neue Lehrerstellen geschaffen werden. In der anschließenden Berichterstattung haben viele Zeitungen diese Zahl aufgegriffen.

Während der abschließenden Haushaltsdebatte am 24. Januar 2007 verwies Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ebenfalls auf diese

1.300 neuen Lehrerstellen. Seinen Ausführungen zufolge sollen 900 neue Lehrerstellen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und 400 neue Stellen zum Ausbau des Ganztagschulwesens in 2007 geschaffen werden (Plenarprotokoll 14/49, Seite 5553).

Auch während des 1. Bildungspolitischen Symposiums, das am 3. Februar 2007 in Essen stattfand, hat der Ministerpräsident die Zahl 1.300 wiederholt.

Anhand des Einzelplanes des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sowie des entsprechenden Erläuterungsbandes sind zwar die 416 Stellen für den Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule, nicht aber die erwähnten sonstigen 900 neuen Stellen nachvollziehbar, sodass in der Folge auch die Zahl 1.300 mit den erwähnten Haushaltsunterlagen nicht belegt werden kann.

Wie erklärt sich die Differenz zwischen den Aussagen des Ministerpräsidenten und den im Haushalt 2007 ausgewiesenen Zahlen?

Ich bitte Frau Ministerin Sommer um Beantwortung. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Schäfer,

(Zuruf von der SPD: Wo ist der Vorsitzende?)

aus Ihrer Frage entnehme ich, dass Sie Auskunft über die 900 zusätzlichen Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung bekommen wollen. Ich nehme aber im Hintergrund wahr, dass es Ihnen wahrscheinlich im Kern darum geht, ob der jährliche Stellenzuwachs von 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung um 500 Stellen reduziert werden muss.

Meine Damen und Herren von der SPD, diese Diskussion haben wir, wie Sie wissen, schon oft geführt. Ich möchte deshalb klarstellen und wiederholen, was der Ministerpräsident in den Beratungen zur dritten Lesung des Haushalts 2007 zu den zusätzlichen Lehrerstellen ausgeführt hat:

„Deshalb setzen wir konsequent die Schulreform um: mit Sprachtests für Vierjährige ab dem Frühjahr, mit zusätzlichen Lehrerstellen auch in diesem Jahr, 900 – vielleicht noch ein paar mehr – für die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und rund 400 zum weiteren Ausbau des Ganztagschulwesens, ...“

Von diesen neuen Stellen wollen wir mindestens 900 zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls einsetzen. Hinzu kommen noch Stellen für Schulpsychologen, die wir vor dem Hintergrund der Ereignisse in Emsdetten dringend benötigen. Es bleibt also bei einem Zuwachs von 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung sowie 416 Stellen für den Ganzttag. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine Frage von Frau Doppmeier. Bitte.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Ministerin, meine Frage zielt darauf ab, dass meiner Erinnerung nach im alten Haushalt der rot-grünen Landesregierung 2.000 Stellen mit kw-Vermerken versehen worden waren. Ist es richtig, dass sich unter diesen 2.000 Stellen auch 250 Stellen für Sozialpädagogen an Hauptschulen befanden? Wenn das so ist: Was bedeutete das für diese Pädagogen, und wie sind Sie damit umgegangen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herzlichen Dank für diese Frage, Frau Doppmeier. Es ist in der Tat richtig, wir sind gleich nach dem Regierungswechsel mit diesen Problemen konfrontiert worden. Die Hauptschulen haben sehr dafür votiert, diese Stellen zu behalten, und die Personen waren in Sorge, weil sie nur einen befristeten Vertrag hatten. Diesen befristeten Vertrag haben wir jetzt entfristet. Wir haben – das ist sicherlich ein Erfolg – diese 250 Stellen fest im System der Hauptschule. Das ergänzt unsere Initiative für die Hauptschule und wird dort sicherlich sehr wirksam. – Danke.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Abgeordneter Link mit einer Frage. Bitte.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ob das an den Hauptschulen sehr erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Wenn die aktuellen Anmeldezahlen vorliegen, werden wir schlauer sein, ob das, was Sie an Personal und Geld hineinstecken, von den Eltern auch in Form von Anmeldungen gewürdigt wird. Ich habe meine Zweifel.

Meine Frage schließt sich an die von Frau Gödecke an. Sie haben gerade dargestellt, dass knapp 1.300 Lehrerstellen neu geschaffen werden. Inso-

fern ist die Aussage des Ministerpräsidenten bestätigt. Im Haushalt findet sich auf Seite 104, wie das auch in der Fragestellung dargestellt ist, eine Aufstellung, bei der es um 916 Stellen geht. Können Sie mir darstellen, wie der Unterschied zustande kommt beziehungsweise mir einmal erklären – Stichwort: Haushaltswahrheit und -klarheit –, wie ich das als Abgeordneter aus dem Haushalt entnehmen soll?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das mache ich gerne, Herr Link. Erlauben Sie mir, weil Sie Ihrer Frage eine Aussage vorangestellt haben, zunächst einmal auf diese einzugehen: Es ist im Augenblick nicht wichtig, auf Anmeldezahlen in der Zukunft zu schießen. Es ist wichtig, dass wir etwas für die jetzigen Schülerinnen und Schüler im System tun; das ist die Zielsetzung.

(Beifall von der CDU)

Ich habe eben dargelegt, dass der Ministerpräsident sowohl von 900 als auch von 400 Stellen gesprochen hat. 900 Stellen sind gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung und 400 Stellen für den Ausbau des Ganztagschulwesens. Das war jeweils abgerundet. Es sind in der Tat 1000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und 416 Stellen für den Ganzttag. Das sind in der Summe 1.416 Stellen.

Der Ministerpräsident hat in seinen Angaben berechnet, dass wir eben auch Schulpsychologen einstellen wollen. Die Notwendigkeit dafür zeigt Emsdetten. Wir waren uns alle einig, etwas zu tun. Deswegen kam er auf einen geringeren Wert. Wir gehen auch bei den Vorgriffstellen nicht von zwei verschiedenen Töpfen aus. Das ist immer unsere Diskussion gewesen, die an den verschiedensten Stellen immer wieder aufflackert.

Weil Sie eine Vorlage gemacht haben, will ich die Gelegenheit nutzen,

(Heiterkeit von Manfred Kuhmichel [CDU])

deutlich zu sagen, wie wir die Vorgriffstellen sehen. Es ist in der Tat so, dass 2.000 Vorgriffstellen von Ihnen geplant waren, jedoch als kw-Stellen. Wir haben im Haushalt keine Tabelle gefunden, in der ausgeführt werden konnte, dass Sie diese 2.000 Stellen nicht zum 1. August 2006 auslaufen lassen wollten. Das heißt, 2.000 Stellen wären dann weg gewesen.

Weil diese Stellen mit wichtigen Maßnahmen belegt waren, haben wir uns entschlossen, sie nicht als Block aus dem Haushalt zu nehmen, sondern sie sukzessive abzubauen. Das geschieht jetzt mit einer weiteren Tranche von 500 Lehrerstellen. Wir haben im letzten Jahr auch mit 500 Stellen angefangen. Aber ich bitte sehr darum zu differenzieren, dass das zwei verschiedene Schubladen sind.

Wir möchten an dieser Stelle deutlich sagen, dass wir die Maßnahmen, die auf diesen Stellen liegen, durchaus weiterführen. Sicher ist es richtig, dass diese Stellen abgebaut werden. Insofern kommen wir letztlich auf 916 Stellen. Auch das belegt der Haushalt. Das kann man auf Seite 104 des Erläuterungsbandes nachlesen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Abgeordnete Kastner, bitte.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Ministerin, vielleicht ist es meiner Erkältung geschuldet, aber habe ich es richtig verstanden, dass es für die Behauptung der Opposition, sie hätte diese ominösen 2.000 kw-Stellen, von denen immer die Rede ist, todsicher wieder eingeführt, keinerlei Beweise gibt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Kastner, ich habe eben schon ausgeführt, dass wir dafür keine Beweise finden. Das sage ich noch einmal sehr deutlich. Das ist in keiner – auch keiner mittelfristigen – Planung enthalten. Natürlich ist es einfach, nachher zu sagen: Wir hätten das auch getan. – Ich könnte an dieser Stelle sagen: Wäre mein Pferd eine Katze, könnte es den Baum hochkriechen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Hollstein, bitte.

Jürgen Hollstein (CDU): Frau Ministerin, es ist immer wieder die Rede von den Vorgriffstellen und den möglicherweise wegfallenden kw-Stellen. Mir ist nicht so ganz klar, ob das eigentlich eine Erfindung unserer neuen Landesregierung ist. Oder ist das eine Sache, die schon über mehrere Jahre im System steckt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das ist keine neue Erfindung. Ich habe gerade davon berichtet, dass 2.000 Stellen – das ist eine Menge – im Haushalt der vorherigen Landesregierung einen kw-Vermerk hatten. Das ist eine große Schwierigkeit. Diese Stellen wollten wir nicht en bloc abarbeiten, sondern wir haben vor, sie sukzessive abzubauen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Frau Abgeordnete Beer, bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, ich würde gerne von den Spekulationen wieder zu dem zurückkommen, was berechnet worden ist und was Sie gerade dankenswerter Weise vorgerechnet haben. Sie sind auf der Grundlage der Seite 104 im Einzelplan 05 auch zu dem Ergebnis gekommen, dass 916 die richtige Zahl ist, weil nämlich in der Tat 500 kw-Stellen wegfallen. Das heißt, die Angaben 1.300 und 916 sind nicht identisch miteinander. Es bleibt also die Diskrepanz in der Darstellung. Der Ministerpräsident hat die falsche Zahl genannt. Ist das richtig so?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Beer, ich will ja nun nicht sagen, man muss besonders gut rechnen können,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau!)

aber es ist sicherlich wichtig, zwischen Brutto- und Nettozahlen zu unterscheiden.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Bruttolehrer! Das ist ja etwas ganz Neues!)

– Ich würde das gerne beenden, wenn Sie erlauben.

Es ist so, dass man im Haushalt sehr gut nachlesen kann – das werden Sie auch getan haben –, dass diese 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung enthalten sind. Es sind ebenso 416 Stellen für den Ganzttag enthalten. Das ergibt summa summarum 1.416 Stellen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben eben besprochen, dass wir aus einem ganz anderen Bereich kw-Stellen abbauen müssen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Weg ist weg!)

– Weg ist weg. Das war ja das Problem, dass Sie als Regierung hatten. Als Sie noch an der Regierung waren, haben Sie die Stellen kw-gestellt, Frau Beer.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Nochmals: Ich lasse mich auf keine Diskussion mit Ihnen ein über „hätte, hätte“. Das kann man nachher leicht sagen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist jetzt Ihre Baustelle!)

– Wissen Sie, mein Problem dabei ist, Frau Beer, dass Sie natürlich eine relativ simple Rechenaufgabe lösen können. Aber im Grunde genommen ist das gemeint, was Frau Kastner und Frau Doppmeier gefragt haben:

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Was steckt dahinter? – Ich muss Ihnen sagen, dass die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, diese Stellen aufzufangen, umgesetzt worden sind. Nennen Sie mir eine Maßnahme, die weggefallen ist, die auf diesen Vorgriffstellen lag!

Insofern ist eine zusätzliche Kraftanstrengung der Landesregierung gelaufen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Abgeordneter Bollenbach, bitte.

Chris Bollenbach (CDU): Frau Ministerin Sommer, trifft es zu, dass Sie dafür gesorgt haben, dass die 250 Sozialpädagoginnen- und Sozialpädagogenstellen entfristet worden sind?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich danke Ihnen, dass Sie glauben, ich hätte das getan. Aber das hat die Landesregierung getan. Es ist so. Eben habe ich schon auf die Bedeutung der 250 Stellen hingewiesen. Ich habe aber in der Antwort, die ich gerne vervollständigt hätte, wenn Frau Beer mich nicht dauernd unterbrochen hätte, auch gesagt, dass diese Vorgriffstellen noch mit anderen als nur mit diesen 250 Personen besetzt waren, die wir alle noch im Schulsystem haben. Ich glaube, das kann einen wirklich erfreuen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Frau Ministerin. – Frau Abgeordnete Schäfer, bitte.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin, Sie wollten eine Maßnahme genannt bekommen, die im Zusammenhang mit den Vorgriffstellen bereits weggefallen ist: Die 120 Stellen, die Sie bei der Schulleiterentlastung der Gesamtschulen gestrichen haben, sind genau für die 100 Sonderpäda-

gogen an den Förderschulen genutzt worden, die vorher mit den Vorgriffstellen finanziert worden waren. Damit das erst einmal klar ist!

Ich weiß nicht ganz genau, was Sie mit „brutto“ und „netto“ meinen. Meinen Sie damit, dass der Ministerpräsident die Bruttozahlen genannt habe, aber im Haushalt die Nettozahlen ständen?

Der Ministerpräsident hat erklärt: 1.300 neue Stellen sind geschaffen worden. Auf Seite 104 in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt heißt es: „Neue Stellen: + 1.000, Abgang kw-Realisierung Vorgriffstellen: – 500, Bleiben: + 500, zuzüglich Offene Ganztagschule im Primarbereich: + 416, insgesamt + 916.“ – Wie viele neue Stellen sind 2007 geschaffen worden? Hat der Ministerpräsident die richtigen Zahlen genannt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Der Ministerpräsident hat ganz sicherlich die richtigen Zahlen genannt. Im Haushaltsplan steht eine Position mit 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall sowie 416 Stellen für den Ganztag in der Primarstufe. Das macht 1.416 Stellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Abgeordneter Link bitte mit Ihrer zweiten und letzten Frage.

Sören Link (SPD): Im Zweifel stelle ich gerne die gleiche Frage noch einmal, weil ich es leider immer noch nicht verstehe. Ich lese im Haushaltsplan, der für mich als Abgeordneter maßgeblich ist, die Aufstellung, die Frau Schäfer gerade vorgelesen hat: Neu geschaffen 1.000 Stellen, abgebaut 500 Stellen/kw-Realisierung. Es bleiben 500 Stellen übrig. Dann werden 416 Stellen im Bereich der offenen Ganztagschule geschaffen. Insgesamt werden 916 Stellen neu geschaffen. Das sagt der Haushaltsplan.

Der Ministerpräsident nennt eine andere Zahl, wobei mir nicht klar ist, wie er auf diese Zahl kommt. Für mich jedenfalls ist der Haushaltsplan maßgeblich.

Wenn 916 nicht die richtige Zahl ist, sondern Sie mehr Stellen geschaffen haben, erläutern Sie mir doch bitte, wie ich das nachvollziehen kann.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das können Sie insofern nachvollziehen, als ich Sie bitten dürfte, einige Seiten zuvor den Haushaltsplan zu lesen. Ich wiederhole mich

gerne: Dort stehen 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall. Der Ministerpräsident hat 900 Stellen und mehr genannt. Er hatte im Übrigen nie die Summe 1.300 genannt. Er hatte von „900 Stellen und mehr“ gesprochen. In dem Zusammenhang meinte er, dass wir 50 Schulpsychologen einstellen wollen. Die Begründung liegt in den schrecklichen Ereignissen von Emsdetten.

Ich finde im Haushaltsplan weiter die Zahl 416. 1.000 und 416 für den Ganzttag in der Primarstufe sind 1.416 Stellen.

Wir haben eben darüber gesprochen, dass wir Stellen abbauen müssen. Das betrifft solche Stellen, die – das sage ich in aller Deutlichkeit – zum 1. August 2006 weggewesen wären.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Herr Link, wollen Sie uns heute allen Ernstes vorwerfen, dass wir die Stellen, die bereits kw-gestellt waren, nicht sofort abgebaut, sondern sie noch beibehalten haben? Wollen Sie uns das vorwerfen?

(Beifall von der CDU)

Ich war eben in der Tat noch nicht fertig. Vielleicht darf ich das nachholen: Frau Abgeordnete Schäfer hatte eben von den Gesamtschulen gesprochen. Das hatten wir hier im Plenum auch zum Anlass für eine Aktuelle Stunde genommen. Es ist wichtig, an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir keine Privilegien aufrechterhalten wollten, sondern wir wollten, dass Gesamtschulleitungen in gleichem Maße berücksichtigt und entlastet werden, wie es die Leitungen unserer großen Gymnasien und Berufskollegs auch sind. Es kann also nicht ohne Weiteres von einem Wegfall einer Maßnahme gesprochen werden.

Wenn man weiß, dass diese eingesparten Stellen Sonderpädagogen zugute kommen, erübrigt sich in diesem Zusammenhang eine weitere Diskussion.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächster hat der Kollege Sichau von der Fraktion der SPD das Wort.

Frank Sichau (SPD): Frau Ministerin, die Frage bezog sich auf das Jahr 2007. Ich versuche, mir darauf einen Reim zu machen: Kann es sein, dass es am 17. Januar rund 1.300 zusätzliche Stellen nach der Aussage des Ministerpräsidenten von diesem Tage gab, dass es aber am 31. Dezember diesen Jahres eben nur noch 916 sind,

die zusätzlich für dieses Jahr eingestellt worden sind, weil das letztlich die Saldierung bedeutet, die sich auf Seite 104 des Haushaltsplans im Einzelplan 5 findet? Heißt das, dass bis dahin kw-Stellen in einer Größenordnung von 500 realisiert worden sind?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich wiederhole das an dieser Stelle sehr gerne noch einmal. Wir haben im Haushalt Zahlen, die man nachlesen kann: 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung sowie 416 Stellen für den Ganzttag in der Primarstufe. Das sind Zahlen des Haushalts. Die stehen dort. So!

An einer anderen Stelle steht, dass wir 500 Stellen abbauen müssen. Das haben wir mehrfach angesprochen. So!

Der Ministerpräsident hat 900 Stellen genannt. Er hätte auch 1.000 sagen können. Er hat sich genau wie ich in meinem ersten Teil meines Satzes darauf bezogen, dass wir 50 Schulpsychologen einstellen werden. Er hat rund 900, 900 und mehr, gesagt, weil er das schon wusste. Er hat auch nur von 400 und nicht von 416 Stellen gesprochen. Er hat eher abgerundet.

Wir gehen im Haushalt von 1.416 Stellen aus. Das ist die Zahl, die wir mehrfach angesprochen haben. Ich wiederhole an dieser Stelle aber noch einmal: Wir haben den Auftrag, 500 Stellen abzubauen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächstes hat Herr Kollege Große Brömer die Gelegenheit, seine Frage zu stellen. Bitte.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Sommer, Sie haben eben bezüglich der 2.000 Stellen mit kw-Vermerken zum wiederholten Male die Behauptung aufgestellt, die alte Landesregierung hätte die 2.000 Stellen zum 1. August aus Ihrer Sicht zweifelsfrei wegfallen lassen.

Ich möchte Sie fragen, worin Ihr Beleg für diese Behauptung besteht.

In einer Pressemitteilung haben Sie im vergangenen Jahr die mittelfristige Finanzplanung als Begründung herangezogen. Wir haben noch einmal nachgesehen. In dieser mittelfristigen Finanzplanung ist nichts von kw-Vermerken zu finden. Dagegen lässt sich feststellen, dass sich die Perso-

nalausgaben in der mittelfristigen Finanzplanung von Rot-Grün von 10,9 Milliarden € auf 11,2 Milliarden € gesteigert haben.

Ich frage deshalb noch einmal konkret, woher Sie die Begründung nehmen, dass die 2.000 Stellen zum 1. August 2006 weggefallen wären?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Lieber Herr Große Brömer, wenn ich mit einer Stelle spekulieren und überlegen würde, sie mit einem kw-Vermerk zu versehen, dann würde ich die Stelle befristen.

Alle 250 Stellen waren befristet. Wenn ich damit spekuliere, diese Stellen im System zu belassen, dann befriste ich die Stellen nicht, sondern dann entfriste ich sie.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächste hat die Kollegin Beer die Möglichkeit, ihre Frage zu stellen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Wir haben jetzt noch einmal mühevoll nachvollzogen, dass es in der Tat einen Stellenabbau, eine Realisierung der kw-Vermerke, gibt. Ist es richtig, wenn ich aus Ihren Beiträgen schließe, dass Sie in der Öffentlichkeit immer nur eine Position vortragen und den Abbau der Stellen mit kw-Vermerken immer verschweigen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Beer, wir können guten und reinen Gewissens sein. Ich darf Ihr Augenmerk auf eine weitere Zahl lenken. Diese Zahl heißt 3.100. Sie wissen, dass wir bereits mit dem Haushalt des Jahres 2007 3.100 Stellen geschaffen haben. Dieses steht im Haushalt. Wir können also auch locker davon ausgehen, dass wir im nächsten Jahr sehr gut auf unsere Marge von 4.000 Stellen kommen werden, wenn es in diesem Jahr keine 1.000 Stellen sind. Dann werden wir möglicherweise schon im Jahr 2008 unser Ziel erreicht haben, was wir erst am Ende der Legislaturperiode erreicht haben wollten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schäfer das Wort für ihre Frage.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin Sommer, verlassen wir einmal die Seite 104 und die 416 Stellen und kommen wir auf Seite 4 des Haushaltsplans zu sprechen.

Dort sind die Gesamtstellen für die Schulformen aufgeführt. Bei den Gesamtstellenzahlen findet sich ein Aufwuchs um 500 Stellen. Die Zahl der Stellen steigt von 147.409 auf 147.909. Darf der Ministerpräsident weiterhin behaupten, dass es 900 zusätzliche Stellen gegen Unterrichtsausfall im Jahr 2007 gibt?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich habe mehrfach erklärt, dass wir im Haushaltsplan – auf welcher Seite auch immer – angegeben haben, dass wir 1.000 Stellen gegen den Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung geschaffen haben. Diese 1.000 Stellen stehen dort genauso wie die 416 Stellen.

Insofern hat der Ministerpräsident Recht, wenn er sagt, es werden 900 Stellen beziehungsweise 400 Stellen geschaffen. Man kann es ihm doch nicht übel nehmen, dass er die Zahlen abgerundet hat, oder ist es jetzt auch schon ein Problem, wenn wir sagen, wir machen ein bisschen weniger?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Ministerin, es ist eigentlich schön, wenn man in einer Fragestunde – ich hatte zwischendurch den Eindruck, dass es eine Zwischenrufstunde sei – über mehr Stellen spricht. Das ist gegenüber der letzten Legislaturperiode anders. Dort haben wir immer über weniger Stellen und Mehrbelastungen für die Lehrerinnen und Lehrer gesprochen.

Ich möchte auf die Vorgriffsstellen zurückkommen. Die alte Koalition hatte beschlossen, sie wegfallen zu lassen. Können Sie uns zu meiner Erhellung darüber informieren, um welche Stellen es sich eigentlich handelt und welche Aufgaben damit erfüllt werden? Das tut Not. Vielleicht können Sie auch sagen, ob diese Aufgaben heute noch erfüllt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Kaiser, ich danke Ihnen für diese Frage. Es ist wichtig, dass wir bei all diesen Dingen, die wir hin- und herschieben, nicht diejenigen vergessen, für die wir es tun, nämlich für die Schülerinnen und Schüler und zur Förderung der Verbesserung unseres Systems.

Die 2.000 Vorgriffsstellen sind unter anderem für das Projekt BUS – Beruf und Schule – sowie für

die Sprachförderung in der Sekundarstufe I. Wir haben bereits über die 250 Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an Hauptschulen sowie über die Stellen für die Steigerung der Berufsfähigkeit an den Förderschulen gesprochen. Das sind vier dicke Positionen.

Obwohl es schwierig war und wir stark überlegen mussten, wie uns das gelingt, sind diese Projekte trotz des notwendigen Stellenabbaus erhalten geblieben. Wir sind dankbar dafür, dass unsere Schulen weiterhin auf diesem Gebiet arbeiten können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin – Als Nächster hat Kollege Große Brömer das Wort für eine Frage.

Wolfgang Große Brömer (SPD): Frau Ministerin Sommer, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nicht klar ist, was Brutto- und was Nettostellen sind – die mehrfach erwähnten 1.000 neuen Lehrerstellen lassen sich im Haushalt nicht wiederfinden –, möchte ich ganz konkret eine Frage stellen bezüglich einer Pressemitteilung Ihres Ministeriums vom 1. Februar 2007 mit der Überschrift „1.876 neue Lehrerinnen und Lehrer treten heute ihren Dienst an“.

Am Ende der Pressemitteilung steht:

„Die neuen Lehrerinnen und Lehrer ersetzen überwiegend Kolleginnen und Kollegen, die in den Ruhestand gegangen sind. Darüber hinaus sind auch zusätzliche Stellen gegen Unterrichtsausfall und für den Ausbau von Ganztagsangeboten enthalten.“

Hier werden wieder einmal die Neueinstellung als Ersatz für ausgeschiedene Kolleginnen und Kollegen und die Neueinstellung auf zusätzlichen Stellen vermischt. Ich möchte von Ihnen wissen: Wie viele Stellen sind zum 1. Februar 2007 in welchen Bereichen tatsächlich zusätzlich eingerichtet worden?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Abgeordneter, die Frage, die Sie stellen, ist nicht in unmittelbarem Kontext zu der Fragestunde zu sehen. Ich werde Ihnen diese Frage gerne schriftlich beantworten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächster hat Kollege Sichau das Wort für seine Frage. Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Frau Ministerin, Sie haben vorhin von 50 Schulpsychologen gesprochen, die

Sie neu einstellen wollen. Das ist sicherlich eine gute Sache. Habe ich es richtig verstanden, dass die zulasten der verbliebenen 916 Lehrerstellen gehen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Wenn wir die individuelle Förderung stärken und Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall ergreifen wollen, dann kann man nicht sagen „zulasten“. Das kann dem System nur nützen.

Der Ministerpräsident hat von 900 Stellen plus gesprochen. Zu den 900 Stellen kommen tatsächlich 50 Stellen Schulpsychologen hinzu, weil wir glauben, dass sie die Arbeit der Schulen wunderbar ergänzen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächster hat Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Es hat schon einen gewissen, vielleicht dem Karneval geschuldeten Effekt, wenn der Kollege Große Brömer fragt, wie man denn wissen könne, dass kw-gestellte Stellen wirklich wegfallen sollen. Wenn die alte Regierung sie kw-gestellt hat, dann ist diese Aussage ja damals getroffen worden.

Meine Frage an die Ministerin: Frau Ministerin, halten Sie es für wichtig, dass wir uns darüber unterhalten, ob wir brutto 1.460 Stellen zusätzlich für die Schulen und die Schüler in unserem Land oder ob wir rund 900 Stellen netto geschaffen haben? Weil keiner vorgibt, keine kw-Stellen abgebaut zu haben, ist das ja an sich die gleiche Zahl – also eigentlich gleich gut für die Schulen und die Schülerinnen und Schüler in unserem Land, oder nicht?

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Das ist eine sehr „nette“ Frage. Sie macht uns darauf aufmerksam, worüber wir nachdenken sollten. Man kann das Zahlenspiel noch hin- und herbewegen. Man kann auch immer wieder beklagen, dass es nicht so oder so ist. Ich finde es wichtig, dass wir tatsächlich Schule verbessern, dass wir die Qualität von Unterricht verbessern. Das kann man sicherlich mit diesen zusätzlichen Stellen tun.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Als Nächster hat der Kollege Hollstein das Wort für seine Frage.

Jürgen Hollstein (CDU): Meine Frage knüpft direkt daran an. Teilen Sie den Eindruck, dass mit einzelnen, herausgegriffenen Zahlen und Zitaten versucht wird, eine an sich gute Sache zu verwässern?

Frau Ministerin, trifft es zu, dass wir derzeit mehr Lehrer, Sozialarbeiter und Schulpsychologen im System haben, als es vor einem oder zwei Jahren der Fall war, und dass wir im nächsten Jahr noch einmal zu einer qualitativen Verbesserung des Schulsystems in Nordrhein-Westfalen kommen werden?

(Beifall von der CDU)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ein uneingeschränktes Ja als Antwort. Ich habe eben deutlich gemacht, dass wir schon jetzt mit dem Haushalt 2007 3.100 Stellen mehr haben. Das ist schon ein großer Erfolg.

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir bereits im nächsten Jahr die Zahl von 4.000 versprochenen Lehrerstellen erreicht haben werden. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat Kollegin Schäfer das Wort für ihre dritte und damit abschließende Frage.

Ute Schäfer (SPD): Frau Ministerin, ich stelle zunächst fest, dass Sie heute in der Fragestunde gesagt haben, dass Sie in diesem Haushaltsjahr 500 Stellen abbauen werden.

Ich stelle weiterhin fest, dass in der vergangenen Legislaturperiode in keinem Jahr Stellen abgebaut worden sind. Ich stelle auch fest, dass die 2.000 Stellen, die einen kw-Vermerk hatten, zuzeiten der rot-grünen Landesregierung über Jahre hinweg im Haushalt verblieben sind, weil jährlich darüber entschieden wird, ob man Stellen abbaut oder kw-Vermerke verlängert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, kommen Sie zu Ihrer Frage!

Ute Schäfer (SPD): Ich frage Sie: Warum haben Sie diese 2.000 Stellen nicht von dem kw-Vermerk befreit – Sie sind frei im Handeln –, so wie wir es in der Vergangenheit auch gemacht haben?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bevor ich der Frau Ministerin das Wort gebe, um die Frage zu

beantworten, erlaube ich mir, weil es mehrere Kolleginnen und Kollegen betrifft, anzuregen, die Richtlinie für die Fragestunde, auch was die Formulierung „kurze Frage“ angeht, durchzulesen.

Bitte, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Kollegin Schäfer, ich weiß nicht, ob wir bei einem so ernsten Thema wie der Qualitätsverbesserung von Schule auf Spekulationen angewiesen sind. Die Frage ist rein spekulativ. Wir haben das System mit 3.100 Stellen bis jetzt, bis 2007, verbessert.

(Beifall von der CDU)

Das sagt der Haushaltsplan. Das haben Sie sicherlich mehrfach gelesen.

Diese kw-Stellen haben wir eben nicht, wie Sie es beschlossen hatten, zum 01. August 2006 auf einmal abgebaut. Vielmehr ist es eine besondere Leistung – ich glaube, das begreifen Sie gar nicht –, dass wir sie nicht sofort, sondern sukzessive abbauen und sie erst einmal noch im System belassen. Dabei belassen wir all diese Maßnahmen noch im System – Sie haben es eben gehört, aber ich kann es Ihnen noch einmal vortragen –, sodass all diese Segnungen weiter ermöglicht werden. Das war eine Kraftanstrengung; das haben wir getan. Freuen Sie sich darüber, dass die Schulen mit diesen Maßnahmen Qualität verbessern.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die nächste Fragestellerin ist die Kollegin Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben eben in der Diskussion gesagt, an anderer Stelle im Haushalt würden 1.000 Stellen ausgebracht. Können Sie uns die Stelle im Haushalt benennen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, bitte.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Seite 119.

(Heiterkeit – Minister Armin Laschet: Da müssen Sie jetzt nachblättern!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Weitere Fragen liegen mir zu der Mündlichen Anfrage 102 nicht vor. Ich danke der Frau Ministerin Sommer

für die Beantwortung. Die Mündliche Anfrage 102 ist damit erledigt.

(Beifall von der CDU)

Da wir den von uns selbst gesetzten Zeitrahmen überschritten haben, kommen wir heute nicht mehr dazu, die restlichen Mündlichen Anfragen aufzurufen. Ich frage daher, ob Sie mit der schriftlichen Beantwortung Ihrer Fragen einverstanden sind.

Frau Kollegin Beer möchte, unterstützt von den Kolleginnen und Kollegen ihrer Fraktion, dass ihre **Mündliche Anfrage 103** in der **nächsten Fragestunde** aufgerufen wird.

Frau Kollegin Düker, **Mündliche Anfrage 104**, wünscht das **ebenfalls**.

Die **Mündliche Anfrage 105** des Kollegen Schmeltzer von der Fraktion der SPD – ich sehe ihn im Augenblick nicht – wird **schriftlich beantwortet**. (Siehe Anlage)

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Wir kommen zu:

7 Personalentwicklung an den Hochschulen in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3642

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gestern hat uns alle eine negative Nachricht aus der Universität Bielefeld getroffen. Die Hochschule in Bielefeld muss 61 Stellen einsparen, da das Personalbudget nicht mehr hergibt.

Besonders betroffen ist dort der Studiengang Musik, insbesondere die Lehrerausbildung. Musik ist bekanntlich ein Mangelfach an unseren Schulen. Musik ist kein Studiengang, der viele Drittmittel einwerben kann. Aber er ist wichtig für eine Gesellschaft wie die unsrige. Ich denke, dass niemand hier dies zu bestreiten wagt.

Die SPD-Fraktion hat diese Meldung an sich nicht überrascht. Wir haben Ihnen vorausgesagt, was für eine Entwicklung Sie mit Ihrem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz losstreten werden.

(Christian Lindner [FDP]: Absurd!)

Dass dieser Personalrückgang aber so schnell vonstatten geht, haben selbst wir nicht erwartet. Das muss ich einräumen. Gerade einmal seit fünf Wochen ist das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz in Kraft, und schon jetzt häufen sich im ganzen Land diese Entwicklungen.

In Münster muss beispielsweise ein renommierter Planetenforscher seinen Platz räumen. In Dortmund soll sogar eine ganze Hochschule zur Technischen Universität umgebaut werden.

Dabei sind die Opfer an den Hochschulen nicht gleich verteilt. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Geisteswissenschaften, das Lehramt und die Orchideenfächer die Verlierer dieser traurigen Entwicklung sind. Die ersten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen werden wir in drei bis fünf Jahren zu spüren bekommen. Die volle Wirkung wird aber erst in zehn bis 15 Jahren richtig deutlich werden.

Natürlich sind Veränderungsprozesse an unseren Hochschulen notwendig. Allerdings waren wir immer der Auffassung, dass man die Hochschulen bei diesen Prozessen aktiv begleiten muss, damit es nicht zu solchen Fehlentwicklungen kommt. Um es hier ganz klar zu sagen: Nicht die Hochschulen tragen die Schuld an dieser Entwicklung. Sie haben mit dem Hochschulfreiheitsgesetz und der Ausweitung der leistungsorientierten Mittelvergabe einfach keine andere Wahl.

(Zuruf)

– Bitte?

(Christian Lindner [FDP]: Nehmen Sie einmal den Prozentsatz der leistungsorientierten Mittelvergabe!)

– Ja. – Ihr Zukunftspakt lässt keine anderen Möglichkeiten zu.

(Christian Lindner [FDP]: Sind das 80 %?)

Die Mittel sind auf einem bestimmten Niveau eingefroren worden. Bei den vielfach steigenden Kosten kommt das einer kontinuierlichen Kürzung gleich. Die Hochschulen können den Status quo nicht halten, nachdem das Quo seinen Status verloren hat.

Deshalb müssen wir, der Landtag, an dieser Stelle wieder verstärkt unserer Kontrollfunktion nachkommen. Das ist nicht nur unser Recht, sondern als Haushaltsgesetzgeber geradezu unsere Pflicht. Wir müssen Steuergelder effizient und im Interesse des Landes und seiner Menschen einsetzen. Wir Abgeordnete müssen uns deshalb ein Bild von den Entwicklungen an den Hochschulen

verschaffen können. Schließlich handelt es sich hier um fast 2,9 Milliarden € im Jahr.

Verstehen Sie daher unseren Antrag bitte als Angebot unsererseits. Die SPD-Fraktion und die regierungstragenden Fraktionen haben bekanntlich sehr unterschiedliche Auffassungen zur zukünftigen Entwicklung der Hochschulen – auch wenn das bei einigen schwankt.

Aber unser aller Interesse muss es sein, eine genaue Analyse zu erhalten – und zwar regelmäßig –, wie die Hochschulen ihre neuen Kompetenzen wahrnehmen. Wenn zum Beispiel ein Studienfach ganz aus Nordrhein-Westfalen zu verschwinden droht oder Lehramtsfächer zu geringe Kapazitäten ausweisen,

(Christian Lindner [FDP]: Das steht alles in den Zielvereinbarungen!)

dann sollten wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich denke, dass Frau Sommer als Schulministerin – sie ist noch zugegen – ein großes Interesse daran haben wird, auch zukünftig ausreichend Musikschullehrernachwuchs zu bekommen.

(Christian Lindner [FDP]: Das steht in den Zielvereinbarungen!)

– Ja, darum werden die jetzt gerade gestrichen. – Das heißt, wir müssen anfangen, uns über das Instrumentarium einer hochschulübergreifenden, qualitätsorientierten Landessteuerung zu unterhalten, die sicherlich nicht die Details vor Ort regeln soll, mit der aber NRW als das begriffen wird, was es ist: der größte regionale Hochschulraum mit der größten regionalen Volkswirtschaft in Europa. Das sollten wir uns erhalten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Als nächster Redner hat der Kollege Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es sehr kurz machen, um einen Beitrag zur Zeitersparnis zu leisten, denn es ist ja noch einiges hier im Hause los.

Frau Gebhard, mit Verlaub: Ihre Sorgen sind genauso unbegründet, wie Ihr Antrag überflüssig ist. Das muss ich leider so sagen. Wenn Sie sich denn wirklich mit ihm auseinandergesetzt haben, wissen Sie, dass das neue Hochschulfreiheitsgesetz genau das abdeckt, was Sie fordern. Wir ha-

ben die Berichtspflicht der Hochschulen. Wir haben das Berichtswesen, das ausgeklügelt ist, das also sicherstellt, dass das, was Sie hier an Sorgen vortragen, überhaupt nicht greifen kann.

Wir können uns im Ausschuss darüber gerne noch etwas vertiefter unterhalten. Aber ich kann jetzt schon sagen: Eine Zustimmung meiner Fraktion zu Ihrem Antrag kann ich nicht erkennen. Für heute soll das reichen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der Grünen die Kollegin Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich kurzfassen, aber ich möchte die SPD mit ihrem Antrag und in ihrem Anliegen unterstützen. Denn natürlich wollen auch wir eine moderne Steuerung unserer Hochschulen, und natürlich braucht eine solche moderne Steuerung – da gebe ich Frau Gebhard voll und ganz Recht – auch Transparenz. Wir Grünen wären die Letzten, die das abstreiten würden.

Schließlich gehen die neuen Steuerungsinstrumente, von denen wir hier heute reden, ja auch ganz wesentlich auf uns und unsere Initiative in der letzten Legislaturperiode zurück. Personalausgabenbudgetierung, Zielvereinbarungen, leistungsorientierte Mittelvergabe – alle diese sinnvollen Steuerungsinstrumente, mit denen sich die jetzige Landesregierung immer so gerne schmückt, haben ja nicht Sie eingeführt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sondern die alte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen.

Klar ist aber auch: Auch bei einer modernen Steuerung, ja selbst in Zeiten einer als Hochschulfreiheit verbränten Fremdbestimmung der Hochschulen durch externe Hochschulräte, tragen nach wie vor nicht die Hochschulräte, sondern letztlich wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Verantwortung für die Verwendung der uns anvertrauten Steuergelder. Hierfür muss Transparenz über die Verwendung dieser Gelder hergestellt werden.

Uns geht es dabei übrigens nicht – auch wenn Sie vermutlich gleich das Gegenteil behaupten werden, Herr Lindner – um Detailsteuerung jeder einzelnen Stelle. Uns geht es vielmehr darum, tatsächlich nachvollziehen und überprüfen zu kön-

nen, ob die Hochschulen die öffentlichen Aufgaben, die sie haben, auch erfüllen.

Ob nun die Halbjahresberichte, die die SPD hier einfordert, dafür das geeignete Mittel sind, darüber sollten wir uns im Ausschuss noch unterhalten. Aber ich kann Frau Gebhard in ihrem Vorschlag einer übergreifenden Landesplanung unterstützen. Ich meine, je mehr Freiheit für die Hochschulen besteht, je mehr die einzelne Hochschule über sich selbst bestimmt, desto mehr brauchen wir auch wiederum eine übergreifende Landesplanung, die diese Ziele einer Landesplanung eben zusammenführt.

Wenn Sie andere Vorschläge haben, wie es hier zu mehr Transparenz kommen kann, sind wir sicherlich auch hierfür offen, Herr Minister Pinkwart.

Sicher ist aber auch – das sagt der SPD-Antrag völlig zu Recht –: Die bloße Angabe einer Besetzungsquote von 93,2 % ohne weitere Angaben zur Personalentwicklung reicht für ein qualifiziertes Urteil sicher nicht aus. In dem Sinne freuen wir uns auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es im Sinne meiner Vorrednerinnen und meines Vorredners ebenfalls sehr knapp machen.

Erstens. Es gibt bereits Berichtsverpflichtungen.

Zweitens. Wir nehmen den Globalhaushalt ernst. In diesem Sinne ist das Hochschulfreiheitsgesetz kein sogenanntes Hochschulfreiheitsgesetz, wie die SPD immer polemisieren will, sondern ein tatsächliches Hochschulfreiheitsgesetz.

(Beifall von der FDP – Sylvia Löhrmann
[GRÜNE]: Das ist ein „Privat vor Staat“-Hochschulfreiheitsgesetz!)

Drittens. Wir haben ja für die letzte Ausschusssitzung eine Unterrichtung des Fachministers zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2007 erhalten, aus der sich sehr klar ergibt, dass die Hochschulen in wesentlichen Bereichen auch Zielvorgaben des Landes und damit des Haushaltsgesetzgebers erfüllen müssen. Jetzt Zusammenhänge zu konstruieren, wie das hier, etwa von Frau Gebhard, getan wurde, führt deshalb in die falsche Richtung. Das führt – ich muss es genauer sagen – in die Irre.

Deshalb diskutieren wir das gerne noch einmal im Ausschuss. Ich bin mir aber sicher, dass Sie in diesem Haus keine Mehrheit für Ihre Initiative finden werden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unbestritten richtig ist: Vollständige Personalverantwortung der Hochschulen und eigenständige Bewirtschaftung von Globalbudgets, dies ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere heißt Transparenz gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber über die Verwendung der bereitgestellten Ressourcen.

Reden wir zunächst über die eine Seite: neue Freiheit, Eigenverantwortung der Hochschulen. Mit dem Globalhaushalt wurde den Hochschulen ganz bewusst ein finanzwirtschaftliches Instrument an die Hand gegeben, das einen flexiblen Mitteleinsatz erlaubt und damit individuelle Prioritätensetzungen unterstützt. Wie die angesprochene Besetzungsquote von 93,2 % zum Stichtag 30. Juni 2006 zeigt, sind die Hochschulen damit im ersten Jahr vorsichtig umgegangen.

Ich füge auch gerne hinzu, weil das ja gelegentlich aus den Hochschulen auch kritisch reflektiert wird: Mit Blick auf die Ausfinanzierung der Personalstellen im Rahmen des Globalbudgets werden den Hochschulen 96,8 % der Mittel zur Verfügung gestellt. Sie haben das mit 93,2 % durch Personalstellen ausgenutzt. Das heißt, sie haben auch die notwendige freie Spitze, um sich vernünftig bewegen zu können. Ich glaube, fairer kann man das gar nicht machen.

Mit dem seit Januar 2007 geltenden Hochschulfreiheitsgesetz ändert sich die Rechtsstellung der Hochschulen. Sie gewinnen noch einmal signifikant an Gestaltungsmöglichkeiten. Dies bedeutet auch, dass die Hochschulen als Dienstherren ihres Personals in eigener Verantwortung Stellen einrichten oder auch unbesetzt lassen können.

Schauen wir uns nun die andere Seite der neuen Freiheit an, die Verpflichtung nämlich, Rechenschaft über den Mitteleinsatz abzulegen. Die SPD-Fraktion übersieht offenbar in ihrem Antrag, dass mit Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes die Hochschulen dazu verpflichtet sind, über ihre Haushaltsführung im Rahmen eines Be-

richtswesens Rechenschaft abzulegen. Eine entsprechende Selbstverpflichtung ist auch Bestandteil des Zukunftspaktes.

Selbstverständlich gehören zu einem aussagekräftigen Berichtswesen Daten zur Personalentwicklung, auch bezogen auf einzelne Statusgruppen. Damit ist ein detaillierter Informationsfluss für den Landtag als Haushaltsgesetzgeber bereits gesichert.

Transparenz ist im Übrigen für uns kein Selbstzweck. Mit Berichtswesen plus Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die wir gerade mit den Hochschulen abschließen, halten wir ein wirksames Steuerungsinstrument in der Kommunikation mit den Hochschulen in Händen, und dies eröffnet den Hochschulen selbst die notwendige Informationsbasis, um in Zukunft mit den Ressourcen zielgerichteter und effektiver umgehen zu können. – Herzlichen Dank für die freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass wir am Schluss der Beratung sind.

Daher können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/3642** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu:

8 Baden-Württemberg will Erneuerbare Energien beim Hausbau vorschreiben – was tut NRW?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3645

Meine Kolleginnen und Kollegen, eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses hier im Plenum erfolgen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/3645** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend –, den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** sowie an den **Ausschuss Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu **überweisen**. Sind Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. – Widerspruch? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

9 Keine Symbolpolitik zu Lasten schulischer Qualität: Drittelerlass erhalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/885

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule
und Weiterbildung
Drucksache 14/3425

Der Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen mit der Bestimmung, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Frau Ministerin, möchte ich es nicht versäumen, Ihnen meine Anerkennung dafür auszusprechen, dass Sie den Mut aufgebracht haben, sich zum ersten bildungspolitischen Symposium der Landesregierung am vergangenen Wochenende für Schwarz-Gelb ausgesprochen unbequeme Gäste eingeladen zu haben. Ich halte das in der Tat für keine Selbstverständlichkeit und gehe davon aus, dass der überwiegende Teil der Anwesenden im Saal gespannt war, welche Beiträge Rainer Domisch und Andreas Schleicher an diesem Tag leisten würden.

Die Aussagen waren eindeutig und klar. Der finnische Weg für eine international erfolgreiche Bildungsreform heißt: Innere und äußere Schulreform müssen zusammengehen, damit der Leitsatz aus Finnland „Kein Kind darf verlorengehen“ wirklich stimmt und eine Chance auf Verwirklichung hat.

Es funktioniert eben nicht, zu sagen: Jetzt machen wir erst einmal Unterrichtsentwicklung. Die Strukturfragen kommen, wenn überhaupt, erst später dran. – Rainer Domisch hat im Gegenteil deutlich gemacht, dass der Prozess erst dann richtig losgeht, wenn die Struktur einbezogen wird. Nur so wird die Selektionslogik in den Köpfen aufgebrochen und Kinder werden mit ihren Potentialen von Anfang an vorbehaltlos gefördert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Professor Schleicher hat in seinem beeindruckenden Vortrag, in dem er die Grundlagen für das systematische Gelingen individueller Förderung dargestellt hat, klargestellt, wie die OECD die Strukturfrage beurteilt. Ich zitiere:

„Wer daraus schließt, dass sich eine nachhaltige Verbesserung von Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit langfristig nur im Einklang mit einer Reform der Bildungsstrukturen erreichen lässt, der hat uns richtig verstanden.“

Das waren deutliche Worte.

Deutliche Worte gab es allerdings auch in Sachen Kopfnoten, und zwar für die 360 im Jahr und die 180 im Halbjahr. Das möchte ich gerne noch einmal anführen. Egal, wo die Ministerin versucht, Unterstützung für diese Fehlkonstruktion zu finden, holt sie sich einen Korb. So auch am vergangenen Samstag. Die Repräsentantin der Wirtschaft hat es gut auf den Punkt gebracht: Diese Art von Kopfnoten hat für sie keine Aussagekraft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sah sogar die Gefahr, dass sich damit eine fatale Kette von Bewerten, Beurteilen und Verurteilen bilden könnte.

Auch Professor Bos hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es richtig ist, Arbeits- und Sozialverhalten zu thematisieren, aber dass diese Kopfnoten wohl nicht das geeignete Instrument sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es war bezeichnend, dass der Realschulleiter, Herr Eder, auf die Frage der Moderatorin, was er sich vom Ministerpräsidenten und der Ministerin jetzt für die Schule wünschen würde, sagte, dass er nicht gezwungen werden wolle, diese Kopfnoten zu vergeben, sondern bei den in der Schule entwickelten Lernberichten bleiben können.

Frau Ministerin, sowohl Sie als auch der Ministerpräsident haben in Ihren Reden und damit in der Veranstaltung das heikle Thema insgesamt elegant umschiffen wollen. Das hat aber nicht geklappt. Sie haben zu dem, was Herr Eder vorge-

tragen hat, nur freundlich genickt, und Herr Eder hat einen überwältigenden Applaus in der Versammlung bekommen. Das haben Sie sicherlich auch registriert.

Ich sage Ihnen, was Sie in der Tat machen sollten: Stellen Sie den Schulen frei, zwischen Berichten und Noten zu wählen, wenn Sie die Schulen ernst nehmen, die Sie gerade mit einem Gütesiegel für individuelle Förderung ausgezeichnet haben, und machen Sie es so, wie der Ministerpräsident, der die Schulen ermuntert hat. Er hat gesagt: Nicht fragen, machen! – Lassen Sie also die Schulen machen, wie sie das pädagogisch für richtig halten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Sie haben es ja ganz anders geplant. Dieser Kopfnotenirrsinn geht ja offensichtlich noch weiter. Schon auf dem Abiturzeugnis 2008 sollen Kopfnoten auftauchen. Dabei müsste Ihnen doch klar sein, dass die Abiturnote die gesamte Qualifikationsphase berücksichtigt. Wollen Sie Lehrerinnen und Lehrer etwa dazu nötigen, rückwirkend Noten zu geben ohne Transparenz für Bewertungssituationen und ohne Verbesserungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler? Machen Sie sich schon jetzt auf die rechtlichen Widersprüche gefasst.

Aber daran sieht man einmal wieder, wie es die Landesregierung mit den Prinzipien der Leistungsbewertung und Benotung hält. Schülerinnen und Schüler sollen Noten hinnehmen, und kritische Fragen, wie die Note zusammengekommen ist, sind nicht vorgesehen. Mit dem schwarz-gelben Schulgesetz wächst nämlich die Gefahr für Schülerinnen und Schüler sowie für Eltern, willkürliche Bewertungen zu erleiden, und der Beitrag der Lehrkraft zum Lernerfolg und Lernmisserfolg wird ausgeblendet.

Der Drittelerlass war ein Hilfsmittel, sich über die Ursachen von Leistungsdefiziten in der Lerngruppe Klarheit zu verschaffen und die notwendige Unterrichtsentwicklung oder die Haltungen von Schülerinnen und Schülern gezielt zu unterstützen und fördern zu können. Das hat das neue Schulgesetz vom Tisch gewischt. Was Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Expertinnen und Experten von Ihren Errungenschaften von Kopfnoten halten, ist am letzten Samstag deutlich geworden. Im Lande findet zurzeit eine Abstimmung mit den Füßen über das neue Schulgesetz statt.

(Ralf Witzel [FDP]: Reden Sie doch einmal zum Thema!)

Die Gesamtschulen boomen. Immer mehr Kommunen drängen darauf, Schulverbünde zu gründen. Sie wollen sich auf den Weg zu mehr Integration im System machen. Auf Ihrem eigenen Symposium ist klar geworden: Die Schulpolitik in NRW braucht eine Kehrtwende. Ich zitiere den Ministerpräsidenten: Nicht fragen. Machen.

Ich sage: Nicht fragen, vor allen Dingen nicht die FDP. Machen, was Herr Schleicher und Herr Domisch gesagt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Hollstein das Wort.

Jürgen Hollstein (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war etwas überrascht, als ich Frau Beer zugehört habe. Sie haben über die Systemfrage, über Finnland, über Kopfnoten, über Berichts- oder Ziffernoten und über Schulverbünde gesprochen, aber erst nach drei oder vier Minuten habe ich zum ersten Mal etwas zum eigentlichen Thema, nämlich das Stichwort Drittelerlass gehört. Das verwundert mich auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist das bezeichnend, denn die Aufhebung des Drittelerlasses ist eigentlich kein Problem mehr, es ist nicht mal mehr ein Thema.

De facto ist der Drittelerlass seit dem 19. Mai 2006 abgeschafft. Ich habe seitdem ungefähr 30 Schulbesuche gemacht. Das Thema Drittelerlass ist an keiner Stelle angesprochen, geschweige denn problematisiert worden. Die von Frau Schäfer Ende 2005 vermutete Klagewelle von Eltern zu diesem Thema ist zumindest nach meinem Kenntnisstand – darin stimmen Sie mir sicherlich zu – bislang ausgeblieben. Ich gehe davon aus, sie wird auch nicht mehr kommen.

Inhaltlich – Frau Beer, Sie erlauben sicherlich, dass wenigstens ich zum Thema spreche, wenn Sie es schon geschickt umgangen haben – könnte man sich möglicherweise ein einziges Argument zugunsten des Drittelerlasses durch den Kopf gehen lassen. Der Drittelerlass könnte ein Kontrollinstrument für den einzelnen Lehrer sein und ihn zur Selbstreflexion anregen. Das ist immer die Argumentation gewesen, die ich von Ihnen gehört habe. Aber dahinter steckt ein sehr eigenwilliges Lehrer- und Schülerbild.

Silvia Strubelt, die Verbindungslehrerin zur Landesschülervertretung und Lehrerin an einem Gymnasium in meinem Wahlkreis, hat Anfang Ju-

ni 2006 in der „Neuen Westfälischen Zeitung“ gesagt: Zehnjährige Schüler, die nun einmal von ihrer Tagesform abhängig seien, würden in nordrhein-westfälischen Schulen regelrecht gequält, und das sei – so wörtlich – „grauenvoll“.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass Lehrer in Nordrhein-Westfalen Schüler quälen und dass das Schicksal von Schülern in Nordrhein-Westfalen grauenvoll ist.

Die für uns überwiegenden Nachteile und Probleme des Drittelerlasses sind eigentlich unübersehbar. Leistung kann nicht durch Quoten bestimmt werden. Die Gefahr der Nivellierung nach unten ist meines Erachtens unübersehbar und auch von Frau Schäfer zugegeben worden; ich verweise auf die „Rheinische Post“ vom 5. Dezember 2005.

Eine überflüssige Gängelung des Schulalltags und ein unnötig hoher Verwaltungsaufwand sind mit dem Drittelerlass verbunden. Deswegen ist die Abschaffung des Drittelerlasses die konsequente Fortführung der CDU- und FDP-geführten Landespolitik. Es handelte sich um eine Ankündigung im Wahlprogramm und war sicherlich auch Teil unseres Wahlerfolges. Es ist im Koalitionsvertrag bestätigt, im Rahmen des neuen Schulgesetzes diskutiert und am 19. Mai 2006 konsequent umgesetzt worden, übrigens nicht einmal ein Jahr nach der Landtagswahl. Das ist konsequente und effiziente Reformpolitik im Sinne der Qualitätsverbesserung an den Schulen in unserem Land. Dafür steht die Koalition, dafür steht die Schulministerin.

Wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern in ihrer pädagogischen Verantwortung. Wir setzen auf Eigenverantwortung und Professionalität an unseren Schulen. Wir stärken die individuelle Förderung und die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler. Das sind die Grundgedanken des modernen Schulgesetzes dieser Regierung. Das ist der Schlüssel für mehr Erfolg und bessere Bildung in Nordrhein-Westfalen. Und dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir mit Sicherheit keinen Drittelerlass. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hollstein. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste – es sind

nicht mehr so viele da! In der Tat ist über den Drittelerlass in der aktuellen Form die Zeit hinweggegangen. Er ist nämlich als Antrag von Bündnis 90/Die Grünen am 14. Dezember 2005 eingebracht worden. Am 31. Januar 2007 ist die Rechtsverordnung abschließend beraten und ihr bei unseren Gegenstimmen zugestimmt worden, und nun ist der Drittelerlass nicht mehr vorhanden.

Ich möchte für die SPD-Fraktion deutlich sagen, dass wir die Notengläubigkeit dieser schwarz-gelben Landesregierung als sehr bedenklich empfinden. Das macht sich in der Tat an den Kopfnoten fest. 360 Kopfnoten für eine Klasse mit 30 Schülern in einem Jahr sind geradezu skandalös.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle aber auch betonen, warum wir uns für den Drittelerlass ausgesprochen haben. Wir haben darin ein Instrument der Qualitätssicherung gesehen. Es gab nämlich früher für den Schulleiter durchaus die Möglichkeit, im kollegialen Diskurs mit den Kollegen über Leistungsanforderung und Leistungsbeurteilung zu sprechen, wenn Auffälligkeiten in der Leistungsbeurteilung vorlagen.

Auffälligkeiten können entstehen, wenn eine Klasse faul ist. Dann hat man eine Auffälligkeit, über die man reden muss. Auffälligkeiten können aber auch entstehen, wenn der Lehrer Noten als Disziplinierungsinstrument einsetzt. Das kann dann durchaus zulasten von Schülerinnen und Schülern gehen. So etwas soll es auch schon gegeben haben.

Insofern war dieses Instrument wichtig im internen Diskurs, es ohne Verwaltungsaufwand in der Schule zu beraten und sich über die Beurteilung innerhalb eines Kollegiums mit der Schulleitung Gedanken zu machen. Das geht nun nicht mehr. Das bedauern wir, aber, wie gesagt, die Zeit ist darüber hinweggegangen.

Ich möchte aber noch einmal auf meinen Vorredner eingehen: Natürlich haben wir alle die Beratungen des Schulgesetzes verfolgen können. Sie haben leider nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass dies neben dem Hochschulfreiheitsgesetz eines der umstrittensten Gesetze der schwarz-gelben Landesregierung überhaupt ist. In sieben Anhörungen haben Ihnen Wissenschaftler und Experten nachgewiesen,

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Wer hat die eigentlich beantragt?)

auf welch schlechten Weg Sie sich für unsere Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen begeben.

Frau Beer hat noch einmal deutlich gemacht, wie beratungsresistent Sie sich gegenüber allen Experten, die Sie selber eingeladen haben, zeigen. Vielleicht können wir noch erleben, dass Sie den Rat derer, die Sie einladen, auch irgendwann einmal annehmen. Im Interesse der Kinder, der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen kann ich uns das nur wünschen. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP die Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert: Nun behandeln wir abschließend den Antrag zum Drittelerlass, und die Grünen, die diesen Antrag gestellt haben, reden nicht mehr darüber. Das ist auch richtig so. Kein Mensch in diesem Land redet mehr darüber, und kein Mensch hat sich darüber aufgeregt, das waren Sie ganz allein.

Im Gegenteil: Indem wir den Drittelerlass aufgehoben haben, fühlen sich die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen in ihrer pädagogischen Arbeit und Kompetenz aufgewertet. Das war unser Ziel. Sie wissen, dass wir als Oppositionsfraktionen das bereits in der letzten Legislaturperiode angestrebt haben. Das war mit Ihnen als Regierungsfractionen seinerzeit nicht zu machen. Nun haben wir es gemacht. Seit dem 19. Mai 2006 ist der Drittelerlass in Nordrhein-Westfalens Schulen aufgehoben.

Nun haben wir diesen Antrag vorliegen und wollen ihn ganz schnell verabschieden. Das Votum der FDP und auch der CDU möchte ich aber gern begründen: Wenn bei einer Klassenarbeit ein Drittel der Schüler früher nicht mindestens die Note „ausreichend“ erreichte, entschied die Schulleiterin oder der Schulleiter darüber, ob die Arbeit gewertet wurde oder von der ganzen Klasse neu geschrieben werden musste. Sie haben schon die Einteilung vorgenommen: ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel. Frau Beer, wenn Sie schon davon reden: Das ist Sortieren und nichts anderes.

(Beifall von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]:
Das ist ja lächerlich!)

Sie teilten die Schüler ein: ein Drittel gut, ein Drittel mittel, ein Drittel schlecht. Alles, was nach tatsächlichem Leistungsstand so nicht auskam, wollten Sie nicht haben. Das war die Wahrheit. Sie haben von oben bestimmen wollen, welche Noten bei den Schülern erreicht werden. Das haben wir nicht mitgemacht. Es ist gut, dass damit Schluss ist.

Machen wir uns doch nichts vor: In der Praxis führte dies dazu, dass Lehrerinnen und Lehrer oft bessere Noten als angemessen verteilten, damit die Arbeit eben nicht neu geschrieben werden musste. Eine Verweigerungshaltung von Schülerinnen und Schülern und das Absinken des allgemeinen Qualitätsniveaus an den Schulen wurden durch diese Durchschnittsorientierung der Notengebung erheblich befördert. Notengebung darf sich nicht an der zufälligen Zusammensetzung einer Klasse orientieren, sondern muss abstrakt die Anforderungen definieren, an denen die Schülerleistung einheitlich gemessen werden kann. Frau Beer, gefördert wird individuell, Leistungen werden objektiv gemessen. So ist das nun einmal im richtigen Leben, und so ist es auch richtig.

Mit der Streichung dieses Erlasses wird außerdem die Position der Lehrerinnen und Lehrer gegenüber den Schülerinnen und Schülern gestärkt. Eigenverantwortung auch in der Beurteilung und nicht Kontrolle ist hier das Schlüsselwort. Jede Lehrerin, jeder Lehrer muss die Verantwortung übertragen bekommen, die individuelle Leistung der Schülerin beziehungsweise des Schülers angemessen bewerten zu können. Nun entscheiden sie in eigener pädagogischer Verantwortung über die Verteilung von Noten, und das ist gut und richtig so. Aufgabe der Schulleitung sowie der Lehrerinnen und Lehrer muss es weiterhin bleiben, über angemessene Anforderungen in Klassenarbeiten zu sprechen und gemeinsam festzulegen, wie schulische Leistungen in einer Klasse verbessert werden können.

Meine Damen und Herren, durch die Aufhebung dieses Erlasses sehen wir unsere Politik zur Qualitätsverbesserung an Schulen bestätigt. Es gibt weniger Bürokratie, mehr Verantwortung des Einzelnen und eine objektivere Notengebung an unseren Schulen, die sich am tatsächlichen Output, an der Leistung orientiert und nicht an einer Größe: Ist es ein Drittel, das diese Leistung erbringt? – Das ist ein Zufallsprinzip, das wir nicht mittragen können und wollen. Es ist gut, dass wir diesen Antrag heute endlich versenken.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das muss man sich einmal merken: Man erklimmt diesen Sprechraum, legt seine Hände auf das Pult und spricht so dies und das, was einem an subjektiven Gedanken gerade in den Kopf kommt, ob es zum Thema gehört oder nicht. Das finde ich schon bemerkenswert. Das ist eine Idee, wie wir demnächst unsere Debatten gestalten können.

Ich würde das nicht gerne weiter betreiben, sondern möchte noch einmal deutlich machen, dass Herr Hollstein die Begründung der Landesregierung sehr präzise dargelegt hat. Das, was Frau Pieper-von Heiden in dem Kontext – individuelle Erziehung, kein Schubladendenken – ergänzt hat, können wir genauso nachvollziehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich fordere Sie auf: Machen Sie keinen Lärm um nichts!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage der Kollegin Beer?

(Ministerin Barbara Sommer, bereits auf dem Rückweg zu ihrem Platz, winkt ab.)

– Offensichtlich nicht.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Dieser empfiehlt in der **Drucksache 14/3425**, den Antrag Drucksache 14/885 abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Grüne **angenommen** und der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**10 Gründung der NRW.International GmbH:
Parlamentarische Steuerungsfähigkeit durch
ein Höchstmaß an Transparenz sichern und
so das Parlament nicht außen vorlassen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3646

Eine Beratung ist für heute nicht vorgesehen. Sie soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrats, den **Antrag Drucksache 14/3646** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** -federführend – sowie an den **Hauptausschuss** und an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Sind Sie mit dieser Überweisung einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen worden.

Wir kommen zu:

11 Gesetz zur Bereinigung des Eisenbahnrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3016

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bauen und Verkehr
Drucksache 14/3620

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3620**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/3016 unverändert anzunehmen. Wenn Sie dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchten, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit Zustimmung aller Fraktion dieses Hauses **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert verabschiedet.

Nächster Tagesordnungspunkt:

**12 Wasser gefährdende Stoffe aus Ölsپuren
umweltgerecht und gesetzeskonform be-
seitigen!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3643

Eine Beratung hierzu ist heute nicht vorgesehen. Sie soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/3643** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Innenausschuss** und den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Gibt es gegen diese Überweisungsempfehlung Widerspruch? – Enthaltungen? – Dann ist sie mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Damit sind wir bei Tagesordnungspunkt

**13 Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds so-
wie eines stellvertretenden Mitglieds des
Kontrollgremiums gemäß § 24 des Verfas-
sungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen**

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3669

Eine Debatte hierzu ist nicht vorgesehen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/3669**. Wer dem zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag mit Zustimmung aller Fraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

**14 Nachwahl von Mitgliedern in den Rund-
funkrat des Westdeutschen Rundfunks
Köln**

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/3688

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/3688**. Wer ihm zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag mit Zustimmung aller Fraktionen **angenommen**.

Wir kommen zu:

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 20

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/468	–	AIWFT
14/2497	–	AF
14/2577	–	ASchW
14/2589 (Neudr.)	–	ASchW

Drucksache 14/3650

Die Übersicht enthält insgesamt vier Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse abstimmen über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 20. Wenn Sie das Abstimmungsverhalten bestätigen möchten, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind alle in der Drucksache 14/3650 enthaltenen **Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse** hiermit **bestätigt**.

Letzter Tagesordnungspunkt:

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/23

Ich frage, ob hierzu das Wort gewünscht wird. – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, den 8. Februar 2007, 11 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:07 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu Punkt 6 der Tagesordnung – Fragestunde

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 105

Die **Mündliche Anfrage 105** des Abgeordneten Rainer Schmeltzer (SPD) lautet:

Rollenverständnis von Staatskanzlei und NRW-CDU in den Verhandlungen zur Fortsetzung des Steinkohlenbergbaus

Der Berichterstattung vom 2. Februar 2007 (Westfälischer Anzeiger) ist zu entnehmen, dass der Oberbürgermeister der Stadt Hamm, Herr Thomas Hunsteger-Petermann, Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers wegen seiner Position in den Verhandlungen zur Fortsetzung des Steinkohlenbergbaus angeschrieben hat. Die Antwort hat er prompt erhalten, jedoch nicht aus der Staatskanzlei, sondern von dem Generalsekretär der NRW-CDU, Hendrik Wüst.

Ist es üblich, dass Schreiben und Anfragen an den Ministerpräsidenten von der CDU-Zentrale in der Wasserstraße beantwortet werden?

Die **schriftliche Antwort** des Chefs der Staatskanzlei, Karsten Beneke, lautet:

Das betreffende Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Hamm, Herrn Hunsteger-Petermann, wurde durch das Büro des Oberbürgermeisters am 1. Februar sowohl an die Landesgeschäftsstelle der

CDU Nordrhein-Westfalen als auch an das Büro des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei gefaxt.

Einen Tag später, am 2. Februar, ging das Schreiben im Original auf dem Postweg im Büro des Ministerpräsidenten ein.

Selbstverständlich werden Briefe, die sich an den Ministerpräsidenten richten, auch vom Ministerpräsidenten selbst beziehungsweise von seinem unterstellten Bereich in der Staatskanzlei beantwortet.

Davon unabhängig hat der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen natürlich das Recht, auf ihm bekannt werdende Vorgänge eigenständig zu reagieren.

Dies hat er in diesem Falle getan. Dabei hat er in seinem Antwortschreiben ausdrücklich nicht die Position des Ministerpräsidenten dargestellt.

Vielmehr hat Herr Wüst in seiner Funktion als Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen und Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion geantwortet. Wörtlich heißt es in diesem Antwortschreiben durch Herrn Wüst an einer Stelle:

„An der Position der CDU und auch der Regierungskoalition in Düsseldorf zum Thema subventionierte Steinkohle hat sich in den letzten Tagen nichts geändert“.

Es ist also keineswegs üblich, dass „Schreiben und Anfragen an den Ministerpräsidenten von der CDU-Zentrale in der Wasserstraße beantwortet werden“.